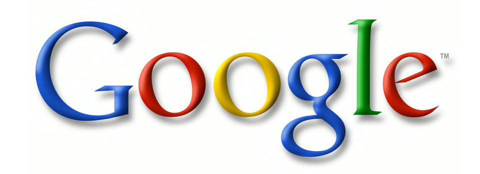
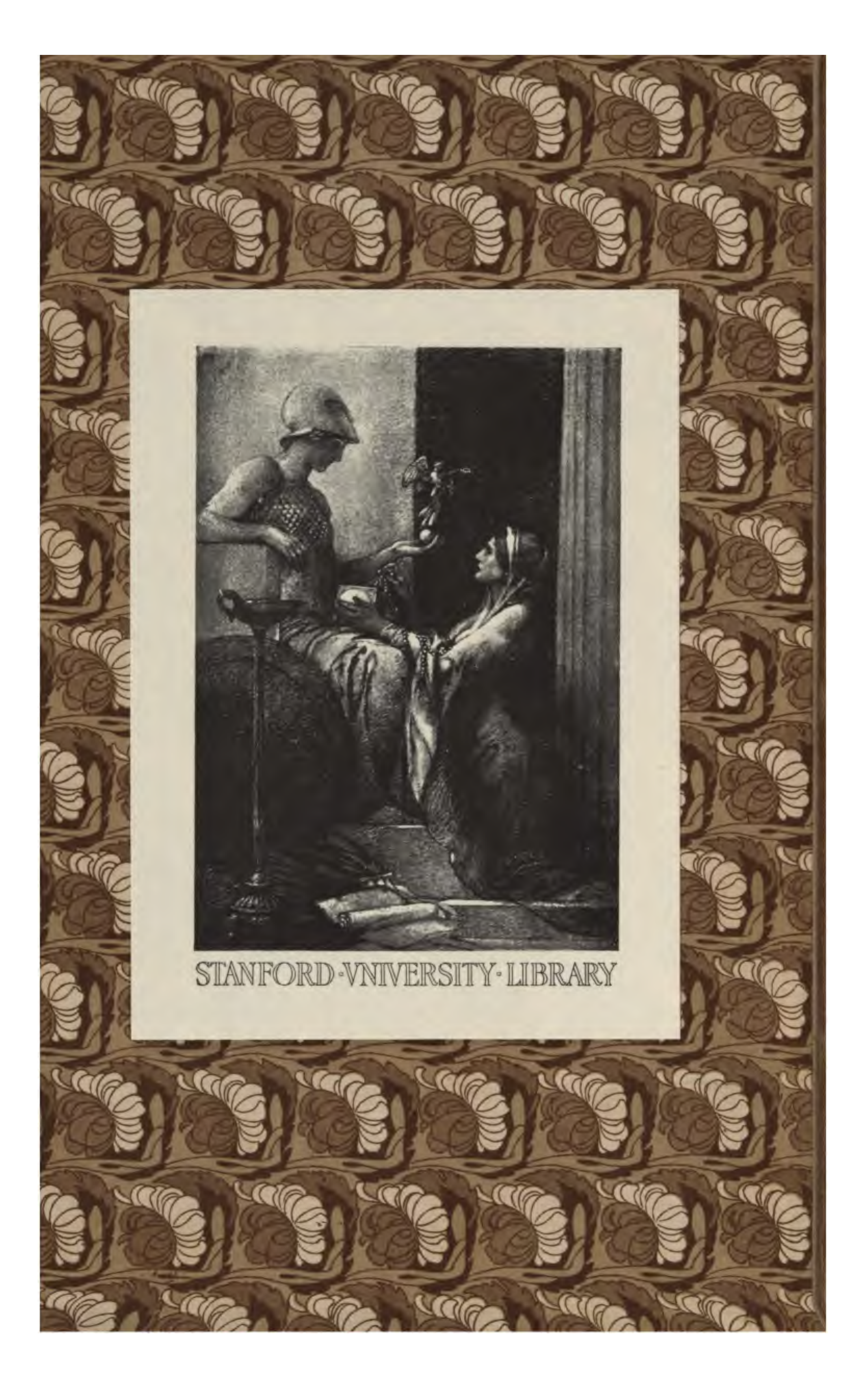
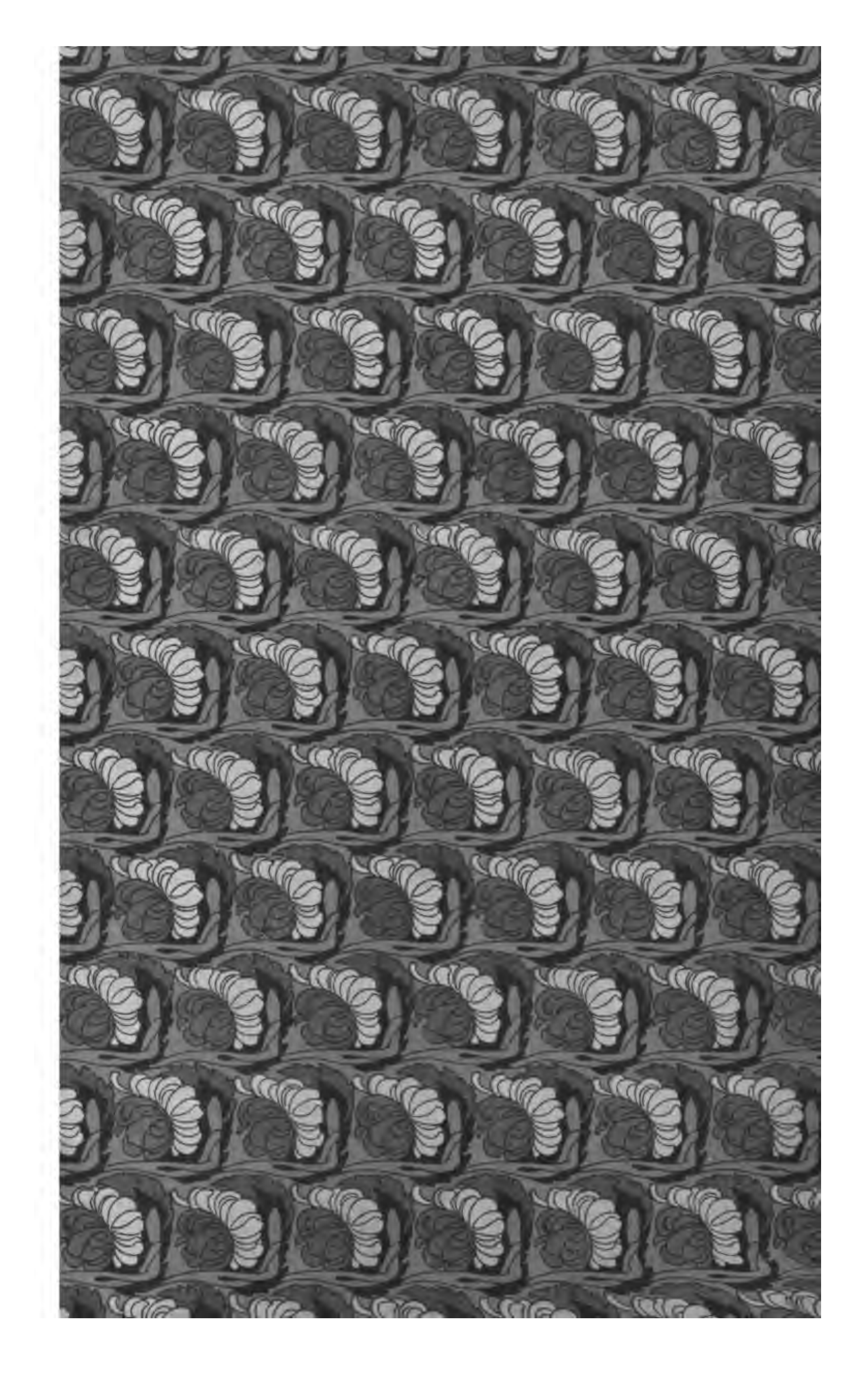





STANFORD·VNIVERSITY·LIBRARY





Graf Otto von Bray-Steinburg.

Denkwürdigkeiten aus seinem Leben.

Mit einem Vorwort von

Professor Dr. K. Th. von Heigel in München.

Leipzig
Verlag von S. Hirzel
1901.

Vorwort.

Nur auf den ausdrücklichen Wunsch sowohl der Familie des verewigten Staatsmannes wie der Herausgeber schicke ich dem Buche ein kurzes Wort voraus, einem Schriftwerk, das keiner Empfehlung bedarf. Denn der Wert, den die Mitteilungen eines Mannes wie Bray von seinen Erfahrungen und Erlebnissen für die Nachwelt haben, liegt zu Tage. Es ist zu bedauern, daß sie in Deutschland seltene Erscheinungen sind. Jeder Geschichtsfreund, zumal der Forscher, wird für die Veröffentlichung dieser Erinnerungsblätter dankbar sein. Die Herausgeber wählten — wie mich dünkt, mit glücklichem Takt — die Form einer knappen Lebensbeschreibung, in welche aus Briefen, Berichten und Aufzeichnungen des Diplomaten neues, für die Zeitgeschichte belangreiches Material eingefügt ist. Bei aller Pietät hüten sich die Herausgeber vor jedem Überschwang; die Bedeutung des Mannes wird nicht übertrieben; sie fassen sich so kurz wie möglich, ja, manchmal wird der Leser wünschen, daß sie sich die Grenzen weiter gesteckt hätten.

Was der Minister von Begebenheiten und Stimmungen erzählt, ist unter dem frischen Eindruck niedergeschrieben. Das verbürgt eine größere Genauigkeit der Thatsachen und größere Unbefangenheit des Urteils, als wenn die Mitteilungen erst nach einer Reihe von Jahren zu Papier gebracht worden wären.

Der Hauptwert des Buches liegt darin, daß es über den wichtigsten Abschnitt unserer deutschen Geschichte, den Aufbau des Reiches, neue Aufschlüsse giebt, von einem Manne, der vollen Einblick in das politische Getriebe hatte und selbst am Werke thätig war

Die Darstellung der Münchener Ereignisse unmittelbar vor Beginn des deutsch-französischen Krieges ist ein historisches Zeugnis ersten Ranges. Diese Blätter liefern auch den Beweis, daß der Mann von französischer Abkunft und mit französischem Namen ein echter deutscher Edelmann war und daß er zu viel staatsmännischen Weitblick besaß, als daß er mit den „Patrioten“ jener Tage hätte Hand in Hand gehen können. Noch in jüngster Zeit wurde die Klage laut, der „ultramontane“ Bray habe im Sommer 1870 „rheinbündlerischer Tendenz“ gedient und mit Grammont und Erzherzog Albrecht unter einer Decke gesteckt; König Ludwig soll den politischen Rücken kurzer Hand ein Ende gemacht haben, indem er über den Kopf seines Ministers hinweg die Mobilmachung befahl. Dagegen wird jeder verständige deutsche Patriot in den vorliegenden Erinnerungsblättern den Abschnitt über die Haltung Brays während der kritischen Tage mit ungeteilter Befriedigung lesen; die Beschuldigungen der Gegner von rechts und links sind damit gründlich und für immer widerlegt. Möchte man doch endlich im deutschen Norden aufhören, mit dem Schlagwort „rheinbündlerisch“ ähnlichen Mißbrauch zu treiben, wie jenseits des Maines mit „Verpreußung“ und „lutherisch machen“!

Nach den Mitteilungen Brays über die Erlebnisse in Versailles und die gleichzeitigen Münchener Vorgänge wird niemand mehr bestreiten, daß dem Leiter der bayrischen Politik trotz seiner strammen bayrischen Gesinnung ein wesentlicher Anteil an der großen Entscheidung gebührt. Ebenso wie im Sommer 1870, als Frankreich beutegierig die Hände nach deutschem Boden ausstreckte, das Rechts- und das Selbstgefühl in ihm lebendig erwacht war, konnte er im Herbst des großen Jahres, als die ruhmvollen Erfolge der deutschen Waffen die Schöpfung eines deutschen Vaterlandes möglich und unerläßlich erscheinen ließen, sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Einzelstaaten zu Gunsten der Einigung und Zentralisierung Opfer bringen müßten. Während aber auch Ludwig II. im Juli keinen Augenblick geschwankt hatte, sein Volk für die deutsche Sache zu den Waffen zu rufen, war er, was kein Vernünftiger einem König von Bayern verübeln kann, weniger nachgiebig in den Konsequenzen; es überwog in ihm, wie Bismarck sagt, „die Sorge für die Erhaltung

des föderativen Prinzips der Reichsverfassung und der verfassungs-
mäßigen Privilegien seines Landes". In diesem Wunsche begegnete
sich der König mit der großen Mehrheit seines Volkes, und mit
dieser Thatsache mußte der bayrische Minister in Versailles rechnen.
Doch aus seinen Briefen erfahren wir, wie er auch in diesen Fragen
klug und beharrlich strebte, im Sinn einer gesunden Entwicklung des
Ganzen und der Glieder den Widerstand der Einen zu brechen und
den feurigen Drang der Anderen zu zügeln. Kein Leser wird ohne
Mitgefühl aus der Erzählung Brays entnehmen, wie der Mann der
alten Zeit sich zum Verständnis der neuen hindurchringt; auch
ihm gebührt unser Dank, daß die „Schreiber", wie der alte Blücher
zu klagen pflegte, nicht wieder verdarben, was das deutsche Schwert
gut gemacht hatte!

K. Th. von Heigel.

Inhalt.

Inhalt.



Verglichen mit der großen Zahl Deutscher, die außerhalb des Vaterlandes zu hervorragenden Stellungen gelangt sind, erscheint das Kontingent, welches das Ausland der politischen und litterarischen Führerschaft unsers Volkes geliefert hat, außerordentlich bescheiden. Gegenüber der Thatsache, daß die Herrschergeschlechter eines erheblichen Teils der uns benachbarten Staaten deutschen Ursprungs sind und daß in Dänemark, Rußland, Griechenland und so weiter, deutsche Männer des Schwerts und der Feder jahrzehntelang maßgebenden Einfluß geübt haben, kommen die Fremden, die in der deutschen Staats- und Bildungsgeschichte mitzählen, in kaum beiläufigen Betracht. Sieht man von den in Preußen zu Ansehen und Bedeutung gelangten Nachkommen gewisser französischer Refugiés des 17. Jahrhunderts ab, so bleibt wenig mehr als ein halbes Dutzend ausländischer Namen übrig, die sich in der Geschichte des deutschen Volks erhalten haben. Ob die relativ beschränkte Assimilationskraft der deutschen Rasse oder ob der Reichtum an eingeborenen Talenten den Hauptanteil daran gehabt hat, mag ununtersucht bleiben, die Thatsache selbst ist unbestreitbar und hängt wesentlich damit zusammen, daß das zahlreichste der mitteleuropäischen Völker später als irgend ein andres zu der ihm zukommenden staatlichen und nationalen Geltung gelangt ist.

Schon aus diesem Grunde verdienen die einzelnen in der deutschen Staats- und Volksgeschichte zu Notorietät gelangten Ausländer einige Aufmerksamkeit. Auf die Richtungen, denen dieselben innerhalb der in Deutschland ausgefochtenen Partei- und Interessenkämpfen gefolgt sind, kommt es dabei nur beiläufig an. Sind doch die Beschaffenheit der Kreise, in welche diese Fremden traten und der Zeitpunkt ihrer Heimischwerdung in derselben dafür maßgebend gewesen, ob sie auf der einen

oder auf der andern Seite standen. Sie haben dieselben Entwicklungen durchzumachen gehabt, durch welche wir selbst gegangen sind und unvermeidlicherweise den Irrtümern ihrer neuen Landsleute den nämlichen Tribut gezahlt, den diese selbst aufbringen mußten, um aus der Geteiltheit zu nationaler Einheit durchzudringen. Die von uns zurückgelegten einzelnen Stationen lassen sich bei Betrachtung des von diesen neuen Deutschen zurückgelegten Weges mit besonderer Deutlichkeit übersehen: der Natur der Sache nach konnten diese Einwanderer keine andre Deutschen werden, wie die Landeskinder waren, denen sie sich zugesellten. Dieselbe Notwendigkeit, welche die im 18. Jahrhundert an der Spree heimisch gewordenen Refugiés zu spezifischen Preußen gemacht hatte, brachte mit sich, daß die im folgenden Zeitalter an den Neckar und Isar geflüchteten Emigrantenfamilien zu Deutschen erst werden konnten, nachdem sie sich ein Menschenalter hindurch in spezifischem Bayern- und Schwabentum bewegt hatten.

Ein interessantes Beispiel dieses Wandlungsprozesses bietet die Geschichte der Grafen Bray, die durch drei Generationen im bayrischen und im deutschen Staatsleben ansehnliche Stellungen eingenommen haben. Der in der Normandie geborene Großvater François Gabriel de Bray kommt als Malteserritter französischer Junge nach Regensburg, tritt unter den Auspizien Montgelas' in den bayrischen diplomatischen Dienst und widmet der Politik des bedeutendsten der Rheinbundstaaten die besten Kräfte seines Lebens: am Abend desselben kommt er, der Gefährte der Montgelas und Wrede, gleichwohl dabei an, die Vorzüge der föderativen Einordnung Bayerns in die deutsche Staatengemeinschaft in einer eingehenden Denkschrift geltend zu machen. Sein im Jahre 1807 geborener Sohn Graf Otto fühlt sich von Hause aus als Angehöriger einer „deutschen und bayrischen Familie", er nennt sich Bray-Steinburg und ist Deutscher im Sinne seines Landesherrn, der unbeschadet seiner bayrischen Selbstherrlichkeit der „teutscheste der Teutschen" hatte sein wollen. Die Triaspolitik Maximilians ist die seinige, die Parteinahme gegen das Preußen von 1866 bedeutet eine notwendige Konsequenz der Traditionen, in denen er emporgekommen, die Unterwerfung unter das Gebot des

Siegers von Königgrätz ein Opfer, das er schweren Herzens bringt. In der Krisis von 1870 ist er aber bereits dabei angelangt, Bayerns Teilnahme an dem nationalen Kriege als persönliche Angelegenheit, als Sache „des Rechts, der Ehre und der Sicherheit des Staats" zu behandeln und nach Beschluß des ruhmreichsten aller Kriege der neueren Zeit als Teilnehmer an der Begründung des neuen Deutschen Reichs thätig zu sein. Sein Sohn, der Enkel des Maltesers, ist dann der erste Bayer, der in den auswärtigen Dienst des neugegründeten Deutschen Reichs tritt und der vielen einer, denen deutsches Reichsinteresse und bayrisches Landesinteresse gleichbedeutende Begriffe geworden sind.

Auf den nachstehenden Blättern soll über einige Abschnitte dieser Familiengeschichte und ihrer für die jeweilige deutsche Entwicklung charakteristischen Momente berichtet werden. Die Gewohnheit, sich über wichtige Erlebnisse schriftliche Rechenschaft zu geben und die darauf bezüglichen Dokumente zu sammeln, war vom Vater auf den Sohn übergegangen, und hatte den Grafen Otto zu einer Anzahl von Aufzeichnungen bestimmt, deren dereinstige Veröffentlichung, wenn nicht ausdrücklich bestimmt, so doch vorgesehen worden war.

I.

Im Jahre 1765 in einem alten normanischen Adelsgeschlecht zu Rouen geboren und als jüngerer Sohn des Hauses für den geistlichen Stand bestimmt, war der Begründer des deutschen Zweiges der Familie von Bray der Chevalier François Gabriel nach Beendigung seiner Studienzeit in den Malteser-(Johanniter-)Orden getreten und nach der Sitte der Zeit mehrere Jahre lang Teilnehmer der „Karawanenzüge“ gewesen, welche die weiland berühmte Brüderschaft des Hospitaliten-Ordens St. Johannes von Jerusalem an die nordafrikanische Küste und gegen die auf dem mittelländischen Meere hausenden algerischen und tunesischen Korsaren aussendete. Nach Erfüllung dieser Dienstpflicht kehrte der vierundzwanzigjährige Ritter in sein Vaterland zurück, um einige Zeit lang im Pariser Auswärtigen Ministerium zu dienen und sodann der französischen Gesandtschaft in Regensburg, dem damaligen Sitze des römisch-deutschen Reichstages, beigegeben zu werden. Als wenig später die Revolution ausbrach und den friedlichen Beziehungen Frankreichs zum römischen Reiche deutscher Nation ein Ende machte, verstand sich für den Sohn des durch diese Bewegung in schwere Mitleidenschaft gezogenen normanischen Adelsgeschlechts von selbst, daß er seine Stellung niederlegte, sich auf die Emigrantenliste setzen ließ und vorläufig in Deutschland blieb. Sein erhalten gebliebener Briefwechsel mit dem damaligen Großmeister des Malteserordens, Prinzen von Rohan, bezeugt die verständnisvolle Aufmerksamkeit, mit der der Chevalier die Zeitereignisse verfolgte und die Vorurteilslosigkeit, mit welcher er dieselbe beurteilte. Ungleich der Mehrzahl seiner Standesgenossen erkannte er die Unmöglichkeit einer Rückkehr zu der alten Ordnung der Dinge und die Aussichtslosigkeit des Kampfes, den die um den Prinzen von Condé gescharte

Emigration zu Gunsten derselben aufgenommen hatte, uneingeschränkt an, ohne darum den in Frankreich herrschenden Grundsätzen beizutreten. Mit besonderer Deutlichkeit tritt der von ihm eingenommene Standpunkt des liberalen, mit den unabweisbaren Bedürfnissen der Zeit wohlbekannten Aristokraten in einer Denkschrift zu Tage, die der Chevalier im Jahre 1797 an den Prinzen von Rohan richtete, um über eine Reise nach Paris zu berichten, die ihn zum Zeugen des Staatsstreichs vom 15. Fructidor V (4. Sept. 1797) gemacht und in den Stand gesetzt hatte, Ziele und Aussichten Frankreichs und der Direktorialregierung genau kennen zu lernen. Dem günstigen Eindruck, den diese von außerordentlicher Einsicht zeugende Staatsschrift auf die maßgebenden Kreise des Malteser-Ordens machte, möchte zuzuschreiben sein, daß Rohans Nachfolger in der Meisterwürde, Ferdinand von Hompesch Herrn de Bray im Jahre 1798 als zweiten Vertreter des Ordens an den in Rastadt versammelten Kongreß absendete. Unter den zahlreichen deutschen Staatsmännern, zu denen der thätige, gewandte und liebenswürdige Malteser-Gesandte hier in Beziehung trat, nahmen die Vertreter des bayrischen Hofs, die Grafen Montgelas und Rechberg die sichtbarsten Stellungen ein. Mit den Empfehlungen dieser ihm befreundeten Männer hing es zusammen, daß am 8. Juli 1799 Bray in Begleitung des Bailli von Flachslanden nach St. Petersburg entsendet wurde, wo er namens des Ordens für die Beilegung eines Konflikts thätig sein sollte, der zwischen der in den Besitz gewisser Ordensgüter getretenen Krone Bayerns und dem zum Malteser-Großmeister gewordenen Kaiser Paul von Rußland ausgebrochen war. Die Frucht des mehrmonatlichen Aufenthalts in der russischen Hauptstadt war eine (erhalten gebliebene) Denkschrift über „Hof und Regierung Rußlands im Winter 1799/1800“, die der Einsicht und dem Orientierungs-Vermögen des Verfassers ein so glänzendes Zeugnis ausstellte, daß der Münchner Hof dem kaum fünfunddreißigjährigen Manne einen Gesandtenposten anbot. Seit dem „Untergang“ des Malteser-Ordens auf sich selbst gestellt, nahm der bisherige Malteserritter dieses Anerbieten an. Er erwarb das bayrische Staatsbürgerrecht, verließ den geistlichen Stand, ging nach London, wo er den Abschluß des bayrisch-englischen Subsidien-Vertrages vom

16. Mai 1800 vorbereitete und ein Jahr später nach Berlin, wo er während der folgenden sieben Jahre als bayrischer Gesandter lebte, eine Livländerin Fräulein von Löwenstern heiratete und u. a. Zeuge der Vorgänge war, die sich an die Schlacht von Jena und an die Niederwerfung der preußischen Monarchie knüpften.

Als Sohn dieses Vaters wurde Graf Otto am 17. Mai 1807 zu Berlin geboren; an der Stätte seiner Wiege steht heute das Gebäude des Auswärtigen Amts, damals Eigentum des russischen Gesandten Grafen Alopäus. Die ersten Lebensjahre verbrachte der Knabe abwechselnd auf den livländischen Gütern des Großvaters und in St. Petersburg, wohin der Vater im Jahre 1808 versetzt wurde, um (mit einer durch den Ausbruch des Krieges von 1812 bedingten Unterbrechung) vierzehn Jahre lang das Amt des bayrischen Gesandten zu bekleiden und dank seinen persönlichen Eigenschaften eine Stellung einzunehmen, wie sie Vertretern mittelstaatlicher Regierungen sonst nicht gegönnt zu werden pflegt. Um dem Sohne vollen Anteil an der Bildung der Nation zu sichern, der derselbe durch seine Geburt angehörte, sandte der Vater den heranwachsenden Knaben nach München, wo derselbe in die königliche Pagerie trat. Noch als Greis hat Graf Otto seiner damaligen Lehrer, des Professors Müller und des Rektors Fröhlich, mit besonderer Dankbarkeit gedacht und ihnen nachgerühmt, daß sie ihren Schüler „zu ernsthaften Studien anzuhalten und vor den Gefahren der Jugend zu behüten gewußt haben". Dieser Dank möchte um so reichlicher verdient worden sein, als weder das St. Petersburger Pflaster der zwanziger Jahre, noch die Nummer 23 der Pariser Rue de Varennes, in welche der Vater während des Jahres 1823 versetzt wurde, der Entwicklung eines unter verwöhnenden Lebensumständen geborenen jungen Mannes heilsam gewesen wäre. Die französische Hauptstadt scheint der Zögling der Pagerie erst nach beendeten Schulstudien näher kennen gelernt zu haben. Seine Aufzeichnungen berichten von einem genußreichen Aufenthalt in Paris und von näheren Beziehungen zu der den Eltern befreundeten Familie La Ferronays, die den in Göttingen und München verbrachten Universitätsjahren unmittelbar vorhergingen. Die Nennung des Namens La

Ferronays ist für die politische Richtung charakteristisch, welche der bayrische Gesandte in Paris genommen hatte und der der Sohn sich in der Folge anschloß. Daß er Konservativer und Royalist war, verstand sich für den von der Revolution aus dem Vaterland vertriebenen ehemaligen Malteser von selbst, daß er es mit der gemäßigtesten und einsichtigsten Fraktion der Legitimisten hielt, verriet den gebildeten Staatsmann, der zu lernen und zu vergessen verstanden hatte. La Ferronays, der viele Jahre lang Gesandter in St. Petersburg gewesen war, als Vertreter Ludwigs XVI. an dem Laibacher Kongreß teilgenommen hatte und als Minister des Auswärtigen dem Ministerium Martignac (1829 bis 1830) angehörte, war ein altfranzösischer Edelmann von der guten Art, der der Herzog von Richelieu angehört hatte. Von dem aufrichtigen Streben erfüllt, das Königtum mit der konstitutionellen Ordnung zu versöhnen, setzte er der radikalen Opposition dieselbe Entschiedenheit entgegen, mit der er die Thorheiten der legitimistischen Ultras bekämpfte und die Übergriffe des ihm persönlich abgeneigten Herzogs von Berry zurückwies. Von liebenswürdigen Formen und tüchtiger Bildung, laborierte er gleichwohl an dem Mangel, seinem Vaterlande durch vieljährigen Aufenthalt im Auslande entfremdet zu sein und die Verhältnisse, mit denen er zu rechnen hatte, nur zur Hälfte zu verstehen.

Die von La Ferronays eingenommene Mittelstellung zwischen Gegensätzen, die sonst für unversöhnlich galten, entsprach der Denkungsart, die wir in der Folge bei Otto von Bray finden, dem Manne der alten Zeit, der mit den Anforderungen eines neuen Zeitalters zu verhandeln hatte, das ihm innerlich fremd geblieben war und das er gleichwohl genugsam verstand, um Konflikten mit demselben die Spitze abzubrechen.

Der Vater hatte in eine diplomatische Stellung treten dürfen, ohne durch eine Lehrzeit gegangen zu sein, der Sohn mußte sich den Forderungen der bureaukratischen Ordnung fügen, die seit der Wende des Jahrhunderts von allen angehenden Beamten Befähigungsnachweise verlangten. Erst nachdem er zu Deggendorf und Passau die gerichtliche und administrative Praxis kennen gelernt und den „Staatskonkurs“ bestanden hatte, durfte der junge Jurist das

diplomatische Parkett betreten, zunächst als Attaché des nach Wien versetzten Vaters, nach dessen Tod (2. September 1832) als Hilfsarbeiter im Münchner Ministerium des Auswärtigen und dann abermals in Wien, wo er bis zum Juli 1833 verblieb und zeitweise als Geschäftsträger fungierte. „Ein günstiges Geschick," so berichtet er, „wollte, daß ich zum Beginn meiner Laufbahn zur Berichterstattung über einen wichtigen Gegenstand berufen war. Es galt die Frage der Zolleinigung Bayerns und ganz Süddeutschlands entweder mit Österreich oder mit Preußen. Die Wichtigkeit des Augenblicks erkennend, war Fürst Metternich zu allen nötigen Zugeständnissen bereit, seine Anträge scheiterten aber an den Souveränitätsbedenken des Kaisers Franz, und Preußen benutzte dieses Zaudern zu raschem Abschluß der Zollvereinsverträge, in denen der Keim zum neuen Deutschen Reiche und zur Ausschließung Österreichs aus Deutschland lag." — Gemeint ist in dieser kurzen Anführung die österreichische Denkschrift vom 24. Juni 1833, welche dem preußischen Entwurf mit dem Vorschlage begegnen zu können glaubte, daß von Bundestags wegen die Einfuhr aus andern Bundesstaaten vor derjenigen des Auslandes bevorzugt werden sollte. Daß dieser Vorschlag jemals für auskömmlich gehalten worden war und daß Metternich durch denselben dem preußischen System einen Stoß versetzen zu können glaubte, erscheint heutzutage kaum mehr verständlich. Bildete die (von Österreich außer Betracht gelassene) Hinwegräumung der einzelstaatlichen Schlagbäume doch Preußens hauptsächlichstes Verdienst und die Conditio sine qua non jedes nationalen Zollsystems, das diesen Namen verdienen sollte! Damals gab den Ausschlag, daß Kaiser Franz jede für die übrigen deutschen Staaten annehmbare Ermäßigung der prohibitiven Zölle des Kaiserstaats als Neuerung verabscheute, die unveränderte Aufrechterhaltung der bestehenden österreichischen Zollsätze vorschrieb und dadurch die dem Königlich Kaiserlichen Unterhändler Binder übertragene Berliner Mission von Hause aus gegenstandslos machte.

Noch bevor die Zollvereinsangelegenheit zum Austrag gebracht worden war, im Juli 1833, wurde der inzwischen zum Legationssekretär beförderte sechsundzwanzigjährige Attaché der Gesandtschaft

in St. Petersburg zugeteilt. Sein zweijähriger Aufenthalt in der russischen Haupt- und Residenzstadt fiel in die zweite, von besonderer Gunst der Umstände begleitete Periode der Regierung Nikolaus' I., in die heute mythisch gewordene Zeit, zu welcher (nach einer klassisch gewordenen russischen Redewendung) die großen Vermögen des russischen Adels noch „undurchgebracht“ waren, die auf die Leibeigenschaft des Landvolks gegründeten alten Ordnungen innerhalb wie außerhalb Rußlands für auf ewige Dauer berechnet angesehen wurden, die Monarchenbegegnung von Münchengrätz und das russisch-preußische Lustlager von Kalisch Bürgschaften für ewigen Bestand der heiligen Allianz zu bieten schienen. Indessen Graf Nesselrode die auswärtige Politik im Sinne Metternichs leitete, Graf Cancrin sein streng protektionistisches Zollsystem bis an die Grenzen der Prohibition vorschob und der Chef der dritten Abteilung, Graf Benkendorf, das für die inneren Angelegenheiten maßgebende Wort führte, trieb das Leben der St. Petersburger Hofgesellschaft seine buntesten Wellen und sorgte eine schier endlose Reihe glänzender Feste dafür, daß der an den Newastrand geführte vornehme Fremde in der besten aller möglichen Welten angelangt zu sein glaubte. — Nahezu entgegengesetzter Art waren die Eindrücke, die der junge bayrische Diplomat empfing, als er im Frühjahr 1836 aus der russischen in die französische Hauptstadt versetzt und alsbald nach dem Eintritt in seine dortige Stellung in die Lage gebracht wurde, seinem Hofe als Geschäftsträger über die stürmischen Vorgänge berichten zu müssen, welche den Rücktritt des Ministeriums Thiers, die Bildung des Kabinetts Molé-Guizot, den Straßburger Putsch Louis Napoleons, die Amnestierung der Minister Karls X. und das Attentat vom 27. Dezember 1836 begleiteten. Alle diese schwerwiegenden Ereignisse waren in die ersten Monate der Pariser Amtsthätigkeit des jungen bayrischen Geschäftsträgers gefallen, der zwei Jahre hindurch Zeuge der unbeweglichen Ruhe russischen Lebens und einer ungestörten Vorherrschaft der Ideen gewesen war, die der Periode seines Emporkommens das Gepräge gegeben hatten.

Nicht minder stürmisch vergingen die folgenden Jahre von Brays Pariser Aufenthalt. Als er im Frühjahr 1840 an der Sei-

seiner jungen Gemahlin, einer Tochter des Fürsten Frasso-Dentio, von Paris nach München zurückkehrte, hatte er drei weitere Kabinetts-veränderungen, zwei auswärtige Konflikte Frankreichs, eine republikanische Schilderhebung, endlich die Bedrohung des europäischen und des orientalischen Friedens durch die turbulente Politik des Ministeriums Thiers-Rémusat erlebt!

Auf Brays zehnmonatliche Dienstleistung in München folgte am 21. März 1841 die Ernennung zum Minister-Residenten in Athen, wo König Ludwigs zweiter Sohn Otto I. seit Jahr und Tag mit der Unbotmäßigkeit und moralischen Verwilderung des griechischen Volks und mit den Einmischungen der drei rivalisierenden Schutzmächte (Rußland, England und Frankreich) harte Kämpfe zu bestehen hatte. Gerade zur Zeit von Brays Eintreffen in der griechischen Hauptstadt bestanden höchst schwierige Verhältnisse. Nur mühsam war der unfertige Staat der Gefahr entgangen, in die Wirbel der Thiersschen Orientpolitik gezogen und in einen Krieg mit der Türkei verwickelt zu werden. Beinahe gleichzeitig hatte eine von A. Kapodistrias und Stammatopulos angezettelte Verschwörung den Bestand der Dynastie gefährdet, das durch den russischen Gesandten Catacazy unterstützte Treiben der sogenannten napistischen Partei die mühsam aufrecht erhaltene innere Ordnung erschüttert und der thörichte Haß der Massen gegen die bayrischen Beamten schwere Verwirrungen geschaffen. Nichtsdestoweniger fand der bayrische Minister-Resident das Königspaar in einer Stimmung vor, deren Zuversichtlichkeit unter den gegebenen Umständen unbegreiflich erschien. König Otto trug sich mit hochfliegenden Entwürfen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte des verarmten Landes, die Königin rechnete auf die Geburt eines Sohnes, der für die Befestigung der Dynastie Gewähr leisten sollte und dem die junge Fürstin den stolzen Namen Konstantin im voraus bestimmt hatte.

Obgleich dem Grafen Bray ein nur dreijähriger Aufenthalt in Griechenland gegönnt sein sollte, hatte er reichliche Gelegenheit, Einblick in die Unsicherheit der bestehenden Zustände und die Ohnmacht der Regierung zu gewinnen.

„Einen wichtigen Moment in der neueren Geschichte des hellenischen Königreichs (so heißt es in einer seiner Aufzeichnungen) habe ich miterlebt. Sir Stratford Canning war nach Athen gekommen, um den englischen Ratschlägen zur Einführung konstitutioneller Einrichtungen Eingang zu verschaffen. In einer Reihe von Besprechungen hatte ich mich mit ihm darüber geeinigt, daß ein Staatsrat teils aus Mitgliedern königlicher Ernennung bestehend, teils vom Volke gewählt, zur Kontrolle der Finanzen eingesetzt werden sollte. Dadurch wäre der griechischen Regierung die Unterstützung Englands gesichert gewesen und die dem Könige einige Monate später in revolutionärem Drange aufgenötigte Verfassungserteilung wahrscheinlich vermieden worden. Leider wurde die Annahme obiger gemäßigter Vorschläge von anderer Seite widerraten und somit vereitelt."

Die „Seite", von welcher diese Vereitlung ausging, und der Zeitpunkt, zu dem die Stratford-Brayschen Besprechungen stattgefunden haben, werden nicht näher bezeichnet. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der russische Gesandte Catacazy gemeint, den die Brayschen Aufzeichnungen über das damalige diplomatische Corps in Athen an erster Stelle namhaft machen. „Rußland wurde durch den Staatsrat Catacazy, Österreich durch Prokesch, Preußen durch Brassier vertreten. Den beiden letzteren hätte ich mich gern angeschlossen, wenn sie im Interesse des griechischen Königtums einig gewesen wären. Sie lebten indessen in beständiger Feindschaft, und es war keine leichte Aufgabe, mit beiden freundschaftlich zu verkehren. Von Brassier wurde in seiner amtlichen Korrespondenz die Waffe der Satire gegen Prokesch gebraucht. In illustrierten Privatschreiben an den König Friedrich Wilhelm IV. erschien der griechische Staatswagen bespannt und nach verschiedenen Richtungen gezogen, durch ein Roß, das ihn selbst (Brassier), und einen Strauß, der Prokesch bedeutete.

„Im Lande hatte jeder der Vertreter der drei Schutzmächte Rußland, England und Frankreich eine Partei, für die er zu wirken suchte, und gerade hierin lag die größte Schwierigkeit für die von diesen Mächten eingesetzte Regierung und den König. Mir war die Aufgabe gestellt, zwischen diesen Gegensätzen thunlichst zu vermitteln,

und ein günstiges Geschick wollte, daß ich nach zweijährigem Aufenthalt in Athen von dort abberufen wurde, noch bevor jene unhaltbaren Zustände zu der traurigen Krisis führten, welche in der Nacht vom 14. auf den 15. September 1843 den König Otto zur Annahme einer Konstitution nötigten."

Im Februar des Jahres, das dem hellenischen Staate eine Verfassung bescherte, deren Voraussetzungen zu den gegebenen Zuständen in unüberbrückbarem Gegensatz standen, war Bray abermals nach St. Petersburg versetzt worden, das ihm in ähnlicher Weise zur zweiten Heimat werden sollte, wie ein Menschenalter zuvor seinem Vater. Kaiser Nikolaus behauptete nach wie vor die glänzende Stellung, in welcher der neue bayrische Gesandte ihn zehn Jahre zuvor verlassen hatte. „Sein Rat war der schwerstwiegende im Rate der europäischen Souveräne, sein Hof glänzend, seine Erscheinung imponierend." So uneingeschränkt, wie ehemals die Bewunderung des Jünglings, scheint die Bewunderung des Mannes aber nicht mehr gewesen zu sein. In den Aufzeichnungen Brays wird bemerkt, daß der Charakter des russischen Monarchen zwar edel und aller Gemeinheit abhold, zugleich aber „hart und unbeugsam" sei.

Daß der Kaiser Gegner der konstitutionellen Monarchie und jeder Transaktion zwischen Volk und Souverän war und nur zwei Staatsformen, die absolute Monarchie und die Republik gelten ließ, konnte einem Beurteiler von leidlicher Unbefangenheit nicht eben für einen Beweis überlegener Einsicht gelten. Und daß Graf Bray nicht nur ein solcher, sondern unter Umständen ein außerordentlich scharfer Kritiker hat sein können, hat er wiederholt bewiesen. Eine — allerdings mehrere Jahre später — von ihm verfaßte Denkschrift über den russischen Hof und die Minister des Kaisers Nikolaus darf dem Besten, was über diesen Gegenstand überhaupt geschrieben, zugezählt und dem bekannten Abschnitt aus den Tagebüchern des Generals Friedrich von Gagern vom Jahr 1839 an die Seite gestellt werden.

Während der Anfänge seiner St. Petersburger Existenz war auch Graf Bray zunächst bei der Glanzseite des russischen Gesellschaftslebens und bei der berückenden Liebenswürdigkeit stehen ge-

blieben, die dasselbe fremden Besuchern gegenüber entfaltete. Entsprechend dem Charakter der Zeit, füllten gesellschaftliche und litterarische Interessen den Vordergrund der Scene so vollständig aus, daß es für den Beschauer nicht leicht hielt, zu den Dingen durchzudringen, die hinter der am Newastrande spielenden Scene ihr Wesen trieben und den Inhalt des staatlichen und nationalen Lebens bildeten. Zu den litterarischen Tonangebern des Nikolaitischen Rußlands war Bray bereits während seines ersten Aufenthalts in St. Petersburg in Beziehung getreten und unter anderm Zeuge der Verwicklungen gewesen, welche in der Folge das tragische Ende Puschkins herbeiführten. Danach konnte nicht fehlen, daß er während der Jahre 1843 bis 1846 mit den Überlebenden aus dem Kreise des berühmten Dichters in Verbindung blieb. Unter den Personen seines näheren Umgangs nennt er die Witwe und die Söhne des Reichshistorikers Karamsin, deren Salon besondere Anziehungskraft übte, den Fürsten Wjäsemski und die beiden Grafen Wielehorski. Wjäsemski, der damals Vizedirektor des Departements für den auswärtigen Handel war, pflegte von sich zu sagen, daß er ein lebender Beleg des Wortes sei, nach welchem „Gott den Unschuldigen schützt", denn seine Unschuld in finanziellen Dingen sei eine vollendete gewesen. Die Rolle, die der geistreiche und feingebildete Mann spielte, verdankte er wesentlich seinem poetischen Talent und seiner Liebenswürdigkeit. In litterarischen Dingen gab er den Ton an, auf musikalischem Gebiete waren der Oberschenk des kaiserlichen Hofes Graf Michael Wielehorski und dessen Bruder, der Hofmeister des Großfürsten Michael, Graf Matthieu, die maßgebenden Autoritäten; des ältesten Bruders Schwiegersohn Graf Sollogub galt für den talentvollsten der damaligen Novellisten Rußlands und entzückte jung und alt durch sein „Zum Einschlafen" betiteltes Skizzenbuch aus der vornehmen Welt. Bis zum Raffinement verfeinerter Lebensgenuß und Beschäftigung mit den neuesten Erscheinungen französischen Schrifttums, deutscher und italienischer Musik füllten die Existenzen dieser Männer so vollständig aus, daß dieselben nach ihren Amtsstellungen und nach den politischen Zuständen ihres Landes nur in verlorenen Stunden oder

bei außerordentlichen Gelegenheiten fragten. Diese Gelegenheiten fanden sich, wenn Verwaltungsübelstände und Beamtenunterschleife greller als gewöhnlich zu Tage traten und die Führer des St. Petersburger Kunst- und Geisteslebens daran erinnerten, daß sie einmal Liberale und Anhänger eines Systems gewesen waren, das zu demjenigen des gegenwärtigen Herrschers in ausgesprochenem Gegensatz gestanden hatte.

Wjäsemski, die bedeutendste Figur dieses in seiner Weise ausgezeichneten Kreises, pflegte von sich selbst zu sagen, daß er immer nur dem „Strome" gefolgt sei. „In meiner Jugend ließ ich mich von den liberalen Zeitideen, in meinen Mannesjahren von den Rücksichten des Staatsdienstes und zuletzt von den Sorgen und Beschwerden des Alters beherrschen." Gerade dieses „Abandon", die liebenswürdige Bereitschaft, sich selbst so gut wie andre preiszugeben, wo es das Behagen des Augenblicks galt, verlieh dem Treiben der russischen großen Welt den eigentümlichen Reiz. Wenn irgendwo galt hier das Wort: „Wenn man das Leben gar zu ernsthaft nimmt, ist's nicht des An- und Ausziehens wert."

Für den Vertreter eines Mittelstaates, der als solcher von der Teilnahme an den Fragen der großen Politik ausgeschlossen war, hätte nahegelegen, sich an den gesellschaftlichen und repräsentativen Verpflichtungen seines Amtes genügen zu lassen. Daß das bei dem Grafen Bray nicht zutraf, erhellt einmal aus der Aufmerksamkeit, welche er den charakteristischen Erscheinungen des russischen Staatslebens zuwandte, zum andern aus dem Eifer, mit dem er sich einer ihm im Jahre 1844 zugefallenen, außerhalb seines nächsten Pflichtkreises liegenden Aufgabe widmete. Im Frühjahr des genannten Jahrs hatte König Karl XIV. Johann von Schweden und Norwegen die merkwürdige Laufbahn beschlossen, die ihn aus dem bescheidenen Hause seines Vaters, des Rechtsanwalts in Pau, in den Stockholmer Königspalast geführt hatte. Da Bayern einer regelmäßigen Vertretung am schwedischen Hofe entbehrte, beauftragte König Ludwig seinen in St. Petersburg accreditierten Gesandten mit der Beglückwünschung des neuen Beherrschers der beiden skandinavischen Länder. Brays Stockholmer Aufzeichnungen geben von der Lage der da-

maligen Verhältnisse Schwedens ein anschauliches Bild. „König Karl Johann“, so heißt es in einem Bericht vom 28. Mai (1844), „war wegen seines herrischen, durch ein langes Kriegsleben eigentümlich entwickelten Charakters von jeher schwer zu behandeln gewesen und während der letzten Jahre seiner Regierung so intraitable geworden, daß seine Minister, unter denen es allerdings mehrere unzureichende Männer gab, ihm nur mit Zittern nahten. Dank der Verfassungsvorschrift, nach welcher es selbst in Angelegenheiten unbedeutendster Art der Unterschrift des Königs bedarf, war Seine Majestät außerdem derart mit Geschäften überhäuft gewesen, daß die Kräfte des hochbetagten Herrn schließlich nicht mehr ausreichten und daß eine Stagnation der Geschäfte eintrat, die lediglich wegen der allgemeinen Achtung vor dem hohen Alter und der persönlichen Eigenschaften des Souveräns nicht zu Ausbrüchen allgemeiner Unzufriedenheit geführt hatte.“ Nach einer Ausführung über die Notwendigkeit, in dieser Rücksicht Wandel zu schaffen, kommt der Bericht auf die Aufgaben zu reden, deren Lösung dem König Oskar obliege. „Die erste wichtige Regierungshandlung des neuen Herrschers ist ein Erlaß gewesen, der eine indirekte Antwort auf den von dem Prinzen Gustav Wasa eingelegten Protest bedeutet, nämlich die Aufhebung des Verbots, durch welches bei Todesstrafe jeder Verkehr mit der früheren Dynastie untersagt gewesen war.“ Auf diese, von der öffentlichen Meinung durchaus günstig aufgenommene Maßregel sei eine teilweise Umgestaltung des Staatsrats (Staatsministeriums) gefolgt, die unter anderm den dem Könige persönlich befreundeten General Peyron zum Leiter des Kriegswesens und Herrn v. Silverstolpe zum Nachfolger des wegen seiner Intoleranz verrufenen Kultusministers, des ultralutherischen Bischofs Heurlin, gemacht habe. In Schweden galt damals noch die im sechzehnten Jahrhundert erlassene Gesetzesvorschrift, welche den Austritt aus der lutherischen Staats- und Landeskirche mit schweren Strafen belegte, die der genannte Bischof dem vollen Umfange nach auf den Maler Nielsen hatte anwenden wollen.

Von den in Angriff zu nehmenden Reformen erscheint unserm Berichterstatter der Übergang von dem alten Ständewesen und seinen

vier Kurien zum modernen Zweikammersystem als die dringendste. — Mit seiner Sympathie steht er begreiflicherweise auf der Seite des Adels, als Mann, der mit Realitäten zu rechnen gelernt hat, gesteht er indessen ein, daß der Einfluß dieses „intelligentesten und gebildetsten Standes" in demselben Maße abnehme, in welchem der Grundbesitz aus adligen in andre Hände übergehe. In einem einzigen Jahre habe dieser Besitzwechsel den Wert von einer Million Thalern erreicht, — eine Bewegung, die sich seitdem fortgesetzt und in beständig aufsteigender Linie bewegt habe.

„Auch die eifrigsten Anhänger des ständischen Systems", so sagte König Oskar ihm im Laufe einer längeren Unterredung, „können mit dem Eingeständnis nicht mehr zurückhalten, daß das alte System nur so lange durchführbar gewesen ist, als die Gleichberechtigung der vier Stände eine bloße Fiktion bildete, und als der Adel der thatsächliche Inhaber der repräsentativen Gewalt war. Heute, wo die vier Kurien die gleichen Rechte in Anspruch nehmen, wird die erforderliche Übereinstimmung derselben in zahlreichen Fällen zur Unmöglichkeit. Der Staat ist einem Fahrzeuge vergleichbar geworden, das von zwei gleichstarken Dampfmaschinen nach entgegengesetzten Seiten gezerrt wird. Lärm und vergebliche Aufwendung von Kräften nehmen kein Ende — das Fahrzeug aber kommt nicht von der Stelle. Das schlimmste dabei ist, daß dieses System, dank gewissen unzweckmäßigen Verfassungsbestimmungen, zum reinen Widersinn und zu Resultaten führen kann, die den Absichten der konstitutionellen Mehrheit direkt zuwiderlaufen. Behufs Erledigung von Angelegenheiten, rücksichtlich welcher eine Übereinstimmung der vier Stände nicht erzielt werden kann, schreibt die Verfassung nämlich den Zusammentritt eines Ausschusses vor, in welchem die Stände mit gleicher Stärke vertreten sind und der die allendliche Entscheidung fällt. Danach kann es vorkommen, daß ein von drei Ständen verworfener Antrag im Ausschuß die Mehrheit erhält und sodann als Entschließung der allgemeinen Ständeversammlung angesehen wird. So könnte es zum Beispiel zugehen, wenn der auf Annahme der Grundlagen der norwegischen Verfassung abzielende, nur von der Bauernkurie im Gegensatz zu den übrigen Ständen angenommene

Vorschlag, im Ausschuß die Mehrheit erhielte. Er müßte als verfassungsmäßig zu stande gekommener Gesetzesentwurf behandelt und der nächsten Versammlung zu wiederholter Beratung vorgelegt werden, ohne die königliche Sanktion erhalten zu haben." Danach bleibe nichts als die Einführung des Zweikammersystems und zwar „unter Festhaltung der historischen Grundlage der nationalen Einrichtungen" übrig.

Es darf bemerkt werden, daß entsprechend diesem Gedanken des Königs schon damals der Versuch gemacht wurde, Adel und Geistlichkeit in ein Oberhaus, die bürgerliche und die bäuerliche Kurie in eine zweite Kammer zusammenzufassen, daß dieses Vorhaben sich indessen als unausführbar erwies und daß die von Oskar I. geplante Verfassungsreform erst viele Jahre später (im Juni 1866 unter der Regierung Karls XV.) zu stande kam.

Nach einer Ausführung über die von dem Könige gleichfalls anerkannte Notwendigkeit, eine Neugestaltung der veralteten, auf Institutionen des 17. Jahrhunderts gegründeten Heereseinrichtungen ins Auge zu fassen, geht der Bericht auf die Stellung Oskars I. zu den internationalen Fragen über. „Rücksichtlich der Beziehungen Schwedens zum Auslande", so heißt es a. a. O., „hört man vielfach behaupten, daß die neue Regierung, im Gegensatz zu der vorigen, Annäherung an England anstreben und geringere Bereitwilligkeit zur Befolgung russischer Ratschläge bethätigen werde. Diese Annahme dürfte als zum mindesten verfrüht anzusehen sein. Weder in seinem Verhalten noch in seinen Äußerungen hat der König irgendwelche darauf hinzielende Absichten angedeutet. Immerhin ist anzunehmen, daß Seine Majestät, entsprechend ihrer streng nationalen Haltung, dem Auslande gegenüber eine neutrale und durchaus unabhängige Politik beobachten werde. Es entspricht das der Position, in die Schweden seit dem Verlust Finnlands und Pommerns getreten ist und die dazu geführt hat, daß Zusammenstöße mit Rußland und mit Deutschland vermieden worden sind. Rücksichtlich Dänemarks hat die geographische Lage allerdings dauernde gegenseitige Beeinflussungen bedingt. Insbesondere haben der Sundzoll und die Agitation für diese skandinavische Idee gewisse Schwierigkeiten geschaffen. Wie

der König mir gegenüber geäußert hat, sieht er in dem Sundzoll ein für den Augenblick unvermeidliches Übel, dessen im Interesse des Handels wünschenswerte Beseitigung allein von der Zeit und von dem Eintritt günstiger Umstände erwartet werden könne. Der skandinavische Verein könne, wenn er nicht strengstens überwacht werde, in der That zu peinlichen Inkonvenienzen führen und gefährlichen Machinationen zum Deckmantel dienen. Die größere Gefahr bestehe indessen für Dänemark. Er, der König, habe darauf hingewirkt, daß das von dänischen Mitgliedern des Vereins ausgehende Projekt einer Verbrüderung der Studenten beider Länder, dank dem Einfluß einiger Upsalaer Professoren, zurückgewiesen worden sei."

Den Schluß dieser für das rasche und glückliche Auffassungsvermögen des Berichterstatters bezeichnenden Darlegung übergehen wir; derselbe hat die Finanzlage des Landes und die Bedeutung des eben damals eröffneten „neuen Trollhättankanals" zum Gegenstande — eines Werks, das den Zeitgenossen für „gigantisch" galt und das die Aufmerksamkeit des gesamten Weltteils auf sich zog. — Die Aufgaben, welche der Regierung Oskars I. gestellt waren, deren Lösung aber erst den Nachfolgern dieses Monarchen beschieden sein sollte (die Umgestaltung der Armeeeinrichtungen ist bekanntlich noch heute nicht zum Abschluß gebracht worden), sind in dem vorliegenden Bericht mit so glücklicher Anschaulichkeit zusammengestellt, daß derselbe noch gegenwärtig ein erhebliches Interesse in Anspruch nehmen darf. Bemerkenswert erscheint dabei, daß die auf die auswärtige Politik bezüglichen Anschauungen des Sohnes Karl Johanns in der Folge eine vollständige Wandlung erfuhren und daß derselbe durch die von der skandinavischen Agitation beherrschte öffentliche Meinung seines Landes genötigt wurde, während der kriegerischen Ereignisse von 1848 auf die Seite Dänemarks zu treten und eine Annäherung an Rußland zu suchen, die zur Zeit seiner Thronbesteigung außerhalb aller Wahrscheinlichkeit gelegen hatte. Aus den Tagebüchern Theodor v. Bernhardis ist bekannt, wie freudig die Überraschung war, mit welcher Kaiser Nikolaus die „lettre superbe" aufnahm, in welcher Oskar I. die Absicht aussprach, zwölfhundert

Mann zur Unterstützung Dänemarks abzusenden und in dieser Angelegenheit mit Rußland Hand in Hand zu gehen (April 1848).

Graf Bray hatte St. Petersburg damals längst verlassen. Ein königliches Reskript hatte ihn im Frühjahr 1846 nach München berufen, wo er — durchaus gegen seinen Wunsch — die Stellung eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zunächst zeitweilig und in der Folge definitiv übernehmen mußte (1. Januar 1847).

Kapitel II.

Graf Bray als Minister König Ludwigs I.

Die im März 1846 erfolgte Berufung des Grafen Bray in das Auswärtige Ministerium zu München hing mit Vorgängen des innern bayrischen Staatslebens zusammen, die ihrem Hauptinhalte nach längst bekannt sind, rücksichtlich des Einzelnen aber vielfach unrichtig dargestellt werden. Schon aus diesem Grunde dürften die von dem damaligen Minister des Auswärtigen hinterlassenen Aufzeichnungen und Materialsammlungen über jene Zeit ein gewisses Interesse in Anspruch nehmen.

Aus Gründen, deren Erörterung zu weit führen würde, hatte König Ludwig I. von Bayern im Jahre 1837 mit dem früher befolgten System der Beamtenregierung gebrochen und einen zum Parteigänger der ultramontanen Richtung gewordenen, bureaukratisch emporgekommenen Staatsmann, den Ministerialrat v. Abel, an die Spitze des Ministeriums gestellt. Dank der Unterstützung des Klerus und der um den alten Görres gescharten streng katholischen Elemente des Landes hatte Herr v. Abel sich trotz seiner persönlichen Unbeliebtheit neun Jahre lang an der Spitze der Geschäfte behaupten und eine Opposition niederhalten können, in welcher hoher Adel, Beamtentum und bürgerlicher Liberalismus sich zusammenfanden. Ebenso fähig und energisch wie gewaltthätig und rücksichtslos hatte Abel eine Politik des persönlichen Regiments befolgt, die insbesondere wegen des Anstoßes, den sie der protestantischen Bevölkerung gab, allgemeine Verstimmung hervorrief und das Verhältnis der Dynastie zum Lande in Mitleidenschaft zu ziehen drohte. Schließlich hatte das allgemeine Unbehagen sich auch dem Könige mitgeteilt, der den vieljährigen Berater seiner Krone zwar nicht entmissen, das von demselben befolgte System indessen in gewisse

Schranken halten und den Klagen über unbillige Behandlung des protestantischen Elements und einseitige Begünstigung des Klerikalismus ein Ende machen wollte. König Ludwig I. glaubte das durch eine teilweise Umgestaltung des von Abel geleiteten Ministeriums erreichen zu können. Zwei besonders unliebsame und dabei wenig fähige Mitglieder desselben, der greise Justizminister v. Schrenck und der Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten v. Gräfe wurden entlassen und Männer herangezogen, deren Antecedenzien einen günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung verhießen. Der eine dieser Männer war Herr v. Schrenck, der Sohn des bisherigen Justizministers, der andere, wie wir wissen, Graf Bray. Ziemlich allgemein wurde angenommen, daß diese Veränderung die Vorläuferin eines Wechsels von größerer Tragweite sein werde und daß Herr v. Abel sich auf die Dauer nicht werde behaupten können. Daß er den früheren Einfluß nur noch in beschränktem Maße übe, war bereits im Sommer des Jahres 1846 notorisch und ließ auf eine günstigere Gestaltung der Zukunft hoffen.

Graf Bray, der sich der besonderen Gunst des Königs erfreute, scheint diese Hoffnung geteilt zu haben. „Es war," so schrieb er über die ersten Wochen seiner Ministerschaft, „eine Freude, mit dem König zu arbeiten: bei entschiedenem eignem Willen verschloß er sein Ohr niemals der Erkenntnis guter Begründung einer andern Ansicht. Es ist mir im Gedächtnis geblieben, wie er einmal nach längerer Diskussion einen von mir gestellten Antrag, welchem er heftig widersprochen hatte, schließlich genehmigte und mir dann in frohester Laune französisch zurief: ‚Mon chèr ami, nous ferons de vieux ensemble'." Zu solch dauerndem Zusammenwirken mochte bei Schluß des Jahres 1846 besonders reichliche Aussicht bestehen; im Dezember hatte der König die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten Herrn v. Abel entzogen, Herrn v. Schrenck (dem Sohne) übertragen und dadurch den empfindlichsten der von dem ultramontanen Parteiführer gegebenen Anstöße beseitigt. Was die Glocke geschlagen, wußte niemand genauer als Abel selbst, der bereits damals in die Klage ausbrach: „Ich besitze das Vertrauen des Königs nicht mehr." Bray, dessen konziliante und maßvolle Art

zu der gewaltthätigen und heftigen Natur des Ministerpräsidenten in ausgesprochenem Gegensatz stand und der trotz gutkatholischer Gesinnung religiösem Fanatismus unzugänglich war, hatte allen Grund von der eingetretenen Wendung Aussöhnung der entbrannten Gegensätze und allmähliche Beruhigung der öffentlichen Meinung zu erwarten.

Daß eine solche nicht eintrat, daß dem unpopulären Kollegen vielmehr Gelegenheit geboten wurde, sich am Ende seiner Laufbahn bei einem Teil des Publikums zu rehabilitieren und dem Volksgeist eine veränderte Richtung zu geben, sollte der wohlmeinende neue Minister des Auswärtigen nur allzubald erfahren. Hören wir, was er selbst darüber sagt:

„Im Sommer des Jahres 1846 war in München eine spanische Tänzerin erschienen, die sich Lola Montez nannte und den Wunsch hegte, auf der Bühne des königlichen Hoftheaters aufzutreten. Dieser Wunsch wurde dem Könige gemeldet, wahrscheinlich unter Anrühmen der Schönheit der Künstlerin. Dieser Umstand, sicher aber noch viel mehr das Interesse des Königs für alles Spanische, bestimmten ihn, die Dame zu sich zu bescheiden. Mein Schwager, der Graf Ludwig Lerchenfeld, war an diesem Tage als Flügeladjutant im Dienst, und von ihm erfuhren wir, daß Seine Majestät sich mit der Dame in spanischer Sprache ungewöhnlich lang und eingehend unterhalten hatte. Dieser ersten Unterredung folgten bald andre, und nach wenigen Wochen war stadtbekannt, daß König Ludwig ein häufiger Besucher der Sennora Montez geworden sei. Diese Intimität nahm leider immer zu. Es wurde für die Spanierin ein eigenes, wenn auch kleines Haus erworben, und dorthin nötigte der König nun auch die Offiziere seines Dienstes ihn zu begleiten.“

Zur Zeit des vorstehend erwähnten Vorganges stand Ludwig I. im einundsechzigsten, seine neue Freundin im siebenundzwanzigsten Lebensjahre. Von ihrer Vergangenheit war damals wenig mehr bekannt, als daß dieselbe eine bewegte und nicht eben saubere gewesen sei. Man wußte, daß sie in einen Pariser Skandalprozeß verwickelt und bereits verheiratet gewesen sei: ob diese Ehe geschieden worden, konnte ebensowenig mit Sicherheit festgestellt werden, wie

ihr Geburtsort und ihre Nationalität, — daß sie als illegitime Tochter eines englischen Offiziers und einer Kreolin in Schottland geboren worden, daß sie ihrem Gatten entlaufen sei und längere Zeit in Ostindien gelebt habe, scheint erst in der Folge genauer bekannt worden zu sein. Gerade das Dunkel, das das Vorleben der schönen und gescheiten, aber frechen und sittenlosen Tänzerin umgab, sollte dem Aufsehen Vorschub leisten, das ihr Verhältnis zum Bayernkönige bis über die Grenzen Deutschlands hinaus erregte. Zeiten politischer Stockung und Versumpfung, wie es die vierziger Jahre in Deutschland waren, sind immerdar für Klatsch und Skandal besonders empfänglich gewesen: wo die gesunde Nahrung fehlt, ersetzen pikante Gerichte die Stelle derselben. Was aber hätte pikanter sein können, als die Kunde von der am Isar spielenden Liebesgeschichte und von den poetischen Blüten, welche die Leidenschaft des alternden Königs für die exotische Tänzerin trieb? Die deutsche Presse der vormärzlichen Zeit lebte, weil sie von dem politischen Gebiete so gut wie ausgeschlossen war, zu drei Vierteilen von Kunst- und Litteraturklatsch, vornehmlich aber vom Theater und von dem, was um dieses herumhing und von ihm abfiel. Für den Mangel diskutabler öffentlicher Interessen, hielt man sich an der Bühne schadlos — dem einzigen „öffentlichen Ort", den es für gewisse Kreise gab. Konnte die Kunde von dem, was auf den weltbedeutenden Brettern vorging, gar noch mit Meldungen aus der wirklichen Welt, zumal derjenigen der Höfe verquickt werden, so glaubten Zeitungsschreiber und Zeitungsleser in den Besitz der wichtigsten aller überhaupt möglichen Zeitereignisse getreten zu sein und die Höhe des publizistischen Treibens der Musterstädte Paris und London erklommen zu haben. — Danach wird man sich den Heißhunger vorstellen können, mit welchem Publikum und Publizisten die Sensationsnachrichten aus der vielbesprochenen Villa an der Barerstraße verschlangen und auf die Ergüsse Jagd machten, in denen der sangeslustige König seine neue Eroberung feierte. Einzelne dieser, urch indiskrete Hände der Druckerpresse ausgelieferten „holden" nnisse, sind sozusagen historisch geworden. „In der Spanierin im Leben ich nur" — „Wonnemeer die Seelen trinken,

tönt zur Zither dein Gesang". — Diese und ähnliche Verse wurden (mit und ohne Nennung des Namens ihres Urhebers) so allgemein bekannt, daß man ihnen noch viele Jahre später in skandallustigen Zeitblättern begegnen konnte.

Bereits zu Ende des Jahres 1846 war das unliebsame Aufsehen, welches die leidige Angelegenheit erregte, ein so allgemeines geworden, daß dem Könige Warnungsschreiben bewährter alter Freunde zugingen und daß im Lager der ultramontanen Partei die Frage erörtert wurde, ob es mit der Ehre der katholischen Sache vereinbar sei, wenn als Vertreter derselben bekannte Räte der Krone dem an höchster Stelle gegebenen Ärgernis schweigend zusähen. Noch bevor die über diesen Punkt bestehenden Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen worden waren, hatten gute Freunde die Favoritin so genau über die Stimmung der Parteifreunde des leitenden Ministers unterrichtet, daß Sennora Montez sich mit der ihr eigentümlichen Keckheit als Gegnerin Abels und seines Systems aufspielte und das Ende desselben vorhersagte. Einstweilen blieb der feindliche Gegensatz zwischen der königlichen Freundin und dem bisherigen Vertrauensmann Seiner Majestät noch latent, — die Ansprüche der siegesgewissen Dame wuchsen indessen so rasch in den Himmel, daß ein öffentlicher Zusammenstoß der beiden über Bayern waltenden Großmächte früher eintrat, als die Beteiligten selbst erwartet haben mochten. „Die Prätension der Begünstigten," so schreibt Bray, „stieg fortwährend, und ebenso die ihr willfahrende Schwäche des Königs. Heimatlos, wie sie war, verlangte sie in den bayrischen Staatsverband aufgenommen zu werden, um dann später Adel und Titel zu erlangen. Im Februar 1847 erging an den Minister des Äußeren durch königliches Handbillet der Befehl ‚für die Sennora Lola Montez ein Indigenatsdekret ausfertigen zu lassen', wie solches in Bayern nur ausnahmsweise und in Anerkennung hervorragender, dem Lande geleisteter Dienste erteilt wird. Vor allem mußte die Staatsangehörigkeit der zu Begnadigenden nachgewiesen werden. Bei der Lola Montez war aber zweifelhaft, ob sie ledig oder verheiratet, Spanierin oder Engländerin sei. Sie besaß keinen anderen Ausweis als eine ihr auf der Durchreise durch das Fürstentum Reuß j. L.

ausgestellte Fahrkarte. Unter diesen Umständen war die Ausfertigung der Indigenatsurkunde nicht nur vollständig unangemessen, sondern auch ungesetzlich. Ich berief infolgedessen eine Staatsratssitzung, in welcher beides einstimmig anerkannt wurde.[1] Das Sitzungsprotokoll wurde Seiner Majestät unterbreitet, folgte aber unter Erneuerung des früheren Befehls mit nachstehendem Signat zurück: Unverweilt die soeben von mir genommene Entschließung, die ich auf das hier beigefügte Staatsratsprotokoll gesetzte habe, auszuführen, und das ohne Einrede. München, den 10. Februar 1847. Ludwig. An mich erging zu gleicher Zeit das nachstehende Königliche Handschreiben:

„‚An den Minister des Hauses und des Äußeren. Unverweilt die soeben von mir genommene Entschließung, die ich unter das hier beigefügte Staatsratsprotokoll gesetzt, auszuführen, und das ohne Einrede.'"

Diesem „Handbillet" folgte noch an dem nämlichen Tage ein zweiter, gleichfalls auf ein 10 Centimeter langes und 17,2 Centimeter breites Blatt geschriebener Erlaß:

„An den Minister Graf v. Bray.

In Bayern besteht das monarchische Prinzip. Der König befiehlt und die Minister gehorchen. Glaubt einer, es sei gegen sein Gewissen, so giebt er das Portefeuille zurück und hört auf Minister zu sein. Der König läßt sich nicht von Ministern vorschreiben, was er thun und lassen soll. Was ich bereits älteren Ministern hiermit gesagt, erkläre ich auch jungen. Ludwig."

Bray war über das, was er zu thun hatte, keinen Augenblick im Zweifel. Noch an dem nämlichen Tage übergab er seinem Monarchen einen „alleruntertḧänigsten Antrag, betreffend das Indigenatsgesuch der Sennora Lola Montez", der wie folgt lautete:

„In alsbaldiger pflichtschuldiger Vollziehung des Allerhöchsten Befehls vom heutigen Tage, bringt der treu unterthänigst Unterzeichnete das Indigenatsdekret für die Sennora Lola Montez im

1) Aus dem Nachstehenden berichtigt sich die unrichtige Darstellung im fünften Bande von H. v. Treitschkes deutscher Geschichte, Seite 653.

Konzept und in eventueller Reinschrift hiermit ehrerbietigst zur Vorlage.

Dem monarchischen Prinzip ist der treu gehorsamst Unterzeichnete aus innigster Überzeugung von ganzer Seele und mit ganzem Herzen ergeben. Diesem Prinzip hat er in der geheiligten Person seines geliebtesten Königs Treue geschworen, welche er bis zum letzten Lebenshauche zu wahren und zu bethätigen wissen wird. Eben deswegen ist er bereit, diesem Prinzip jedes Opfer zu bringen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete hat gestern in versammeltem Staatsrate seine rechtliche Überzeugung nach Pflicht und Gewissen ausgesprochen. Fern sei von ihm der Gedanke, Euer Königlichen Majestät allerweisestem Ermessen in irgend einer Weise Maß geben zu wollen. Wohl kann die von ihm geäußerte Ansicht eine irrige sein, aber sie ist das Ergebnis nach reiflicher Überlegung gewonnener innerer und lebendiger Überzeugung.

Die heute an den ehrfurchtsvoll Unterzeichneten gelangten Allerhöchsten Entschließungen bezeichnen ihm deutlich das Opfer, welches in diesem Augenblicke Treue, Pflicht und Gewissen von ihm erheischen, und er darf es zu bringen um so weniger zaudern, als es ihm nicht möglich wäre, durch seine Unterschrift gegen die in feierlicher Versammlung ausgesprochene Überzeugung zu verstoßen — ohne zugleich des Allerhöchsten Vertrauens Euer Königlichen Majestät unwürdig und verlustig zu werden.

Indem er somit das ihm huldvollst anvertraute Portefeuille in die geliebte und geheiligte Hand seines Allergnädigsten Königs zurücklegt, ist er in tiefster Demut und Unterwürfigkeit der Allerhöchsten Entschließung gewärtig.

Im lebendigsten Gefühl der empfangenen, unzähligen Königlichen Wohlthaten, wagt es der treugehorsamst Unterzeichnete in dieser schweren Stunde Euer Königlichen Majestät die Huldigung seiner unbegrenzten und enthusiastischen Anhänglichkeit, Ehrerbietung und Dankbarkeit darzubringen und Allerhöchst dieselben ehrfurchtsvoll zu bitten, ihm das Kostbarste aller früher verliehenen Güter, die Allerhöchste Huld und Gnade, auch jetzt nicht ganz zu entziehen."

Die nachgesuchte Entlassung wurde dem Bittsteller ohne Zögern und zwar zunächst in Form eines viermonatlichen Urlaubs erteilt, den derselbe zu einer sofort unternommenen Reise nach Italien benutzte.

Noch bevor Graf Bray die bayrische Hauptstadt verlassen hatte, reichten aber auch die übrigen Minister (Abel, Schrenck, der Kriegsminister Gumppenberg und der Finanzminister Seinsheim) ein kollektives Abschiedsgesuch ein, das nach Form und Inhalt von dem Brayschen durchaus verschieden war und auch da Mißfallen erregte, wo man in der Sache selbst den Ministern durchaus recht gab. In der Absicht, seinen längst unvermeidlich gewordenen Rücktritt so dramatisch wie immer möglich auszugestalten und Freunden wie Gegnern als tugendhafter, patriotischer und weitsehender Staatsmann zu erscheinen, hatte Abel ein Memorandum an den König verfaßt, das dem Monarchen am 11. Februar 1847 überreicht wurde.

Die (unter andern auch von Treitschke geteilte) Meinung, daß die Minister „an der Sache gar nicht beteiligt gewesen seien“ und sich unbefugter Weise in dieselbe gemischt hätten, ist unrichtig. Wie wir gesehen haben, war die Indigenatsangelegenheit von dem zunächst mit derselben befaßten Minister des Auswärtigen in aller Form vor den Staatsrat gebracht, von diesem beraten und zum Gegenstand eines Beschlusses gemacht worden, den der König zwar abgewiesen, nicht aber als formell unzulässig bezeichnet hatte. Danach thaten Herr v. Abel und dessen drei Kollegen nur ihre Pflicht, indem sie einer Maßregel widersprachen, die ihrer Ansicht nach den Interessen des Staats und der Krone zuwiderlief, und indem sie sich dem Abschiedsgesuch anschlossen, welches ihr zunächst mit der Indigenatsangelegenheit befaßter Kollege bereits tags zuvor eingereicht hatte. Daß dieses Gesuch angenommen worden war, bildete einen Grund mehr dafür, daß die Räte der Krone mit ihrer unter den gegebenen Umständen unvermeidlich gewordenen Entschließung nicht zurückhielten. Daß die Form, in welcher dies geschah, eine unangemessene, unehrerbietige und turbulente war, erhellt aus dem Wortlaut dieser Eingabe, vor welcher Bray, — ob er gleich nicht mehr als Minister fungierte — entschieden gewarnt und die er widerraten hatte.

Der Text dieses vielbesprochenen und alsbald (angeblich gegen den Willen des Verfassers) an die Öffentlichkeit gelangten Aktenstücks war der folgende:[1])

München, den 11. Februar 1847.

Allerdurchlauchtigster ꝛc.

„Es giebt Augenblicke im öffentlichen Leben, in welchen den Männern, die das unschätzbare Vertrauen ihres Monarchen zur obersten Leitung der Staatsverwaltung in ihren verschiedenen Zweigen berufen hat, nur noch die betrübende Wahl offen steht, entweder der Erfüllung der heiligsten durch den geleisteten Eid, durch Treue, Anhänglichkeit und heiße Dankbarkeit besiegelten Pflichten zu entsagen, oder in gewissenhafter Erfüllung dieser Pflichten die schmerzliche Gefahr des Mißfallens ihres geliebten Monarchen nicht zu beachten.

In diese Lage sehen die treugehorsamst Unterzeichneten durch den Allerhöchsten Beschluß, der Sennora Lola Montez das bayrische Indigenat durch Königliches Dekret zu verleihen, sich versetzt, und sie alle sind eines Verrates an den Euer Königlichen Majestät gelobten heiligsten Pflichten unfähig — ihr Entschluß konnte daher nicht schwanken.

Diese Indigenatsverleihung ward in der Staatsratssitzung vom 8. d. Mts. von dem K. Staatsrate v. Maurer

als die größte Kalamität, die über Bayern kommen könne,

offen und laut bezeichnet; diese Überzeugung ward von dem ganzen Staatsrate geteilt, sie ist der Ausdruck der Gesinnungen aller treuen Unterthanen Eurer Königlichen Majestät, und es hat nicht erst einer Staatsratssitzung bedurft, um eben diese Überzeugung in den treugehorsamst Unterzeichneten unerschüttert zu begründen.

Seit dem Monat Oktober des vorigen Jahres sind die Augen des ganzen Landes auf München gerichtet, und es haben sich in

1) Der Wiederabdruck des — so gut wie vergessenen — Memorandums vom 11. Februar erschien zweckmäßig, weil dasselbe in keiner der neuen Darstellungen der Vorgänge d. J. 1847 wiedergegeben ist. Beiläufig darf bemerkt werden, daß sowohl der Bericht Treitschkes, als derjenige v. Heigels (König Ludwig I.) und die ihrerzeit häufig citierte Abhandlung der „Gegenwart" (1848) Brays Anteil an der Sache und die von ihm veranlaßte Staatsratssitzung unerwähnt lassen.

allen Teilen Bayerns über das, was hier vorgeht, und was beinahe den ausschließlichen Gegenstand der Gespräche im Innern der Familien, wie an öffentlichen Orten bildet, Urteile festgestellt, und es ist aus diesen Urteilen eine Stimmung erwachsen, die zu den bedenklichsten gehört.

Die Ehrfurcht vor dem Monarchen wird mehr und mehr in dem Innern der Gemüter ausgetilgt, weil nur noch Äußerungen des bittersten Tadels und der lautesten Mißbilligung vernommen werden. Dabei ist das Nationalgefühl auf das tiefste verletzt, weil Bayern sich von einer Fremden, deren Ruf in der öffentlichen Meinung gebrandmarkt ist, regieret glaubt, und so manchen Thatsachen gegenüber nichts diesen Glauben zu entwurzeln vermag.

Männer, wie der Bischof von Augsburg, dessen Treue und Anhänglichkeit an Eure Königliche Majestät über jeden Zweifel erhaben sind, vergießen über das, was vorgeht, und über die täglich mehr sich entwickelnden Folgen bittere Thränen; die treugehorsamst mitunterzeichneten Minister des Innern und der Finanzen sind selbst Augen- und Ohrenzeugen der heißen Thränen und der bitteren Klagen des genannten Bischofes gewesen.

Der Fürstbischof von Breslau hatte kaum von einem hier verbreiteten Gerüchte, er habe ein das befragliche Verhältnis entschuldigendes Gutachten abgegeben, Kenntnis erlangt, als er augenblicklich einen Brief hierher erließ, mit der Aufforderung, diese Sage, wo immer davon gesprochen werde, auf das bestimmteste als unwahr zu erklären, und seine entschiedene Mißbilligung der Vorgänge auszusprechen.

Sein Schreiben ist hier kein Geheimnis mehr, wird bald im ganzen Lande bekannt sein — und welches ist die Wirkung?

Die ausländischen Blätter bringen täglich die schmählichsten Anekdoten und die herabwürdigendsten Angriffe gegen Eure Königliche Majestät. Das anliegende Stück Nr. 5 der „Ulmer Chronik“ enthält eine Probe. Alle polizeiliche Aufsicht vermag die Einbringung dieser Blätter nicht zu verhüten: sie werden verbreitet und mit Gierde verschlungen. Der Eindruck, der in den Gemütern zurückbleibt, kann

nicht zweifelhaft sein, — er erneut sich täglich und wird bald nie und durch nichts mehr verlöscht werden können.

Eine gleiche Stimmung besteht von Berchtesgaden und Passau bis Aschaffenburg und Zweibrücken, ja sie ist über ganz Europa verbreitet, sie ist ganz die gleiche in der Hütte des Armen, wie in dem Palaste des Reichen.

Es ist nicht bloß der Ruhm und das Glück der Regierung Eurer Königlichen Majestät, — es ist die Sache des Königtums, die auf dem Spiele steht; daher das Frohlocken derer, die auf den Umsturz der Throne hinarbeiten, und die sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, das Königtum in der öffentlichen Meinung zu verderben; daher aber auch der tiefe Schmerz und die Verzweiflung aller derer, welche Eurer Königlichen Majestät mit treuer Liebe anhängen, und die über die Gefahren, denen das Königtum vielleicht zu keiner Zeit in größerem Maße ausgesetzt gewesen ist, die Augen nicht verschließen.

Dabei liegt es außer dem Bereiche menschlicher Kräfte, auf die Länge zu verhüten und zu verhindern, daß die Rückwirkung dessen, was vorgeht, nicht mehr und mehr auch auf die bewaffnete Macht übergehe; und wo soll noch eine Hilfe gefunden werden, wenn auch dieses ungeheure Übel einträte, wenn auch dieses Bollwerk wankte?

Was die treugehorsamst Unterzeichneten hier mit gebrochenem Herzen Eurer Königlichen Majestät in tiefster Ehrfurcht vorzutragen wagen, beruht nicht auf Gespensterseherei; es ist das traurige Ergebnis der Beobachtungen, welche sie — jeder in seinem Wirkungskreise — tagtäglich seit Monaten machen müssen.

Was unter solchen Verhältnissen von dem nächsten Landtage zu erwarten sei, liegt wohl offen am Tage: unberechenbar sind die letzten Folgen seiner Verhandlungen, wenn sie unter solchen Eindrücken gepflogen werden.

Jeder der treugehorsamst Unterzeichneten ist bereit, in jedem Augenblicke für Eure Königliche Majestät Gut und Blut freudig hinzuopfern; sie glauben von ihrer treuen Anhänglichkeit genugsame Proben gegeben zu haben.

Aber eben deshalb ist es ihnen eine doppelt heilige Pflicht, Eurer Königlichen Majestät die Gefahren offen darzulegen, welche mit jedem Tage wachsen, und Allerhöchst dieselben zu beschwören, ihre flehentliche Bitte um die Gewährung der einzigen hier möglichen Hilfe zu erhören und dem unseligen Gedanken zu entsagen, als sei es Leidenschaft oder Widerstand gegen den Allerhöchsten Willen Eurer Königlichen Majestät, welcher allerorten sich kundgiebt, während dieser Widerstand nur gegen Verhältnisse gerichtet ist, durch welche jeder treue Bayer untergraben sieht, was ihm vor allem am Herzen liegt: den Ruhm und die Macht und das Glück, die ganze Zukunft seines geliebten Königs.

Die treugehorsamst Unterzeichneten haben die Folgen des Schrittes, zu welchem die treueste und innigste Anhänglichkeit an Eure Königliche Majestät und die Erkenntnis der unberechenbaren Wichtigkeit des Augenblicks allein sie vermocht hat, nach allen Richtungen wohl erwogen; sie wissen und sind davon durchdrungen, daß, wenn Eure Königliche Majestät ihr heißes Flehen nicht zu erhören geruhen, ihre Wirksamkeit auf der Stelle, zu welcher sie die Gnade und das Vertrauen ihres geliebten Königs und Herrn berufen hat, beendet und dann nur noch eine Pflicht auf dieser Stelle zu erfüllen ihnen übrig ist, die Pflicht, Eure Königliche Majestät um die Enthebung von der Führung der ihnen anvertrauten Ministerien, wenn auch mit tiefem Schmerzgefühle, ehrfurchtsvollst zu bitten.

In allertiefster Ehrfurcht und mit unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit 2c."

(folgen die Unterschriften).

Daß der Überreichung dieses Memorandums — von dem Treitschke gesagt hat, daß es in der Geschichte deutscher Monarchien ohne Beispiel dastehe — die Entlassung der vier Unterzeichner desselben unmittelbar (16. Februar) folgte und daß der König dem Staatsrat v. Maurer, einem Protestanten, die Regierung übertrug, ist bekannt. Der Umstand, daß der neue Minister die von seinen Vorgängern abgelehnte Indigenatsurkunde unterzeichnete, war ausreichend, den sonst wohlbeleumundeten Mann und das von ihm verfolgte liberalere

Regime in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren und Herrn v. Abel eine Art von Popularität zu erobern, auf welche er sonst nicht die entfernteste Aussicht besessen hatte. Die Strenge, mit welcher der König gegen eine Anzahl akademischer Lehrer vorging, welche zu Gunsten Abels demonstrierten, trug dann das ihrige dazu bei, die neuen Minister in der öffentlichen Achtung herabzusetzen und dem Monarchen den letzten Teil der Popularität zu entziehen, der er sich bis dahin erfreut hatte. Was noch fehlte, um die Lage zu einer unerträglichen zu machen, wurde durch die Keckheit fertig gebracht, mit welcher die zur „Gräfin Landsfeld" ernannte königliche Favoritin sich ihres Anteils an der „Beseitigung des Jesuitenregiments" rühmte und bei sich darbietender Gelegenheit den Unwillen der hauptstädtischen Bevölkerung herausforderte.

Bray hatte München bereits am 17. Februar verlassen und sich direkt nach Neapel begeben. Hierher folgten ihm außer zahlreichen Beweisen der Achtung, welche er durch sein zugleich mannhaftes und loyales Verhalten erworben hatte, ausführliche Berichte über die folgenden Ereignisse. Von einzelnen dieser Zuschriften darf Akt besonders genommen werden, weil sie für Menschen und Verhältnisse charakteristisch waren und weil sie zugleich bewiesen, daß dem Könige trotz seines zuversichtlichen, gethanen Ausspruches: „All' meine Minister habe ich weggejagt, — das Jesuitenregiment hat aufgehört in Bayern", nichts weniger als behaglich zu Mute war. In dem Schreiben eines höheren Hofbeamten vom 27. Februar heißt es unter anderm wie folgt:

„Das erste Portefeuille, über welches zu verfügen war, nämlich dasjenige des Innern, wurde dem Regierungspräsidenten Fischer in Augsburg angeboten, von diesem aber abgelehnt. Die Ablehnung wurde mit dem Mangel der gehörigen Rednergabe und mit Unkenntnis der französischen Sprache entschuldigt und soll, da die Vorstellung mit gebührender Devotion abgefaßt war, Allerhöchsten Ortes anfänglich nicht ungünstig aufgenommen worden sein. Der Antrag ging sodann an den Regierungspräsidenten Zenetti in Landshut, welcher auch wirklich zum Staatsrat im ordentlichen Dienst und Ministerialverweser ernannt wurde.

„Zenetti wird bereits am 1. März das Ministerium des Innern übernehmen, man bezweifelt indes, ob er sich als Nachfolger einer Kapacität wie Abel bei seinem vorgerückten Alter lange wird behaupten können. Herrn v. Abel war die Präsidentenstelle der Regierung in Landshut angeboten, welche er auch acceptiert hätte — allein es trat ein sehr bedauernswerter Zwischenfall ein, der die Wiederverwendung v. Abels wenigstens vorderhand zurückgedrängt hat. Es hat nämlich zum großen Bedauern vieler, die es redlich meinen, das bekannte Memorandum vom 11. d. M. einen Weg in das Publikum gefunden. Eine große Anzahl von Abschriften, natürlich eine von der andern genommen, verbreitete sich über Stadt und Land und gelangte selbst zum Abdruck in einer ausländischen Zeitschrift.

„War die Abfassung jener Schrift vielleicht an sich schon nicht genugsam erwogen, so war mit der Veröffentlichung jedenfalls das Königtum und die Person des Monarchen gröblich bloßgestellt. Es hat diese Veröffentlichung auch die doppelte Wirkung, einerseits die gerechte Entrüstung des Königs, anderseits einen merklichen Umschwung in der öffentlichen Meinung, die nun doch finden will, daß bei der Art und Weise, wie jener Schritt gethan wurde, der Würde des Thrones und der Stellung der Minister nicht die gehörige Rechnung getragen worden sei.

„Wegen der Publikation ist auf Allerhöchsten Befehl eine strenge Untersuchung angeordnet worden .....

„Da die Abschriften am meisten in München und Augsburg cirkulierten, so bringt man hiemit in Zusammenhang, daß vor wenigen Tagen die Regierungspräsidenten v. Hörmann und Fischer plötzlich ihrer Präsidentenstellungen bis auf weiteres enthoben (suspendiert) worden sind. Ersterer ist inzwischen ohne Sang und Klang, ohne die mindeste Anerkennung seiner langjährigen Dienste quiesciert worden, — dagegen glaubt man, daß Fischer dennoch seinen Posten behaupten werde.“

Im weiteren Verlauf wird unter Hervorhebung der allseitigen Anerkennung für Brays korrektes Verhalten der Hoffnung auf seinen Wiedereintritt in die Regierung Raum gegeben; zum Schluß des Schreibens heißt es sodann:

„Mir ist es unmöglich, den Gedanken aufzugeben, daß der Stein des Anstoßes denn doch gehoben und vielleicht früher gehoben werde, als man glauben möchte. Ich müßte mich an der Persönlichkeit unsers allergnädigsten Herrn völlig irren, wenn ich annehmen wollte, daß das, was geschehen, ohne allen Eindruck geblieben sei. Mir ziemt es zwar nicht, Vermutungen auszusprechen, ich glaube aber steif und fest, daß die Bande dennoch gelockert sind und daß, wenn auch die allernächste Zukunft noch keine Lösung bringen sollte, der Zögerung doch nur die Idee zu Grunde liege, den Schein eines aufgedrungenen Entschlusses zu vermeiden."

In einem vier Wochen später (25. März) verfaßten Schreiben muß derselbe Korrespondent eingestehen, daß seine Annahme, „der Stein des Anstoßes werde denn doch gehoben werden", ungerechtfertigt geblieben sei und daß der Gang der Ereignisse das Gewicht dieses Steines eher vermehrt als vermindert habe.

Von besonders ungünstigem Einfluß war dabei der obenerwähnte Universitäts- und Studentenkrawall gewesen. Über die Einzelheiten desselben liegt der vom 8. März datierte ausführliche Brief eines hohen Beamten vor, der ausgiebig genug ist, um seinem Hauptinhalt nach wiedergegeben zu werden.

„Eine neue Gestaltung gewann die Sache Montag den 1. März. Der Professor Lassaulx von der Universität hatte im Senat den Vorschlag gemacht, dem abgetretenen Minister v. Abel in corpore eine Aufwartung zu machen. Der Vorschlag wurde teils unterstützt, teils bekämpft und kam auch nicht zur Ausführung. Lassaulx wurde aber deshalb in den Ruhestand versetzt. Als die Studenten solches Montag früh erfuhren, zogen sie in die Ludwigstraße vor die Wohnungen der Professoren Höfler und Lassaulx, brachten ihnen ein Hoch und wollten vor das Haus des Professors Philipps zu gleichem Zwecke ziehen, wurden unterwegs aber von einigen Professoren und dem Universitätskommissar Braumühl angehalten und zur Ruhe ermahnt, wobei Braumühl durch seine Barschheit noch mehr aufregte und zu einem Pereat für sich umstimmte (er wurde gestern der Stelle entsetzt). Die Studenten trennten sich, versammelten sich aber um zwei Uhr wieder, zogen vor die Behausung der Lola und brachten dieser

ein Pereat. Das Heldenmädchen (sic!) zeigte ihnen vom Fenster herab seine holde Zunge, leerte ein Glas Champagner und warf es hinab, drohte mit einem Dolche und dann mit einer Pistole; ohrfeigte auch am Fenster den Leutnant Nußbaumer, der sie vom Fenster zurückzuziehen suchte. Dieses schon vorher ruchbar gewordene Schauspiel zog eine Menge Zuschauer herbei, und während Infanterie die Theresienstraße besetzte und Kavallerie später hinkam, um die Straße zu säubern, sammelten sich nach und nach Tausende von Menschen, die bis nachts neun Uhr durch infernales Geschrei und Gepfeife die Ruhe störten und auch in andern Teilen der Stadt umherzogen, Laternen und Fenster einschlugen. Seine Majestät hatte sich zu Fuß in die Straße begeben und wurde beim Hin- und Herwege leider nicht mit der gebührenden Ehrfurcht behandelt. Die ganze Garnison war schließlich auf den Beinen, und die Nacht verlief ruhig. Dienstag währten die militärischen Maßregeln fort, die Landwehr wurde aufgeboten, lehnte indessen jeden Dienst in der Theresien- und Barerstraße ab und erschien auch auf dem alten Max Joseph-Platz nur in geringer Zahl. Die Ruhe wurde jedoch an diesem Tage nur durch einen Trupp gestört, der abends, als Seine Majestät aus der Theresienstraße heimkehrte, Allerhöchstdenselben schreiend und pfeifend begleitete und dann im Postgebäude Fenster einschlug. Der vorgestrige und gestrige Tag waren aber wieder so ruhig, daß die Einberufung Beurlaubter wieder abgestellt und die Heldin des Tages gestern abend wieder im Theater erscheinen konnte."

Auf den weiteren Gang der unseligen Angelegenheit, den Rücktritt des Ministeriums v. Maurer (30. November 1847), das mit der Berufung des Fürsten Wallerstädt und des verhaßten Staatsrats Berks angestellte Regierungsexperiment, oder auf die stürmischen Märztage des Jahres 1848 und den Rücktritt König Ludwigs einzugehen, ist hier keine Veranlassung, weil Graf Bray an diesen Vorgängen keinen Anteil hatte. Allen an ihn ergangenen Anträgen zum Trotz lehnte er jeden Wiedereintritt in eine Regierung ab, deren Geschick der erfahrene und nüchterne Beobachter mit Sicherheit voraussah.

Von den Beratern des wohlmeinenden, in eine unglückliche Leidenschaft verstrickten Königs, welche Zeugen der Vorgänge des

Jahres 1847 gewesen waren, hatte allein er das Vertrauen und die gute Meinung seines Monarchen in das Privatleben mitgenommen. Daß es bei einem solchen nicht blieb, verstand sich unter den gegebenen Verhältnissen von selbst. Weder lag für den König ein Grund zu dauernder Verstimmung gegen einen Mann vor, dessen strenge Loyalität sich niemals auch nur einen Augenblick verleugnet hatte, noch war Ludwig I. der Mann, sich der Dienste eines Mannes dauernd zu berauben, dessen Brauchbarkeit außer Frage stand. Die höchste Ehre aber machte es dem warmen Herzen und der fürstlichen Denkungsart dieses trotz mancher Wunderlichkeiten seines Wesens hochsinnigen Monarchen, daß sein Friedensschluß mit dem Minister, den er in der Stunde des Unmuts entlassen hatte, sich in der denkbar liebenswürdigsten Form vollzog. Zu seiner freudigen Überraschung erhielt Bray bereits wenige Wochen nach seinem Eintreffen in Neapel ein königliches Handschreiben, dessen etwas krauser Stil die gemütliche Erregung widerspiegelte, in welcher dasselbe abgefaßt war. Dieses (undatierte) Reskript, das dem Empfänger als „Denkmal der Herzensgüte" seines Landesherrn von noch höherem Wert sein mußte denn als Beweis des unveränderten königlichen Vertrauens, lautete wie folgt:

„Mein werter Minister Graf Bray, meine Hochschätzung und meine Geneigtheit haben Sie mitgenommen, und da Ihrer Ansicht gemäß besagte Unterzeichnung wider Ihr Gewissen war, habe ich die Unterlassung keineswegs übel genommen. Wie anders der vier Minister, welche sie nichts anging, Benehmen, eine solche Eingabe, wie die bewußte, zu unterschreiben, sie, die mit der Unterzeichnung nichts zu thun hatten, mir aufzusagen, wenn ich mich ihrem Willen nicht fügte. Mich freut recht, daß Ihr Name nicht unter dieser Eingabe steht, die, ich glaube nicht aus böser Absicht zuerst mitgeteilt wurde, aber so von einer Partei, die sich für ihr entgegengesetzt ausgiebt, hochverräterisch in Muße vorbereitet wurde, so daß die jakobinische nichts Gleiches gemacht habe. Meine, in gedachter Eingabe, arg verleumdeten Truppen hielten sich treu, ehrenwert. Fern des hiesigen Gewimmels, unter Parthenopes friedlichem Himmel, nach ruhiger Überlegung entsprechen Sie vielleicht meinem beim Abschiede ge-

äußerten lebhaften Wunsche, die Ministerstelle nicht niederzulegen. Sollten Sie aber dennoch bei dem verbleiben, was in jenem mir am Tage Ihrer Abreise zugekommenen Schreiben steht, so habe ich vor, Ihnen wieder die St. Petersburger Stelle zu verleihen, die Sie in demselben wünschten. Mit dem 1. April wird Staatsrat Abel Gesandter in Brüssel und Haag. Nehmen Sie alles in reifliche Überlegung, der Sie sich wie ein wahrhaftiger Königsanhänger gegen mich geäußert.

Ihr Ihnen wohlgewogener

Ludwig.

Miae memoriae all' amabilissima comtessa Ipolyta."

Im Sommer 1847, kaum sechzehn Monate nach seiner Abberufung, traf Bray wieder in St. Petersburg ein, das er so gut wie unverändert vorfand. Hier war er Zeuge des Eindrucks, den die Ereignisse des Jahres 1848 auf den russischen Monarchen machten, der ohne Ahnung dessen, was sich im Westen vorbereitet hatte, eben damals Plänen zu einer Besserung der bäuerlichen Verhältnisse nachging, zu welchen der einzige im Geruch liberaler Neigungen stehende russische Staatsmann damaliger Zeit, der Domänenminister Graf Kisselew die Anregung gegeben hatte. Daß Nikolaus I. zunächst eine gewisse Befriedigung darüber nicht unterdrücken konnte, daß der ihm persönlich unliebsame „Bürgerkönig" Ludwig Philipp von der Nemesis für seine „Felonie" vom Jahr 1848 getroffen worden, ist ebenso bekannt, wie daß die Kunde von der Ausrufung der französischen Republik und von den März-Vorgängen in Wien und Berlin zu einem Aufbrausen der kaiserlichen Entrüstung führte, das „die Heiden des Westens" [1]) eine Weile mit einem Kreuzzuge gegen die Revolution bedrohte. Als Graf Bray wenig später (zu Anfang des April 1848) plötzlich nach München berufen wurde, um dem kurz zuvor auf den bayrischen Thron berufenen Könige Maximilian II. in der Stunde schwerer Gefahr und scheinbarer Auflösung aller überkommenen Verhältnisse an die Seite zu treten, waren die russischen Kriegspläne ebenso aufgegeben, wie die Entwürfe zur agrarischen

1) Nach richtigerer Übersetzung „Völker des Westens."

Reform, und allenthalben herrschte in Europa der Eindruck vor, daß unter den Staaten des Kontinents allein der russische von dem über die Kulturwelt gekommenen Fieber unberührt geblieben sei. In St. Petersburg selbst wollte sich die frühere zuversichtliche Stimmung indessen nicht wieder einstellen und war es ein öffentliches Geheimnis, daß Kaiser Nikolaus I. die Vorgänge in den Nachbarländern mit einer Erregung verfolgte, die zu der sonstigen Geschlossenheit seines Wesens in Widerspruch stand.

Daß ein Mann von der konservativen Denkungsart Brays dem an ihn ergangenen Rufe nicht anders wie schweren Herzens folgte, bedarf keiner Erklärung. Er hatte die Empfindung, den sicheren Hafen zu verlassen und in ein sturmbewegtes Meer hinauszuschiffen und das auf einem gebrechlichen Fahrzeuge, das wenigstens zunächst des Kompasses entbehrte. Bayern hatte nicht umhin gekonnt, sich der Bewegung anzuschließen, die über das gesamte Deutschland hereingebrochen war. Die Abdankung König Ludwigs (8. März), der Erlaß eines Gesetzes über die Erwählung bayrischer Landesvertreter in das erste deutsche Parlament, die Gewährung ausgedehnter Preßfreiheit, die Einführung von Schwurgerichten und ein Entwurf zur Aufhebung der Feudallasten waren einander mit Sturmeseile gefolgt, und gleichzeitig in den Rat der Krone Männer von ausgesprochener liberaler und volkstümlicher Gesinnung berufen worden: v. Thon-Dittmar für das Innere, Heinz für die Justiz, Weishaupt für die Militärverwaltung, v. Beisler für den Kultus, Gustav v. Lerchenfeld für die Finanzen. — Zwölf kurze Monate hatten die Physiognomie deutschen, bayrischen und münchnerischen Lebens so unkenntlich verändert, daß der bisherige Gesandte in St. Petersburg in eine neue Welt versetzt zu sein glaubte, als er in München eintraf und an dem nämlichen Tage (29. April) die Ernennung zum Mitgliede des Königlichen Staatsrats und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten aus der Hand seines dreißigjährigen, erst einige Wochen zuvor auf den Thron gelangten Landesherrn entgegennahm.



Kapitel III.

Aus dem Jahre 1848.



Seine Berufung in das Münchener „Märzministerium“ des Jahres 1848 hatte Graf Bray zum einen Teil den vertrauten Beziehungen seiner Familie und Person zum bayrischen Königshause, zum andern und größeren Teil dem günstigen Eindruck zu danken, den sein Verhalten in Sachen der Indigenatsangelegenheit vom Februar 1847 Freunden wie Gegnern hinterlassen hatte. Allenthalben wurde anerkannt, daß der Mann, der aus seinen konservativen Neigungen niemals ein Hehl gemacht und der für einen Anhänger der alten Diplomatenschule gegolten hatte, der einzige Minister des Jahres 1847 gewesen war, der Festigkeit der Gesinnung und Bewußtsein der eigenen Würde mit Loyalität gegen den Herrscher und Rücksicht auf das Staatsinteresse zu verbinden gewußt hatte. Man rühmte ihm nach, daß er sich von der Popularitätssucht der Abel und Genossen ebenso frei zu halten gewußt habe wie von der Schwäche und Gefügigkeit Maurers, der seinen Widerspruch gegen die Indigenatserteilung an die Spanierin einem falsch verstandenen Patriotismus geopfert und sich dadurch in die moralisch unmögliche Stellung begeben hatte, Träger einer politischen Wendung zu werden, die vornehmlich durch eine von ihm mißbilligte Maßregel herbeigeführt worden war. Das Verdienst, das der bisherige Gesandte in St. Petersburg sich durch seine gegenteilige Haltung erworben hatte, wurde demselben politisch so hoch angerechnet, daß seine Berufung in das Ministerium Thon-Dittmer-Beisler auf liberaler Seite nicht ungünstig aufgenommen worden war und daß man auch von seiten des in die Mode gekommenen Radikalismus gegen denselben Wesentliches nicht einwendete.

Desto genauer wußte der Berufene selbst, daß ihm der Beruf zum liberalen Märzminister fehle und daß er durch Übernahme der ihm übertragenen Stellung ein Opfer gebracht habe, für welches es kein Äquivalent gebe. Graf Bray hatte den größten Teil des Lebens im Auslande und unter Verhältnissen zugebracht, die keinerlei Gelegenheit zu eingehender Bekanntschaft mit den spezifisch bayrischen inneren Fragen, geschweige denn mit den Zeitforderungen geboten hatte, welche namens der liberalen und nationalen Interessen aufgestellt und jetzt gewaltsam in den politischen Vordergrund gerückt wurden. Gewohnt mit den harten und nüchternen Realitäten zu rechnen, die an den Höfen des vormärzlichen Europa die allein in Betracht kommenden waren und ein für alle Male darüber belehrt, daß Erwägungen theoretischer und „idealer" Natur in den internationalen Beziehungen keinen Kurs hätten, mußte der neue Minister Mühe haben, auch nur annähernd den Gesichtspunkten gerecht zu werden, nach denen die Wortführer des Tages Bayerns Beziehungen zum übrigen Deutschland und Deutschlands Stellung in Europa neu zu regeln gedachten. Und wie wenig war das, was er über diese Punkte verkündigen hörte, geeignet, dem nüchternen Praktiker auch nur den mäßigsten Respekt einzuflößen?

Die schlimmsten der Verwirrungen, welche die ersten Wochen des Revolutionsjahres bewegt hatten, waren bei Brays Eintreffen in München allerdings überstanden; — was er über dieselben vernahm, übertraf indessen das Maß alles dessen, was im Ausland für glaublich gehalten worden war. Mutet doch selbst uns, die wir die Geschichte der Münchener Ereignisse des Februar und März 1848 mit der wohlfeilen Weisheit klug gewordener Epigonen übersehen, — mutet doch selbst uns die Kunde von den Einzelheiten der damaligen Vorgänge wie ein Bericht aus der Fabelwelt an!

Erfährt man aus Büchern von der Harmlosigkeit der Bluntschlischen „Denkwürdigkeiten" zum Beispiel, daß der König, die Prinzen und die Minister sich in der Stunde der äußersten Gefahr von einem landfremden Gelehrten hatten beraten lassen, daß ein von diesem Gelehrten eingeführter, bis dahin völlig unbekannt gewesener, hoffnungslos verbohrter und dazu „von Weingenuß gestachelter" andrer Ge-

lehrter (Fr. Rohmer) zur Ausarbeitung einer entscheidenden Proklamation herangezogen und in die Lage gebracht worden war, die Prinzen und die Ratgeber der Krone eine halbe Nacht lang mit seinem Geschwätz hinzuhalten (a. a. O. II. S. 42 ff.), so fragt man sich unwillkürlich, was größer gewesen, ob Geduld und Ratbedürftigkeit der Regierenden oder Unverschämtheit und Selbstvertrauen der improvisierten Ratgeber des Tages. Den halb unzurechnungsfähigen Staatsphilosophen Rohmer hatte ein Mann wie Bluntschli dem jungen Könige als neuen Mirabeau empfehlen zu dürfen geglaubt, und allein die Thorheit des dünkelhaften, in Ministerträume gewiegten „Erfinders" des liberal-konservativen Princips hatte den wohlmeinenden Monarchen daran verhindert, kostbare Stunden seines ersten Regierungstages einer „Beratung" mit dem in Wirklichkeit völlig ratlosen bayrischen „Mirabeau" zu opfern.

Diese peinliche Phase war allerdings überstanden, als Graf Bray am Isarufer eintraf und in dem Ministerium vom 21. März (v. Thon-Dittmer, v. Lerchenfeld, Beisler, Weishaupt, Heinz) seinen Platz einnahm. An dem Zustandekommen der „freiheitlichen" Gesetze, welche die Hauptsorge der seit dem 22. März versammelten beiden Kammern des Landtages bildeten, und die Grundlagen des Gerichtswesens neu ordneten, Schwurgerichte einführten, Ablösung der Feudallasten, Änderung des Wahlgesetzes, Freiheit der Presse aussprachen, an diesen Maßregeln konnte der Minister des Auswärtigen der Natur seiner Stellung nach nur mittelbaren Anteil nehmen. Von den auf die „deutsche Stellung" Bayerns bezüglichen Angelegenheiten waren die beiden wichtigsten, der Antrag auf Revision der Bundesverfassung und die Wahl von Abgeordneten zum Frankfurter Parlamente, gleichfalls mehrere Wochen vor Brays Eintreffen im Princip entschieden worden. An den in Dresden stattgehabten Ministerkonferenzen hatte Bayern zunächst keinen Anteil genommen, in der Folge aber den Freiherrn v. Berger nach Berlin und Dresden gesendet, um mit den dortigen Regierungen eine Verständigung über das in der deutschen Verfassungsfrage zu beobachtende Verhalten zu versuchen. Seit dem Mai war dann die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments gerichtet worden, das sich zunächst so

eingehend mit „Grundrechten" und andern „Freiheitsfragen" beschäftigte, daß sich die Entscheidung der eigentlich maßgebenden Angelegenheit, der neuen deutschen Verfassung und der Stellung der Einzelstaaten innerhalb derselben, zunächst noch nicht absehen ließ. Schon wegen der Unberechenbarkeit dieser Verhältnisse und wegen der immer wieder auftauchenden Gefahr, den Gang der mühsam eingeleiteten neuen Entwicklung durch revolutionäre Zwischenfälle und republikanische Schilderhebungen gestört zu sehen, blieb für den Leiter der bayrischen auswärtigen Angelegenheiten keine andre als eine abwartende Haltung übrig. Charakteristisch für die Unbefangenheit und Nüchternheit, mit welcher Graf Bray dabei verfuhr, war der Umstand, daß er während dieser Phase der Entwicklung die Möglichkeit eines Ausscheidens Österreichs aus dem herzustellenden neuen Reichsverbande in Betracht zog, daß er die Aussichtslosigkeit von Verhandlungen über eine Einbeziehung des in seinen Grundfesten erschütterten Kaiserstaats in das neue Deutschland deutlich übersah und daß er sich demgemäß auf eine Verständigung mit Preußen richtete. Daß Brays Neigungen an dieser Auffassung keinen direkten Anteil hatten, braucht nicht erst gesagt zu werden! — Der damals eingeschlagenen Richtung entsprach auch das Verhalten Bayerns zu der am 29. Juni erfolgten Erwählung Erzherzog Johanns zum Deutschen Reichsverweser, deren Anerkennung erst in elfter Stunde erfolgte, nachdem König Max anfänglich die Absicht ausgesprochen hatte, sich dieses „Mediatisierungs"-Versuchs „bis zum letzten Blutstropfen zu erwehren".[1]) Vorsichtig wurde dabei alles vermieden, was als grundsätzliche Auflehnung gegen die Frankfurter Pläne zur Herstellung einer nationalen Zentralgewalt hätte gedeutet werden können. Ausdrücklich verwahrte die Münchener Regierung sich gegen die (im Stuttgarter „Beobachter" aufgetauchte) Unterstellung, als ob sie die Befugnis, besondere Bündnisse, Kriegs- und Friedensverträge abzuschließen, in Anspruch nehmen und gegen die eventuelle Unterordnung der bayrischen Armee unter „den Oberbefehl des Bundes" Schwierigkeiten erheben werde. „Bayern (so hatte die „Allgemeine Zeitung"

1) Sybel, Begründung des Deutschen Reichs I, S. 187.

vom 28. Mai erklärt) wird als Teil des großen deutschen Vaterlandes der allgemeinen Stimme folgen und dem allseitig erstrebten Ziele deutscher Einheit offen und ohne Hehl Gewicht und Einfluß zuwenden." In demselben Sinne ließ Bayern nach Abschluß des Malmöer Waffenstillstandes durch den an den Main geeilten Grafen Bray seine bedingungslose Unterstützung der Zentralgewalt und die Bereitschaft zur Übernahme einer Vermittlung in der dänischen Waffenstillstandsangelegenheit aussprechen.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dieses Entgegenkommen gegen die Bestrebungen zur Herstellung einer deutschen Zentralgewalt, mit Gedanken an eine wesentliche Einschränkung der bayrischen Souveränitätsrechte, geschweige denn an Unterordnung unter ein nationales Erbkaisertum, nichts gemein hatte. Vor wie nach der Wiener Oktoberkatastrophe waren König, Ministerium und die große Mehrheit des bayrischen Volks darüber einig, Zumutungen solcher Art als Angriffe gegen den Glanz und die Würde der Wittelsbacher Krone mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln abzuweisen. Unter persönlicher Teilnahme des Königs wurde ein den bayrischen Anschauungen entsprechender Verfassungsentwurf ausgearbeitet, dessen Grundzüge die „Allgemeine Zeitung" in einer Reihe ausführlicher Artikel erörterte. Mit Offenlassung der Frage nach dem Verhältnis Österreichs zu der neuen Ordnung deutscher Dinge wurde ein von sechs zu sechs Jahren wechselndes „Directorium" vorgeschlagen, dessen Mitglieder nach festem Turnus aus deutschen Reichsfürsten bestehen, die „Kompetenz" der Reichsgewalt wahrnehmen und die zur Wahrnehmung derselben erforderlichen Verwaltungsorgane ernennen sollten. Am besten (so hieß es a. a. O.) werde sein, „wenn drei Mächte, welche Norddeutschland, Süddeutschland und den deutschen Osten repräsentierten, die Direktorialgeschäfte untereinander teilten".

Maßgebende Bedeutung war für diesen Entwurf kaum in Anspruch genommen worden, die Absicht desselben vornehmlich darauf gerichtet gewesen, ein Gegenstück gegen die Pläne zu bilden, mit denen Dahlmann und dessen politische Freunde sich trugen. Für die bayrische Regierung konnte es darum nicht schwer halten, im November desselben Jahres mit einem neuen Elaborat hervorzutreten, dem die

nämliche Absicht, das heißt die Gegnerschaft gegen die sogenannte preußische Spitze, unverkennbar zu Grunde lag. Unter Benutzung der Eindrücke, welche der Fall des revolutionären Wien, die in Frankfurt hervorgetretene Neigung zur Ausschließung Österreichs aus dem neuen Deutschland und Friedrich Wilhelms IV. an den König Max gerichteter Vorschlag zur Bildung einer aus den deutschen Königen und dem Erzherzog Johann zusammengesetzten „höchsten Obrigkeit Deutschlands" (Königskollegium) hervorgerufen hatten, legte Bayern am 22. November den Entwurf eines zwischen den Kronen von Preußen, Bayern und Württemberg abzuschließenden Vertrages vor, der zunächst auf eine Prüfung des Frankfurter Elaborates durch die deutschen Regierungen abzielte und sodann eine Reihe positiver Vorschläge entwickelte. Die Reichsgewalt sollte durch die deutschen Könige und zwar in Form eines Direktoriums ausgeübt werden, das sich aus den Vertretern Österreichs, Preußens und der übrigen Königreiche zusammensetzte. Für den Fall einer Ablehnung Österreichs sollten Bayern und die übrigen Könige an dessen Stelle treten. Weiter wurde ein nach bestimmtem Turnus wechselndes Präsidium, die Unterordnung der Reichsminister unter das Direktorium und ein aus Abgeordneten sämtlicher Regierungen gebildetes Staatenhaus in Vorschlag gebracht: behufs Ausarbeitung dieser neuen Verfassung sollten die deutschen Könige zu einem Kollegium zusammentreten und die drei genannten ad hoc verbündeten Kronen die bezügliche Initiative ergreifen.

Obgleich Preußen diesen mittelbar gegen seine Präponderanz gerichteten Vorschlag nicht zurückwies, sondern eine Diskussion desselben als zurzeit verfrüht der Zukunft vorbehielt, hatte man in München und Stuttgart den Eindruck, daß die Berliner Regierung die Front verändert habe und daß sie ihr Augenmerk auf Frankfurt und auf die ihm von dort aus zugedachte erbkaiserliche Würde richte. Die Folge davon war, daß die beiden süddeutschen Königreiche sich Österreich zu nähern begannen, das durch die Niederschlagung der Wiener Revolution und den wenig später erfolgten Thronwechsel in eine neue, aussichtsvollere und gesichertere Phase seiner Existenz getreten zu sein schien, und von dessen leitendem Minister, dem Fürsten

Felix Schwarzenberg, man annehmen durfte, daß er den Mittelstaaten einen Rückhalt gegen Preußen und die diesem zugeschriebenen ehrgeizigen Pläne bieten werde. Daß er in die zu Frankfurt geplante Ausschließung des Kaiserstaats aus Deutschland niemals willigen werde, hatte der Fürst bereits bei Eröffnung des nach Kremsier berufenen österreichischen Reichstags erklärt.

Auf das einzelne der darauf folgenden Verhandlungen, auf Friedrich Wilhelms IV. wachsende Abneigung gegen die in Frankfurt vorherrschend gewordenen erbkaiserlich-preußischen Pläne, auf Bernstorffs Entsendung nach Wien, sowie auf Schwarzenbergs Erklärung darüber, daß der Eintritt des gesamten Österreich in das neue Deutschland eine conditio sine qua non bilde und daß er allenfalls in ein dreigliederiges, von Österreich geleitetes Direktorium willigen, das Staatenhaus und die übrigen Elemente des deutschen Reichsapparats dagegen als überflüssig ablehnen werde — auf das alles näher einzugehen, haben wir keine Veranlassung. Genug daß die Frankfurter Versammlung ihre Rechnungen auf eine Verständigung mit Österreich schloß und daß Gagern am 18. Dezember der Versammlung ein Programm vorlegte, welches zwar den Abschluß eines „Unionsvertrages" mit dem Kaiserstaat offen ließ, von dem Eintritt desselben in den zu gründenden deutschen Bundesstaat dagegen absah und eine Ordnung der Dinge ins Auge faßte, die in der einen oder der andern Form zur Aufrichtung der Hegemonie Preußens führen mußte.

Danach war über diejenigen Dinge, auf welche es für das Deutschland von 1848 zuerst und zuletzt kam, bei Schluß des Jahres 1848 so gut wie nichts entschieden. Sprach die Wahrscheinlichkeit auch für Annahme des Gagernschen Programms, so stand die formelle Entscheidung der Nationalversammlung doch noch aus und waren eifrige Verhandlungen zwischen den Freunden Österreichs und den Gliedern der Frankfurter äußersten Linken im Gange. Daß Österreich zu einem freiwilligen Verzicht auf seine deutsche Stellung nicht zu bestimmen sein werde, lag deutlich zu Tage, rücksichtlich Preußens aber ließ sich nicht mehr sagen, als daß sein König es auf einen Konflikt mit dem Kaiserstaat ebensowenig werde ankommen lassen wie auf Mitschuld an den gegen die Nationalversammlung gerichteten

gewaltsamen Plänen Schwarzenbergs. Für den Augenblick neigte Friedrich Wilhelm IV. wieder dem Gedanken einer Verständigung mit Frankfurt zu.

Eine am 19. Dezember festgestellte, nach Wien bestimmte preußische Denkschrift schlug eine von Parlament und Regierungen zu bewerkstelligende Revision des erwarteten Frankfurter Elaborats vor, wobei für die künftige Reichsverfassung ein von den deutschen Königen zu bildendes Regierungskollegium, ein von den Fürsten beschicktes Oberhaus und ein Parlament als Unterhaus ins Auge gefaßt wurden. Rücksichtlich Österreichs unterließ der König es, ein letztes Wort zu sprechen, wenn er die Ideen eines engeren und eines weiteren, — den Kaiserstaat mit umfassenden Bundes — gleich „im Princip“ annahm und in eine Form zu bringen suchte, die — wie er meinte — auch in Wien für annehmbar würde gelten können.

So lagen die Dinge, als der nach dem neuen Wahlgesetz erwählte bayrische Landtag am 22. Januar (1849) zusammentrat. Der Gang der Verhandlungen bewies, daß man am Isar von nüchterner Einsicht in die Schwierigkeiten der Lage noch weiter entfernt sei als in Frankfurt, und daß die Widersprüche, in denen die demokratische Partei sich bewegte, jeden Einfluß derselben auf den Gang der bayrischen wie der deutschen Dinge ausschließe. In Sachen der „deutschen Frage“ hatte die Thronrede sich auf die Versicherung beschränkt, daß alle deutschen Stämme von dem Drange nach einer lebenskräftigen, das gesamte Deutschland umfassenden Einigung bewegt würden, daß der König dieses Streben teile und auf Erreichung des schönen Ziels hoffe. Daran hatte sich das Versprechen geschlossen, daß die neuen, „notwendig werdenden“ Gesetze und Verordnungen vorgelegt werden würden, daß Bayern von den Stürmen der neuen Zeit nicht habe unberührt bleiben können, daß es aber auch in diesen ein rühmendes Zeugnis seiner ehrenhaften, biederen und treuen Gesinnung gegeben habe. — Die erste Kammer beantwortete diese nicht eben inhaltreichen Sätze mit der allgemein gehaltenen Formel, daß der Ausbau des deutschen Verfassungswerks den Gegenstand allgemeiner heißer Sehnsucht bilde, daß Bayern dasselbe teile und daß es mit Vertrauen auf seinen von dieser heiligen Sache beseelten

König sehe. Weiter wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das gesamte Deutschland durch den „Einklang der Regierungen und der Vertreter des Volks ungetrennt in voller Macht erstehen und eine Verfassung erlangen werde, welche unter Ausschluß aller Sonderinteressen, die mit der Einheit und Kraft des Ganzen vereinbarliche, durch den deutschen Nationalcharakter gebotene Selbstständigkeit der Einzelstaaten bewahren werde."

Die zweite Kammer glaubte sich mit dem Ausdruck allgemein gehaltener guter Wünsche und Vorsätze dagegen nicht begnügen zu dürfen. Von der, wie wir wissen, unbegründeten Voraussetzung ausgehend, „daß das heiß ersehnte Ziel der Einigung Deutschlands auf dem Grunde gleichmäßiger, wahre Volksfreiheit gewährleistender Einrichtungen . . . seiner Verwirklichung bereits nahe sei", forderte die Adresse „rückhaltloses Eingehen auf den neuerwachten Zeitgeist," Verzicht der Einzelstaaten auf einen Teil ihrer bisherigen Rechte sowie Befugnisse „zur Stärkung und Macht des Gesamtvaterlandes" und bereitwillige Unterordnung unter die Ratschlüsse der konstituierenden Nationalversammlung und der Reichsgewalt, Anerkennung der Gesetzeskraft der Grundrechte und so weiter und örtlicher Verkündigung derselben durch die gesetzlichen Organe." Die lange Reihe weiterer liberaler Wünsche, die in den folgenden Sätzen ausgesprochen wurden und das Verlangen „nach einem verantwortlichen, auf das Volksvertrauen gegründeten wahren Gesamtministerium, als ausschließlichem Regierungsorgan" ließen durchsehen, daß den Urhebern der Adresse vornehmlich an Sicherung von „Freiheitsrechten" und an der Herstellung einer gegen die „Volkswünsche" gefügigen Regierung gelegen sei. Immerhin aber lag die Sache so, daß im voraus Unterwerfung unter eine Verfassung gefordert wurde, die noch nicht festgestellt war, deren wichtigste Punkte zu Frankfurt leidenschaftlich diskutiert wurden und über welche die Meinungen der Regierungen ebenso weit auseinandergingen wie diejenigen der Parteien.

Bei der dadurch bezeugten Verwirrung der Begriffe sollte es sein Bewenden indessen nicht behalten. Am 12. Januar hatte die Frankfurter Versammlung die Annahme des Gagernschen Programms

mit einer Mehrheit von sechsunddreißig Stimmen ausgesprochen und unmittelbar darauf eine Diskussion der „Oberhauptsfrage“ (Direktorium, — Erwählung eines Präsidenten durch die Nation — Übertragung der Oberhauptswürde an einen der regierenden deutschen Fürsten) begonnen, welche sich zwei Monate lang fortsetzen sollte. Am 23. Januar hatte die preußische Regierung eine Zirkularnote erlassen, welche den in Frankfurt geplanten „Bundesstaat“ als solchen acceptierte, die Verwirklichung desselben indessen von einer friedlichen Vereinbarung sämtlicher Regierungen abhängig machte und diesen letzteren Punkt sichtlich betonte. Daß Preußen für sich selbst keine „Machterhöhung“ in Anspruch nahm, daß es den Kaisertitel für unnötig erklärte, und daß es auf die freie „Vereinbarung“ der Regierungen allen Nachdruck legte, konnte als Stärkung der Position der bayrischen Regierung und ihres Widerspruchs gegen die von der zweiten Kammer verlangte bedingungslose Unterwerfung unter die in Frankfurt zu fassenden Verfassungsentscheidungen angesehen werden; aus dem Ton der preußischen Zirkularnote glaubte man außerdem den Schluß ziehen zu können, daß Friedrich Wilhelm IV. eine etwa auf ihn fallende Erwählung zum Reichsoberhaupt und Kaiser unter keinen Umständen annehmen werde. Alles das sank indessen zu sekundärer Bedeutung herab, weil die große Mehrheit des bayrischen Volks dem Gedanken einer Ausschließung Österreichs aus dem geplanten Bundesstaat ebenso leidenschaftlich widersprach wie der vorderhand noch gar nicht eingetretenen Eventualität einer Übertragung der Oberhauptswürde an den König von Preußen. Dieselbe zweite Kammer, die kategorisch das Verlangen nach Unterwerfung Bayerns unter die Verfassungsbeschlüsse der Frankfurter konstituierenden Versammlung aussprach, nahm am 9. Februar mit donnerähnlichem Applaus und einhelliger Erhebung von den Sitzen eine Erklärung des Abgeordneten Kolb auf, welche wörtlich wie folgt lautete: „Wir alle wollen kein preußisches Kaisertum, kein Aufgehen in Preußen. Wir verlangen mit Österreich das ganze vereinigte Deutschland. Ohne Österreich, wir erklären es feierlich, wäre Deutschland ein zerstückeltes Reich.“

Am Abende dieses „großen“ Tages erschien eine von zweitausend Fackelträgern geführte Volksmasse vor dem königlichen Schlosse, um der Zustimmung der Münchener Bürgerschaft zu der parlamentarischen Kundgebung den gehörigen Nachdruck zu geben und den König mit lautem Jubel zu begrüßen. Die Erklärung gegen den engeren Bundesstaat, die die Regierung wenige Tage später (16. Februar) abgab, konnte sich in der That als unzweideutig kundgegebene Meinung der großen Mehrheit des bayrischen Volks einführen und dadurch dem Gegensatz, in welchem der führende süddeutsche Staat zu der entgegengesetzten Auffassung Preußens und der diesem beigetretenen Kleinstaaten stand (Kollektiverklärung vom 23. Februar), den gehörigen Nachdruck verleihen.

An dem Geschick des Ministeriums, dem Graf Bray angehörte, wurde durch diese Wendung gleichwohl nichts geändert. Die Minister (aus deren Reihen Thon-Dittmer, Weishaupt und Lerchenfeld bereits vor Schluß des Jahres 1848 geschieden waren) reichten nach erfolgter Annahme der direkt wider sie gerichteten Adresse ihre Abschiedsgesuche ein und beharrten trotz der vom Könige ausgesprochenen Ablehnung auf denselben. Für den Grafen Bray lagen dafür noch besondere Gründe vor. Im Dezember 1848 hatte er den königlichen Gesandten in London, Herrn von Cetto, beauftragt, der britischen Regierung eine allgemein gehaltene Erklärung abzugeben, welche der Meinung widersprechen sollte, als ob gegen eine etwaige Übertragung der Kaiserwürde an den König von Preußen „von keiner deutschen Regierung Widerspruch erhoben werden würde.“ An der zeitweiligen Abwesenheit Palmerstons von London war von Cetto zu dem Mißgriff Veranlassung genommen worden, dem englischen Premier ein (in der Folge als Note bezeichnetes) förmliches Schreiben zugehen zu lassen, in welchem — mindestens wie behauptet wurde — auf eine eventuelle Anrufung der durch die Großmächte garantierten Verträge von 1815 angespielt worden war. An einer diese Angelegenheit betreffenden Notiz der „Deutschen Zeitung“ vom 8. Februar nahm ein Mitglied der Münchener Reichsratskammer, Graf Arco-Valley, zu einer Interpellation Gelegenheit, welche am 17. Februar zur Verhandlung kam und welche zugleich das Verhältnis

Bayerns zu Österreich betraf. Der Interpellant sprach sich zunächst nachdrücklich gegen „jede Lostrennung Österreichs" und gegen die Errichtung eines „preußischen Kaisertums" aus, um sodann gegen das Ministerium den doppelten Vorwurf zu erheben, daß dasselbe sich in einer inneren deutschen Angelegenheit an eine nichtdeutsche Garantin des Wiener Vertrags gewendet und daß sie der preußischen Regierung Vorschläge gemacht habe, bei denen von der Eventualität eines Ausscheidens Österreichs aus Deutschland ausgegangen worden. Ein derartiges Verhalten müsse der politischen und diplomatischen Stellung Bayerns zum Schaden gereichen und so weiter.

Diesen emphatisch vorgetragenen Angriffen wußte Graf Bray mindestens so weit die Spitze abzubrechen, als zur Zurückweisung der Anklage auf Kompromittierung der bayrischen Politik erforderlich erschien. Unter geschickter Benutzung der preußischen Zirkularnote vom 23. Januar führte er aus, daß der von ihm eingenommene Standpunkt wesentlich demjenigen Preußens entspreche, dessen „hochherziger König" sich gegen jede Annahme der Kaiserwürde ausgesprochen habe, wenn dieselbe ihm nicht „von allen Staaten und im Einverständnis mit den deutschen Fürsten angetragen würde." Ausdrücklich habe die preußische Note hervorgehoben, daß Preußen keine Stellung annehmen werde, die ihm nicht von den Mitstaaten und Mitfürsten angeboten worden, und daß es die Errichtung einer neuen Kaiserwürde nicht für notwendig erachte. Von der analogen Auffassung der Münchener Regierung sei dem bayrischen Gesandten in London behufs Widerlegung anderweiter Auffassungen Kenntnis gegeben und demselben dadurch das Recht zugeteilt worden, in London zu erklären, daß die bayrische Krone ohne Mitwirkung der Stände auf eine Schmälerung ihrer Souveränität nicht eingehen könne. Alle weitergehenden Angaben, insbesondere die Behauptung, daß Bayern und Hannover mit förmlichem Ausscheiden aus Deutschland gedroht hätten, seien als Entstellungen und Lügen zu bezeichnen. — Sodann ging der Minister zu dem (nach bayrischer Auffassung ungleich schwerer wiegenden) Vorwurf über, mit dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland gerechnet und darauf bezügliche Vorschläge gemacht zu haben. Andre als unmaßgebliche

Vorschläge habe Bayern überhaupt nicht verlautbart und von dem seinerzeit angeregten dreigliedrigen Direktorium angenommen, daß es zugleich für Preußen wie für Österreich annehmbar sein werde. „Unser damaliger Vorschlag", fuhr Graf Bray fort, „enthielt allerdings die Rücksicht auf ein möglich es Ausscheiden Österreichs, — wir haben diese Möglichkeit aber stets als das größte Unglück für ganz Deutschland angesehen . . . Wir faßten diese Möglichkeit zu einer Zeit ins Auge, wo diese Gefahr sehr groß war, — vor der Einnahme von Wien und der wenigstens teilweisen Pazifikation Ungarns, zu einer Zeit, wo man nicht bemessen konnte, wie diese Bewegungen auslaufen würden, und wo die österreichische Monarchie mit ihren inneren Angelegenheiten so dringend beschäftigt war, daß von ihr die deutsche Frage als Hauptfrage nicht ins Auge gefaßt werden konnte." — Zum Schluß wurde die Erklärung wiederholt, daß Bayern unter allen Umständen fest und treu bei Deutschland bleiben werde und daß gehofft werden dürfe, „daß seine deutschen Brüder ihm den Platz belassen würden, den es jahrhundertelang behauptet habe."

Auf Arcos Replik und auf die gegnerischen Ausführungen darüber, daß der Minister die von Berlin drohende Gefahr zu unterschätzen scheine, gehen wir ebensowenig ein, wie auf die Folgerungen, welche aus diesem — übrigens bald vergessenen Zwischenfall — auf der einen und der andern Seite gezogen wurden. Den Grafen Bray mußte derselbe in dem früher gefaßten Beschluß bestärken, auf seinem Rücktrittsgesuch zu beharren. Abgesehen von der Stellung zum Auslande und den durch die Interpellation erhöhten Schwierigkeiten derselben, lagen die Dinge so, daß das in der Adresse der zweiten Kammer niedergelegte Mißtrauensvotum gegen das Ministerium nicht anders als durch Ernennung eines der Kammermehrheit entnommenen hochliberalen Kabinetts oder aber durch Etablierung eines zur Repression der populären Bewegung geeigneten, stramm „reaktionären" Regiments beantwortet werden konnte. Wiesen die Zeichen der Zeit auch auf eine Lösung im letzteren Sinne hin, so vergingen doch noch Wochen und Monate, bevor der König einen Entschluß faßte und danach seine Wahl traf. Für den Grafen Bray persönlich kam diese

Wahl nicht in Betracht. Der Eintritt in ein Repressionsministerium wäre ihm, der als „Märzminister“ an der Reformbewegung des Jahres 1848 Anteil genommen hatte, moralisch unmöglich gewesen, davon abgesehen, daß er die zu einer Thätigkeit solcher Art erforderlichen robusten Eigenschaften weder in Anspruch nahm noch besaß, und daß er die in der Folge von Herrn von der Pfordten durchgeführte Rolle unter keinen Umständen auf sich genommen hätte. Bis zum Eintritt dieses Mannes der Situation (18. April 1849) führte er die Geschäfte des Ministeriums fort, um sodann (unter Belassung im Rang und Titel eines Staatsministers) auf den Gesandtenposten in St. Petersburg zurückzukehren. Der Antritt dieses Amts fand übrigens erst im Oktober (1849) statt.

Kapitel IV.

Aus den fünfziger Jahren

St. Petersburg — Stockholm — Berlin.



Als Graf Bray nach anderthalbjähriger Abwesenheit von St. Petersburg wieder am Newaufer eintraf und die Physiognomie des russischen Hof- und Staatslebens äußerlich unverändert wiederfand, mußte ihm (wie er damals schrieb) „die bewegte Zeit, deren Zeuge und Mitwirkender er in Bayern gewesen war, wie ein schwerer Traum vorkommen, aus dem er jetzt erwachte". Bei näherer Betrachtung ergab sich freilich, daß die Ereignisse des Revolutionsjahres auch an Rußland und dessen Beherrscher nicht ganz so spurlos vorübergegangen waren, als es den Anschein gehabt hatte. Nach Meinung derjenigen, die es wissen konnten, war der bis dahin jugendkräftig gebliebene Kaiser Nikolaus von den auf die Besiegung Ungarns folgenden Warschauer Festlichkeiten als veränderter, wenn nicht alter, so doch alternder Mann zurückgekehrt. Die Befriedigung über den errungenen Erfolg war ihm in mehr als einer Rücksicht getrübt worden. Weder waren die Operationen seiner zur Niederschlagung des ungarischen Aufstandes ausgesendeten Armee so glatt verlaufen, wie man hatte annehmen dürfen, noch war das Verhalten der russischen Heerführer und Offiziere ein den Erwartungen des Vorkämpfers der konservativen Interessen völlig entsprechendes gewesen. Der zur Rettung der österreichischen Monarchie unternommene Feldzug war auch innerhalb derjenigen Kreise, auf welche man unbedingt rechnen zu dürfen gemeint hatte, ungern gesehen und namentlich in Moskau entschieden mißbilligt worden. Weiter hatte der an unbedingten und schweigenden Gehorsam gewöhnte Herrscher erleben müssen, daß sehr zahlreiche seiner Offiziere aus ihrer Abneigung gegen die deutschen Verbündeten „in den weißen Röcken" ebensowenig ein Hehl machten wie aus ihren Sympathien für die ungarischen Rebellen,

zu deren Besiegung sie ausgesendet worden waren. Zu den Klagen über das unkameradschaftliche Verhalten der russischen Offiziere gegen die k. k. Waffenbrüder waren außerdem Beschwerden des Wiener Hofs über den Hochmut und die Willkürlichkeit des alten Feldmarschalls Paskewitsch gekommen, deren guter Grund von dem Rechtsgefühl des Kaisers anerkannt werden mußte. Mit der ihm eigentümlichen Selbstüberschätzung hatte der Urheber des berufenen, viel wiederholten Telegramms „L'Hongrie est aux pieds de Votre Majesté" das alleinige Verdienst um die Niederwerfung Görgeys in Anspruch genommen und die Mitwirkung des ihm verhaßten Feldzeugmeisters Haynau geflissentlich ignoriert. Endlich war der Kaiser durch den plötzlichen Tod seines am 25. September zu Warschau verstorbenen Jugendgefährten und einzigen überlebenden Bruders, des kaum dreiundfünfzigjährigen Großfürsten Michael, in tiefe Betrübnis versetzt worden. Sein Haar war ergraut, seine gute Laune schien für immer verscheucht worden zu sein, als er im Spätherbst 1849 in St. Petersburg eintraf. Er war, wie man in seiner Umgebung klagte, seit den Erlebnissen des Kriegssommers strenger und unnahbarer denn bisher geworden und dabei von der Überzeugung durchdrungen, daß die Erhaltung des bestehenden Zustandes weitere Verschärfungen des geltenden Repressivsystems bedinge. Widersprochen wurde dieser Auffassung nirgend, an Bedenken gegen dieselbe fehlte es indessen nicht. Der Rücktritt des Unterrichtsministers Grafen Uwarow und die Ernennung des im Rufe des Obskurantismus stehenden Fürsten Schichmatow-Schirinsky zum Nachfolger dieses Staatsmannes wurden mit der Beschränkung der Frequenz und der Lehrfreiheit der Universitäten, der Niedersetzung eines Oberzensurkomitees und dem Verbot des größten Teils der ausländischen Zeitungen in Zusammenhang gebracht und auch in den dem Hofe näher stehenden Kreisen wenig günstig beurteilt. Daß man sich gleichzeitig mit Befürchtungen vor einem kriegerischen Einschreiten gegen das angeblich revolutionär infizierte Preußen beschäftigte (Dezember 1849 und Januar 1850), trug vollends dazu bei, den auf den ungarischen Feldzug folgenden Winter zu einem der freudlosesten zu machen, die seit Jahr und Tag in der sonst so lebenslustigen russischen Hauptstadt erlebt worden war. Von Hof-

festlichkeiten konnte wegen der Trauer um den Großfürsten Michael ohnehin nicht die Rede sein. Zu dem allem kamen noch die Anzeichen des schleichenden Siechtums, dem der — dem bayrischen Königshause nah verwandte — Schwiegersohn des Kaisers, Herzog Max von Leuchtenberg wenige Jahre später erlag.

Zu den das russische Hof- und Staatsleben bewegenden Fragen Stellung zu nehmen, hatte der bayrische Gesandte keinen Beruf und keine Veranlassung. An aufmerksamer Beobachtung dessen, was um ihn vorging, ließ Graf Bray es gleichwohl nicht fehlen. Trotz aufrichtiger Ergebenheit für die Person des Monarchen, in welchem er die Hauptstütze des konservativen Europa sah, konnte auch er sich dem Eindruck nicht entziehen, daß der Bogen der von diesem Fürsten befolgten Politik nachgerade allzu straff gespannt werde. Ein zu Anfang der fünfziger Jahre geschriebenes Memorial über Hof und Gesellschaft St. Petersburgs bezeugt, daß die Qualität der in die höchsten Ämter berufenen Staatsmänner dem ebenso wohlwollenden wie aufmerksamen Beobachter zu denken gab und daß derselbe die Ausdehnung des Russifikationssystems auf die westlichen Provinzen des Reichs für eine den wahren Interessen des Staats und der Dynastie zuwiderlaufende Übertreibung hielt. Wir geben dieses bedeutende Aktenstück nachstehend in genauer deutscher Übersetzung wieder.

Petersburg, im November 1852.

„Wenn man von Rußland redet, so handelt sich's dabei um den Kaiser Nikolaus." So schrieb Fürst Metternich seinerzeit dem österreichischen Botschafter in Petersburg, Grafen Ficquelmont, und weil er damit Recht hatte, muß jede Erörterung über die in Rußland zu Einfluß gelangten Personen mit einer Charakteristik dieses Herrschers beginnen. Eine derartige Charakteristik würde indessen über Rahmen und Absicht der vorliegenden Skizze hinausgehen. Ein den Anforderungen der Billigkeit entsprechendes Urteil über die Regierung Nikolaus' I. wird allein die Geschichte fällen können. Zeitgenossen, die in unmittelbarer Nähe der Ereignisse und der über dieselben umlaufenden Gerüchte stehen, sind zu unbefangener

Beurteilung wenig befähigt, weil sie Gefahr laufen, durch Verweilen bei dem Einzelnen den Überblick über das Ganze zu verlieren. Wie man den Größenverhältnissen eines himmelanstrebenden gotischen Domes nicht gerecht zu werden vermag, wenn man seinen Standpunkt hart an einer der Mauern desselben genommen hat, so wird man nur aus einer gewissen Entfernung diejenigen Herrschergestalten beurteilen können, welche inmitten ihrer Zeit maßgebende Stellungen einnehmen.

Den Anspruch auf ein letztes Wort über die Regierung des gegenwärtigen Kaisers von Rußland will die vorliegende Erörterung nicht erheben, wohl aber wird dieselbe immer wieder auf ihn zurückkommen müssen, wenn sie seine Willensvollstrecker und die Werkzeuge seiner Verwaltung und Politik zu charakterisieren versucht. Denn nur als solche kommen die Diener des Kaisers Nikolaus für diesen Herrscher in Betracht, der erbetene Ratschläge bereitwillig entgegennimmt, seiner ganzen Anlage nach indessen für Einflüsse so gut wie unzugänglich ist. Im Besitze großer und wirklicher Energie, hat Kaiser Nikolaus in so hohem Maße das Gefühl seiner eigenen Kraft, daß es für ihn schwer hält, sich Menschen oder Ereignisse vorzustellen, die ihm Widerstand leisten könnten. Zugehörigkeit zu der Umgebung eines so gearteten Monarchen ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ein gut Teil der eigenen Individualität und mit der Notwendigkeit, sich unter Verleugnung des eigenen Wesens in schablonenmäßig festgestellte Formen umgießen zu lassen. Es sind demgemäß nur verschiedene Arten des Gehorsams und der Dienstbarkeit, die man an den hohen Beamten der russischen Monarchie studieren kann. Immerhin bestehen innerhalb dieses scheinbar gleichförmigen, eng geschlossenen Kreises Verschiedenheiten von Erheblichkeit. Obgleich alle lediglich den Willen des einen Herrschers in Ausführung bringen, giebt es unter ihnen Männer, die im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt wirken, und solche, die zum Schaden des Staates thätig sind. Für den ausländischen Beobachter liegt nahe, diese Porträt-Galerie mit dem Bildnis des Staatsmannes zu beginnen, der gemäß der Anweisung seines Souveräns die auswärtige Politik Rußlands leitet.

Graf Karl Robert v. Nesselrode wurde im Jahre 1780 als Sohn eines Vaters geboren, der zur Zeit Katharinas II. russischer Gesandter in Berlin war. An Bord eines englischen Kriegsschiffes geboren und nach anglikanischem Ritus getauft, gehört der Graf der Kirche Englands an und besucht er die hiesige anglikanische Kapelle alljährlich zu Ostern, um in ihr das Sakrament zu empfangen. Vom militärischen in den diplomatischen Dienst übergetreten, heiratete Graf Karl Robert im Jahre 1811 die Tochter des damaligen russischen Finanzministers Grafen Gurjew,[1] um zwei Jahre später den Kaiser Alexander I. auf dessen Reisen zu begleiten, einen großen Teil der diplomatischen Aktenstücke jener Zeit zu redigieren und an fast allen Angelegenheiten der europäischen Politik einen gewissen Anteil zu nehmen. Er wohnte dem Wiener Kongresse bei, er unterzeichnete die Konvention von Chaumont (1. März 1814) und den Friedensvertrag vom 1. Mai 1814, er nahm an dem Einzuge in Paris, wie an den Kongressen von Aachen (1818), Troppau (1820), Laibach (1821) und Verona (1822) teil. Nachdem Graf Nesselrode die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten einige Jahre lang gemeinschaftlich mit dem Grafen Capo d'Istria geführt hatte, wurde er im Jahre 1821 der alleinige Nachfolger seines Kollegen, als dieser Rußland verließ, um einige Zeit darauf seinen früheren hohen Posten gegen die Stellung eines Präsidenten von Griechenland zu vertauschen. Ob es, wie behauptet wird, Nesselrode gewesen, der mit der ihm eigentümlichen Gewandtheit die Entfernung Capo d'Istrias zu bewirken gewußt, oder ob der Umschlag in der Politik Alexanders I. und des edlen Corfioten eigener Ehrgeiz diesen Wechsel bedingten, mag unerörtert bleiben, genug, daß Nesselrode der gewinnende Teil war und blieb. Nikolaus I. bestätigte ihn nach seiner Thronbesteigung in dem bisherigen Amte und verlieh ihm im Jahre 1828 die Würde des Reichs-Vize-Kanzlers, 1845 diejenige des Reichskanzlers, den höchsten, dem Grade eines Feldmarschalls gleichstehenden Rang, den ein russischer Unterthan erwerben kann.

[1] Gurjew, der das Finanzministerium von 1810 bis 1823 leitete und in verwahrlostem Zustande hinterließ, galt für einen der unfähigsten Männer, die dieses wichtige Amt jemals in Rußland bekleidet haben.

Zieht man die Raschheit und den Glanz von Nesselrodes politischer Laufbahn, seinen Anteil an den großen Angelegenheiten und das Glück in Betracht, mit welchem er sich in dem Vertrauen zweier nach Geist und Charakter so verschiedener Herrscher, wie Alexander I. und Nikolaus I., zu behaupten gewußt hat, so liegt in unvermeidlicher Nähe, daß man sich diesen Minister als Mann von glänzendem Geist, gebieterischem Auftreten, sowie mächtigem und energischem Willen vorstellt. Und doch müssen Nesselrodes eifrigste Bewunderer anerkennen, daß ihn keine einzige dieser Eigenschaften in irgend bemerkbarer Weise auszeichne. Weder die Person noch der Geist des Grafen Nesselrode haben irgend etwas in die Augen Springendes. Trotz der fünfzig Jahre, die er inmitten der hervorragendsten Männer Europas gelebt hat, sind an ihm eine gewisse Schüchternheit und eine Ungeduld in geschäftlichen Dingen bemerkbar geblieben, welche die Thatsache langjähriger Thätigkeit auf dem denkbar ausgedehntesten Arbeitsgebiete Lügen zu strafen scheinen. Das Eigentümliche an diesem Staatsmanne ist, daß gerade die erwähnten Mängel ihm zum höchsten Lobe gereicht haben, und daß seine wunderbare Geschicklichkeit, die ihm eigentümlichen, für jeden Andern hinderlich gewesenen Schwächen seines Wesens ihm zum Gewinn hat gereichen lassen. Dem russischen Reichskanzler ist die seinem gesamten Wesen anhaftende Schüchternheit zur Schutzwehr gegen alle ihn umgebenden Schwierigkeiten geworden. Neben einen Herrscher von ausgesprochenem und zuweilen heftigem Willen gestellt, hat er die Aufgabe übernehmen müssen, sich nach Möglichkeit in den Schatten zu stellen. Das hat Nesselrode mit vollendeter Geschicklichkeit zu thun gewußt. Nach außen tritt er immer nur als treuer Vollstrecker des Willens des Kaisers auf, um dadurch den spärlichen Worten, die er fallen läßt, jedesmal besonderes Gewicht zu verleihen. Dadurch bleibt er in der Lage, sich unbequemen Ansprüchen und Wünschen gegenüber hinter den kaiserlichen Willen verschanzen zu können. Dieses Zusammentreffen seiner persönlichen Eigenschaften mit den Eigentümlichkeiten seiner Stellung hat aus ihm einen Staatsmann gemacht, den man schlechterdings nicht fassen (festhalten) kann. Dazu kommt ein Umstand, der ihm auch da das Übergewicht verleiht, wo

er nicht in der Lage ist, durch Berufung auf den Willen des Kaisers Trümpfe auszugeben: er besitzt ein sicheres Augenmaß und das seltene Talent, niemals etwas zu überstürzen. Ruhig und vorsichtig, wie er ist, mag er die geschäftigen Leute nicht ausstehen. Nach dem bekannten Rezept Talleyrands läßt er sich stets angelegen sein, bei seinen Agenten den Übereifer zu zügeln, der gewöhnlich nur dazu führt, der eigenen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Durch seine entsagungsvolle Zurückhaltung, durch die stete Bereitschaft zur Unterordnung unter den Willen des Meisters, sowie durch Länge und Treue seiner Dienstleistungen hat Graf Nesselrode das Vertrauen des Kaisers und zugleich ein Stück Einfluß erworben, das ihm unter den gegebenen Verhältnissen niemals zu teil geworden wäre, wenn er eine entschiedenere Haltung eingenommen hätte. Nesselrodes Verkehrsformen sind höflich und wohlwollend — wenige Staatsmänner verstehen besser als er sich bei denjenigen beliebt zu machen, die mit ihnen in dauerndem geschäftlichen Verkehr stehen. Der Zähigkeit, mit welcher er die seinem Wesen entsprechende Rolle des „moderateur“ durchgeführt, und der Geschicklichkeit, mit welcher er das System der Behutsamkeit seinem eigenen Charakter angepaßt hat, verdankt Graf Nesselrode einen großen Teil seiner Erfolge und des Anspruchs, den er auf die Anerkennung seiner Zeitgenossen besitzt. Mehr wie einmal hat er sich um den Frieden der Welt verdient gemacht: so im Jahre 1829 bei Abschluß des Friedens von Adrianopel und nach dem Jahre 1830, wo die Dinge wiederholt so lagen, daß ein einziger Funke den Weltbrand hätte entzünden können. Nach dem Jahre 1848 ist sein Einfluß der nämliche geblieben, und er hat unzweifelhaft dazu beigetragen, daß der Wahlspruch in Ehren geblieben ist, dessen Verwirklichung für die Regierung Nikolaus' I. bezeichnend geworden ist: „Mäßigung in der Kraft.“

Zwei energischere Entschließungen, der Einmarsch nach Ungarn mit 200000 Mann und die Preußen gegenüber eingenommene drohende Haltung vom November 1850, dürften allerdings auf die persönliche Initiative des Kaisers zurückzuführen sein. Dem Monarchen und dem Minister gebührt indessen gleiches Lob dafür, daß die

russische Politik durch ihre Loyalität wie durch ihre Erfolge den Beweis dafür geführt zu haben scheint, daß die ehrlichste Politik immerdar die beste ist.

Schon im Interesse der Vollständigkeit muß des erheblichen Einflusses Erwähnung gethan werden, den die Gräfin Nesselrode auf ihren Gemahl geübt hat. Die Mitgift dieser Dame hat den Grundstock des ungeheuren Vermögens gebildet, das der Graf gegenwärtig besitzt, ihre ausgebreitete Verwandtschaft hat dazu beigetragen, daß dem Gemahl seine ausländische Herkunft nicht mehr zum Schaden gereicht. Im übrigen sind die beiden Gatten so verschieden wie nur immer möglich. Die Gräfin scheint alle die Vorzüge und Schwächen zu besitzen, die ihm fehlen: in Bezug auf ihre Geistesrichtung wie rücksichtlich ihres Benehmens ist sie hochfahrend und gebieterisch, über alles hat sie eine bestimmte Meinung und immerdar die Gewohnheit, sich in Beziehung auf Zu- und Abneigungen gehen zu lassen. Dadurch ergänzen die beiden Gatten sich in ungewöhnlicher Weise. Im Vertrauen auf das gesunde Urteil der Gräfin macht der Reichskanzler sie zur beinahe regelmäßigen Mitwisserin und, wie behauptet wird, sehr häufig auch zur Beraterin politischer Angelegenheiten. Ihr Einfluß kommt indessen mehr in Personenfragen als in sachlicher Hinsicht[1]) zur Geltung.

Trotz seiner zweiundsiebzig Lebensjahre macht Graf Nesselrode den Eindruck eines frischen und thätigen alten Herrn, dem die Zeit nicht allzu viel anzuhaben vermocht hat. Musik und Naturgenuß (als eifriger Blumenfreund besitzt er prachtvolle Treibhäuser) bilden seine Erholung nach unermüdlich gethaner Schreibtischarbeit; er ist eifriger Spaziergänger und der Mann rascher Reisen. Mit Genehmigung des Kaisers hat der Reichskanzler seit etwa Jahresfrist einen Teil seiner Obliegenheiten auf einen Beamten übertragen, der unter dem Titel eines Adjunkten die technische Leitung des Ministeriums besorgt, den Geheimrat Senjäwin. Dieser von Nesselrode selbst in Vorschlag gebrachte Herr verbindet in seiner Person zwei Vorzüge, die seinem Chef zu gute kommen. Als Träger eines russischen Namens ist er der altrussischen

1) Die im Jahre 1849 verstorbene Dame war weder durch Anmut noch durch Liebenswürdigkeit ausgezeichnet.

Partei genehm, die dem Reichskanzler seine deutsche Herkunft niemals völlig verziehen hat, und als Beamter, der sich daran genügen läßt, so lange Nesselrode lebt, dessen erster Gehilfe zu sein, ist er der richtige Mann an der richtigen Stelle. Herr Senjäwin besorgt die laufenden Geschäfte so gut wie allein, auf politischem Gebiete vertritt er den Kanzler, wenn dieser abwesend ist. Er ist ein Mann von ruhigem und geordnetem Wesen, der unter grober Hülle einen feinen Geist beherbergt.

Obgleich Graf Nesselrode mit bemerkenswerter Leichtigkeit schreibt, hat er das Redigieren von Depeschen aufgegeben und an verschiedene Beamte übertragen, unter denen der Geheimrat Xaver Labensky die erste Stelle einnimmt. Da dieser Herr das Französische so vollständig wie irgend ein lebender französischer Schriftsteller beherrscht, wird die Abfassung für die Öffentlichkeit bestimmter Aktenstücke des Ministeriums vornehmlich ihm übertragen, der um das hohe Ansehen, dessen dieselben in der diplomatischen Welt genießen, in erster Reihe verdient ist. Als Redakteur in Verhandlungen mit den deutschen Regierungen ist der als vorsichtiger und sorgfältiger Stilist und gründlicher Kenner deutscher Zustände bekannte Baron Osten-Sacken thätig. Direktor des asiatischen (orientalischen) Departements ist der frühere General-Konsul in den Donaufürstentümern, Drischkow, indessen die griechischen Angelegenheiten dem früheren Gesandten in Athen, dem durch seine Antecedentien in der diplomatischen Welt wohlbekannten wirklichen Staatsrat Catacacy übertragen sind. Als vieljähriger Bewohner Griechenlands hat er in diesem Lande verdientermaßen ein gutes Andenken hinterlassen.[1]) Mehrere dieser Herren — neben denen noch der Geheimrat Malzow zu nennen ist — gehören zugleich dem Konseil des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an, den der Reichskanzler zusammenberuft, wenn

1) Ein (von dem Dichter Emanuel Geibel erzogener) Sohn dieses Staatsmannes war seinerzeit russischer Gesandter in Washington und machte durch seine Zerwürfnisse mit der dortigen Regierung vielfach von sich reden. Der ungleich bedeutendere Vater hatte, wie in dem ersten Abschnitt dieses Buches erwähnt wurde, als Vorkämpfer der russischen Interessen im Orient und als Gegner der konstitutionellen Partei in Griechenland vielfach von sich reden gemacht.

er sich über Dinge näher unterrichten will, über welche er dem Kaiser Vortrag zu halten hat.

Neben der von dem Grafen Nesselrode geleiteten offiziellen Diplomatie besteht noch eine unsichtbare, durch besondere Agenten bediente politische Verwaltungsstelle, die vornehmlich als Beobachterin thätig ist, nicht selten aber auch auf die wichtigsten politischen Entscheidungen bestimmend einwirkt.

Graf Alexei Orlow ist dem Grafen Benckendorff in der obersten Leitung der umfassenden Verwaltung gefolgt, welche unter dem Namen des Gendarmerie-Corps ein wahrhaftes Polizei-Ministerium bildet.[1]) Dasselbe setzt sich aus über das gesamte Reich verbreiteten Gendarmerie-Offizieren zusammen, welche die innere Verwaltung überwachen und von den Organen derselben unabhängig sind — außerdem aber gehört demselben eine große Zahl im In- und Auslande lebender geheimer Agenten an, die direkt unter dem Grafen Orlow stehen. Durch Vermittelung dieser gefürchteten Mannschaft gelangen die geheimsten Personen- und Familienangelegenheiten vor das Forum Orlows, der auf Grund derselben nicht selten schwierige und delikate Aufgaben zu erfüllen hat: je nach Umständen können dieselben den Beteiligten Unheil bereiten oder Unheil verhüten. Das Andenken von Orlows Amtsvorgänger Benckendorff steht noch heute bei vielen Familien in Ehren, indessen Orlows Eintritt in dieses Amt von zahlreichen, in der Folge übrigens nicht gerechtfertigten Befürchtungen begleitet worden war. Zwischen den genannten beiden Männern besteht allerdings ein erheblicher Charakterunterschied. Ehrlichkeit und Energie sind dem gegenwärtigen Chef der Reichspolizei in höherem Maße verliehen worden, als Geduld und Milde. Der Kaiser nennt den Grafen Orlow seinen Freund, behandelt ihn als solchen und macht ihn zum Mitwisser, häufig auch zum Vollstrecker seiner geheimsten Absichten. Obgleich Graf Orlow dabei Gewandtheit und eine glückliche Hand bewährt hat, ist er mehr Mann der That als des Rates, und hat vornehmlich in ersterer Eigenschaft seinem Herrn die

1) Das unter der Regierung Alexanders III. dem Ministerium des Innern unterstellte Gendarmerie-Corps bildete früher die dritte Abteilung der kaiserlichen Kanzlei und ist vornehmlich unter diesem Namen bekannt.

wichtigsten Dienste zu leisten gewußt. Er war es, der durch seine Energie den im Jahre 1831 ausgebrochenen, höchst gefährlichen Aufstand der Militär-Kolonien bei Nowgorod im Keime erstickte. Dank seiner bei den Gliedern der Familie Orlow erblichen Riesenkraft, vermochte er die Führer des Aufstandes eigenhändig zu packen und niederzuschlagen und dadurch wie durch drohende Worte die Gefährten derselben einzuschüchtern. Seitdem verbindet das russische Volk mit dem Namen Orlow eine an Aberglauben streifende Furcht. Sein diplomatischer Erfolg in Konstantinopel, der im Jahre 1832 erfolgte Abschluß des Vertrages von Hunkiar-Skelessi, gehört der Geschichte an — einen eigentlichen Mißerfolg hat er nur einmal in Wien erlebt, wo es die Lösung einer über seine Kräfte gehenden Aufgabe galt. Zu seinen Eigentümlichkeiten gehört ein Hang zur Trägheit, der ihn wichtige Aufgaben eher fliehen als aufsuchen läßt. Er liebt es, sich beiseite zu halten und nur da sichtbar zu werden, wo seine Anwesenheit ausdrücklich verlangt wird. Von seinem Privilegium, mit dem Kaiser frei und offen reden zu dürfen, macht er als Mann von Takt nur selten und in dringenden Fällen Gebrauch: gebietet die Vorsicht es, so weiß Orlow seine Offenheit dem Interesse seiner Stellung oder der von ihm vertretenen Angelegenheiten zu opfern. Die laufenden Geschäfte des von Orlow geleiteten Dienstzweiges besorgt General Dubbelt, ein Mann, der die Dinge genau kennt und während der letzten Jahre der Amtsführung Benckendorff die oberste Leitung so gut wie vollständig auf sich genommen hatte. Aus Gründen, die mit Stellungen dieser Art untrennbar verbunden sind, wenig beliebt, galt der General beim Amtsantritt Orlows für einen Mann, der sich nicht werde halten können. Wegen der Indolenz und Arbeitsunlust Orlows konnte dieser aber weniger als irgend jemand anderer einen Gehilfen entbehren, der ebenso gewandt wie thätig und geschäftskundig war. Dubbelt hat darum nicht das Geringste von seinem früheren Einfluß eingebüßt. Neben ihm muß der Geheimrat Sachtinsky genannt werden, der vornehmlich die ausländische Korrespondenz besorgt, für einen ehrenhaften Charakter gilt und sich der Freundschaft des Grafen Nesselrode erfreut. Während der Weltausstellung war Sachtinsky in London anwesend, um die geheime

Überwachung zu beaufsichtigen. Graf Orlow ist ein natürlicher Sohn Feodor Orlows, eines Bruders des unter Katharina II. vielgenannten Alexei Orlow, der keine legitime männliche Nachkommenschaft hinterließ. General-Adjutant und seit dem Jahre 1825 in den Grafenstand erhoben, bekleidet er neben seiner erwähnten Hauptfunktion die Stellungen eines Chefs des kaiserlichen Hauptquartiers und Präsidenten des Konseils für die Militärschulen, sowie andere Ehrenämter.

Fürst Tschernytschew. Es kann als ausgemacht und durch Worte wie Thaten des Kaisers Nikolaus I. bezeugt angesehen werden, daß dieser Monarch auf die Macht von Meinungen und Ideen nicht das geringste Gewicht legt und allein materiellen Kräften wirkliche Bedeutung zumißt. Daher die fast ausschließliche Sorge, die er seinem Heer und seiner Flotte zu teil werden läßt, daher der ungeheure Umfang der Last, die er auf seinen Staatsschatz gewälzt hat, der mehr als die Hälfte aller Einnahmen für militärische Zwecke hergeben muß — daher der Druck auf die Nation, die unaufhörlich zu neuen Rekrutenstellungen herangezogen wird — daher endlich der Vorrang, den die Militärs vor den Beamten aller übrigen Zweige des öffentlichen Dienstes behaupten. Nach dem Willen des Kaisers und nach der bestehenden Organisation bildet das Kriegsministerium auch in Friedenszeiten die wichtigste aller Verwaltungsstellen. Zur Leitung dieses Ministeriums wurde vor nahezu vierundzwanzig Jahren Fürst Tschernytschew berufen, der das in ihn gesetzte Vertrauen des Kaisers gerechtfertigt hat, indem er seine Untergebenen zu regelmäßiger Arbeit anleitete und denselben durch eigenen rastlosen Eifer und große Hingebung ein entsprechendes Beispiel gab. Mehr Verwaltungsmann als Feldherr, ist Fürst Tschernytschew damit beauftragt (um einen historisch gewordenen Ausdruck zu brauchen), „den Sieg zu organisieren“. Mit Hilfe eines vorzüglichen Gedächtnisses und genauer Kenntnis aller Einzelheiten des Dienstes, hat er die Verwaltungsthätigkeit seines Ministeriums in die gehörige Ordnung zu bringen gewußt, dem neben zahlreichen anderen Aufgaben diejenige der Ernährung und Bekleidung von mehr als einer Million Soldaten obliegt. Für die administrative Geschicklichkeit des Kriegs-

ministers ist es bezeichnend, daß die Verteilung der nicht selten von einem Ende des Reiches an das andere versetzten Truppenkörper, die Aushebung und Einstellung der Rekruten, sowie die Bekleidung und Ernährung aller dieser Leute sich nahezu lautlos vollziehen; die letztere, die Verpflegung, ist freilich, allen Besserungsversuchen zum Trotz, eine klägliche geblieben. Wenig Glück hat Tschernytschew mit seinen unternommenen Versuchen strategischer Operationen gehabt: es darf in dieser Hinsicht nur an das im Kaukasus angewendete Defensivsystem und an die traurigen Ergebnisse erinnert werden, zu denen dasselbe während der im Jahre 1842 unternommenen Inspektionsreise geführt hat. Kein Wunder, daß der Fürst sich noch jetzt mit besonderer Vorliebe des raschen und glänzenden Zuges erinnert, den er im Jahre 1813 nach Kassel unternahm, und daß er ebenso gerne bei den glänzenden Anfängen der Laufbahn verweilt, die ihn, den erst Vierundzwanzigjährigen, zeitweilig zum Vertreter seines Kaisers in Paris und zum Vermittler der Bewunderung machte, welche Alexander I. eine Weile für Napoleon hegte. Dem großen französischen Generalstabe zugeteilt, war er es, der die Nachricht von dem Ausgange der Schlacht von Wagram nach Rußland brachte. Als die Beziehungen zwischen den beiden Reichen sich wenige Jahre später änderten, suchte Tschernytschew seine Pariser Verbindungen zur Vorbereitung des blutigen Spiels auszunützen, das wenig später beginnen sollte. Das Ende seiner Mission war bekanntlich, daß er Paris im Jahre 1811 plötzlich und in fluchtartiger Eile verlassen mußte, und daß Michel, der Beamte des dortigen Kriegsministeriums, der ihm den französischen Feldzugsplan verraten hatte, auf Befehl Napoleons kriegsrechtlich erschossen wurde.

Einen umsichtigen und thätigen Gehilfen besitzt Tschernytschew in seinem Adjunkten, dem Fürsten Dolgoruky.[1] Zu seiner Verfügung steht außerdem eine ganze Schar von Adjutanten, von denen mehrere Obristenrang haben und dazu ausersehen sind, im Auftrage

---

1) In der Folge Tschernytschews Nachfolger wurde Fürst Dolgoruky nach dem Rücktritte Orlows im Jahre 1857 Chef der „dritten Abteilung", die nach dem Karakosowschen Attentat (April 1866) dem Grafen Peter Schuwalow übertragen wurde.

des Kriegsministers Truppenbesichtigungen in den verschiedenen Teilen des Reiches vorzunehmen. Als Kabinets-Chef Tschernytschews fungiert der General Baron Wrewsky,[1]) dem das Ausrüstungswesen speziell unterstellt ist. Tschernytschews Gesundheit ist bereits stark ins Wanken gekommen, und von den wiederholten Schlaganfällen, die er zu überstehen gehabt, haben zwei ihn im Kabinett des Kaisers getroffen. Bisher hat er sich mit Hilfe des Kissinger Wassers immer wieder zu erholen vermocht, und nichts läßt darauf schließen, daß er an die Niederlegung seiner Ämter denkt, zu denen seit dem Jahre 1848 noch der Vorsitz im Reichsrate gekommen ist. Sein Einfluß ist dadurch noch erhöht worden.

Die Seemacht Rußlands steht unter der obersten Leitung des Marineministers Fürsten Mentschikow, eines Mannes, dem der unerbittliche Spötter auf dem Gesicht geschrieben steht und der wegen seines Hanges zur Satire und wegen der bissigen Redensarten, in denen er sich ergeht und die ihm zugeschrieben werden, allgemein bekannt ist. Nebenher soll Mentschikow ernsthafte Studien getrieben haben; neben anderen reichen Geistesgaben besitzt er ein vorzügliches Talent für die exakten Wissenschaften. Dadurch ist er befähigt worden, das ihm während der Zeit seines Emporkommens völlig fremd gebliebene Marine-Departement zu leiten. Er hatte als Diplomat angefangen, dann in der Artillerie gedient und seinen Fuß wahrscheinlich zum erstenmal an Bord eines Kriegsschiffes gesetzt, nachdem er bereits Marineminister geworden war. Diesen Mangel an Erfahrung hat er durch die durchdringende Schärfe seines Geistes auszugleichen gewußt und das Seewesen mit Erfolg geleitet, obgleich er in Verlegenheit geraten würde, wenn er das kleinste Fahrzeug befehligen sollte. Trotz ungeheurer Aufwendungen an Arbeit und Geld ist der Wert der russischen Marine — wenn man von den Escadres des Schwarzen Meeres und des Kaspischen Meeres absieht — übrigens ein durchaus bestreitbarer geblieben. Möglich, daß Mentschikow als ehemaliger Landoffizier auf die rein militärische Einschulung der Matrosen unverhältnismäßig viel Zeit verwendet,

1) Ein natürlicher Sohn des Ministers des Innern Fürsten Kurakin. † 1858.

und daß von diesen Unglücklichen, die außerordentlich viele andere Dinge zu thun hätten, eine Vollkommenheit in der Ausführung von Regiments- und Bataillons-Exerzitien verlangt wird, wie man sie sonst nur von Infanteristen fordert, die keine andere Aufgabe haben. Die Existenz dieser Matrosen ist eine außerordentlich peinliche. Sehr zahlreich sind die auf der russischen Flotte dienenden Soldaten der früheren polnischen Regimenter, die ihre Teilnahme an dem Aufstande von 1830/31 auf solche Weise schwer und lange abzubüßen haben.

An der Spitze des Domänen-Ministeriums steht Graf Kisselew, dem zu Ehren dieser Verwaltungszweig von demjenigen des Finanzministeriums abgetrennt worden ist. Die Fürsorge, deren die zwanzig Millionen Bauern der Staatsdomänen bedürfen, und der ungeheure Umfang dieser Besitzungen nehmen in der That die Arbeit eines besonderen Ministeriums in Anspruch. Innerhalb der Verwaltung Rußlands repräsentiert Graf Kisselew den Fortschritt und die Vorwärtsbewegung — wenn anders diese Bezeichnungen hierzulande überhaupt gebraucht werden dürfen. Er ist ein grundsätzlicher Gegner der Leibeigenschaft und hat als solcher das Hauptverdienst an dem berühmten Ukas von 1842, durch welchen der Abschluß von Verträgen zwischen Herren und Bauern für statthaft erklärt worden ist. Sein unbestreitbares Verwaltungstalent hatte Graf Kisselew bereits als Organisator in den Donaufürstentümern bewährt, dabei aber freilich den modernen Regierungstheorien einen gewissen Tribut zahlen müssen. In Rußland ist er nichts weiter als Administrator und dadurch von der eigentlichen politischen Sphäre ausgeschlossen. Wohl aber läßt er sich angelegen sein, bei der Verwaltung der Krongüter Ideen zu verwirklichen, die anderswo mit Erfolg zur Ausführung gebracht worden sind. Bedauerlicherweise fehlt es ihm — wie allenthalben in Rußland — an zuverlässigen und unbestechlichen Ausführungsbeamten. Daraus erklärt sich, daß die Bauern allen neuen Einrichtungen Mißtrauen entgegensetzen und zur Ausführung von Kisselews Plänen nirgends die Hand bieten. Für besonders lästig und vexatorisch gelten den Bauern die neuen Forstordnungen, welche wegen der zunehmenden Verwüstung und Ausrodung der

Wälder in Wahrheit dringend notwendig waren; diese von der Krone freigelassenen Leute behaupten vielfach, schlimmer daran zu sein, als die leibeigenen Bauern der Privaten. Demgemäß ist Graf Kisselew bei den ihm unterstellten Bevölkerungsschichten wenig beliebt. Seine Reformen werden von Bauern und Gutsherren mit gleich ungünstigem Auge angesehen. Vielleicht greift ein gerechteres Urteil Platz, wenn das begonnene Werk konsequent weitergeführt wird — vielleicht wird der Minister, der mit diesen Reformen den Anfang gemacht hatte, dereinst als Wohlthäter der ländlichen Bevölkerung angesehen werden. Daß Graf Kisselew ein Mann von Geist, rascher Auffassung, großer Arbeitskraft und ehrenwertem Charakter ist, wird auch gegenwärtig allgemein anerkannt. Reife und Solidität werden seinen Entwürfen aber ziemlich allgemein abgesprochen.

In der Leitung des Ministeriums des Innern ist Graf Perowsky der Nachfolger des Grafen Stroganow geworden, der diesem Ministerium nur kurze Zeit vorgestanden hatte. Perowsky ist einer der zahlreichen natürlichen Söhne des Grafen Alexei Rasumowsky. Für den Mangel an aristokratischem Sinne in Rußland ist es bezeichnend, daß die großen Herren bei Hof und in der Regierung (von gewissen, nicht allzu zahlreichen Ausnahmen abgesehen) entweder Emporkömmlinge[1]) oder uneheliche Kinder sind. Insbesondere ist diese letztere Kategorie reichlich vertreten. Der gegenwärtige Minister des Innern ist ein fleißiger Arbeiter, achtbar im Privatleben und mäßig in seinen Gewohnheiten. Als Generalstabsoffizier der Garde hat er es bis zum Obristenrang gebracht, eine bemerkenswerte Stellung aber erst erlangt, als er nach erfolgtem Übertritt in den Zivildienst die Verwaltung der kaiserlichen Apanagengüter übernommen hatte. Dank der Sorge, die er ihnen zugewendet, sind die Apanagenbauern die bestgestellten Bauern in Rußland. Dadurch hatte Perowsky die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich gelenkt, der ihm nach einiger Zeit das Ministerium des Innern über-

1) Des Kaisers Nikolaus I. Mißtrauen gegen die hohe russische Aristokratie hing damit zusammen, daß zahlreiche Glieder derselben an dem Militär-Aufstande vom Dezember 1825 beteiligt gewesen waren und im Verdachte liberaler und konstitutioneller Tendenzen standen.

trug, das er mit unbestreitbarer Gewandtheit leitet. Bedauerlicherweise ist er Vorkämpfer eines Russifizierungssystems, das, wenn es konsequent durchgeführt würde, die Bewohner der nichtrussischen Provinzen zur Verzweiflung bringen und die loyalsten derselben mit Unzufriedenheit und Haß erfüllen müßte. In der Verfolgung dieser Tendenzen, die zu förmlichen Bedrückungen auf religiösem Gebiete führen,[1]) wird Perowsky durch einen mit dem Ressort der ausländischen Kulte betrauten höheren Beamten, Herrn Skripitzyn besonders lebhaft unterstützt. Herr Skripitzyn ist ein leidenschaftlicher Vorkämpfer der griechisch-orthodoxen Religion, dessen Namen bei Katholiken und Protestanten gleich üblen Klang hat. Glücklicherweise hat der von diesen Ausschreitungen der orthodoxen Propaganda rechtzeitig unterrichtete Monarch Ordnung in dieselbe gebracht[2]) und die Gefahr erkannt, welche in den falschen und aufrührerischen Versprechungen liegt, mit denen der russische proselytische Eifer die unwissenden Schichten der Bevölkerung zu gewinnen versucht. Haben die Klagen über diese Anstiftungen auch nicht vollständig aufgehört, so sind sie doch seltener geworden.

Minister des öffentlichen Unterrichtes ist gegenwärtig Fürst Schirinsky-Schichmatow, ehedem Gehilfe und zeitweilig Stellvertreter des Grafen Uwarow, den dieser Staatsmann zu seinem Nachfolger vorgeschlagen hatte. Schichmatows Fähigkeiten gehen über diejenigen eines brauchbaren Kanzleivorstehers nicht hinaus. Seine wissenschaftliche Bedeutung ist Null, seine Bildung höchst oberflächlich, sein Standpunkt derjenige eines Routiniers, der lange Zeit in subalternen Stellungen gesteckt hat. Von Schriftstellern und Gelehrten ignoriert, ist der Fürst seiner Stellung so wenig gewachsen, daß sich von ihm nichts weiter sagen läßt, als daß er ein ehrlicher Mann und höchst mittelmäßiger Minister ist. Sein Vorgänger Graf Uwarow ist so lange Minister gewesen und durch seinen Namen

---

1) Gemeint sind die kirchlichen Umtriebe unter der unierten und katholischen Landbevölkerung Litauens und Weißrußlands und unter den protestantischen Letten und Esthen Livlands.

2) Das Hauptverdienst um die Zügelung dieser Propaganda hatte der damalige Thronfolger, spätere Kaiser Alexander II.

in Deutschland so bekannt geworden, daß einige Worte über ihn gesagt werden dürfen.[1])

Während der letzten Jahre ist Uwarow zum Wortführer des exklusiven Slaventums geworden. Es erscheint das um so verwunderlicher, als dieser Minister ein großer Verehrer der ausländischen Litteratur ist und sich in deutschen und französischen Publikationen mit Erfolg versucht, russisch aber nur wenig geschrieben hat. Man kann die Annahme nicht von der Hand weisen, daß die von ihm in der Folge eingeschlagene Richtung nicht aus eigener Überzeugung, sondern in Anpassung an ein begünstigtes System ergriffen worden sei. Sein Eifer ist darum nicht minder groß gewesen. Er, der begeisterte Bewunderer des großen Goethe, dem er in seiner bemerkenswerten „Notice sur Goethe“ und durch Zueignung der „Nonnos von Panopolis“ öffentlich gehuldigt hat — er schien es für seine Aufgabe zu halten, deutsche Wissenschaft und Sprache aus den baltischen Provinzen auszurotten und die durch deutsche Bildung und russische Municifenz zu hoher Blüte gebrachte Universität Dorpat unaufhaltsamem Niedergange entgegenzuführen. Sieht man von diesen, in die letzten Jahre seiner Verwaltung gefallenen Handlungen ab, so muß man Uwarow einen Mann von Verstand und Geschmack nennen. Er ist ein Kunstkenner und Kunstfreund und einsichtiger Jünger klassischer Studien; sein großes Vermögen hat er dazu benutzt, sich mit Meisterwerken zu umgeben, welche das Altertum uns hinterlassen hat. Trotz seiner hohen Stellung ist er für wissenschaftliche Ehrenbezeigungen des Auslandes höchst zugänglich und mit einer Schriftsteller- und Gelehrteneitelkeit behaftet, der begreiflicherweise reichlicher Weihrauch gestreut wird. Von Uwarows Schriften hat diejenige über die „Eleusinischen Mysterien“ den meisten Erfolg

1) Graf Uwarow bekleidete die Stellung des Unterrichtsministers von 1832 bis 1848 und von 1823 bis zu seinem im Jahre 1855 erfolgten Ableben zugleich diejenige des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften. Sein Rücktritt erfolgte wegen der Beschränkungen, denen die Universitäten unterlagen, nachdem Kaiser Nikolaus unter dem Eindrucke der Ereignisse des Revolutionsjahres ein Komitee zur Umgestaltung des Reglements für die Hochschulen niedergesetzt hatte, dem der Minister nicht angehörte.

gehabt. Im Jahre 1812 publiziert, ist dieses Fleiß und Bildung zeigende Werk wiederholt neu aufgelegt worden.

Die Direktion des Verkehrswesens und der öffentlichen Wegebauten besorgt der General-Adjutant Graf Kleinmichel; in Wirklichkeit ist derselbe Minister der öffentlichen Bauten. Der Vater des Grafen war unter Friedrich dem Großen einfacher Husar gewesen, sodann in den persönlichen Dienst des russischen Generals Apraxin getreten und von diesem in das Woroncscher Husaren-Regiment und später in die Leibtruppe gebracht worden, die der damalige Großfürst, später Kaiser Paul I. in Gatschina um sich gesammelt hatte. Durch Gewandtheit im Gebrauch der blanken Waffe und genaue Bekanntschaft mit den preußischen Reglements ausgezeichnet, hatte er sich dem Großfürsten so vorteilhaft bemerkbar zu machen gewußt, daß er rasch befördert wurde und zur Zeit von Pauls Thronbesteigung Major der Gatschinaer Truppen war, der als solcher mit tausend Bauern beschenkt wurde. Sechs Monate später hatte er es zum General, Instruktor und wenig später zum leitenden Direktor des Kadettenkorps gebracht. Seinem Sohne, der in diese Anstalt aufgenommen wurde, erteilte er eine rein militärische Erziehung, bei welcher gründliche Bildung und Wissenschaftlichkeit gar keine, passiver Gehorsam, Pünktlichkeit und Thätigkeit eine um so größere Rolle spielten. Durch diese Eigenschaften wußte der junge Kleinmichel sich dem während der letzten Regierungsjahre Alexanders I. allmächtigen Grafen Araktschejew zu empfehlen, der ihn in seine Umgebung zog und zum Vollstrecker all der Akte rücksichtsloser Strenge machte, die er behufs Begründung der — bekanntlich zu höchst unglücklichen Resultaten führenden — Militär-Kolonien in Nordrußland für nötig hielt. Kleinmichel wurde als Generalmajor dem Kommando der Militär-Kolonien beigegeben, Kaiser Nikolaus aber erkannte in ihm einen Mann, der sich durch unermüdliche Thätigkeit, glühenden Diensteifer und ansprechende Formen auszeichnete, und übertrug ihm die Oberleitung der Arbeiten zum Neubaue des abgebrannten Winterpalais. Daß dasselbe mit wunderbarer Schnelligkeit binnen Jahresfrist fertiggestellt wurde, trug dem General den Grafentitel und wenig später das Portefeuille ein, das er gegenwärtig in Händen hat.

Graf Kleinmichel ist das geblieben, wozu natürliche Anlage und Erziehung ihn gemacht hatten. Thätig, rücksichtslos und unbarmherzig in der Wahl seiner Mittel, kennt er keine Schwierigkeiten und scheint er beweisen zu wollen, daß nichts unmöglich sei. Die Menschen behandelt er als Werkzeuge und Maschinen, Schonung kennt er nicht. Unterstützt durch ungeheure Geldmittel und im Besitze einer unumschränkten Gewalt, hat Graf Kleinmichel in Ausführung kaiserlicher Befehle große und nützliche Bauwerke zu stande gebracht. Sein Name wird indessen verabscheut, sein Ansehen ist mit Haß umgeben, und es läßt sich nicht wohl bestreiten, daß man mit mehr Milde und weniger Hast dieselben Resultate hätte erreichen können, ohne daß die Staatsmittel erschöpft, die Unternehmer zu Grunde gerichtet und zahlreiche Menschenleben aufgeopfert worden wären.

Der älteste und dem Range nach erste Minister ist derjenige des kaiserlichen Hauses, Fürst Peter Wolkonsky. Als Chef des Generalstabes unter dem Kaiser Alexander I. hatte Wolkonsky erheblichen Anteil an den großen militärischen Erfolgen gehabt, welche die russische Armee nach Paris führten. Bald nach der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus I. vertauschte er sein kriegerisches Amt gegen den friedlicheren, aber nicht minder arbeitsreichen Posten des Ministers des kaiserlichen Hauses. Als solcher ist er Chef des Hofes und der zahlreichen von diesem ressortierenden Verwaltungen. Die Gewohnheiten und Eigentümlichkeiten, durch welche er sich als soldatischer Anführer bemerkbar gemacht hatte, hat der Fürst in seine gegenwärtige Stellung hinübergenommen. Von außerordentlich kühlen Formen, streng bis zur Härte und inmitten einer verschwenderischen Umgebung zur Sparsamkeit geneigt, pflegt er jede Forderung mit einem Nein zu beantworten und nur selten eine faltenlose Stirn zu zeigen. Man nennt ihn den „Prince de pierre“, und dem heilsamen Schrecken, den er um sich verbreitet, ist es allein zuzuschreiben, wenn den Mißbräuchen und Betrügereien, welche niederes Beamtentum und Dienerschaft allenthalben einzuführen und aufrecht zu erhalten gewußt haben, ein gewisser Zügel angelegt worden ist. Auf ihm lasteten der Druck der Jahre und zahlreiche auf seine Person gehäufte Ehrenbezeigungen, zu denen vor einigen Monaten die einzige seinem

Ehrgeize übrig gebliebene Auszeichnung, nämlich der Feldmarschallsstab, gekommen ist. Seit Jahren hofft man in den Hofkreisen, daß es zu einer Verteilung seiner zahlreichen und einträglichen Ämter kommen werde; Wolkonskys kräftige Natur hat indessen über alle Krankheitsanfälle den Sieg davonzutragen vermocht. Das Vertrauen des Kaisers ist ihm stets erhalten geblieben, weil der Monarch in ihm einen zuweilen unbequemen, aber allezeit getreuen, energischen und ehrlichen Beamten schätzt.

Finanzminister ist immer noch Graf Wrontschenko, der als früherer Gehilfe Cancrins naturgemäß zum Nachfolger dieses Staatsmannes ausersehen worden war. Cancrin hatte das zu Gunsten der einheimischen Industrie eingeführte Schutzzollsystem bis zur Übertreibung weitergeführt und um den Preis ungeheurer Opfer aufrechterhalten. Ob die durch dasselbe geschaffene Industrie Rußland zum Vorteil oder zum Schaden gereichen wird, muß die Zukunft erst zeigen. Wie immer man die Verdienste des Grafen Cancrin beurteilen möge, so wird man darüber einig sein müssen, daß sein Nachfolger an denselben keinen Anteil gehabt hat und daß derselbe der Gewandtheit entbehrt, deren er zu Funktionen von der Wichtigkeit der seinigen bedarf. Wrontschenko besitzt keine einzige der für sein Amt erforderlichen Fähigkeiten. Seine Geschäftskenntnis ist diejenige eines Steuereinnehmers, sein hauptsächlichstes Auskunftsmittel die Ausgabe immer neuer Papiergeldmassen. Ehrlichkeit, Hingebung und die Leichtherzigkeit, mit welcher er Augenblicksbedürfnissen die Rücksicht auf die Zukunft opfert, haben ihm die Zuneigung seines kaiserlichen Herrn erworben, der schweren Herzens dem Augenblick entgegensieht, in welchem Wrontschenkos schwere Krankheit die Wahl eines Nachfolgers notwendig machen wird. Sein Gehilfe, der Wirkliche Staatsrat Brock,[1]) gilt für einen anstelligen Beamten — für den bedeutendsten, tüchtigsten und geschätztesten Finanzmann

1) Brock bekleidete nach dem im Jahre 1852 erfolgten Ableben Wrontschenkos die Stellung desselben bis zum Jahre 1857 und hinterließ wegen der ungeheuren, während des Krimkrieges aufgehäuften Schuldenlast den Ruf vollendeter Unfähigkeit. Ebenso unglücklich war die Verwaltung von Brocks Nachfolger Knjäshewitsch.

Rußlands aber sieht man allgemein den durch sein Buch über die österreichischen Finanzen bekannt gewordenen Geheimrat Tengoborski an. Trotz großer Fähigkeiten hat dieser ausgezeichnete Mann keine Aussicht, jemals mit der Finanzverwaltung betraut zu werden, weil er Pole ist und als solcher das nationale Vorurteil gegen sich hat. Im Reichsrat, dem er angehört, zieht man ihn häufig zu Rate.

Die zu einem selbständigen Ministerium erhobene Postverwaltung untersteht dem General-Adjutanten Grafen Adlerberg. Als Sohn einer der Kaiserin Maria (der Gemahlin Pauls I.) durch Freundschaft nahe verbundenen Vorsteherin des Instituts für adelige Fräulein, wurde der junge Adlerberg mit dem damaligen Großfürsten, jetzigen Kaiser Nikolaus erzogen und demselben dadurch von Jugend auf befreundet. Adlerbergs achtungswürdiger Charakter rechtfertigt die ihm zugewendete Gunst des Monarchen, den er auf allen Reisen begleitet, um während derselben die Funktionen des Direktors der Militärkanzlei zu versehen und dadurch den abwesenden Kriegsminister zu ersetzen. Gleich der großen Mehrzahl der Minister und Ober-Beamten höchsten Ranges hat auch er unter der gegenwärtigen Regierung den Grafentitel erhalten. Er gehört der kleinen Zahl näherer Freunde des Monarchen an, die als solche einen besonderen Kreis bilden, zu welchem Graf Orlow und in mancher Rücksicht auch Graf Kisselew gehören. Außerdem gehört der General Graf Perowsky hierher, der als General-Gouverneur von Orenburg an der Hoffnung festhält, von hier aus seinen verunglückten Feldzug gegen Khiwa wettmachen zu können.

Zu den bemerkenswertesten Männern der Umgebung des Kaisers gehört endlich der gleichmäßig durch Reinheit des Charakters, Gründlichkeit der Bildung und Überlegenheit des Verstandes ausgezeichnete General Baron Wilhelm Liven. Von den verschiedenen schwierigen Missionen, die er mit Erfolg ausgeführt hat, hat diejenige, durch welche der Vormarsch Ibrahim Paschas nach Konstantinopel aufgehalten wurde, das meiste Aufsehen erregt. Beständig in der Umgebung des Kaisers, hat Liven, der noch jung an Jahren ist, alle Aussicht darauf, noch lange eine wichtige Rolle zu spielen. Einer vornehmen kurländischen Familie entsprossen, ist der Baron

ein treuer Diener Rußlands, ohne darum seine deutsche Herkunft zu vergessen.[1])

An der Spitze des Justizministeriums steht Graf Panin. Er ist ein gebildeter und wohlmeinender Herr, der von ihm geleitete Zweig der Verwaltung bildet indessen den mangelhaftesten Teil der Staatsadministration, ohne daß der Minister Wandel zu schaffen vermöchte. Panin beschränkt sich auf die Obliegenheiten seines Amtes, ohne außerhalb desselben irgendwelchen in Betracht kommenden Einfluß zu üben. Bei seinen Untergebenen ist der kalte, schwer zugängliche Graf unbeliebt.

Als Leiter der Kanzlei des Kaisers und der dieser übertragenen Gesetzgebung ist Graf Bludow eine Art von zweitem Justizminister. Nach Geist und Bildung ist der Graf einer der hervorragendsten Männer Rußlands. Er repräsentiert die alte klassische Schule und zeichnet sich durch Verbindlichkeit der Formen und Feinheit des Geistes aus. An dem im Jahre 1847 zu stande gekommenen, die Regelung der katholischen Kirchenverhältnisse betreffenden Abkommen zwischen dem Papste und Rußland hat er wesentlichen und verdienstvollen Anteil genommen.

Bei einer Besprechung der Umgebung des Souveräns und seines Hofes dürfen die zu demselben gehörenden Damen nicht übergangen werden. Als erste und höchste Dame besitzt die Kaiserin den Anspruch auf die höchste Anerkennung und Huldigung. Seit nunmehr vierunddreißig Jahren hat die erlauchte Gemahlin des Kaisers nie aufgehört, einen wohlthätigen Einfluß zu üben. Inmitten der Zerstreuungen eines maßlos frivolen, wenn auch neuerdings etwas ernsthafter gewordenen Hofes hat die Kaiserin die angeborene Güte ihres Herzens niemals verleugnet. Seit dem Tode ihrer nächsten Freundin, der Baronin Frederiks, sind die Gräfinnen Baranow und Katharina Tiesenhausen diejenigen Hofdamen, denen sie besondere Zuneigung und besonderes Vertrauen zuwendet. Die Gräfin Baranow

---

1) Baron Wilhelm Liven (geboren 1800, gestorben 1880) war während des Krimkrieges General-Quartiermeister, von 1861 bis 1864 General-Gouverneur der Ostseeprovinzen Livland, Esthland und Kurland, sodann Ober-Jägermeister und Mitglied des Reichsrates.

ist eine Schwester Adlerbergs und übt, nachdem sie Gouvernante der kaiserlichen Kinder gewesen, die Funktionen der Oberhofmeisterin; sie besitzt dieselben Vorzüge wie ihr Bruder. Die Comtesse Tiesenhausen, eine Schwägerin des früheren österreichischen Botschafters in Petersburg, Grafen Ficquelmont, ist bloßes Hoffräulein, nimmt als beständige Begleiterin und als Vertrauensperson der Kaiserin indessen eine Ausnahmsstellung ein. Unter den übrigen Hoffräulein, welche der näheren Umgebung der Kaiserin dauernd angehören, befindet sich Fräulein Nelidow, eine Dame, von der häufig behauptet wird, daß sie sich der besonderen Zuneigung des Kaisers erfreue. Ihr Eintritt in die Hofkreise sieht einem Roman ähnlich. Bei Gelegenheit eines Maskenballes überreichte sie dem Kaiser, dessen Aufmerksamkeit sie erregte, einen Ring, indem sie sich zugleich weigerte, sich erkennen zu geben. Bald darauf bei Hofe vorgestellt, empfing sie aus den Händen der Kaiserin den dem Kaiser übergebenen Ring als Zeichen dafür, daß sie erkannt worden sei.

Wie immer diese Beziehung ursprünglich beschaffen gewesen sein mag, so steht doch fest, daß dieselbe gegenwärtig nur noch den Charakter eines durch lange Gewohnheit und enges Vertrauen gebildeten Bandes trägt. Fräulein Nelidow hat die erste Jugend bereits seit längerer Zeit hinter sich und verbindet mit einem anziehenden Geist die Vorzüge eines liebenswürdigen Charakters. Weder hat sie aus ihrer Sphäre hervorzutreten gesucht, noch kann ihr zum Vorwurf gemacht werden, daß sie die ihr zugewendete Gunst eigennützig auszubeuten gesucht hätte. Weiblichen Einflüssen ist der Kaiser seinem ganzen Charakter nach freilich wenig zugänglich.

Andere in Betracht kommende Figuren hat die Umgebung des Hofes nicht aufzuweisen. Der Oberhofmarschall Graf Schuwalow ist ein unermüdlicher und gewandter Haushofmeister, der sich durch diese Eigenschaft auf seinem schwierigen Posten erhält, der Oberhofmeister de Ribeaupierre ein liebenswürdiger Plauderer, der als solcher an den Abendgesellschaften der Kaiserin ziemlich regelmäßig teilnimmt und häufig als Vorleser Ihrer Majestät fungiert. Das künstlerische Element wird in der intimen Hofgesellschaft durch den Grafen Wielehorski repräsentiert. Er ist es, der über neuere musikalische

Erscheinungen und über hier auftretende ausländische Künstler das maßgebende Urteil fällt. Feuer und Schwung dieses geistreichen und liebenswürdigen Epikureers sind so unermüdlich, daß man wegen derselben über die kleinen Ausschreitungen hinwegsieht, die dem eifrigen Verehrer der Tafelfreuden zuweilen zustoßen.

Daß mit dem Ausbruch des folgenreichen Krimkrieges ein neues Kapitel in der Geschichte Rußlands und des Kaisers Nikolaus begann, ist ebenso bekannt, wie daß das Jahr 1852 das letzte diesem Monarchen gegönnte Friedensjahr gewesen ist. Die im November 1852 verfaßte Braysche Denkschrift charakterisiert den Höhepunkt des Systems, das seit dem Jahre 1825 in Rußland befolgt wurde und dessen Ende sich damals nicht absehen ließ. Gleichwohl stand die Wendung, welche dieses Ende herbeiführen sollte, bereits vor der Thür. Eine zufällige Verkettung von Umständen wollte, daß Graf Bray im Frühjahr 1753 — zur Zeit der folgenreichen Verhandlungen Nikolaus' I. mit Sir Hamilton Seyman — von St. Petersburg abwesend war. König Maximilian II. hegte den Wunsch, seinen Gesandten am russischen Hof zugleich in Stockholm accreditieren zu lassen, das Bray (wie wir wissen) bereits im Jahre 1844 kennen gelernt hatte. König Oskar I., dem der Vertreter Bayerns damals zur Thronbesteigung Glück gewünscht hatte, saß noch im Regiment und hatte die durch den schleswig-holsteinischen Krieg hervorgerufene Krisis überstanden, ohne daß seine auf direkte Teilnahme an demselben gerichtet gewesenen Absichten in Ausführung gebracht worden waren. Von den Plänen, die der Sohn, König Karl Johann, zu Anfang seiner Regierung gehegt und die er mit dem bayrischen Gesandten 1844 eingehend besprochen hatte, waren nur einzelne verwirklicht worden und im übrigen Verhältnisse eingetreten, die nicht hatten vorausberechnet werden können. Bray, dem dieses Mal ein längerer Aufenthalt am Mälarsee gegönnt war, erstattete darüber einen Bericht, dem die nachstehenden, wegen ihrer Übersichtlichkeit

und Klarheit bemerkenswerten Ausführungen entnommen werden dürfen:

„Unter den nicht zur Ausführung gekommenen schwedischen Regierungsprojekten sind vorzugsweise zwei zu nennen: größere Zentralisation und Reform der Reichsverfassung.

Es lag die Absicht vor, alle wichtigeren Institute und Regierungsanstalten in Stockholm zu vereinigen. So sollten die Universität von Upsala und das Hauptmarine-Etablissement mit allen seinen großen Werkstätten aus Karlskrona nach der Hauptstadt verlegt werden. Man hoffte dadurch und durch andre ähnliche Maßregeln der Regierungsgewalt eine direkte Einwirkung auf diese Anstalten zu sichern und größere Einheit und Wirksamkeit in die Verwaltung zu bringen. Nähere Betrachtung und — wie man versichert — auch Ratschläge aus Rußland, führten jedoch zu der Überzeugung, daß die Sicherheit und Kraft der Regierung in einem so ausgedehnten Lande wie Schweden gerade in der geringen Bedeutung der Städte und in der ziemlich gleichen Verbreitung der Bevölkerung über das ganze Gebiet zu suchen sei, da sich in einem so gestalteten Lande nirgend ein Vereinigungspunkt der Agitation und des Widerstandes bilden lasse . . . Infolge dieser Einwürfe behielt Upsala seine Universität und Karlskrona die Flotte.

Auf das Schicksal der Verfassungsreform hat, wie in andern Ländern, so auch in Schweden das Jahr 1848 einen wesentlichen Einfluß ausgeübt.

Der König glaubte mit zwei Kammern nach englisch-französischem Muster besser zu fahren, als mit den vier Ständen der alten Verfassung, die er mit einem Dampfschiff zu vergleichen pflegte, auf welchem zwei Maschinen in entgegengesetzter Richtung arbeiten. In der That wurde im Jahr 1848 dem eben versammelten Reichstage ein Reformprojekt vorgelegt, welches unter dem Druck der damaligen Zeitumstände eine radikale Veränderung der schwedischen Nationalvertretung anstrebte. Das ständische Prinzip war darin ganz verlassen worden. Zwei Wahlkammern sollten an die Stelle der vier ständischen Korporationen treten. Dieses alle historische Überlieferung verleugnende Reformprojekt hätte gleichwohl 1848 die bei Verfassungs-

änderungen erforderliche Zustimmung aller vier Stände erlangt, wenn die Abstimmung alsbald hätte vorgenommen werden können. Nach schwedischem Gesetz aber muß jeder derartige Vorschlag während drei Jahren bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstages ruhen, und erst diesem steht es zu, über dessen Annahme oder Verwerfung zu entscheiden.

Als im Spätherbst 1850 die Stände sich wieder versammelten, war Besonnenheit in die Gemüter zurückgekehrt. Der Entwurf vom Jahr 1848 wurde von den drei Ständen des Adels, der Geistlichkeit und der Bauern mit überwiegender Majorität verworfen, — wahrscheinlich zu nicht geringer Befriedigung seiner Urheber. — Da sich gleichwohl das Bedürfnis einer Revision der veralteten Verfassungsbestimmungen fühlbar machte, wurden in der zu diesem Zweck niedergesetzten, aus allen vier Ständen gemischten Kommission neue Projekte entworfen. Eines derselben, von dem Freiherrn v. Lagerbielke ausgehend, wurde schließlich von der Majorität der Kommission genehmigt. Über diesen Entwurf wird der im Herbst des laufenden Jahres zusammentretende Reichstag zu entscheiden haben. Der Vorschlag Lagerbielkes behält die vier Stände des Adels, der Geistlichkeit, der Bürger und der Bauern als Grundlage der Nationalvertretung bei. Diese aber sollen fortan in zwei statt in vier Kammern zusammentreten. Die bisher nicht vertretenen bürgerlichen Besitzer adliger Güter finden darin gleichfalls Berücksichtigung. Man zweifelt gleichwohl ziemlich allgemein an dem Gelingen des Projektes, welches keiner der beiden extremen Parteien genügt. Wenn, was leicht geschehen kann, die Stimmenmehrheit in einer der vier Kammern fehlt, so würde dasselbe zu Fall kommen. — Der Kampf um die Verfassung aber wird bei ziemlicher Indifferenz der großen Mehrzahl vorzugsweise durch die zwei äußersten Parteien geführt werden, deren eine das gänzliche Verlassen der historischen Basis und die fast republikanische norwegische Verfassung als Muster — die andre unbedingtes Festhalten an allen Überlieferungen der Vorzeit sich vorsetzt . . . Seine Anhänger findet der schwedische Radikalismus vorzugsweise unter den Handwerkern, Kaufleuten und Beamten, während . . . die Bauern in überwiegender

Mehrzahl, soweit es sich nicht um Steuerbewilligungen handelt, konservativ sind."

Brays Vorhersagung, betreffend die Ablehnung des Verfassungsentwurfs von 1850, hat sich bekanntlich erfüllt. Die allseitig als notwendig anerkannte Reform kam erst fünfzehn Jahre später (Dezember 1865) zu stande, nachdem König Oskar inzwischen verstorben und sein ältester Sohn (Karl XV.) auf den Thron gelangt war (8. Juli 1859). Das seitdem verflossene Menschenalter hat bewiesen, daß dieser Aufschub kein Verlust gewesen ist und daß das Sprichwort, nach welchem gut' Ding gute Weile erfordert, nahezu uneingeschränkt auf die Entwicklung des schwedischen Verfassungslebens angewendet werden konnte: anerkanntermaßen ist das Parlament dieses Landes eines der tüchtigsten und leistungsfähigsten des gesamten Kontinents geblieben. Dank der direkten Teilnahme des Bauernstandes an der parlamentarischen Thätigkeit sind dem Lande die Übel einseitiger Parteiwirtschaft, bureaukratischer Zentralisation und professioneller Politikasterei erspart und die guten Traditionen altständischer Selbstverwaltung erhalten geblieben. Wenigstens bis zu einem gewissen Grade ist die Gunst dieser Entwicklung auf das langsame Tempo derselben und auf die kluge Zurückhaltung zurückzuführen gewesen, welche König Oskar und sein Nachfolger während der Jahre der Krisis beobachteten. — Im Vordergrunde der öffentlichen Aufmerksamkeit standen während der fünfziger Jahre wichtige Fragen der auswärtigen Politik, welche sich zur Zeit von Brays Stockholmer Aufenthalt noch nicht absehen ließen und auf welche die Person des damaligen Thronfolgers, späteren Königs Karl XV. von sichtlichem Einfluß sein sollte. Daß der Prinz ein von seinem Vater durchaus verschiedener Mann sei, hatte dem Scharfblick Brays nicht entgehen können. In einem seiner Berichte hatte er diesen damals dreißigjährigen Fürsten folgendermaßen charakterisiert:

„Der Kronprinz wird für einen Anhänger entschiedener Maßregeln gehalten und für geneigt, wo nötig, an die Gewalt der Waffen zu appellieren. Er ist nicht immer leutselig und nicht immer geduldig und daher nicht allgemein populär, wohl aber bei der Armee, da er durch und durch Soldat ist und da er diesen Stand über alle übrigen

stellt. In dem ganzen Wesen des Thronfolgers verrät sich — wie es scheint — mehr Kraft als hervorragende Intelligenz. Er hat mit großer Entschiedenheit die skandinavische Richtung ergriffen, welche bei einem Teile der schwedischen Jugend vorherrscht und das Programm inniger Allianz mit Dänemark und der Begründung einer selbständigen europäischen Politik der drei nordischen Königreiche umfaßt. Von seiten des schwedischen Thronerben ist das mehr Gefühlspolitik als praktische Politik, da die skandinavischen Tendenzen, wie sie vorzugsweise von Dänemark gefördert werden, am Ende weder der dänischen noch der schwedischen Dynastie, sondern lediglich der Revolution zum Gewinn gereichen dürften. Trotz der durch den schleswigschen Krieg gegebenen Anregung finden diese Tendenzen hierzulande keinen rechten Anklang, weil man das Übergewicht der südlichen Hauptstadt Kopenhagen über das weiter im Norden gelegene Stockholm fürchtet und weil die abschreckenden historischen Erinnerungen an die erste Union und an die langen Kriege wider Dänemark im Volke nicht ganz verklungen sind.

Ein nicht unbedeutender Einfluß wird dem Kronprinzen durch den erst im verflossenen Jahre erlangten obersten Grad in der schwedischen Abteilung des Freimaurerordens gesichert. Dieser Orden wird hier noch sehr ernst aufgefaßt. Der König selbst ist sein Protektor, und fast alle bedeutenden Männer im Lande gehören ihm an. Es wird großer Wert darauf gelegt, zu den höher Initiirten gezählt zu werden, und der höchste Grad durch ein emailliertes rotes Kreuz (den sogenannten Orden Karls XIII.) bezeichnet, welchen der König und der Kronprinz stets neben dem Seraphinenorden tragen. Im vorigen Jahr wurde durch den Kronprinzen auch der König von Dänemark in den Freimaurerorden aufgenommen und — was hier als große Auszeichnung gilt — innerhalb weniger Monate durch die verschiedensten Stufen bis zu jenem höchsten Grade befördert, welcher die verborgensten Mysterien erschließt ... Zur Vervollständigung seiner streng nationalen Gesinnung bekennt sich der Kronprinz auch in religiöser Hinsicht zu jener strengen und exklusiven altlutherischen Richtung, wie sie sich in Schweden seit Beendigung der Religionskriege fast unverändert erhalten hat. Ihm wäre — so versichert

man — der Beruf eines Vorkämpfers des Protestantismus nach dem großen Vorbilde aus dem siebzehnten Jahrhundert keine unwillkommene Aufgabe."

Wir übergehen die weiteren Ausführungen dieses Berichtes, welche sich wesentlich auf vergangene Menschen und Verhältnisse beziehen. Die damals durchaus zutreffende Bemerkung unsers Berichterstatters, „es mache sich in Schweden eine größere Hinneigung zu Rußland als einem mächtigen, sicheren und für Schweden jetzt nicht mehr bedrohlichen Nachbarn geltend" und „die durch die Wegnahme Finnlands geschlagene Wunde beginne zu vernarben", hat rücksichtlich ihres ersten Teils bekanntlich nur vorübergehende Geltung behalten (bereits im Jahr 1854 drohte Schweden auf die Seite der Westmächte zu treten), — die oben wiedergegebene Charakteristik des Kronprinzen, nachmaligen Königs Karl XV. gehört dagegen zum besten, was über diesen Fürsten geschrieben worden ist. „Mein ältester Sohn", so hat die Königin Eugenie einmal gesagt, „thut alles, um unpopulär zu werden und wird nichtsdestoweniger immer populärer." Mit diesem Ausspruch wird die anscheinend irrtümliche Behauptung Brays, daß der Kronprinz außerhalb der Armee nicht recht populär sei, genügend erklärt. Dieser Fürst, dessen private Führung nichts weniger als mustergültig war, und der durch seine bis zur Rücksichtslosigkeit derbe Art häufig genug Anstoß gab, erwarb nichtsdestoweniger im Laufe der Zeit eine geradezu unvergleichliche, noch heute unvergessene Volkstümlichkeit, weil er (wie man ihm nachrühmte) ein „echter Schwede" war, der mit unerschöpflicher Genußfähigkeit Thatkraft, Liebenswürdigkeit und Frische des Wesens zu vereinigen wußte. Obgleich die von ihm verfolgten skandinavischen Tendenzen — nach Brays zutreffender Bemerkung — nur von einem Teile der Bevölkerung geteilt wurden, und obgleich der von ihm in den sechziger Jahren genommene Anlauf zu direkter Parteinahme für die eiderdänische Politik der Kopenhagener Demokratie auf den Widerstand der Mehrheit schwedischer Politiker stieß, trug der Skandinavismus Karls erheblich zur Beliebtheit dieses Königs bei, der bei der Masse seiner ehemaligen Unterthanen noch gegenwärtig der „gute König" heißt. Im wesentlichen haben Brays

Ausführungen über die damalige Lage Schwedens ebenso das Richtige getroffen, wie die Bemerkungen, mit denen er seinen Bericht beschließt, — daß das Land zwar in sichtlichem wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung begriffen sei, „daß die große politische Rolle dieser Nation indessen ausgespielt sei und daß Gedanken daran, in die Fußstapfen Gustav Adolfs zu treten, höchstens noch in die Jugendträume eines hochherzigen schwedischen Königssohnes gehören könnten."

Unmittelbar nach Beendigung seiner Stockholmer Mission, im Mai 1853, trat Graf Bray eine Urlaubsreise nach Frankreich, Italien und Deutschland an, von welcher er erst im November zurückkehrte, um in der russischen Hauptstadt eine durchaus veränderte Lage vorzufinden. Bei seiner im März erfolgten Abreise von St. Petersburg hatte alle Welt unter dem Eindruck gestanden, die Türkei werde durch Nachgiebigkeit gegen die russischen Forderungen der Spannung ein Ende machen, die seit Beginn des Streits um die „heiligen Stätten" den Weltteil beunruhigte. In diesem Sinne hatte Bray in der letzten seiner damals an Herrn von der Pfordten gerichteten Depeschen berichtet und dabei hervorgehoben, daß man auch in St. Petersburg an die Erhaltung des Friedens glaube. Inzwischen hatten Mentschikows herausforderndes Auftreten in Konstantinopel und die Ratschläge der Botschafter Frankreichs und Englands den Sultan zur Ablehnung der russischen Forderungen und zu einer Entschiedenheit des Auftretens bestimmt, welche Kaiser Nikolaus mit der Besetzung der Donaufürstentümer beantworten zu müssen glaubte.

Als Bray seine im Lasarewschen Hause belegene St. Petersburger Winterwohnung wiedersah, hatten die russisch-türkischen Feindseligkeiten an der Donau bereits ihren Anfang genommen und das Erscheinen einer englisch-französischen Flotte in der Besikabai die Parteinahme der Westmächte für den „kranken Mann" unwiderruflich angekündigt.

Der Winter 1853/54 war demgemäß ein wenig behaglicher. Hiobsposten vom Kriegsschauplatz wechselten mit Nachrichten von dem ungünstigen Verlauf der in Wien gepflogenen Konferenz, und

bei Einbruch des Frühjahrs stand bereits fest, daß Rußland den Krieg gegen die Westmächte werde aufnehmen müssen, ohne auf die mit Sicherheit erwartete Unterstützung der Kabinette von Berlin und Wien rechnen zu dürfen. Rücksichtlich Österreichs gewann es sogar den Anschein, als ob diese Macht auf die Seite der Alliierten treten werde.

Daß der Gesandte Bayerns diesen und den folgenden Ereignissen als Unbeteiligter zusah, verstand sich von selbst. Gleichwohl sollten dieselben auch für ihn eine gewisse Bedeutung gewinnen, nachdem der Bruch mit den Westmächten zu einer vollendeten, durch die Abberufung der beiderseitigen Botschafter besiegelten Thatsache geworden war. „Auf Antrag des mir befreundeten französischen Botschafters“ [1]) — so heißt es in Brays Aufzeichnungen — „wurden mir der Schutz und die Vertretung der französischen Staatsangehörigen und später auch der sardinischen Staatsangehörigen in Rußland übertragen. Von seiten der russischen Regierung wurde dieser Vertretung vollständige Geltung zugestanden, so daß den Privatangelegenheiten der in Rußland lebenden Franzosen und Sardinier der nämliche Schutz gesichert blieb wie im Frieden.“

Daß diese Übertragung der französischen Vertretung an den Gesandten einer Macht zweiten Ranges eine Auszeichnung seltner Art bedeutete, braucht kaum ausdrücklich gesagt zu werden. Es handelte sich um eine umfassende, nicht immer bequeme und dabei verantwortliche Mühewaltung, die durch zwei Jahre fortgesetzt werden mußte und die erst zu Ende ging, als nach Abschluß des Pariser Friedens in der Person des Grafen, späteren Herzogs von Morny, ein neuer französischer Botschafter am russischen Hofe accreditiert wurde.

Brays St. Petersburger Mission war dieses Mal von nahezu neunjähriger Dauer gewesen. Als sie ihr Ende erreichte (März 1859), war Alexander II. seit Jahr und Tag gekrönter „Kaiser und Selbstherrscher aller Reußen“ und hatte für Rußland eine Periode

---

1) Französischer Botschafter in St. Petersburg war bis zum Ausbruch des Krieges General Castelbejac.

liberaler Reformen begonnen, von welcher Herrscher und Volk eine innere Erneuerung des russischen Staats- und Gesellschaftslebens erwarten durften. Der Abschied von der Hauptstadt des in sichtlichem Aufstreben begriffenen mächtigen Staats mochte dem Grafen Bray um so schwerer fallen, als der ihm angewiesene neue Berliner Posten von nur mäßiger Anziehungskraft sein konnte. Das alte „geistreiche" Berlin, das er in seiner Jugend gekannt hatte, existierte nicht mehr, die letzten überlebenden Leuchten desselben, Alexander v. Humboldt und Varnhagen, waren im Erlöschen begriffen, indessen der Werdeprozeß, der die preußische Hauptstadt zur deutschen machen sollte, seinen Anfang noch nicht genommen hatte. Zur Zeit von Brays Niederlassung an der Spree lebte man in den unerquicklichsten Verhältnissen, welche der Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. (Oktober 1857) gefolgt waren und die zu dem Auskunftsmittel einer zeitweiligen und periodisch erneuerten Stellvertretung des „Prinzen von Preußen" geführt hatten. Das alte, seit Niederschlagung der Revolution befolgte Regime der Manteuffel, Westphalen und Raumer ging unaufhaltsam seinem Ende entgegen, indessen die Konturen der herannahenden „neuen Ära" sich noch nicht deutlich erkennen ließen und der Kampf zwischen den Politikern der „Kreuzzeitung" und den Männern der „Wochenblatts"-Partei die widerwärtigsten und gehässigsten Formen annahm. Auch nach Aufrichtung der „Regentschaft" (7. Oktober 1858) ließ die Wiederherstellung des inneren Friedens sich noch nicht absehen und lastete das Unbehagen, das die Signatur dieser Übergangsperiode bildete, auf den dem Throne näher stehenden Kreisen noch fühlbarer als auf den breiteren Schichten der Berliner Gesellschaft. Für die bayrische Gesandtschaft kam außerdem in Betracht, daß die natürliche Stütze derselben, die Königin Elisabeth von Preußen, wegen der Krankheit ihres Gemahls in den Hintergrund trat und daß in der Umgebung des Prinz-Regenten Tendenzen vorherrschten, die zu denjenigen der Triaspolitik und des Ministeriums von der Pfordten in kaum verkennbarem Gegensatz standen. Mit dem Manne, dem die Bewältigung der Krankheit beschieden war, welche seit länger als einem Vierteljahrhundert an dem Mark preußischen und deutschen Staatslebens nagten, traf Graf Bray nur

gelegentlich zusammen. „Bismarck," so schreibt er, „war damals Bundestagsgesandter in Frankfurt und erschien nur zeitweise in der preußischen Hauptstadt. Auf einem dieser Besuche erzählte er uns in geistreich unterhaltender Weise die Geschichte einer ihm zugegangenen Forderung des österreichischen Bundestagsgesandten Grafen Rechberg und des beabsichtigten, durch fremde Vermittlung verhinderten Duells der Vertreter Österreichs und Preußens. — Meine Beglaubigung in Berlin dauerte zwei Jahre, während welcher die steigende Bedeutung Bismarcks, wenn derselbe durch seine Stellungen beim Bundestage, dann in St. Petersburg, für kurze Zeit von Berlin auch noch ferngehalten wurde, immer deutlicher hervortrat."

Als der große Staatsmann endlich in die ihm gebührende Stellung trat (24. September 1862), hatte Bray die preußische Hauptstadt seit länger als zwei Jahren verlassen, um als Nachfolger des am 27. März 1860 verstorbenen Grafen Lerchenfeld den Gesandtenposten in Wien zu übernehmen.

Kapitel V.

Der Friedensschluß vom Jahre 1866.

Zum Nachfolger des vieljährigen bayrischen Gesandten in Wien, Grafen Lerchenfeld, ernannt, traf Graf Bray auf seinem neuen Posten in den bewegten Tagen ein, die zwischen dem Abschluß des Züricher Friedensvertrages (10. November 1859) und dem Erlaß des Oktober-Patents (20. Oktober 1860) lagen. Seiner Niederlassung in der österreichischen Hauptstadt (27. März 1860) war der Selbstmord des Generals Eynatten (8. März) unmittelbar vorhergegangen, die Selbstentleibung Brucks (23. April) gefolgt. Daß das Ministerium Rechberg-Hübner-Goluchowski außer stande sei, den Bruch mit dem absolutistischen System abzuwenden und durch Einberufung des „verstärkten Reichsrats" der durch die Mißerfolge des italienischen Krieges aufgeregten öffentlichen Meinung genug zu thun, ließ sich bereits damals übersehen, wo finanzielle Nöte, politische und nationale Schwierigkeiten den Zusammenbruch der alten Staatsordnung zu einer bloßen Frage der Zeit gemacht hatten.

Brays Aufzeichnungen über die Jahre 1860 bis 1866 thun dieser inneren österreichischen Schwierigkeiten keine andre als beiläufige Erwähnung. Die Aufmerksamkeit des bayrischen Gesandten war vornehmlich den deutschen Dingen zugewendet. Die durch den italienischen Krieg zu neuem Leben erweckte nationale Bewegung, die Einwirkung des preußischen Verfassungsstreits auf dieselbe und der in unaufhaltsamer Verschärfung begriffene Gegensatz zwischen den beiden „deutschen Großmächten" ließen die Zukunft Deutschlands ungewisser denn jemals früher erscheinen. Zu einem offenen Zerwürfnis der Preußen und Österreicher wäre es nach Brays Meinung schon im Jahre 1863 gekommen, wenn der wenige Monate nach

dem Scheitern des Frankfurter Fürstentages erfolgte Tod König Friedrichs VII. von Dänemark die beiden rivalisierenden Kabinette nicht zu vorläufiger Zusammenfassung ihrer Kräfte und zu gemeinsamer Aktion in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit veranlaßt hätte. Daß Preußen dabei stets Gewinner bleiben werde, konnte für unbefangene Beobachter ebensowenig zweifelhaft sein, wie daß der Abschluß der Gasteiner Konvention (14. August 1865) an den auf die Erwerbung beider Elbherzogtümer gerichteten Plänen Preußens nicht das geringste geändert habe. „In Anlaß der Verhandlungen darüber (so heißt es in einer Notiz unsers Berichterstatters), hörte ich den Grafen Bismarck einst das folgende sagen: ‚Man wundert sich, daß wir für uns beanspruchen, was wir an unsrer Nordgrenze durch den über Dänemark gemeinsam erfochtenen Sieg errungen haben. Hätten wir beide (Preußen und Österreich) etwa wegen Triests Krieg geführt, so fänden auch wir es ganz natürlich, daß Österreich den erkämpften Besitz für sich allein in Anspruch nähme.‘“

Rücksichtlich des durch diesen Interessengegensatz herbeigeführten Zusammenstoßes von 1866 und der folgenden Kriegsereignisse begnügt Bray sich mit einer kurzen Notiz darüber, daß der ursprüngliche Kriegsplan Bayerns (vergleiche Sybel B. V. S. 15) in letzter Stunde durch Herrn von der Pfordten rückgängig gemacht und dadurch die Schlagfähigkeit Österreichs gemindert worden sei. Über die dem Tag von Sadowa folgenden Ereignisse sagt er das Folgende:

„Nach der Vernichtung von Österreichs Hauptmacht kam Minister von der Pfordten, um einen Waffenstillstand zu erwirken, nach Wien, und ich begleitete ihn bis zu den nahe bei der österreichischen Reichshauptstadt stehenden preußischen Vorposten, während er selbst sich einen nichts weniger als freundlichen Empfang in Nikolsburg holte . . . Der Waffenstillstand wurde aber doch abgeschlossen, und ich mußte Herrn von der Pfordten als zweiter Bevollmächtigter nach Berlin begleiten, als derselbe sich zum Friedensschlusse dahin begab. — Ich lasse hier die Aufzeichnungen folgen, welche über unsere Thätigkeit in Berlin während der verhängnisvollen Epoche bis zu dem am

22. August (1866) geschlossenen Frieden Tag für Tag von mir niedergeschrieben wurden. Ich darf für dieselben vollständige Genauigkeit und den Wert der Aktualität in Anspruch nehmen."

Daß dieser Anspruch ein gerechtfertigter ist, werden die Leser aus dem nachstehend wiedergegebenen Tagebuch ersehen. Von der bekannten Darstellung Sybels weicht das Tagebuch im einzelnen mehrfach ab: es geschieht z. B. der auf Seite 396 von Band V berichteten dramatischen Scene und der zwischen Bismarck und von der Pfordten stattgehabten Umarmung nirgends Erwähnung. Da die Bray'schen Aufzeichnungen im übrigen für sich selbst reden, fügen wir denselben lediglich Hinweisungen auf diejenigen Daten hinzu, deren in Sybels „Begründung des Deutschen Reichs" (B. V) und in den von H. Kohl herausgegebenen „Bismarck-Regesten" Erwähnung geschieht.

Aufzeichnungen zu Berlin im August 1866.

Ankunft am 8. August um 6 Uhr nachmittags. Einige Stunden später trifft der Minister Freiherr von der Pfordten mit den Regierungssekretären Baron Bibra und von Niethammer hier ein. Gemeinsame Einrichtungen für Wohnung und Mittagstisch im Hotel Royal.

Abends Spaziergang, Gespräche über die Tagesereignisse — oder Partien Whist.

Am 9. Besuche bei den Ministern, Hofchargen, einigen Botschaftern und Gesandten. Abends erste Unterredung Herrn von der Pfordtens mit Graf Bismarck.[1]) Exorbitante Forderungen Preußens 20 Millionen Thaler Kriegsentschädigung. Entschädigung an Hessen-Darmstadt für Oberhessen durch einen gleichen Teil der Pfalz, Abtretung von Kulmbach, Hof und Lichtenfels, — dann von Kissingen, Brückenau, Hammelburg, im ganzen mit einer Bevölkerung von ca. 700 000 Einwohnern. In Kulmbach will Preußen eine Festung errichten.

Am 10. preußische Beantwortung einer tags vorher von uns übergebenen Note, worin unsere Ankunft angekündigt und die Frage

1) Vergl. S. 296 der Bismarck-Regesten B. I.

gestellt wurde, ob mit den süddeutschen Staaten gemeinschaftlich oder mit jedem einzeln verhandelt werden solle. Graf Bismarck entscheidet sich für das letztere, nachdem die Verhandlungen mit mehreren süddeutschen Bevollmächtigten bereits begonnen hatten. Zugleich wurden wir zur Besprechung mit ihm auf 9 Uhr abends eingeladen.

In dieser wiederholte Bismarck vor allem die von ihm am vorhergehenden Abende dem Freiherrn von der Pfordten schon bezeichneten allgemeinen Gesichtspunkte. Nach einem Kriege, der große Opfer in Anspruch genommen habe und wobei die Existenz des preußischen Staates selbst bedroht gewesen sei, — könne von Recht und Billigkeit nicht die Rede sein. Es sei vielmehr das politische Interesse (des Krieges) entscheidend. Die preußische Nation habe ein Recht auf Verwertung der errungenen militärischen Erfolge. Je außerordentlicher, wunderbarer diese Erfolge gewesen seien, um so schwieriger werde seine (Bismarcks) Aufgabe, weil um so höher gespannt die Erwartungen der Armee und der Nation seien. Nun sei Österreich durch Frankreich, Sachsen durch beide erstgenannte Mächte gedeckt gewesen. Für Baden nötigen die eignen nahen dynastischen Beziehungen, für Württemberg und Hessen-Darmstadt die eifrige Verwendung Rußlands, Rücksichten eintreten zu lassen. — Bezüglich Bayerns fallen solche Gründe der Schonung hinweg, nachdem selbst Österreich, Bayerns Alliierter, welchem die Vertretung des bayrischen Interesses obgelegen hätte, dasselbe vollständig preisgegeben und sogar bayrische Landesteile an sich zu bringen Gelüste gezeigt hat. Preußen ist deshalb — nach Graf Bismarcks Deduktion — angewiesen, sich an Bayern zu halten. Als Erklärung eines solchen Vorgehens wird unter Vorlage von Karten Deutschlands und speziell Bayerns aus verschiedenen Epochen auf die Art hingewiesen, wie Preußen nach Jena behandelt wurde und wie Bayern um die nämliche Zeit (die französische) den Sieg ausgebeutet habe; — worauf Baron von der Pfordten bemerkte: „Es wäre vielleicht besser, Bayern gerade an jene Zeit nicht zu erinnern. — Bayern wünsche nationale Politik treiben zu können. Preußen möge dies nicht erschweren — oder durch tief verletzende Mißhandlung unmöglich machen. Daß seine (von der Pfordtens) Politik stets ehrlich ge-

wesen — werde auch die preußische Regierung zugestehen." „Zu ehrlich", erwidert Graf Bismarck, was von unserer Seite gerne acceptiert wird — als eine Garantie für jede zukünftige Allianz.

Im Laufe eines längeren Gesprächs läßt Bismarck den Anspruch auf Kissingen und Hammelburg fallen, behandelt die Cession eines Teiles der Pfalz als offene Frage, läßt dagegen Velleitäten bezüglich eines Anspruchs auf Bayreuth durchblicken und tritt dann plötzlich im letzten Augenblick mit dem Antrage eines geheimen Bündnisvertrages zwischen Preußen und Bayern hervor. Daß es sich um eine Allianz gegen Frankreich handle, ging schon aus früheren Andeutungen des Ministerpräsidenten bezüglich einer französischen Bedrohung von Mainz unzweifelhaft hervor.

In Beantwortung des noch sehr allgemein gehaltenen preußischen Antrags bemerkt Baron von der Pfordten, „daß Bayern eine nationale Allianz nur wünschen könne und ihr immer den Vorzug einräumen werde. Daß hierfür aber schließlich die Bedingungen des Friedens entscheidend sein würden."

Hierauf folgt, lange nach elf Uhr abends, der Schluß der Besprechung und freundlicher Abschied des Hausherrn.

Am 11. keine Konferenz. Die Anzeichen eines bevorstehenden ernsten Zerwürfnisses zwischen Preußen und Frankreich mehren sich.[1]) Die plötzliche Abreise des französischen Botschafters Benedetti nach Paris ist ohne Zweifel dadurch veranlaßt worden. Es wird versichert, daß er nach Paris nicht gerufen wurde, sondern nach einer durch Vorlegen einer französischen Depesche veranlaßten ernsten Besprechung mit Graf Bismarck sich entschlossen hat, dem Kaiser Napoleon persönlich zu referieren. In obiger Depesche soll das Verlangen des Herstellens der Grenze von 1814 zu Gunsten Frankreichs und die Überlassung von Mainz und der bayrischen Pfalz gestellt gewesen sein, die preußische Antwort aber dahin gelautet haben, daß Preußen jetzt in die Abtretung nicht eines Dorfes einwilligen könne, nach Konsolidierung der neuen deutschen Verhältnisse aber mit Frankreich in Verhandlung treten wolle.

1) Vergl. Sybel „Begründung des Deutschen Reichs" V. 374 f.

Auffallend und mit obiger Angabe harmonierend ist das von Graf Bismarck wiederholt gestellte Ansinnen: preußische Truppen sogleich in die Festung Mainz aufzunehmen, mit dem Zusatze: man laufe sonst Gefahr, daß Frankreich sie besetze, was Bayern doch sicher nicht wolle.

Nach obiger Mitteilung hätte Frankreich weiter erklärt, eine bleibende preußische Occupation von Mainz nicht zugeben zu können und ein Bestehen darauf zum casus belli zu machen. Ist die Angabe begründet, so ist anzunehmen, daß das preußische Kabinett entschlossen ist, der französischen Drohung keine Rechnung zu tragen, und daß die Möglichkeit eines Konflikts um so näher gerückt ist.

Mit Herrn v. Savigny, als Stellvertreter des Ministerpräsidenten, wurden durch Staatsminister von der Pfordten Besprechungen über die Nebenpunkte des abzuschließenden Friedensvertrags, als Auswechslung der Gefangenen, Ersatz von Staats- und Privateigentum, Rückgabe von Eisenbahnbetriebsmaterial gepflogen. Es soll dadurch der Abschluß des Friedenswerkes, sobald man über die Hauptpunkte einig ist, ermöglicht und beschleunigt werden.

Am 12. interessante Audienz bei der Großfürstin Helene von Rußland.[1]) Über alle politischen Fragen vollständig unterrichtet, nimmt die Großfürstin einen besonderen lebhaften Anteil an der zukünftigen Stellung der süddeutschen Staaten (Württembergs wegen). — Sie hat die Idee einer Belassung Oberhessens bei Darmstadt, womit auch jeder Grund und Vorwand einer von der bayrischen Pfalz zu verlangenden Gebietsabtretung wegfiele, lebhaft ergriffen, und will sie beim Könige vertreten. Mißgunst gegen Österreich tritt bei ihr — bezeichnend für die russische Stimmung — hervor. Im allgemeinen verhält sie sich mehr fragend als mitteilend, aber mit Geist und Geschick.

Am 13. und 14. blieben die Verhandlungen stationär, ja wir hatten aus einer Besprechung mit Herrn v. Savigny zu entnehmen, daß die Forderungen, welche Bismarck in seiner ersten Unterredung

1) Witwe des Großfürsten Michael Pawlowitsch, geborene Prinzessin von Württemberg, † 1873.

angekündigt, in der zweiten aber wenigstens teilweise fallen gelassen hatte, noch immer als bestehend und zum preußischen Programm gehörig angesehen würden. So wollte Savigny insbesondere von einem Verzicht auf Oberhessen und auf die durch Bayern an Darmstadt hierfür zu leistende Entschädigung nichts wissen. Er bestand aber vor allem auf schleunigste Übergabe von Mainz an Preußen, mit dem Zusatze, daß die Zögerung Bayerns, in diesen Wunsch der preußischen Regierung zu willigen, beim Minister und beim König selbst große Nervosität errege.

Es war dreierlei denkbar: entweder daß Savigny über die Hauptpunkte der Negociationen nicht genau unterrichtet worden, oder daß die geringere Besorgnis vor einem Bruch mit Frankreich das preußische Kabinett rücksichtsloser für Bayern gestimmt hatte; oder endlich, daß durch das Zurückgreifen auf die früheren exorbitanten preußischen Forderungen eine Pression geübt werden sollte, um nachher in den Besitz von Mainz zu gelangen. In jedem Falle war es klar, daß nur eine neue, direkte Besprechung mit Graf Bismarck hierüber Aufschluß verschaffen und zum Ziele führen konnte.

Herr von Savigny wurde deshalb angegangen, dem Ministerpräsidenten unsern Wunsch, mit ihm zu konferieren, auszudrücken; und nachdem am folgenden Morgen der Königliche Ministerialrat Baron Lobkowitz und der Oberstleutnant Weiß aus München Instruktionen und erweiterte Vollmacht für uns überbracht hatten, bat Baron von der Pfordten den Grafen Bismarck noch schriftlich, mit Bezugnahme auf die dringende Mainzer Frage, um beschleunigte Zusammenkunft.

Am 13. Diner bei dem niederländischen Gesandten Byland mit Kutusoff, Lefebre und Oubril,[1]) mit welchem ich später während einer längeren Spazierfahrt über unsere Angelegenheit spreche, sie ihm besonders bezüglich Oberhessens empfehlend;[2]) am 14. Diner bei Oubril mit den nämlichen Personen, zu denen noch Minister

---

1) Oubril war russischer Botschafter, Kutusoff russischer Militärbevollmächtigter am Berliner Hofe

2) Am nämlichen Tage erfolgte Friedensschluß und Bündnisvertrag mit Württemberg. Vergl. Bismarck-Regesten I, S. 297.

v. Dalwigk und der russische Botschaftsrat Baron Mohrenheim[1]) hinzukommen. Mit letzterem in die Oper „Feldlager in Schlesien". Am Schlusse Ovation für den König Wilhelm und die Armee. An einem Ruhmestempel prangen die Namen der im letzten Feldzuge gewonnenen Schlachten. Es ist keine der gegen die bayrische Armee gelieferten darunter.

Das von Rußland protegierte Württemberg hat seinen Friedensvertrag mit Preußen unterzeichnet. Gebietsabtretungen wurden von ihm nicht verlangt, und mit einem Opfer von 8 Millionen Gulden erkaufte es sich den Frieden.

Am 15. erschien nach einem bei König Wilhelm abgehaltenen Ministerrat Graf Bismarck bei Baron von der Pfordten.[2]) Er kündigte demselben an, daß auf Gebietsabtretungen in ziemlich ausgedehntem Maße, jedoch unter Verzicht auf die Annexion von Oberhessen, mit welchem Darmstadt dem norddeutschen Bunde beitritt, und auf Kriegskostenentschädigung bestanden werde. Der Vorschlag eines geheimen preußisch-bayrischen Allianzvertrages hatte, seit die Differenzen mit Frankreich eine friedliche Wendung nahmen, offenbar seine Bedeutung und seinen Wert verloren. Graf Bismarck erklärte übrigens, ein künftiges freundschaftliches Verhältnis zu Bayern zu wünschen, und in dem Ministerrate das bayrische Interesse kräftig vertreten zu haben, selbst seinem Könige gegenüber, „welchem er Dinge gesagt habe, wie nie im Beisein andrer".

Am 16. fand unsere Konferenz mit Bismarck statt. Das preußische Territorialverlangen umfaßte nachstehende vier Punkte:

I. Die Bezirksämter Berneck, Hof, Kronach, Kulmbach, Münchberg, Naila, Rehau, Stadt-Steinach, Teuschnitz.

II. Die Bezirksämter Gersfeld, Königshofen, Mellrichstadt, Neustadt, Münnerstadt und Bischofsheim.

III. Das Bezirksamt Orb.

1) Später Botschafter in Paris.

2) Vergl. Bismarck-Regesten S. 297.

IV. Die Bezirksämter Amorbach, Miltenberg, Obernburg zur Entschädigung an Darmstadt für Homburg und das Hinterland von Oberhessen. Außerdem würde eine Kriegskostenentschädigung von 25 Millionen Gulden beansprucht.

Wir verwahrten uns vor allem gegen jede Abtretungen in Unterfranken als Entschädigung an Hessen-Darmstadt, und es wurden dagegen alle Gründe geltend gemacht, welche das Rechts- und Billigkeitsgefühl, sowie das politische Interesse Preußens selbst darbieten, welchem es von Wert sein muß, an Bayern für die Zukunft einen treuen Verbündeten zu erwerben. Ad II wurde das Bezirksamt Gersfeld, ad III die drei obersten Gemeinden von Orb eventuell angeboten. Als Abzugsposten wurden bezeichnet:

1. ein entsprechender Teil der Staatsschuld und Grundentlastungsschuld.

2. Die Eisenbahnen und Telegraphen; bei Privateisenbahnen müßten im Falle einer Gebietsabtretung die Verpflichtungen des bayrischen auf den preußischen Staat übergehen. Außerdem wurden die Verhältnisse der Staatsangehörigen überhaupt, der Staatsdiener insbesondere und das ihnen vorzubehaltende Recht der Option, dann der temporäre Fortbestand der Filialbank zu Hof besprochen.

Am 17. wurde diese Besprechung fortgesetzt, einzelne Aufschlüsse insbesondere über den Ertrag der Domänen beigebracht. Es zeigte sich aber bei näherer Vergleichung, daß Preußen außer den gestern namhaft gemachten Bezirksämtern auch noch den ganzen Bezirk Wunsiedel in Anspruch nimmt, was einen Unterschied von mehr als 40 000 Seelen begründet. Eine preußische Forderung von mehr als 300 000 Seelen steht hiernach einem eventuellen bayrischen Zugeständnis von 198 000 gegenüber. Freiherr von der Pfordten kommt indessen auch jetzt auf die politische Idee eines Bündnisses, zuerst durch Graf Bismarck angeregt, zurück, und hofft, daß in diesem Falle auf Gebietsabtretung verzichtet werden könne, mit Beschränkung der für Bayern onorösen Friedensbedingungen auf die Zahlung von 25 Millionen. [1])

---

1) An dem nämlichen Tag Friedensschluß und Bündnisvertrag mit Baden. Vergl. Bismarck-Regesten S. 297.

Am 18. Fahrt nach Sanssouci zur Audienz bei Ihrer Majestät der Königin Elisabeth, die uns mit größter Güte und Teilnahme empfängt und mit Thränen in den Augen von den neuen Gestaltungen der Dinge in Deutschland spricht. Bei regem Gefühl für Preußen hat doch die Königin noch ein Herz voll Liebe zu ihrem Geburtsland Bayern. Die Audienz dauerte 1½ Stunden, und da der nächste Bahnzug nicht mehr zu erreichen war, mußte der folgende Zug abgewartet werden, was uns 2 Stunden kostbare Zeit raubte. Eine auf den Morgen angesetzte Besprechung mit Savigny wird nun auf 8 Uhr abends verlegt. Sie dauerte bis nach 11 Uhr, trägt aber wesentlich dazu bei, das Werk zu fördern. Von seiten Preußens wurde in einem im Entwurf mitgeteilten Vertragsformular auf die Abtretung der Bezirksämter Mellrichstadt, Bischofsheim, Münnerstadt und Königshofen und sodann der zur Entschädigung für Hessen-Darmstadt verlangten Ämter Amorbach, Miltenberg und Obernburg verzichtet, wodurch eine Einwohnerzahl von 75 000 für Bayern gerettet wird. Ebenso wurde der Anspruch auf Wunsiedel fallen gelassen. Dagegen beharrte Herr v. Savigny auf der Cession von Kronach nebst den dort befindlichen so wertvollen Waldungen, wofür, sowie für sämtliche Domänen, eine Schadloshaltung nicht zugestanden wird. Diese wird dagegen bezüglich der verhältnismäßigen Repartition der Staatsschuld, Eisenbahnschuld und Ablösungsschuld auf die abzutretenden Territorien anstandslos anerkannt und auch die Bereitwilligkeit für noch weitere Geldkompensationen ausgesprochen. Daneben tritt in Verbindung mit einer geheim abzuschließenden Allianz noch immer die Idee einer Gebietsminderung hervor, wobei das Festhalten König Wilhelms an Familienerinnerungen, die sich an die Kulmbach-Brandenburgischen Lande knüpfen, als Haupthindernis bezeichnet werden.

Es ist hier ein sonderbarer Vorgang zu erwähnen, der anzudeuten scheint, daß wir hier Freunde haben, wo wir sie am wenigsten vermuteten. Dem Minister von der Pfordten wurde an diesem Tage ein Billet, von unbekannter Hand, mit Bleistift geschrieben, abgegeben:

„Empfehlung,

statt aller Gebietsabtretung die volle Kontribution von 25 Millionen Gulden und Bündnis gegen das Ausland anzubieten. Dieses Billet zu vernichten bittet

Ein Freund."

Wir werden den Wink nicht unbenutzt lassen.

Am 20. um 1 Uhr sollten wir, nach einer Einladung, welche Savigny uns am 19. abends 11 Uhr überbrachte, mit Graf Bismarck selbst eine Zusammenkunft haben, worin das Schicksal unsers Landes und das Endresultat der Unterhandlung aller Wahrscheinlichkeit nach zur Entscheidung kommen wird.

Die Besprechung hat um 1 Uhr stattgefunden. Der Ministerpräsident bot uns Cigarren an, indem er sagte: „Ich offeriere Ihnen eine Friedenspfeife!" Es wurde sodann zu dem Detail der mit Savigny besprochenen Friedensbedingungen übergegangen, als Baron von der Pfordten die Frage aufwarf, ob denn nicht, wie wir noch immer mit Rücksicht auf die abzuschließende Allianz hofften, von der Gebietsabtretung abgesehen werden wolle, wenn nötig unter gleichzeitiger Erhöhung der Kriegskostenentschädigung? — Hierauf erwiderte Graf Bismarck: Er selbst würde es für gute Politik halten, wenn auf eine solche Lösung eingegangen werde; er habe diese Idee dem Könige gegenüber vertreten, hoffte ihn auch vor zwei Tagen dafür gewonnen zu haben, als Seine Majestät infolge einer Intrigue des Ministers Schleinitz plötzlich auf die Forderung der Gebietsabtretung von Kulmbach zurückgekommen sei. Er, Bismarck, habe aber Politik zu treiben, nicht bloßem persönlichem Gefühl und Familienreminiscenzen Rechnung zu tragen, auch liege ihm nicht ob, die Rolle der Nemesis für gegen Preußen begangene Sünden zu übernehmen, dazu möge sich der König an seinen Kultusminister wenden. Er beharre deshalb bei seinem Projekte und mache uns folgenden Vorschlag:

„Bayern bezahlt eine Kriegskostenentschädigung von 30 Millionen und tritt in der Form einer Grenzregulierung die Distrikte Gersfeld und Orb an Preußen ab; der Ertrag der Orber Walddomänen

wird mit 5% kapitalisiert und an der Kriegskostenentschädigung in Abzug gebracht".

Wir erklärten sofort unsere Annahme dieses Antrags, welcher nun in einem unter Vorsitz des Königs abzuhaltenden Ministerrat morgen und Seiner Majestät zur Annahme empfohlen werden sollte.

Graf Bismarck sprach dabei seinen Entschluß aus, die Entscheidung nötigenfalls zur Kabinettsfrage zu machen!

Um 6 Uhr, als wir noch bei Tisch saßen, kam Graf Bismarck direkt aus dem Ministerium zu Baron von der Pfordten und erklärte ihm, daß obiger Vorschlag nach zweistündigem Kampfe vom Könige genehmigt worden sei, jedoch mit dem erschwerenden Zusatze, daß ein Abzug für die Domänen nicht stattfinden dürfe, die 30 Millionen vielmehr voll bezahlt werden müßten. Es wurde dabei die Zusicherung erteilt, daß man auf die vollständige Abtretung beider Gebietsteile nicht bestehen, vielmehr eine für Bayern günstigere Abgrenzung zulassen werde.

Am 21. wurden in längerer Konferenz die Vertragsentwürfe endgültig festgestellt. Ein Vorschlag, welcher den größten Teil der Orber Waldungen für Bayern zu retten bestimmt war, wurde, angeblich wegen zu befürchtender Nichtratifikation, durch Seine Majestät den König als ungenügend abgelehnt, und es mußte noch eine Hälfte des Sortorwaldes geopfert werden. Die andre, schönere verbleibt Bayern. Die Enklave Caulsdorf, im kurhessischen Gebiete liegend, mit 600 Einwohnern und ein Einkommen von 1500 fl. repräsentierend, wurde gleichfalls an Preußen abgetreten.

Einzelne Zusatzartikel wegen der nassauischen und kurhessischen Truppen, der Festung Mainz, welche am 26. d. M. durch Rechberg an den preußischen Gouverneur zu übergeben ist, dann mehrere betr. den Transport preußischer Truppen aus Böhmen und Württemberg durch Bayern wurden vereinbart.

Die nun festgestellten Verträge wurden nach nochmaliger Vorlage an den König von Seiner Majestät genehmigt, und zwar: der Friedensvertrag nebst beigefügter Grenzbeschreibung und einem dazu gehörigen, die Nebenpunkte und transitarische Bestimmungen enthaltenden Protokolle; dann ein geheimer Allianzvertrag zwischen

Preußen und Bayern, wodurch der Besitzstand beider gegenseitig garantiert und für den Kriegsfall der Oberbefehl dem Könige von Preußen übertragen wird. Daß wir diesem hier gewünschten Bündnisse die beträchtliche Milderung der Friedensbedingungen größtenteils verdanken, ist außer Zweifel.

Am 22. um $10^1/_2$ Uhr waren wir zur Unterzeichnung der Verträge zum Ministerpräsidenten beschieden. Sämtliche Dokumente wurden durch den gleichfalls erschienenen Herrn v. Savigny verlesen und der Gleichlaut mit den genehmigten Entwürfen konstatiert. Dieselben wurden hierauf von Graf Bismarck und v. Savigny für Preußen, von Minister von der Pfordten und mir für Bayern unterzeichnet. Verschiedene Nebenfragen wurden alsdann in freundlichstem Tone besprochen und die baldige Herstellung der diplomatischen Vertretung in beiden Hauptstädten beschlossen. Graf Bismarck wollte noch nicht Abschied nehmen, als ihm unsere nach vorgängiger Audienz bei Seiner Majestät dem König Wilhelm auf den folgenden Tag angesetzte Abreise angekündigt wurde, und wünschte uns noch bei sich zu Tisch zu sehen, was, mit großer Freundlichkeit vorgeschlagen, nicht abgelehnt werden konnte. Die neuen Alliierten schieden mit dem Schlage 12 Uhr, wir mit der Beruhigung, daß, wenn unserm Lande auch schwere Opfer nicht erspart werden konnten, doch seine Integrität, seine Unabhängigkeit und seine Machtstellung ungeschmälert aus der großen Gefahr dieses Krieges und des abgeschlossenen Friedens hervorgegangen sind.[1])

*

Am 2. September brach Graf Bray nach zehntägigem Aufenthalt in der bayrischen Hauptstadt abermals nach Berlin auf, wo es diesmal die Regelung und Durchführung einer Anzahl von Nebenbestimmungen des geschlossenen Vertrages, Auswechslung der Ratifikationen und so weiter galt. Die darauf bezüglichen Tagebuchaufzeichnungen sind die folgenden:

1) An dem nämlichen Tage erfolgte die Unterzeichnung der Militärkonventionen mit den Südstaaten. Vergl. Bismarck-Regesten S. 298.

Zweite Sendung nach Berlin.

Berlin, den 3. September. Ankunft am 2. September 1 Uhr nachmittags. Baron Lobkowitz, von Geschäftsfreunden am Bahnhof empfangen, setzt sich mit den Finanznotabilitäten, mit welchen das Geldgeschäft der 30 Millionen zu verhandeln ist, sogleich in Berührung und findet bereitwilliges Entgegenkommen.

Ich selbst begab mich auf das Ministerium des Äußern, wo ich zwar Graf Bismarck nicht, wohl aber Herrn v. Savigny treffe und mit ihm sofort die verschiedenen Gegenstände bespreche, um deren endgültige Regelung es sich handelt:

1. Zur Auswechslung der Ratifikationen erklärt sich v. Savigny vollkommen bereit. Es ist hiernach anzunehmen, daß die Ratifikation Seiner Majestät des Königs von Preußen erfolgt ist, und diese Urkunde zum Austausch gegen die bayrische bereit liegt.

Es werden hierauf die übrigen Verhandlungsgegenstände der Reihe nach vorgenommen.

2. Durch die Aufschlüsse über die zur Bestrafung der vorgekommenen Soldatenexcesse und die Verwundung eines preußischen Offiziers ergriffenen Maßregeln zeigte sich Herr v. Savigny sehr befriedigt und behielt sich vor, dieselben als einen Beweis der loyalen Gesinnung Bayerns geltend zu machen, um den durch jene Vorfälle hervorgebrachten nachteiligen Eindruck zu verwischen.

3. Durch die bezüglich des in Untersuchung befindlichen Zermiki abgegebene Erklärung, wonach derselbe alsbald nach der gesetzlich vorgeschriebenen Publikation der durch den Friedensvertrag stipulierten Amnestie freigelassen werden wird, ist diese Angelegenheit erledigt.

4. Nachdem die Bezahlung der durch den Rückmarsch und die Verpflegung der nassauischen und kurhessischen Truppen verursachten Kosten einen Gegenstand bildet, der mit dem Kriegs- und Finanzministerium zur Sprache und Entscheidung gebracht werden muß, äußerte Herr v. Savigny den Wunsch, schriftliche Mitteilung hierüber zu erhalten. Er versprach schleunige Beantwortung, und ich habe ihm infolgedessen — mit Benutzung der erst durch Ratifikation des Friedensvertrags erlöschenden Vollmacht — als Abgeordneter zu den

Friedensverhandlungen die beiliegende Note übergeben, deren schleunige Beantwortung zugesagt wurde.

5. Die Ankündigung der bevorstehenden neuen Accreditierung des Grafen Montgelas wurde von p. Savigny beifällig aufgenommen. Er behielt sich vor, Seiner Majestät dem Könige und dem Grafen Bismarck darüber zu referieren, und hat mir heute früh das Einverständnis beider ankündigen können. Dem Eintreffen des Grafen Montgelas in Berlin steht also, wie Graf Bismarck mir bestätigte, ein Hindernis nicht im Wege.

6. Der Angelegenheit der Burg zu Nürnberg war meiner Seite absichtlich keine Erwähnung geschehen und ebensowenig von dem hierauf bezüglichen Schreiben Seiner Majestät des Königs. Allein kaum waren die Erklärungen über die Ratifikation des Friedensvertrages ausgetauscht, als v. Savigny selbst diesen Gegenstand zur Sprache brachte. Ich entgegnete, daß sich bezüglich desselben eine Schwierigkeit ergeben habe, welche, in der Natur der Sache liegend, der freundschaftlichen Absicht Seiner Majestät des Königs unerwartete Schranken setze. Sichtlich betroffen bemerkte Savigny, daß es tief zu bedauern sein würde, wenn eine Angelegenheit, auf welche der König Wilhelm persönlich den größten Wert lege — und die ihm unendlich am Herzen liege —, auf ernstliche Hindernisse stoßen sollte. Es sei sehr zu befürchten, daß dadurch die neubegründeten guten Dispositionen einen gänzlichen Umschlag erleiden würden und ein Gefühl der Kränkung und Enttäuschung an ihre Stelle treten würde.

Ich erwiderte hierauf, daß nicht in den Absichten unsers allergnädigsten Herrn, sondern in der Beschaffenheit des Objekts, um welches es sich handle, und in dem dasselbe betreffenden Rechtsverhältnisse die Bedenken lägen, auf welche ich hingedeutet, und erklärte ihm nun, daß nach eingezogener näherer Erkundigung die Nürnberger Burg weder im königlichen Privateigentum stehe, noch auch zu den Schlössern der königlichen Zivilliste gehöre, vielmehr lediglich als Staatsgut zu betrachten sei, und eben deshalb über die Substanz derselben ohne Zustimmung des Landtages nicht verfügt werden könne. Herr v. Savigny gab zu, daß in dieser Frage — ohne Ver-

eitelung der ganzen Absicht — eine landtägliche Diskussion und Abstimmung nicht Platz greifen dürfe. Er bemerkte aber, daß es sich nach dem Wunsche und im Sinne des Königs Wilhelm durchaus nicht um eine „Eigentumserwerbung“ handle, sondern lediglich darum, daß er (König Wilhelm) — bei gelegentlichem Besuche der Burg seiner Väter — in dieselbe nicht als ein Fremder einzutreten brauche, daß ihm vielmehr die Befugnis zustehen möge, dort als Einheimischer zu wohnen, was ohnedies nur äußerst selten, wenn je, geschehen werde. Ganz im nämlichen Sinne äußerte sich Graf Bismarck, mit welchem ich später diese Angelegenheit gleichfalls besprach. Auch er legte den größten Wert darauf, daß dem König Wilhelm in diesem Anlasse, wo es sich um einen durch Familienreminiscenzen berechtigten Wunsch handelt, keine Enttäuschung bereitet werde, während er die rechtsverbindliche Form des königlichen Zugeständnisses in dieser „reinen Gefühlssache“ als gleichgültig behandelte.

Auf die an mich gerichtete direkte Frage: ob ich ein Allerhöchstes Handschreiben für Seine Majestät den König Wilhelm überbracht habe, konnte ich nun bejahend antworten. Dasselbe wurde Seiner Majestät dem Könige, kurz ehe er Berlin zur Besichtigung der zurückkehrenden Truppen verließ, übergeben und erregte bei Seiner Majestät, wie ich höre, lebhafte Rührung und Befriedigung, welche sich in der Antwort des Königs wohl äußern wird. Wenn es nach vorstehendem unthunlich war, diese Angelegenheit ganz rückgängig zu machen, so läßt sich doch infolge der ausgetauschten Erklärungen annehmen, daß der von Seiner Majestät dem Könige, unserm allergnädigsten Herrn, Seinem Königlichen Oheim angetragene Mitbesitz — auch hier wohlverstandenermaßen nur als ein „Wohnungsrecht“ gilt, — wovon nach der Natur der Sache in höchst seltenen Fällen Gebrauch gemacht werden wird. — Vor einseitigen Verfügungen schützt überdies jedenfalls der vorbehaltene Mitbesitz Seiner Majestät des Königs.

Der Austausch der Ratifikationen hat auf dem Ministerium des Äußern zwischen Savigny und mir um 3 Uhr nachmittags an dem als letzten Ratifikationstermin bezeichneten 3. September stattgefunden. Zur Konstatierung des Aktes wurde ein Protokoll unterzeichnet und

hiervon telegraphisch sowohl nach Nürnberg dem preußischen Kommissär Krupka durch Savigny, als von mir nach München Nachricht erteilt.

Mittagessen ganz en famille bei meinem Freunde Werther, der, wie alle, überglücklich ist, nach Wien zurückzukehren. Abend im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater: „Héloise Paracquet"; dann Thee bei Graf Redern, wo ich beide Brüder mit ihren so verschiedenen Frauen finde.

Am 4. September. Um 11 Uhr Schlußbesprechung mit Graf Bismarck, dem ich den Ministerialrat Baron Lobkowitz vorstelle. Es werden noch einmal sämtliche Gegenstände, welche hier jetzt in Betracht kommen, besprochen.

Auf meinen Glückwunsch zur gestrigen Abstimmung im Abgeordnetenhause, wodurch in Preußen der innere Friede gleichzeitig mit dem äußeren hergestellt worden, erwiderte der Minister, daß er in der That auf eine so starke Majorität nicht gerechnet habe. Es wird alsdann der Haltung unsers Landtages erwähnt und an seiner einstimmigen Billigung der Vertragsvorlagen die Hoffnung einer dem neu begründeten Verhältnisse gegenseitigen Wohlwollens und Zusammenwirkens günstigen Volksstimmung geknüpft. Graf Bismarck bemerkt, durch ihre geographische Lage seien beide Staaten naturgemäß auf ein einträchtiges Zusammengehen hingewiesen, indem ohne Beeinträchtigung Preußens der bayrische Einfluß sich in Süddeutschland mit aller Berechtigung geltend machen könne. — Der Minister freut sich, nun auch mit Hessen-Darmstadt zum Abschlusse gelangt zu sein, fügt aber vertraulich hinzu, daß mit diesem Staate ein geheimer Allianzvertrag wie mit Bayern, Württemberg und Baden nicht abgeschlossen worden sei, weil auf Ministers v. Dalwigk Verschwiegenheit nicht streng zu rechnen war. Ein weiterer Grund war wohl auch der, daß durch den Eintritt Oberhessens in den Norddeutschen Bund für die Politik des ganzen Großherzogtums genügende Gewähr geboten ist.

Bezüglich der Verhandlungen mit Sachsen äußert Graf Bismarck geringere Befriedigung. Die vielfachen äußeren Interventionen zu Gunsten dieses Staats, besonders die durch eine Spezialsendung des Freiherrn v. Brenner bethätigte Verwendung Österreichs, lassen ver-

muten, daß Sachsen bei seiner bisherigen äußeren Politik beharren und eine größere, namentlich militärische Selbständigkeit innerhalb des Norddeutschen Bundes in einer für Preußen feindlichen und bedrohlichen Weise mißbrauchen würde. Zu dieser Annahme berechtige ferner die politische Gesinnung nicht sowohl des Königs Johann als seiner Söhne ...

Offenbar liegen hiernach die preußisch-sächsischen Verhandlungen noch im argen. Ein weiterer durch Graf Bismarck angeregter Punkt betrifft die künftige Gestaltung des Zollvereins. Er verkennt nicht die Schwierigkeit, welche darin liegen wird, ein Organ zu schaffen, welchem die Beschlußfassung über die gemeinsamen Zollangelegenheiten zu übertragen wäre; glaubt aber, daß dies durch Delegation von Vertretern des norddeutschen Parlaments und eines jeden der süddeutschen Staaten nach Verhältnis ihrer Einwohnerzahl gleichwohl sich erreichen ließe. In diesem „Zollparlament“ sollten nach seiner Ansicht Majoritätsbeschlüsse über Zollfragen gefaßt werden.

Welches aber wäre das Verhältnis der Regierungen zu dieser deliberierenden beschließenden Versammlung? Es giebt hier augenscheinlich manche Vorfrage zu lösen, und bis auf weiteres wird an dem durch § 7 des Friedensvertrages geschaffenen Provisorium festzuhalten sein.

Der dem Grafen Bismarck schließlich überreichte St. Hubertus-Orden erregte bei demselben sichtlich die größte Freude und Befriedigung, und er gab diesem Gefühl in sehr lebhafter Weise Ausdruck, indem er mich ersuchte, Seiner Majestät dem Könige seinen ehrerbietigen Dank für die ihm gewordene hohe Auszeichnung zu übermitteln.

*

In fast allen Punkten haben bis jetzt Erfolge die preußischen Waffen und die preußische Politik begleitet. Auch der neue französische Ministerwechsel wird hier in einem für Preußen günstigen Sinne gedeutet, indem man nicht ohne Grund anführt, daß Drouyn de l'Huys für Österreich immer günstiger als für Preußen gestimmt gewesen sei. Dagegen ist sein Nachfolger Mr. de Moustier, wenngleich in Berlin, wo er mehrere Jahre Gesandter gewesen, wohl-

bekannt, als Minister noch nicht zu beurteilen. Er ist klug, gewandt und von wenig verträglichem Charakter.

Manteuffels Sendung nach St. Petersburg wird als gescheitert angesehen. Rußland hat nichts gebilligt, nichts anerkannt.[1] Von dort an wurden die anfangs Darmstadt gegenüber beobachteten Rücksichten beiseite gesetzt und die Friedensbedingungen verschärft. Ein Tadel oder eine Drohung Rußlands ist übrigens ebensowenig erfolgt, als dessen Zustimmung, und schließlich hat Preußen nur mit einem Staate abzurechnen — mit Frankreich.

NB. Mit dem Prinzen Nikolaus von Nassau wurde bezüglich der Truppen Verständigung erzielt und diese vom Herzog gutgeheißen, nachdem dessen Forderungen in 16 Punkten von Preußen sämtlich acceptiert werden. Die Truppen rücken mit allen militärischen Ehren in ihre früheren Garnisonen wieder ein."

Im Oktober (1866) kehrte Graf Bray auf den Wiener Gesandtschaftsposten zurück, den er auch während der folgenden $3^1/_2$ Jahre bekleidete.

1) Vergl. über die thatsächliche Lage Sybel a. a. O. V, Seite 376 bis 381.

Kapitel VI.

Aus dem Jahre 1870/71.

München und Versailles.



Zu Anfang des Jahres 1867 ins Amt getreten, hatte v. d. Pfordtens Nachfolger im Präsidium des bayrischen Staatsministeriums, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst (der spätere deutsche Reichskanzler) sich wenig mehr als drei Jahre lang gegen die Feindseligkeit der verbündeten Ultramontanen und Partikularisten zu behaupten vermocht. Die Thätigkeit des Fürsten war gleichwohl keine vergebliche gewesen. Ihm hatten Deutschland und Bayern zu danken, daß eine den preußischen Einrichtungen parallele Reform des Steuerwesens der süddeutschen Staaten in die Wege gerichtet wurde, daß der Zollverein in verbesserter Form erneuert wurde, daß das erste deutsche Zollparlament zu stande kam und daß die Pläne für Aufrichtung eines dem Norddeutschen Bunde feindlichen, unter das Protektorat einer nichtdeutschen Macht, bez. die Führung Österreichs gestellten Südbundes unausgeführt blieben. An dieser Gestaltung der bayrischen Dinge hatte König Ludwig II. so weitgehenden persönlichen Einfluß gehabt, daß der zu Anfang des Jahres 1870 unvermeidlich gewordene Ministerwechsel nicht sowohl eine Änderung des Systems, als eine Veränderung der Personen bedeutete. — Auf den direkten und persönlichen Wunsch seines Monarchen vertauschte Graf Bray im März des genannten Jahres zum dritten Male einen ihm liebgewordenen Gesandtschaftsposten mit dem dornenreichen Amt eines Präsidenten des bayrischen Staatsministeriums und Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten.

Am 30. März (1870) zum ersten Male vor die Kammer der Abgeordneten getreten, führte der neue Minister sich mit einer Rede ein, die urteilsfähigen Zuhörern keine Zweifel darüber übrig lassen konnte, daß das vielgescholtene System des Fürsten Hohenlohe in

allen wesentlichen Punkten von seinem Nachfolger übernommen worden sei. — Für die staatsmännisch-nüchterne, aller politischen Ideologie und allem Phrasenwesen abgewendete, allein auf greifbare Ziele gerichtete Art des Redners ist diese programmatische Auseinandersetzung so charakteristisch, daß wir sie im Wortlaut wiedergeben. — Zum Verständnis derselben wird eine kurze Bemerkung genügen.

In der Sitzung vom 29. März hatte ein damals häufig genannter, heute vergessener Wortführer der Partei, die sich, weil sie kein anderes als das engere Vaterland kannte und kennen wollte, als die patriotische bezeichnete, auf die Verderblichkeit des mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Vertrages vom Jahre 1866 hingewiesen und denselben mit den Bündnissen verglichen, durch welche das alte Rom seine sogenannten Bundesgenossen an sich zu fesseln gewußt habe, um die Freiheit ihrer Bewegung, sodann ihre politische Selbständigkeit und schließlich ihre Existenz zu vernichten. Mit dem Flitterkram geschichtsphilosophischer Weisheit aufgeputzt, hatte diese Rede einen Eindruck gemacht, die den Minister-Präsidenten bestimmte, andern Tags zu antworten und bei dieser Gelegenheit seine Auffassung der Lage und die Absichten seiner Politik darzulegen. Diese Antwort lautete nach Angabe des amtlichen stenographischen Berichts folgendermaßen:

„Der Herr Abgeordnete Dr. Schleich hat am Schlusse der gestrigen Sitzung, der Allianzverträge vom 22. August 1866 Erwähnung gethan und daran verschiedene Bemerkungen geknüpft. Ich werde dem Herrn Abgeordneten in seiner weiteren Ausführung nicht folgen; namentlich nicht bis zu dem Ursprung der römischen Geschichte, weil uns das von unserer heutigen Besprechung der außerordentlichen Militärbedürfnisse etwas zu weit abführen würde.

Der Herr Abgeordnete wird aber mit mir darin einverstanden sein, daß eben zu der Zeit weder das heutige Rom, noch das heutige Europa bestand und daß daher der Vergleich, so geistreich er auch durchgeführt wurde, doch nicht in allen Punkten zutrifft.

Es hat der größte Feldherr und der größte Kriegsfürst unseres Jahrhunderts, Napoleon I., den Versuch gemacht, in Europa nach

römischer Art vorzugehen, und auch er hat den Unterschied der Zeiten und der Menschen erkennen müssen; er ist in St. Helena gestorben.

Gestatten Sie mir, meine Herren, ehe ich weiter fortfahre, und da ich zum ersten Male die Ehre habe, vor dem hohen Hause zu sprechen, Ihnen meinen Standpunkt in wenigen Worten klar zu machen. Er wird mir zur Begründung meiner Beurteilung des Referats, welches Ihnen vorliegt, und auch zur Beantwortung der Bemerkungen des Herrn Vorredners dienen.

Der Zweck unserer inneren Politik, wie ich ihn auffasse, ist die Versöhnung, nicht bloß Kompromiß und Vermittlung, sondern Versöhnung entstandener Gegensätze durch Aufklärung von Mißverständnissen und Beruhigung der Gemüter durch Beseitigung unbegründeter Besorgnisse. Die Regierung ist keine Parteiregierung; sie kann und will es nicht sein; sie steht nicht über den Parteien; denn dieser erhabene Standpunkt gehört im konstitutionellen Staate nur dem Souverän.

Sie steht aber auch außerhalb der Parteien und, meine Herren, das ist nicht immer ein bequemer Standpunkt; aber der einzige, welcher der Regierung zukommt. Dadurch, daß wir uns im Innern versöhnen, stärken, sammeln, sorgen wir für die Gegenwart — aber wir bereiten auch die Zukunft vor; eine bessere Zukunft des engeren, wie des weiteren Vaterlandes. Bezüglich der äußeren Politik und der alle unsere auswärtigen Verhältnisse beherrschenden deutschen Frage ist uns ein ziemlich enger Weg durch die jetzige Lage der Dinge vorgezeichnet, von welchem wir uns weder rechts noch links weit entfernen können. Es bestehen bindende und auf Gegenseitigkeit beruhende Verträge, die gehalten werden müssen, sowie andererseits die berechtigte Unabhängigkeit unseres Landes, unsere freie Selbstbestimmung unversehrt zu erhalten sind. Es ist behauptet worden, daß die jetzige Stellung, die jetzige Lage Bayerns nicht haltbar sei. Meine Herren! Ich teile diese Ansicht nicht. Es geht allerdings durch Europa ein Zug des Provisoriums, in den allgemeinen Zuständen Europas liegt viel Unfertiges, viel Schwieriges, und auch Bayern ist nicht frei davon. Aber deshalb ist die Lage nicht unhaltbar, und ich sage mehr, sie ist unangreifbar.

Bayern liegt im Zentrum von Europa und von Deutschland; jede ernste Bedrohung, jeder Angriff Bayerns würde Komplikationen hervorrufen, welchen auch die größte Macht sich nicht wird aussetzen wollen. Dazu kommt als erster Faktor, daß ein Staat von nahezu 5 Millionen mit einem Kernvolke, wie das unserige ist, mit einer tapferen und tüchtigen Armee, einer äußeren Gefahr nicht so leicht unterliegt, wie denn überhaupt kein Volk ohne eigenes Verschulden zu Grunde geht. Deshalb, meine Herren, fürchte ich diese Gefahr für Bayern nicht. — Ein politischer Grundsatz scheint sich uns gerade jetzt vorzugsweise zu empfehlen; wir sollen das Erreichbare anstreben; als solches glaube ich bezeichnen zu sollen die sorgsame Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen unseren Nachbarn, in erster Linie zu unseren deutschen Stammesgenossen in Nord und Süd — im Osten und im Westen. Unser Verhältnis zu Norddeutschland beruht auf der sicheren Grundlage der Verträge. Einen Südbund zu begründen, wie er im Prager Frieden vorgesehen war, ist bis jetzt nicht gelungen. Es mag dahingestellt bleiben, ob deshalb endgültig darauf zu verzichten ist; aber auch ohne ihn liegen in der Gemeinsamkeit der Interessen Süddeutschlands Anhaltspunkte genug zu einem steten und herzlichen Zusammengehen auf der Basis vollster Gleichberechtigung. Was ich hiermit empfehle, ist eine praktische Politik, eine Politik unserer wahren Interessen; was ich Ihnen verspreche, ist eine offene Politik, selbstverständlich eine ehrliche und loyale Politik. — Eine offene Politik hat für uns umsoweniger Schwierigkeiten, meine Herren, als wir keine geheimen Verträge haben, keine geheimen Verpflichtungen, keine geheimen Pläne und überhaupt keine politischen Geheimnisse haben. Was wir wollen, was wir anstreben, was wir wünschen, darf die ganze Welt erfahren: Wir wollen Deutsche, aber auch Bayern sein.

In der gestrigen Rede des Herrn Abgeordneten Schleich hat derselbe bezüglich der Allianzverträge vom 22. August eine doppelte Befürchtung zu erkennen gegeben, einmal die Befürchtung, wohl hervorgerufen durch die Bezeichnung dieser Verträge als Schutz- und Trutzbündnisse, daß ihre Richtung eine offensive sei, und die weitere Befürchtung, daß uns dadurch auch im Frieden gewisse

Beschränkungen und Lasten auferlegt seien. Für die Bedeutung eines Vertrages ist wohl dessen Inhalt allein maßgebend; ich bedauere, hier nicht den Text zuhanden zu haben; aber derselbe lautet im Artikel I: Es garantieren sich die hohen Kontrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer bez. Länder und verpflichten sich im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen. — Damit ist der Zweck ganz deutlich angedeutet; er ist kein anderer als die Wahrung der Integrität des Besitzes jeder der beiden Staaten. — Versetzen Sie sich, meine Herren, in das Jahr 1866 zurück — ich thue es nicht gerne — und Sie werden sich überzeugen, daß damals die fraglichen Verträge der einzig mögliche Ersatz waren für das eben zerrissene Band des rein defensiven deutschen Bundes.

Ich war bei den Friedensverhandlungen selbst gegenwärtig; ich kann Ihnen die Versicherung erteilen, daß von einer offensiven Bedeutung der Verträge, von einem Angriff auf fremdes Gebiet nirgends die Rede war, sondern daß lediglich von der Abwehr eines fremden Angriffs gesprochen wurde. — Es giebt eine doppelte Offensive, meine Herren; eine politische und eine strategische. Die politische Offensive ist durch den Inhalt der Verträge unbedingt ausgeschlossen. Die strategische Offensive, bei schon entschiedenem Kriege, wird sich der Führer einer schlagfertigen Armee jederzeit vorbehalten müssen. — Die zweite Befürchtung, welche der Herr Abgeordnete Schleich ausgesprochen hat, findet sich im Inhalt der Verträge ebensowenig begründet; der Text hat nur den Kriegsfall im Auge. — Allerdings liegt es in der Natur einer Allianz, daß Wehrkräfte auf beiden Seiten vorausgesetzt werden. Wenn unserem Verbündeten daran gelegen sein muß, daß wir nicht wehrlos seien, so haben wir noch ein viel höheres, viel mächtigeres Interesse daran, es nicht zu sein. Deshalb, meine Herren, nehmen Sie getrost Ihren Patriotismus und Ihre erleuchtete Vaterlandsliebe zur einzigen Richtschnur Ihrer jetzigen Verhandlung und Ihrer freien Beschlußfassung."

Der Beschaffenheit der damaligen Lage und der Stimmung der Zuhörerschaft war diese sachlich-kühle und eben wegen der Knappheit ihrer Form wirkungsvolle Auseinandersetzung so zweckmäßig an-

gepaßt, daß sie die beabsichtigte Wirkung vollständig erreichte. Die zu der nationalen Sache stehende Minderheit des Hauses war fortan darüber versichert, daß diejenige Auffassung des casus foederis, zu welcher der König und dessen verantwortlicher Minister sich bekannten, derjenigen der wahren Patrioten auf beiden Seiten des Mains ungleich näher stehe, als der Tendenz der Partikularisten, den Bündnisfall in möglichst enggezogene Grenzen einzufriedigen, — den Herren Jörg, Schleich und Genossen aber war die Möglichkeit abgeschnitten, das bayrische Volk mit weiteren Klagen über „freiwillige Dienstbarkeit" und über „Preisgebung" der Würde und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu beunruhigen. Gegen einen Staatsmann, der sich — nach eignem Geständnis — zu der Übernahme von Verpflichtungen gegen andere Staaten nur schwer und zögernd entschlossen hatte, ließ sich schlechterdings nichts ausrichten, wenn derselbe die Absicht, den einmal übernommenen Verpflichtungen dem ganzen Umfange nach nachzukommen, so sachlich, kühl und bestimmt aussprach, wie Graf Bray gethan hatte. — Die Gelegenheit, seine schlichten Worte in mannhafte Thaten umzusetzen, sollte dem bayrischen Minister-Präsidenten früher geboten werden, als er selbst angenommen hatte.

Die Juli-Tage des Jahres 1870, in denen die Geschicke Deutschlands und Europas durch die Thorheit des brutalsten und unfähigsten aller französischen Politiker der neueren Zeit, des Herzogs von Gramont in neue unberechenbare Bahnen getrieben wurden, waren zugleich die Tage einer in der bayrischen Abgeordneten-Kammer geführten Verhandlung über das Militärbudget. Während des historisch gewordenen Auftritts auf der Promenade von Ems fand in München eine Verhandlung statt, die der ultramontanen Kammermehrheit zu der Erklärung den Mut gab, sie werde die für Militärzwecke geforderten 15 Millionen Gulden nicht bewilligen und von den Eventualitäten eines Krieges absehen, so lange der Frieden nicht wirklich gebrochen sei. Dabei blieb es trotz der warnenden Hinweisungen auf die Bedrohlichkeit der Lage, mit denen Graf Bray und sein Kollege der Kriegsminister v. Pranckh diesen kurzsichtigen Äußerungen entgegentraten, bis zum 18. Juli. An diesem Tage,

demjenigen der französischen Kriegserklärung, aber noch vor dem Bekanntwerden derselben brachte die bayrische Regierung einen Antrag auf Bewilligung eines Kredits von 5 Millionen Gulden zum Zweck der Mobilmachung der bayrischen Armee, indem sie sich vorbehielt für die folgenden Monate weitere 21 Millionen zu verlangen, wenn die einstweilen noch schwebenden, auch von Bayern unterstützten Versuche einer Vermittlung zwischen den Kabinetten von Berlin und Paris ergebnislos bleiben sollten, d. h. wenn es zum Kriege komme. Mit der ihm zur zweiten Natur gewordenen Zurückhaltung umging Graf Bray einstweilen die — thatsächlich von der Regierung bereits beschlossene — Anerkennung des casus foederis, indem er die eingebrachte Kreditforderung mit der nachstehenden Rede begleitete:

„Die europäischen Ereignisse der letzten Tage haben auch Bayern in eine Lage versetzt, welche der Regierung zur Pflicht macht, vor die Vertretung des Landes zu treten und Ihren Rat, Ihre Hilfe und die Mittel zur Verteidigung des Vaterlandes zu verlangen. — Wenn Sie mir gestatten auf jene Ereignisse einen kurzen Rückblick zu werfen, so finden wir noch am 30. Juni eine tieffriedliche Lage, eine Lage, welche einen der leitenden Staatsmänner veranlaßte, zu erklären, daß seit dem Jahre 1866 der Friede Europas nie gesicherter erschienen sei, — aber schon am 6. Juli ändert sich diese Lage. Im gesetzgebenden Körper Frankreichs wird infolge der seitdem hervorgetretenen Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern für den spanischen Thron die offizielle Erklärung abgegeben, daß die französische Regierung auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volkes vertraue; daß jedoch, wenn diese Hoffnung getäuscht werden sollte, sie ihre Pflicht thun werde ohne Zaudern und ohne Schwäche. Sämtliche europäischen Mächte einigten sich hierauf, den durch diese Worte heraufbeschworenen Sturm zu beschwichtigen. Überall wurde der Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern als die beste Lösung hervorgehoben, als diejenige, welche den Gegenstand des Streites entfernen würde. Dieser Rücktritt erfolgte wirklich am 12. Juli, und nachdem somit das eigentliche Motiv der Aufregung beseitigt war, verbreiteten sich schnell,

selbst in der französischen Kammer, die sichersten Friedenserwartungen. Allein am 14. Juli wurden bereits vom Könige von Preußen neue Erklärungen gefordert, sie wurden gefordert mit dem Verlangen, daß seine Antwort direkt nach Paris telegraphiert würde, und da der König im Gefühl seiner Würde dies verweigerte, erfolgte schon am 15. Juli, also schon tags darauf, in Paris an die französischen Kammern die Forderung eines Kredits für kriegerische Zwecke. Von hier ab ändert sich die Natur der Sache. Die spanische Kandidatur verschwindet, die deutsche Frage beginnt.

Es beginnen auch im großen Maßstabe die Rüstungen Frankreichs und ihnen folgen sofort jene Norddeutschlands. Selbst anerkannte neutrale Staaten, die Schweiz, Belgien, rüsten sich, um ihre Selbständigkeit, ihre Sicherheit zu wahren. Diesem Beispiele mußte sich Bayern anschließen, und daß das ohne Zaudern geschieht, daß dabei keine Zeit verloren wurde, ergiebt sich aus dem Umstande, daß schon am 16. Juli frühmorgens der Mobilmachungsbefehl für die bayrische Armee von seiner Majestät dem Könige erlassen wurde. So stehen, meine Herren, jetzt die Sachen. Eine Kriegserklärung ist von keiner Seite erfolgt, die Vermittlungsversuche der Großmächte, an welchen auch wir zur Abwendung der Kriegsgefahr uns beteiligten, werden, wenn auch mit wenig Aussicht auf Erfolg, noch fortgesetzt. — Auch Ihre gewichtige Stimme, meine Herren, haben wir noch zu vernehmen. Ich beschränke mich daher zur Zeit, behufs Motivierung unserer Mobilmachung und der durch dieselbe bedingten Auslagen, auf den Hinweis auf jene europäischen Ereignisse. — Ich muß auch bemerken, daß eine von der Hoffmannschen Korrespondenz gegebene Nachricht von dem Ministerium des Äußern wenigstens nicht herrührt."

Für Politiker, die sich auf die Zeichen der Zeit verstanden und die Fähigkeit besaßen, von der Vergangenheit für die Gegenwart zu lernen, wären die vorstehend wiedergegebenen Ausführungen zu richtiger Auffassung der Sachlage und der durch dieselbe bedingten nicht mehr mißverständlichen Forderungen der Zeit mehr als ausreichend gewesen. — Die Herren der damaligen Mehrheit des bayrischen Abgeordnetenhauses bewiesen, daß sie der Zahl der Wissenden

und Belehrbaren auch jetzt noch nicht angehörten und daß sie nicht gelernt hatten, das unvermeidlich Gewordene mit mindestens so viel Würde zu thun, wie ihr eigenes Interesse verlangte. Mit absichtlichem Mißverständnisse dessen, was die Regierung verlangt hatte, beschloß die Mehrheit Überweisung des Antrages an eine Kommission, von der sie die gehörige Gefügigkeit gegen die Diktate der „patriotischen“ Fraktion erwarten durfte. Wie diese Diktate lauteten ist bekannt: „Aufrechterhaltung der bewaffneten Neutralität“ d. h. Beschränkung aller Bewilligungen auf eine solche und Herabdrückung der Regierungsforderung auf den für die Zwecke dieser Neutralität ausreichenden Mindestbetrag.

Als die Kammer am Vormittage des folgenden Tages zur Anhörung des Berichts ihrer Kommission und zur Fassung eines definitiven Beschlusses zusammentrat, war die Kunde von der nach Berlin gelangten französischen Kriegserklärung auch in München eingetroffen und allgemein bekannt geworden. Ihren Weg in das Ständehaus mußten die Abgeordneten der zweiten Kammer über Gassen und Plätze nehmen, auf denen eine leidenschaftlich bewegte, für den Gedanken patriotischer Pflichterfüllung begeisterte Bevölkerung auf- und niederwogte. Haus und Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt, die Erdgeschosse des Ständehauses aber mit einer Truppenabteilung besetzt, welche die Bestimmung hatte, die Redefreiheit und persönliche Sicherheit auch solcher Vertreter des bayrischen Volks zu sichern, denen der Zorn dieses Volks über den Kopf zu wachsen drohte: es war öffentliches Geheimnis, daß das Gerücht von einer bevorstehenden Beschlußfassung im Sinne der Aufrechterhaltung der Neutralität Bayerns die heißblütige Bevölkerung der Landeshauptstadt in einen Grimm versetzt hatte, der zur Wut ausarten konnte. — Nach Eröffnung der Sitzung ergriff Edmund Jörg, der vielgenannte Herausgeber der „Historisch-politischen Blätter“ als Berichterstatter das Wort, um den Antrag auf Verkündigung der bewaffneten Neutralität zu begründen. Nach einer Reihe theoretischer, unter den gegebenen Verhältnissen doppelt entbehrlicher Auseinandersetzungen über Wesen und Aufgabe bewaffneter Neutralitäten wandte der Redner sich vornehmlich gegen den von Bray bei

Gelegenheit der Kommissionsberatung gethanen Ausspruch, seit der Zurückziehung der spanischen Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern sei „die spanische Frage verschwunden und habe die deutsche begonnen.“ Das wurde von Herrn Jörg bestritten, behauptet, daß Preußen es in der Hand gehabt habe „durch ein Wort“ das drohende Blutvergießen zu verhindern, und daß es sich bei dem, was schließlich den Ausschlag gegeben (dem Auftritt in Ems), um wenig mehr als einen wirklichen oder angeblichen Verstoß gegen die Etikette gehandelt habe. Wenn der Herr Minister davon geredet habe, daß es für eine Neutralität der Anerkennung derselben durch die streitenden Parteien bedürfe, so dürfe ihm jetzt vorgehalten werden, daß diese Voraussetzung zur Zeit vorzuliegen scheine. Habe Preußen sich auch noch nicht direkt geäußert, so sei doch unzweifelhaft, daß ihm die Deckung seiner Flanken durch einen neutralen Süden einen Vorteil sichere, den es anerkennen müsse. Rücksichtlich Frankreichs stehe fest, daß dasselbe eine bayrische Neutralität respektieren werde, — habe der Herzog von Gramont doch ausdrücklich erklärt, daß die kaiserliche Regierung an Gebietserwerbungen nicht denke und daß einer „Gewährleistung“ für die Pfalz Bedenken nicht entgegenstehen würden.

Die Widerlegung von Jörgs Ausführungen über den militärischen Punkt unternahm der Kriegsminister v. Pranckh, indessen Graf Bray den Führer der ultramontanen Partei auf demjenigen Gebiete ad absurdum führte, das derselbe zum Tummelplatze seines völkerrechtlichen und politischen „Systems“ gemacht hatte. Unter tiefem Schweigen des Hauses ergriff er zu der nachstehenden, trotz der gewohnten äußeren Ruhe des Redners mit unverkennbarer Erregung vorgetragenen Replik das Wort:

„Ich darf sagen, daß der Gegenstand, welcher uns beschäftigt, auch für mich ein Gegenstand ernster und tiefbesorgter Überlegung gewesen ist. Wie ich schon gestern angedeutet habe, schien mir die Angelegenheit, so lange es sich um die Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern handelte, Bayern und Deutschland ferne zu stehen, oder doch uns nur mittelbar berühren zu können. Wäre die Renunciation des Prinzen, die bald darauf erfolgte, eine nur

scheinbare, eine vorübergehende gewesen, so hätte das freilich an der Sache nichts geändert. Aber auch dann hätte doch, damit Grund zum Kriege vorlag, die Wiederaufnahme dieser Prätensionen durch den Prinzen abgewartet werden müssen, nur dann, scheint mir, wäre ein Motiv dagewesen zu einem Zerwürfnisse zwischen Frankreich und Preußen. Dieser Fall ist aber nicht eingetreten, die Renunciation ist vielmehr eine ernste gewesen, und ist insbesondere als eine solche von der spanischen Regierung aufgenommen worden. In einer Mitteilung der spanischen Regierung, welche ich gestern erhalten habe, beweist sie es dadurch, daß sie uns mitteilt, daß die Versammlung der Cortes, welche auf den morgigen Tag, den 20. dieses Monats berufen war, definitiv nicht stattfindet, daß die Cortesversammlung von der Regierung als nicht berufen erklärt wird.

Daß aber, nachdem alles dieses geschehen ist, einer Großmacht dafür der Krieg erklärt wird, daß auf eine Sommation hin der Souverän dieser Großmacht nicht gleich einwilligt, eine Erklärung abzugeben über einen Gegenstand, von welchem er behauptet, daß er gar nicht dabei beteiligt gewesen sei und daß darüber dieser Großmacht der Krieg erklärt wird, das, meine Herren, ist, glaube ich, in der Geschichte noch nicht dagewesen. Nach allem diesen, meine Herren, ist, glaube ich, nicht anzunehmen, daß noch etwas anderes vorliegt, als eben ein neuer Akt jenes Dramas, welches so oft schon auf den Feldern Deutschlands und Frankreichs sich blutig abgespielt hat. Man hat von dem casus foederis gesprochen. Meine Herren! Ich bin ein Mitunterzeichner jenes Vertrages, ich habe ihn im Auftrage und auf Befehl unseres Königs mitunterzeichnet; ich weiß, wie der Vertrag gemeint war. Ich habe auch meine Stellung zu demselben nie verleugnet. Als ich zu der Ehre berufen wurde, den Platz, den ich jetzt innehabe, zu übernehmen, habe ich öffentlich in diesem Hause erklärt, daß ich die Verträge als verbindlich und auf Gegenseitigkeit beruhend betrachte. So, wie ich den Vertrag verstanden habe, ist er ein Defensivbündnis, kein Offensivbündnis. Wir sind also nicht in jenen Fällen zur Mithilfe verbunden, wo ein Angriff bezweckt wird; aber zur Mithilfe sind wir verpflichtet, wenn von Verteidigung deutschen Territoriums, eines

der Territorien der beiden kontrahierenden Staaten die Rede ist, weil in diesem Bündnisse die Integrität der Staaten gegenseitig garantiert ist. — Nun, meine Herren, dieser Fall ist eingetreten. Der Krieg ist da, die deutsche Grenze ist überschritten, die Kriegserklärung ist erfolgt. — Ich erkenne also an, daß der Kriegsfall, der im Vertrage vorgesehen war, eingetreten ist, und daß wir durch diesen Vertrag, sowie unsere Stellung in Deutschland gebunden sind. — Der Herr Ausschußreferent hat Ihnen einige Bemerkungen aus der Ausschußsitzung, die ich dort gemacht habe, mitgeteilt. Ich könnte vielleicht einige von den Äußerungen, die mir dort zugeschrieben werden, in einigen Punkten rektifizieren. Ich glaube aber, daß bei der schon vorgerückten Zeit und bei der Wichtigkeit der Debatte jene Punkte als Nebensache erscheinen. Sie sind eben aus einer sechsstündigen oder siebenstündigen Besprechung herausgenommen und würden sich im Kontexte vielleicht anders ausgenommen haben. Aber im Grunde kommt ja darauf nichts an. Ich lasse sie also fallen. — Ich muß noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Die Regierung achtet im höchsten Grade die Rechte dieses hohen Hauses, aber sie verlangt von der Landesvertretung, daß auch die Rechte der Krone, die Rechte des Königs geachtet werden. Unter diesen Rechten steht obenan die Entscheidung über Krieg und Frieden, über die äußere Politik, über die ganze Richtung, welche die Regierung zu befolgen hat. — Wenn Ihrem heutigen Votum eine Bedingung beigefügt ist, welche für die Regierung als bindend erscheint, so muß ich wenigstens von meinem Standpunkt aus — dieses Votum als ein negatives betrachten, ich muß unsere Forderung als verweigert ansehen. Eine Bedingung, welche uns vorschreibt, was wir zu thun haben, können wir nicht annehmen; auch unsere Verantwortlichkeit läßt es nicht zu. Man hat auch gesagt und namentlich der Herr Referent hat behauptet, die Neutralität wäre das wünschenswerteste für Bayern. Ich habe mich allerdings auch dahin ausgesprochen, und glaube es noch, aber unter welchen Bedingungen? Nur dann halte ich diese Neutralität für eine Wohlthat, wenn es möglich wäre, sie auf ganz Süddeutschland zu erstrecken, und wenn die beiden kriegführenden Mächte mit derselben einverstanden wären; dann,

meine Herren, hätten wir auch der Macht gegenüber, welcher wir durch Vertrag verbunden sind, vollständig genügt, sie wäre mit unserer Hilfe einverstanden, denn auch das wäre durch die Deckung der Grenze eine Art der Hilfe. Die Neutralität ist die größte Wohlthat, welche einem Staate gewährt werden kann, wenn sie allgemein anerkannt ist, wie die der Schweiz und Belgiens. Aber die Neutralität eines Staates zweiter Größe für sich allein, ohne alle äußere Anerkennung, ist eine Last, welche die Kräfte eines solchen Staates weit übersteigt.

Ich habe schließlich nur noch zu bemerken, daß dieses Votum ein Votum des Vertrauens ist.

Genießt die Regierung nicht hinlängliches Vertrauen in diesem hohen Hause, damit ihr die Mittel anvertraut werden, bedingungslos, um in diesen ernsten Zeiten die Rechte, die Sicherheit, die Ehre des Staates zu wahren, dann, meine Herren, sind die Männer, die jetzt an der Spitze der Geschäfte stehen, nicht im stande, ihrer schweren Pflicht fortan zu genügen.

Ich wiederhole: Es ist keine andere Auslegung des Vertrages, als die, welche ich ausgesprochen habe, zulässig. Ich habe den Vertrag mit unterzeichnet und Ihnen meine Überzeugung von demselben ausgesprochen. Meine Unterschrift und meine Überzeugung habe ich noch nie verleugnet und durch Gottes Gnade nicht bis jetzt gelebt, um heute meiner Überzeugung oder meiner Unterschrift untreu zu werden."

Zeugen der denkwürdigsten Verhandlung, die jemals im bayrischen Ständehaus geführt worden, haben von der verhaltenen Erregung, mit welcher die letzten Worte der Brayschen Rede gesprochen wurden, ausgesagt, daß sie sich dem größten Teile der Zuhörerschaft mitgeteilt und auf den weiteren Verlauf der Debatte bestimmenden Einfluß geübt habe. Dieser Verlauf ist bekannt. Nachdem der als Gegner der Regierung und ihrer Anschauungen bekannte greise Abgeordnete Professor Sepp das schwerwiegende Bekenntnis abgelegt hatte, „daß zwischen gestern und heute ein Jahrzehnt liege" und daß die Ereignisse desselben ihn bestimmt hätten, seine im Sinne der

Neutralitätserklärung am gestrigen Abende ausgearbeitete Rede zu zerreißen und in den Kriegsruf der gesamten Nation einzustimmen, und nachdem die Abgeordneten Fischer, Völk und Levi den entschieden nationalen Standpunkt mit feurigem Schwung zum Ausdruck gebracht hatten, wurde zur Abstimmung geschritten, der Ausschußantrag mit 89 gegen 58 Stimmen abgelehnt, ein von Hause aus aussichtsloser Vermittelungsversuch mit 76 gegen 72 Stimmen gleichfalls verworfen und unter Jubelrufen, die von der Straße aus in den Verhandlungssaal hinaufdrangen und eine minutenlange Unterbrechung der Diskussion notwendig machten, der gesamte Regierungsantrag mit 101 gegen 47 Stimmen angenommen. Vierundzwanzig Stunden später sprach die erste Kammer einstimmig und ohne daß es einer Verhandlung bedurft hätte ihre Zustimmung zu diesem Beschlusse aus: ein neuer Abschnitt der deutschen und der bayrischen Geschichte hatte begonnen!

Es ist hier nicht der Ort, die einzelnen Daten in das Gedächtnis zurückzurufen, durch welche Bayerns Eintritt in die militärische Aktion bezeichnet wird. Aber im Hinblick auf die Haltung zu der bald nachher auf die Tagesordnung gebrachten Einigungsfrage war es von hoher Bedeutung, daß der Mobilisierungsbefehl einen Sturm der Begeisterung im ganzen Lande entfesselte, der (wie wir gesehen haben) den Widerstand der Kammer brach und eine stattliche Mehrzahl für die Bewilligung der für den Krieg geforderten Kredite zur Folge hatte. Wo auch immer sich der König zeigte, war er der Gegenstand enthusiastischer Huldigungen. König Wilhelm konnte mit Recht an ihn telegraphieren: „Ihre echt deutsche Haltung elektrisierte auch Ihr Volk.“ In die Kundgebungen, die dem Ausbruche des Krieges galten, mischte sich auch in Bayern sehr bald der Gedanke an die zu erstrebende Einigung. Schon am 27. Juli brachte die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ einen Artikel über „Die nationale Bewegung in Bayern“. Eine Adresse, mit der der Münchener Magistrat am 19. August auf die Begrüßungsdepesche der Königsberger Kaufmannschaft antwortete, enthielt den Satz: „Möge im Frieden das Band befestigt werden, das der Krieg um die deutschen Stämme geschlungen. Deutschland wird einig und mächtig aus dem glorreichen

Kampf hervorgehen.“ Am 30. August heißt es in einem Artikel der „Allgemeinen Zeitung“: „Straßburg und Metz her! Die Mainlinie weg!“ Und in denselben Tagen wird das Gerücht verzeichnet, daß zwischen norddeutschen und bayrischen Abgeordneten über die „deutsche Frage“ korrespondiert werde. Am 1. September telegraphieren Münchens Bürgermeister an König Ludwig, er möge „der deutschen Nation zu einer gemeinsamen, ihrer würdigen Gesamtvertretung . . . verhelfen.“ Der König antwortet, den Wunsch in in etwas allgemeinerer Fassung erwidernd, er hege „die feste Zuversicht, daß aus diesem Riesenkampf Bayern und Deutschland eine glückliche Zukunft erblühen werde.“ In den nächsten Wochen mehren sich die Kundgebungen, in denen wie nach einem vereinbarten Schema neben dem Verlangen nach der Annektierung von Elsaß-Lothringen und leidenschaftlichem Protest gegen die Interventionsabsichten fremder Mächte die Forderung der deutschen Einheit zum Ausdruck gebracht wird. Der Sieg von Sedan und die Verleihung des Eisernen Kreuzes an die bayrischen Truppen erhöhten den Enthusiasmus. Am 19. September beschloß Münchens Stadtvertretung eine Adresse, die den Wunsch nach Herbeiführung eines allgemeinen deutschen Bundes, ähnlich dem Nordbunde, aussprach. Aus allen größeren Städten Bayerns kamen ähnliche Adressen, die „Allgemeine Zeitung“ brachte gar schon ein bis ins einzelne ausgearbeitetes Bundesprogramm. Nachdem inzwischen Lasker und Forckenbeck in München geweilt hatten, wo sie mit ihren Gesinnungsfreunden die nationale Frage besprachen, und mehrfach Mitteilungen über Beratungen des Ministeriums, die sich auf denselben Gegenstand bezogen haben sollten, in die Öffentlichkeit gedrungen waren, erfuhr man am 18. September, Minister Delbrück werde seinen Rückweg aus dem Hauptquartier König Wilhelms nach Berlin über München nehmen. Gleichzeitig mit dem württembergischen Minister v. Mittnacht traf er am 20. September dort ein.

Graf Brays Thätigkeit war von den ersten Tagen der Kriegsbewegung an äußerst lebhaft geworden, so daß schon am 19. Juli die nichtpolitischen Geschäfte seines Ressorts zu seiner Entlastung dem Staatsrat v. Daxenberger übertragen wurden. Es lag in der

Natur der politischen Ereignisse, daß sein Versuch, durch den Münchener englischen Gesandten Sir Henry Howard in London eine Vermittlung anzubahnen, erfolglos verlief. Sehr bald begann der Ministerpräsident, wohl weniger aus stürmischer Neigung seines Herzens, als in kluger Erkenntnis der Zeitströmung, seine Aufmerksamkeit der deutschen Frage zuzuwenden. Hatte doch Kronprinz Friedrich Wilhelm, als er Ende Juli in München zur Übernahme des Kommandos der bayrischen Truppen weilte, zum Grafen Bray gesagt: „Da wir nun beisammen sind, müssen wir auch beisammen bleiben." Unter dem Drucke der geschilderten populären Bewegung entschlossen sich die Minister, wie uns Graf Bray in kurzen Aufzeichnungen über jene Zeit mitteilt, die Genehmigung des Königs zur Einleitung von Beratungen mit einem Vertreter des Norddeutschen Bundes zu veranlassen. Der nachfolgende, von Graf Bray mit nachträglicher Zustimmung der übrigen Minister entworfene Antrag vom 12. September wurde Seiner Majestät unterbreitet:

„Der im Jahre 1866 geschaffene Zustand war ein provisorischer. Er verdankte seine Entstehung einer doppelten Einwirkung: den preußischen Siegen und dem im Prager Frieden ausgesprochenen Widerwillen Frankreichs und Österreichs gegen die Ausdehnung der schon so erweiterten preußischen Machtsphäre über Süddeutschland. So entstand — mit mehr politischer als geographischer Bedeutung — die Mainlinie. Eine Folge hiervon war die Begründung und Ausbildung des „Deutschen Nordbundes" in einer zum Einheitsstaat führenden Richtung.

Eine weitere Folge war die Abneigung der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen, in diesen Bund zu treten, sowie die politische Bedenklichkeit eines solchen Eintritts, welcher der Herbeiführung einer Kriegserklärung Frankreichs gleichgeachtet werden mußte.

Dieses letztere Bedenken ist infolge der ruhmreichen und welthistorischen Ereignisse der letzten Zeit verschwunden.

Dennoch ist die Ablehnung des Eintritts von Bayern in den Norddeutschen Bund auch jetzt noch die einzig richtige Politik, da es in der That mehr als auffallend wäre, wenn der Lohn

Bayerns für seine Vertragstreue, für seine wertvolle moralische und materielle Hilfe in nichts anderm bestünde als in dem Beitritt zu einem von ihm früher mit Recht zurückgewiesenen Bunde.

Aber nicht so richtig wäre es, sich überhaupt ablehnend gegenüber einer Neugestaltung Deutschlands auch jetzt noch zu verhalten. Wenn es wahr ist, daß Bayerns tausendjährige Geschichte stets auf eine Verbindung mit Deutschland hinweist, daß ferner in der jetzigen Zeit für isolierte Staaten, wenn sie im Widerspruche mit dem mächtig wirkenden Nationalitätsprinzipe stehen, im europäischen Staatensystem kein Raum ist, so wird selbst der Zwang zur Eingehung eines nationalen Bündnisses für Bayern nicht ausbleiben, sei es, daß er von außen komme, sei es, daß man dem inneren Drängen nachzugeben genötigt werde.

In diese Zwangslage darf sich die Regierung nicht drängen lassen; und es empfiehlt sich vielmehr im jetzigen Augenblicke, wo das Gefühl der großen von Bayern, von seinem Könige und seinem Heere der nationalen Sache geleisteten Dienste das öffentliche Bewußtsein beherrscht, die Bedingungen zu präzisieren, unter welchen Bayern geneigt wäre, der nationalen Einigung beizutreten. Die zu machenden Zugeständnisse und die anzustrebende Stellung sind verschieden, je nachdem Preußen den jetzt bestehenden „Nordbund" fortbestehen läßt und etwa im Sinne des Einheitsstaates noch weiter ausbildet, oder an eine einheitliche, gleichmäßige Neugestaltung ganz Deutschlands zu schreiten sich geneigt zeigt.

In ersterem Falle wäre, wie bereits oben bemerkt, ein Eintritt jetzt so wenig zu empfehlen wie vor dem Kriege. Aber da das früher in der französischen Auffassung des Prager Vertrages liegende Hindernis nicht mehr besteht, könnte und müßte an die Stelle des bisherigen völkerrechtlichen Bandes, das ist an die Stelle der Schutz- und Trutzbündnisse, eine staatsrechtliche und organische Verbindung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde gesetzt werden.

Anders verhält es sich, wenn Preußen zu dem Entschlusse gelangt, den seit vier Jahren bestehenden Nordbund fallen zu lassen, um ihn durch einen neuen, auf veränderten Grundlagen

zu errichtenden allgemeinen deutschen Bund zu ersetzen. Im letzteren Falle würde es sich um den Beitritt Bayerns zu dem neuen Bunde handeln. Aber auch dann müßten die Bedingungen reiflich erwogen werden, unter welchen der Beitritt zuzugestehen wäre, und es würde von der Konstituierung des Bundes abhängen, ob und in welchem Maße für den nächst Preußen größten deutschen Staat eine Sonder- und Ausnahmestellung zu vindizieren wäre.

Nachdem die obenerwähnte alternative Entscheidung der preußischen Regierung als Vorfrage sich darstellt, hat der treugehorsamst mitunterzeichnete Staatsminister des Äußern bereits Anstalt getroffen, damit von preußischer Seite hierüber Aufschluß erteilt werde. Mit dieser Interpellation ist der Königlich preußischen Regierung die sichere Andeutung bereits erteilt, daß Euer Königlichen Majestät Regierung sich mit der künftigen Gestaltung Deutschlands beschäftigt, und daß bei derselben die Geneigtheit besteht, sowohl selbst mit Vorschlägen hervorzutreten als Anträge, die an sie gebracht werden, ernster Erwägung zu unterziehen. Eine Verbindlichkeit wurde dadurch in keiner Weise und nach keiner Richtung übernommen. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß jede in diesem Sinne zwischen Preußen und Bayern angeknüpfte Unterhandlung iu kürzester Zeit bekannt und in der Presse erwähnt werden wird, ist schon auf diesem Wege dafür gesorgt, daß der in der erregten öffentlichen Meinung sich kundgebenden Ungeduld in billigem Maße entsprochen und Beruhigung herbeigeführt werde. Dem Drängen der Heißsporne durch Überstürzung zu genügen, kann weder Pflicht noch Absicht der Regierung sein.

Als ein äußeres Zeichen der Thätigkeit der Regierungen dürfte übrigens in nicht ferner Zeit das Eintreffen des Ministers Delbrück in München oder die Einladung bayrischer Bevollmächtigter in das Hauptquartier König Wilhelms zu gewärtigen sein. Um auf letztere Eventualität gefaßt zu sein, dürften schon im voraus sowohl die einer Umgestaltung Deutschlands zu machenden Zugeständnisse als die im Interesse der bayrischen Selbständigkeit und Souveränität zu nehmenden Kron- und Landes-

rechte genau zu präzisieren und darüber Euer Königlichen Majestät Allerhöchste Beschlußnahmen einzuholen sein.

Zu dem ersteren müßten nach des Mitunterzeichneten unmaßgeblicher Ansicht gehören:

1. eine allgemeine deutsche Volksvertretung, deutsches Parlament mit genauer Kompetenzbegrenzung;
2. eine nach gleichen Grundsätzen organisierte, im Kriege als einheitliches Ganzes sich darstellende und wirkende deutsche Heeresmacht.

Als Merkmale und Bedingungen der eignen Souveränität wären vorzubehalten:

1. das Recht der Vertretung nach außen mit Einschluß des Rechtes Verträge zu schließen, soweit solche dem Zwecke und den Interessen des Bundes nicht widersprechen;
2. die militärische Oberherrlichkeit im Frieden über die, einen für sich abgeschlossenen Körper bildende Armee;
3. eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzen, insoweit solche nicht durch spezielle Bestimmungen des Bundesvertrages der Kompetenz des Bundes unterliegen;
4. die selbständige Leitung des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens.

Bei obigen Voraussetzungen wird von der Annahme einer gründlichen Umgestaltung des Nordbundes ausgegangen.

Trifft diese Annahme nicht zu und wird von seiten Preußens an der bestehenden und seinen Sonderinteressen wohl zusagenden Schöpfung festgehalten, so würde sich für Bayern zwar ein organischer Anschluß an den Nordbund — mit Festhalten obiger Richtpunkte — ein Eintritt aber nicht als thunlich und empfehlenswert darstellen.

Die treugehorsamst Unterzeichneten beehren sich, die obigen allgemeinen Grundzüge Euer Königlichen Majestät Allerhöchster Würdigung und Beschlußnahme zu unterstellen, wonach sich die Grenzen der zu machenden Zugeständnisse und Vorbehalte bei den einzelnen Punkten ergeben werden, deren definitive Formulierung gleichfalls Allerhöchster Genehmigung vorbehalten bleibt."

Die Besprechungen mit dem Staatsminister und Präsidenten des Bundeskanzleramtes des Norddeutschen Bundes Delbrück füllten die Tage vom 22. bis 26. September 1870 aus. Minister v. Mittnacht nahm an ihnen für Württemberg teil, während Bayern durch sein gesamtes Staatsministerium (Graf Bray, v. Pfretzschner, v. Schlör, v. Pranckh, v. Lutz und v. Braun) vertreten war. Gegenstand der Verhandlung waren „Vorbesprechungen über die Bildung eines die sämtlichen deutschen Staaten in sich begreifenden Verfassungsbündnisses". Einem amtlichen, dem Ausschuß der zweiten Kammer später bekannt gegebenen Protokoll zufolge gab Delbrück die Erklärung ab, „daß er nicht beauftragt sei, im Namen der preußischen Regierung oder des Norddeutschen Bundes Vorschläge zu machen, sondern den Propositionen der süddeutschen Regierungen entgegensehe. Zugleich bemerkte er auf eine ihm gegebene Veranlassung, daß Preußen noch keinen Grund gefunden habe, die Frage einer näheren Erwägung zu unterwerfen, ob mit der Gründung eines allgemeinen deutschen Bundes eine Änderung des zwischen den Staaten des Norddeutschen Bundes bestehenden Verfassungsverhältnisses zu verbinden sei, und daß er daher eine solche Änderung nicht vorauszusetzen habe." Als Leitfaden der Besprechungen diente die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die artikelweise durchgegangen wurde. Diese Besprechungen bildeten die Grundlage, auf welcher später die sogenannten „Versailler Verträge" abgeschlossen worden sind, wenngleich in diesen die bayrische Regierung über die Linie hinausgegangen ist, in der sich noch im September ihre Konzessionen hielten. Zu lebhafteren Diskussionen mit Delbrück gab Anlaß Artikel 4 (Beaufsichtigung seitens des Bundes). „Anlangend die einzelnen Ziffern dieses Artikels, so proponierte die bayrische Regierung in Anbetracht, daß ihr zwar ernstlich und aufrichtig darum zu thun sei, in dem neuen deutschen Bunde ein lebensfähiges Verfassungsgebilde zu schaffen, und daß sie deshalb der Gemeinschaft alle unentbehrlichen Opfer zu bringen bereit sei, daß ihr aber ebenso dringlich die Erhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Staaten am Herzen liege und deshalb von ihr alle entbehrlichen Abtretungen von Regierungsrechten und so weiter ab-

gelehnt werden müßten, — zu Ziffer 1 zwar die Gesetzgebung über Freizügigkeit, Paßwesen und Fremdenpolizei, das Versicherungswesen — abgesehen vom Immobiliarversicherungswesen —, über Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Landen der Bundeskompetenz zu überweisen, dagegen die Gesetzgebung über die Heimats- und Niederlassungsverhältnisse (im Hinblick auf den einschneidenden Eingriff in die neue bayrische Sozialgesetzgebung), über Staatsbürgerrecht und den Gewerbebetrieb (ersteres in Anbetracht des engen Zusammenhanges der betreffenden Bestimmungen mit dem bayrischen Staatsverfassungsrechte, letzteren wegen Mangels einer absoluten Notwendigkeit gemeinsamer Gesetzgebungen) den Einzelsouveränitäten vorzubehalten. Demgegenüber sprach sich Seine Excellenz Herr Staatsminister Delbrück mit besonderem Nachdrucke für die Notwendigkeit der Gemeinsamkeit der Gewerbegesetzgebung und dafür aus, daß statt der Kompetenz über das ‚Staatsbürgerrecht' dem Bunde die Kompetenz der Gesetzgebung über ‚Bundes- und Staatsangehörigkeit' eingeräumt werden möge, da im Hinblick auf die Handhabung der Bestimmungen über diese Materie durch die deutschen Gesandten und Konsuln eine Einfachheit und Gemeinschaftlichkeit derselben unentbehrlich sei." Ohne Änderung wurden von bayrischer Seite acceptiert die Ziffern 2 bis 6 des Artikels 4, während zu Ziffer 7 (Konsulatswesen) von der bayrischen Regierung der Vorbehalt gemacht wurde, „daß ihr namentlich im Hinblick auf diejenigen Orte, an welchen lediglich die bayrische Industrie ein Interesse an Aufstellung eines Konsuls haben werde, das Recht verbleibe, bayrische Konsuln im Auslande aufzustellen und ausländische Konsuln in Bayern zu empfangen und mit dem Exequatur zu versehen." Delbrück erwiderte hierauf, „daß zwar der Empfang auswärtiger Konsuln von seiten der bayrischen Regierung in Anbetracht der Beschränkung des Wirkungskreises solcher Konsuln auf bayrisches Gebiet keinem Anstande begegnen werde, die Abordnung bayrischer Konsuln nach dem Auslande dagegen nicht als zulässig erscheine, aber auch nicht erforderlich sei, da gerade darin eine der segensreichsten und imponierendsten Wirkungen des Norddeutschen Verfassungsbündnisses gelegen gewesen, daß das vielköpfige deutsche

Konsulatswesen sein Ende gefunden habe und an dessen Stelle überall ein ‚deutscher Konsul‘ getreten sei, und im übrigen bereitwilligst auch da deutsche Konsuln aufgestellt werden würden, wo auch nur ein einzelner Bundesstaat ein Interesse daran habe.“

„Als gänzlich unannehmbar abgelehnt“ wurden die Bestimmungen über Post- und Telegraphenwesen, das sich Bayern bekanntlich bis auf den heutigen Tag vorbehalten hat. Für den Bundesrat verlangte Bayern acht, statt nur sechs Stimmen, was aber schon damals von Delbrück wie von Mittnacht als undurchführbar bezeichnet wurde. Bezüglich der Bestimmungen über das Bundespräsidium und insbesondere des Artikels 11 „war allseitiges Einverständnis darüber vorhanden, daß auch an der Spitze des neu zu begründenden deutschen Bundes ein Bundespräsidium stehen solle, das selbstverständlich Seine Majestät der König von Preußen zu führen haben werde. In Ansehung des dem Bundespräsidium in Artikel 11 zugewiesenen Rechtes, den Bund völkerrechtlich zu vertreten und im Namen des Bundes Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen, machte Seine Excellenz der Herr Staatsminister Graf Bray in der Erwägung, daß eines der wesentlichsten Kriterien der Selbständigkeit eines Staates in dem Rechte der gesandtschaftlichen Vertretung liege, in dem Übergang dieses Rechtes an eine andre Macht also auch die folgenschwerste Beeinträchtigung dieser Selbständigkeit der einzelnen Staaten liege, namens der bayrischen Regierung den Vorschlag, es im wesentlichen bei dem dermaligen Zustande zu belassen, wonach jede einzelne deutsche Regierung ihrerseits für ihre diplomatische Vertretung zu sorgen habe, und zwar nicht allein in denjenigen Angelegenheiten, die den betreffenden Staat allein angehen, sondern auch in denjenigen Angelegenheiten, welche den im Bunde begriffenen Staaten gemeinschaftlich seien, während nichts dagegen zu erinnern sein werde, wenn der Bund auswärtige Gesandte bei sich empfange und dem Bundespräsidium nach wie vor die diplomatische Vertretung des gesamten Nordbundes zukomme. Diesem Vorschlage gegenüber entspann sich eine einläßlichere Diskussion der Materie von der völkerrechtlichen Vertretung des Bundes, in welcher sich namentlich Seine Exzellenz Herr Staatsminister Delbrück gegen den Vorschlag des Herrn Grafen

v. Bray aussprach, indem er zunächst darauf hinwies, daß der deutsche Bund ein ganz neues Staatengebilde sein werde, und daß, wenn dem Bundespräsidium die völkerrechtliche Vertretung dieser neuen Schöpfung übertragen werde, von einem Übergange bisheriger Souveränitätsrechte Bayerns an den Bund um so weniger die Rede sein könne, als man den süddeutschen Staaten keineswegs das Recht verkümmern werde, neben den Gesandten des deutschen Bundes ihre eignen Gesandten für ihre besonderen Angelegenheiten zu haben und Gesandte auswärtiger Staaten bei sich zu empfangen. Außerdem wurde in der stattgehabten Diskussion die Frage der praktischen Durchführbarkeit des bayrischen Vorschlags einer eingehenden Beleuchtung unterzogen. Was das Recht der Kriegserklärung betrifft, so proponierte Seine Excellenz Graf Bray, anzuerkennen, daß das Bundespräsidium das Recht haben müsse, den Krieg sofort zu erklären, wenn deutsches Gebiet angegriffen werde, dagegen im Rückblick auf die von Preußen bei Auflösung des vormaligen deutschen Bundes gemachten Vorschläge auszusprechen, daß das Bundespräsidium in allen andern Fällen vor Abgabe der Kriegserklärung der Zustimmung des Bundesrats sich zu versichern verpflichtet sei, — endlich daß, um dem Bundesrate ein Urteil über die Sachlage und sonach ein Votum möglich zu machen, das Bundespräsidium die Zusage zu geben hätte, es werde den Bundesrat von dem Verlaufe und dem Inhalte der einschlägigen Verhandlungen, die zur Abwendung einer Kriegsgefahr geführt werden, stets erschöpfend verständigen. Bezüglich des Friedensschlusses endlich erhob Bayern den Anspruch, daß zu den Friedensverhandlungen jeweils ein bayrischer Bevollmächtigter zugezogen und dieser Anspruch in der Verfassung anerkannt werden solle. Hinsichtlich des Abschlusses von Staatsverträgen wurde auf Verlangen der Vertreter der bayrischen Regierung ausgesprochen, daß den einzelnen Staaten das Recht, Staatsverträge über Angelegenheiten zu schließen, welche nicht in den Kreis der Bundesangelegenheiten gehören, nicht zu beanstanden sein werde."

Zu den Artikeln 53 bis 55 wurde von seiten der *bayrischen Regierung* hervorgehoben, durch Aufnahme der Bestimmungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes über *Marine und*

Schiffahrt in die Verfassung des deutschen Bundes „werde die Finanzlast der süddeutschen Staaten um ein Erhebliches vermehrt. Wenn man nun erwäge, daß gerade die Höhe der Ausgaben, namentlich für militärische Zwecke, schon in ihrem dermaligen Bestande im Süden Deutschlands schwer empfunden werden und ein sehr bedeutender Grund für die inneren Schwierigkeiten gewesen sei, die in jüngster Zeit in den süddeutschen Staaten den Regierungen entgegengetreten sind, so werde die Behauptung gerechtfertigt sein, daß an der Vermehrung dieser Last sehr leicht die Annahme der neuen Bundesverfassung in den süddeutschen Ländern scheitern könnte, und erscheine somit ebensowohl für die Regierungen dieser Länder wie für Preußen und den Norddeutschen Bund, denen ja allen in gleichem Grade an dem Zustandekommen einer Rekonstituierung Deutschlands gelegen sein müsse, ein ernster Anlaß gegeben, in Betracht zu ziehen, ob nicht für den deutschen Bund von einer Gemeinschaftlichkeit der Marine und der hierfür erforderlichen finanziellen Lasten Abstand zu nehmen sei, zumal hierfür auch der Umstand spreche, daß die norddeutschen Staaten, wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend bei dem Bestande einer Marine beteiligt seien."

Staatsminister Delbrück hielt dieser Auffassung entgegen die Ansicht fest, „daß vorbehältlich der Frage, wie es mit der Beitragspflicht für die Kosten der Kriegshäfen zu halten sei, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen über die Landfestungen zu entscheiden sein werde, keinem Mitgliede die Beitragspflicht für die Marine werde nachgesehen werden können, nachdem die Flotte sowohl was den Schutz des deutschen Gebietes im Kriegsfalle als was den Schutz des deutschen Handels im Frieden auf allen Meeren der Erde angehe, allen deutschen Staaten in gleichem Maße zu gute komme." Für den Fall, daß Bayern sich der Beitragspflicht zur Marine unterziehen würde, erkannten hierauf die Vertreter der bayrischen Regierung an, „daß die Art. 53 bis 55 ihre Stelle auch in der Verfassung des neuen deutschen Bundes zu finden hätten," und hoben nur noch hervor, „daß alsdann im Hinblick auf den Umfang des Bundesgebietes und in Berücksichtigung weit verbreiteter Gefühle die Flagge aus den Farben Schwarz, Gold und

Rot zu bestehen haben oder eine andre Flagge zu wählen sein dürfte, wodurch die Gesamtheit des neuen Bundes repräsentiert würde.“ Ausführliche Einwendungen wurden von bayrischer Seite auch auf dem Gebiete des Heerwesens erhoben; dieselben bewegten sich jedoch nicht wesentlich außerhalb des Kreises derjenigen Vereinbarungen, die später in Versailles getroffen wurden. Alles in allem konnte man den Verlauf der Münchener Besprechungen als günstig bezeichnen. Auch in die weitere Öffentlichkeit drang das Gefühl eines wesentlichen Fortschrittes auf dem Wege zur Einheit durch. Nach einer enthusiastischen Volksversammlung begaben sich große Scharen vor das Gasthaus, in welchem Delbrück abgestiegen war, um ihm eine freudige Ovation darzubringen.

Mit den Münchener Verhandlungen kam die Frage der Einheit in raschen Fluß. Von preußischer Seite wurde der Wunsch geäußert, König Ludwig möge in Fontainebleau mit König Wilhelm zusammenkommen, um sich über die deutsche Frage mit ihm zu verständigen, ehe die offiziellen Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten begannen. Der preußische Wunsch wurde in einem, vom König, wie Graf Bray in einer kurzen Aufzeichnung klagt, leider nicht genehmigten Antrage des Gesamtstaatsministeriums vom 13. Oktober 1870 befürwortet. In der Eingabe der Minister hieß es:

„Euer Königlichen Majestät ist sowohl durch mündliche Eröffnung des preußischen Staatsministers Delbrück als durch ein Allerhöchstderselben unterbreitetes Berichtschreiben des Grafen Taufkirchen vom 24. vorigen Monats die Absicht des Königs von Preußen bekannt geworden, an Allerhöchstdieselben eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Frankreich gelangen zu lassen, wenn von seiten Euer Königlichen Majestät die Annahme einer solchen Einladung zu gewärtigen ist. Die Einladung sollte in diesem Falle durch ein eigenhändiges Schreiben des Königs Wilhelm erfolgen, und als Ort der Zusammenkunft war das Schloß Fontainebleau in Aussicht genommen.

Als Zweck der Zusammenkunft wird von seiten Preußens eine freundschaftliche Besprechung über das Ob und Wie der

Gründung eines Deutschen Reiches mit vollständiger Wahrung und Aufrechthaltung der Rechte Bayerns bezeichnet.

Die maßgebenden Beschlüsse der zwei mächtigsten deutschen Fürsten sollen alsdann einer später zu berufenden und bereits endgültig beschlossenen Versammlung der übrigen deutschen Fürsten und der Vertreter der Freien Städte zur Annahme vorzulegen sein. Es liegt am Tage, daß durch diesen Antrag Euer Königlichen Majestät und Bayern eine ganz hervorragende, beider Machtstellung volle Rechnung tragende Rolle angeboten wird.

Es ist dadurch zugleich eine wohl nicht wiederkehrende Gelegenheit gegeben, für Bayern jene besonderen Rechte und Bevorzugungen in Anspruch zu nehmen, welche ihm gebühren und die, einmal durch Preußen zugestanden, gesichert sind, während in einer allgemeinen Versammlung von Bevollmächtigten das Geltendmachen solcher Ansprüche vielfachem Widerspruche und unendlicher Schwierigkeit begegnen würde. —

Einen empfehlenden Grund für eine jetzt zu unternehmende Reise Euer Königlichen Majestät nach Frankreich erblicken die treugehorsamst Unterzeichneten auch in dem dadurch ermöglichten Besuche und der Besichtigung Allerhöchst Ihres tapferen Heeres. Gerade jetzt, wo nach einem durch unerhörte Erfolge und durch die glänzendsten Siege gekrönten Feldzuge die Armee die Beschwerden einer langwierigen Belagerung und beim Herannahen des Winters vielfache Mühen und Entbehrungen zu tragen hat, würde das Erscheinen des eignen geliebten Königs und Kriegsherrn in alle Herzen Trost, Freude und Dank verbreiten und Treue und Liebe zum angestammten Herrscher neu entflammen.

Die treugehorsamst Unterzeichneten begreifen sehr wohl, daß eine solche unter den jetzigen Umständen und Verhältnissen anzutretende Reise für Eure Königliche Majestät manches Peinliche und Unwillkommene mit sich bringt. Sie wissen aber auch, daß Allerhöchstderselben das Wohl Bayerns mehr gilt als jede andre Rücksicht, und sie stellen deshalb aus voller Überzeugung die alleruntertänigste und dringendste Bitte, Eure Königliche Majestät wollen geruhen, die Annahme der beabsichtigten Einladung aus-

zusprechen und die sofortige Kundgabe derselben in das Königlich preußische Hauptquartier allergnädigst zu genehmigen.“

König Ludwig II. hat damals wie auch in den späteren Jahren seiner Regierung sich nicht entschließen können, in den wichtigsten Beziehungen Bayerns zum Reiche und dessen Oberhaupte durch persönliches Erscheinen mitzuwirken. Diese Abneigung, hervorzutreten, ist in erster Linie auf die mit den Jahren immer mehr verschärfte Menschenscheu des Monarchen zurückzuführen. Er fühlte sich unbehaglich, so oft er aus dem allmählich immer enger gezogenen Kreise seiner nächsten Umgebung in die Öffentlichkeit einen Schritt thun sollte. An seiner allgemeinen Begeisterung für die deutsche Sache zu zweifeln, wäre ein Unrecht gegen den Absender des Kaiserbriefes, den glühenden Verehrer Richard Wagners und dessen großer Tonschöpfungen, deren Beziehungen zu dem deutsch-nationalen Empfinden auf der Hand liegen. Auch zum Fürsten Bismarck hat es den König dank seiner Begeisterungsfähigkeit für großartige Persönlichkeiten bis in die letzten unglücklichen Tage seines Lebens immer wieder hingezogen. Wie damals in Preußen und dem Norddeutschen Bunde die Regierungsverhältnisse lagen, konnte für die eigentlichen Verhandlungen nur das Hauptquartier in Versailles in Betracht kommen. Dort befanden sich vor allem König Wilhelm und Bismarck. Dessen Vertreter Staatssekretär v. Thile und der Berliner bayrische Gesandte Baron Perglas waren in keiner Beziehung die Personen, durch deren Besprechungen die nationale Frage hätte gewinnen können. Thile wußte, wie es scheint, von Bismarcks Absichten so gut wie nichts, trotz der wohlklingenden Versicherungen in denen er sich dem bayrischen Gesandten gegenüber erging, der auch seinerseits von den Münchener und Versailler Vorgängen wenig erfahren haben wird, wie folgende Excerpte aus seinen Berliner Berichten vermuten lassen:

Berlin, den 6. August 1870.

„Der Staatssekretär sagte mir, er habe auf dem Herzen, sich gegen mich offen und ganz bestimmt auszusprechen. Er habe zwar dafür nicht den direkten Auftrag des Grafen Bismarck erhalten, aber er sei überzeugt, daß er sich ganz in seinem Sinne

und nach seiner Absicht erkläre und sich daher gegen mich im Namen des Königs, seines Herrn und des Kanzlers geäußert haben wolle. Wenn dem Grafen Bismarck der Anlaß zu seiner heutigen Erklärung bekannt gewesen sein würde, hätte er ihn bestimmt beauftragt, sich also zu erklären, auch werde er nicht verfehlen, ihm unverzüglich Bericht von seiner Mitteilung an mich zu erstatten.

Herr v. Thile bemerkte mir nun, daß leider mit Unrecht in Bayern ein gewisses Mißtrauen besteht, oder falls dieser Ausdruck nicht der richtige sei, doch eine Befürchtung oder Besorgnis, daß nach einem siegreichen Kriege Preußens und seiner Verbündeten von Preußen einer Politik würde Folge gegeben werden, welche die Selbständigkeit Bayerns und Süddeutschlands schwächen und schädigen würde. Er (Thile) wolle mir nun die „feierliche und heilige Versicherung" im Namen Preußens erteilen, daß Preußen solche Absicht fern liege. Treue um Treue. Nie und niemals werde Preußen vergessen, was Eure Königliche Majestät gethan, wie Eure Majestät die Treue gehalten haben, einem so „herrlichen Bundesgenossen" werde Preußen ewige Dankbarkeit bewahren. Keine Forderungen werden an Bayern gestellt werden, kein Ansinnen, nicht einmal Wünsche, um Preußen etwa politische Vorteile auf Bayerns Unkosten zu verschaffen; nicht berührt und geschmälert in seiner Souveränität dürfe der treue Bundesgenosse werden; die preußische Regierung selbst würde dafür einstehen und etwaige Anforderungen in diesem Sinne von anderer Seite abweisen, sie werde niemals anders als mit der bayrischen Regierung das vereinbaren, was etwa im gemeinsamen Interesse wünschenswert sein werde; mit vollem Vertrauen dürfe sich die bayrische Regierung an Preußen hingeben und jedes Mißtrauen und alle Besorgnis fallen lassen.

Graf Bismarck habe mit Entrüstung gehört, daß die preußische Presse neuerdings von einem deutschen Kaisertitel für den König Wilhelm spreche; er habe Auftrag gegeben, solche Äußerungen zu unterdrücken. Die Selbständigkeit Bayerns habe ihre Weihe durch die Vertragstreue Eurer Königlichen Majestät erhalten, ihren festen Kitt durch das vergossene Blut der Bayern,

man brauche die Einheit Deutschlands nicht zu suchen und zu machen — sie sei schon da. —

. . . .

Ich habe Grund, zu vermuten, daß Fürst Gortschakoff sich hier auch mit Interesse für die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten ausgesprochen hat. Dabei hat er vielleicht nicht verhehlt, daß die bisherige übergreifende Einheitspolitik des Grafen Bismarck gerechten Anlaß zu Besorgnis in Stuttgart und München geben könnte."

*

Berlin, den 7. August 1870.

„Zuerst sagte mir der Staatssekretär, zurückkommend auf unsere gestrige Unterredung, daß der Anlaß zu derselben ein Gespräch gewesen sei, welches er mit dem russischen Reichskanzler Fürst Gortschakoff in Beziehung von Süddeutschland gehabt habe. Über den Inhalt dieses Gespräches aber äußerte sich Herr v. Thile nicht näher und eingehend . . . .

Ich habe Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß die Berichterstattung des Herrn Staatssekretärs übereinstimmt mit der meinigen an Eure Königliche Majestät. Vielleicht äußert sich Herr v. Thile in derselben noch entschiedener und protestiert noch bestimmter gegen die Möglichkeit einer Politik Preußens nach dem Siege, welche nicht die volle Achtung für Bayern, seine souveräne Freiheit und Selbständigkeit in sich begriffe.

Nur einen Punkt seiner Berichterstattung korrigierte auf meinen Wunsch der Staatssekretär, und dieses war zur Bekräftigung der Bayern gesicherten Unterstützung von seiten der „preußischen Regierung" gegen etwaige „Strömungen" in Deutschland (und etwa auch in Bayern), welche gerade diese Selbständigkeit zu untergraben beabsichtigen möchten. Endlich gab mir der Staatssekretär von freien Stücken die Versicherung, daß Herr v. Werthern sehr bestimmte Instruktionen erhalten werde, seine Haltung in Einklang zu setzen mit dieser Richtung der preußischen Politik."

*

Berlin, den 8. August 1870.

„Nicht die Königin allein und die leitenden Staatsmänner und offiziellen Persönlichkeiten empfinden, was Preußen und Deutschland Eurer Majestät schuldet, sondern davon ist, in einem Grad und Umfange, der eine unverkenntliche politische Bedeutung hat, die ganze öffentliche Meinung ergriffen und der Dankbarkeit und Anerkennung sich bewußt . . . .

Die Enthüllungen, die Graf Bismarck selbst über sein Verfahren in den letzten Jahren veranlaßt hat, tragen eben nicht bei, Vertrauen in seine Person zu erwecken, aber ich will durch diese Bemerkung durchaus nicht den Wert der an Bayern gemachten Eröffnung abschwächen, im Gegenteil halte ich dieselbe für eine wahre, aufrichtige Basis künftiger politischer Organisation in Deutschland und als eine Garantie der Erhaltung Bayerns respektive der Befestigung und etwa Ausdehnung seiner Selbständigkeit und Territorialmacht; denn nicht Phrasen werden hier gemacht, sondern es ist der Ausdruck einer Überzeugung erfolgt, die nicht bloß Berlin, sondern ganz Deutschland selbst über seine Grenzen hinaus erfaßt hat, daß Süddeutschland, Bayern voran und hauptsächlich, frei und energisch, mit nicht zu unterschätzenden eignen Kräften und Mitteln Deutschland und Preußen gerettet, jedenfalls verhindert habe, daß der Feind sich deutschen Bodens bemächtigen konnte."

*

Berlin, den 15. August 1870.

„Es wäre verfrüht, wenn ich versuchte, über diese Zukunft die Auffassung des preußischen Kabinetts zu erholen, und ohnedies schwierig, da Graf Bismarck abwesend ist. Der Grundsatz aber steht im Auswärtigen Amte fest und ist mir geäußert und betont worden, daß Deutschland aus dem Kriege nicht weniger stark und nicht weniger gesichert hervorgehen dürfe als vorher, im Gegenteil kräftiger und mehr gesichert, denn nicht den Vorwurf der Völker in Deutschland dürfen die Regierungen auf sich laden, daß Gut und Blut geopfert wurde ohne Entgelt und ohne Resultat. „Süd-

deutschland würde dann nicht wieder mit diesem Patriotismus mitgehen."

*

Berlin, den 21. August 1870.

„Selbst auf neutraler Seite, ich höre es, kann man noch nicht fassen, daß nach dem Siege Preußen nach Hause gehen soll, indem es seine frühere Politik abdanke, die der Absorption von Süddeutschland und in mehr bestimmter Form dessen Selbständigkeit verbriefe, ohne für sich reelle Vorteile zu erwerben! Dies erscheint eine politische Unmöglichkeit, wenn auch alle Mäßigung und Weisheit des Siegers obwalten sollte.

Ob nun Bayern bei voller Uneigennützigkeit für sich besser zu verfahren vermeint, als indem es sich bei den durch die Verhältnisse gebotenen Territorialerwerbungen beteiligt, ist mir nicht gestattet zu entscheiden. Immerhin wird von der bayrischen Regierung die Strömung in Deutschland zu erwägen sein, die auch jetzt noch eine politische Einigung zwischen dem Süden und Norden anstrebt, unter einer starken (preußischen) Zentralgewalt, welche eine „Selbständigkeit Bayerns" thatsächlich nicht zulassen möchte.

Die Aufgabe Bayerns wird erheischen, dieser Strömung zu widerstehen, und ich meine, daß man Preußen ermöglichen und erleichtern müsse, sich als Frucht des Krieges und der Siege deutscher Waffen die Stellung endgültig zu erringen, mit welcher es die Existenz eines selbständigen Süddeutschlands vereinigen könne. Es wird hierbei für Bayern ein Hauptpunkt in Erwägung kommen, den ich von meinem Standpunkte zu bezeichnen etwa berechtigt bin, nämlich daß, für den Fall Graf Bismarck auf eine gewisse Territorialabtretung Frankreichs nicht verzichten will und kann, das Großherzogtum Baden willfährig die Stellung nehmen müßte, die man hier vermeint an Bayern verleihen zu sollen."

Aus der Umgebung und im Auftrage des Prinzen Luitpold, des heutigen Prinz-Regenten von Bayern, der sich bekanntlich im Hauptquartier des Königs Wilhelm befand, berichtete Ministerialsekretär Graf Berchem:

Bar-le-Duc, den 24. August 1870.

„Ich habe im Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold weiter zu berichten, daß Graf Bismarck sich dahin äußerte, Preußen und der Nordbund würden bereitwilligst diejenigen Vorschläge acceptieren, welche Seine Majestät der König von Bayern nach Allerhöchst Seiner Bequemlichkeit im Interesse einer engeren nationalen Einigung zu machen sich etwa veranlaßt sehen würden. Preußen und der Norddeutsche Bund verzichteten aber darauf, auf diese Entschlüsse irgend welche Pression zu üben, indem ein für Norddeutschland günstig gestimmtes Bayern der nationalen Sache mehr nütze als ein widerwillig in nähere Beziehung gebrachtes Land."

*

Bar-le-Duc, den 24. August 1870.

„Aus einem Gespräche mit dem bei Seiner Majestät dem König von Preußen sehr einflußreichen Tresckow entnehme ich, daß man allerdings eine größere militärische Einigung unter den deutschen Staaten wünschen würde, daß man aber auf die politische Annäherung — innerhalb der Militärpartei — um so weniger Wert legt, als man nicht hofft, dieselbe aus den konservativen Kreisen angeboten zu erhalten. Die radikalen Elemente will man aber um keinen Preis vermehren."

Wie wenig klar, ja oft widerspruchsvoll diese Äußerungen von Personen, die in die wirklichen Vorgänge nicht eingeweiht wurden! Bismarck selbst telegraphierte an den norddeutschen Gesandten in München:

Versailles, den 14. Oktober 1870.

„Teilen Sie dem Grafen Bray vorläufig mit, daß ich von Mittnacht und Suckow das Anerbieten, behufs weiterer Besprechungen hierher zu kommen, erhalten und angenommen habe und Bayern anheimstelle, entweder auch hier zu unterhandeln oder Staatsminister Delbrücks Rückkehr nach München abzuwarten.

Näheres schriftlich durch Feldjäger."

Bismarck.

Aus Berlin berichtete am 20. Oktober Baron Perglas:

„Der hessische Gesandte, Herr Hofmann hat mir gesprächsweise mitgeteilt, daß er im Auftrage seiner Regierung vor einigen Tagen dem Präsidium des Norddeutschen Bundes die Bereitwilligkeit der Großherzoglich hessischen Regierung eröffnet habe, an den Verhandlungen teilzunehmen, welche auf Grund der Besprechungen in München den Eintritt der süddeutschen Staaten und Südhessens in einen weiteren Bund des Norddeutschen Bundes zum Zwecke haben."

Als dieser Bericht in München eintraf, war Graf Bray bereits auf dem Wege nach Versailles. Am 20. Oktober war er mit dem Kriegsminister Freiherrn v. Pranckh und dem Justizminister v. Lutz im Auftrage des Königs dorthin abgereist.

Über seine persönlichen Erlebnisse berichtet er an seine Gemahlin (beziehungsweise seine Tochter) in folgenden Briefen:

Versailles, den 23. Oktober 1870.

„Mein erster Tag in Versailles soll nicht vorübergehen, ohne daß ich an Dich einige Zeilen herzlichen Andenkens richte. So sind wir denn an das Ziel dieser Reise durch Feindesland gelangt, und ich kann Dir nicht sagen, wie sehr und wie lebhaft die beständigen Gegensätze, welche sich meinem Auge darbieten, auf mich einwirken. Überall der Krieg mit seinem Gerüste und gleichzeitig in den Häusern, deren erzwungene Gäste wir sind, die friedlichste, wenn nicht freudige Aufnahme. Auf den Bahnhöfen in Nancy, in Epernay prachtvolle Mahlzeiten von den Gemeinden uns dargeboten. In dem kleinen Orte Nanteuil, welcher als jetziger Endpunkt der Eisenbahn Bedeutung gewonnen hat, Empfang durch den einzigen auf seinem Besitztum verbliebenen Grundbesitzer Herrn Cappelin, der uns schließlich in freundlichster Weise in seinem Hause bewirtet, nicht ohne zu klagen, daß ihn der Krieg zu Grunde richte. Von dort an betraten wir unsere Etappenstraße, und ein ziemlich starkes Geleite von Chevaulegers wurde uns bis Corbeil zugeteilt, da häufige Angriffe von Franctireurs, den italienischen Briganti sehr ähnlich, auf dieser Wegstrecke vor-

kommen. Nach einer im Hause eines reichen Herrn d'Arbley recht angenehm verbrachten Nacht wurde die Reise fortgesetzt. Der Hausherr, von welchem wir auf das freundlichste schieden, hatte uns seinen Wagen und seine Pferde bis Versailles zur Verfügung gestellt, und so erfolgte nach kurzer Fahrt unser Einzug in die Residenz Ludwigs XIV. Erst vorgestern hatte ein heftiger Ausfall der Pariser Besatzung stattgefunden, welche bis ganz nahe an Versailles vorgedrungen war, dann aber, wie alle früheren Angriffe dieser Art, von den Belagerern mit Erfolg zurückgewiesen worden war. Heute ist alles still, und die Kunde von der Besatzung von Chartres und Chateaudun durch unsere Truppen, mehr aber noch die Hoffnung einer baldigen Übergabe von Metz verbreiten in der Armee eine gehobene freudige Stimmung. Ich hoffe, auch für unsere Angelegenheiten aus diesen günstigen Umständen Vorteil zu ziehen und habe jedenfalls keine Zeit verloren. Beim Prinzen Luitpold und beim Kronprinzen von Preußen habe ich mich gemeldet, und von beiden wurde ich sofort in längerer Audienz empfangen. Auch beim König erfolgte meine Vorstellung, und endlich jetzt, abends sechs Uhr, komme ich von einer zweistündigen Besprechung mit dem Grafen Bismarck zurück. Sein Empfang war der liebenswürdigste. Wie es aber mit den Geschäften gehen wird, ist noch abzuwarten. Ich bin mit Hugo Lerchenfeld und Sekretär Graf in einem Hause untergebracht, dessen einziger Bewohner der Hausbesitzer ist. Die mir zugewiesene Wohnung gehört einem Herrn Petipa, ehemaligem Balletttänzer und Tanzlehrer.[1]) Wir befinden uns darin sehr wohl, dank der Fürsorge von Max Berchem,[2]) der alles aufs beste für uns eingerichtet hat. Auf unserer ganzen Fahrt sind wir bayrischen Truppen begegnet, oft auch guten Bekannten: Butler, dem Freiherrn v. Feilitzsch, der Präfekt in Corbeil ist, ferner Taxis, dem ich einen Brief seiner Frau behändigte. Er war recht leidend und würde wohl thun, nach Ungarn zurückzukehren. Hier macht

1) Aus St. Petersburg.

2) In der Folge Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts in Berlin (1885—1890).

Frankreich den Eindruck eines von den Bayern eroberten Landes, so zahlreich begegnen wir denselben.

Lebe wohl. Klaras lieber Brief hat mich auf der Reise durch Frankreich begleitet wie ein werter Gefährte."

*

Versailles, den 24. Oktober 1870.

„So bin ich denn wieder dabei, Dir zu schreiben!

Nachdem ich gestern einen Brief und ein Telegramm an Dich abgesendet, wäre wohl der heutige Tag ohne Meldung aus Versailles vergangen, wenn nicht die Absendung von Berichten an die Regierung mir Gelegenheit geboten hätte, diese Zeilen anzufügen.

Hier ist alles beim alten. Der Donner der Pariser Geschütze hat sich nicht vernehmen lassen, und Metz hat nicht kapituliert trotz der Hungersnot, welche dort herrschen soll. Im allgemeinen finde ich nirgends ein übermäßiges Vertrauen in einen baldigen Erfolg unserer Waffen. Die Höchstgestellten im Heere, der König selbst und die Generale Roon und Moltke sprechen sich ganz im Gegenteil mit einer merkwürdigen Mäßigung und Bescheidenheit aus und äußern sich anerkennend über die energische Gegenwehr der Franzosen. König Wilhelm sagte mir heute vor der Tafel, zu der wir alle geladen waren, daß an eine Übergabe von Paris vor sechs Wochen nicht zu denken sei. Das reicht bis in den Dezember, und unsere Truppen werden noch schwere Prüfungen zu bestehen haben. Heute früh war mir die Freude beschieden, den lieben Ernst Rechberg bei mir eintreten zu sehen. Er ist bei bester Gesundheit, sieht wohl aus und trägt einen großen, ihm wohlstehenden Bart. Nach gemeinsamem Frühstück verließ uns Ernst, um sich auf seine Station Châtenay zu begeben, wo ich ihn übermorgen mit Hugo Lerchenfeld besuchen will. Letzterem geht es ganz wohl, und mir ist er ein wertvoller Gefährte. Wir wohnen Thür an Thür und haben, so gut es ging, unsere kleine Wirtschaft geordnet. Mit der Frau des Hausmeisters hatten wir unsern Frühkaffee sichergestellt und von einem Bauern die Lieferung

von Milch und Rahm, die hier schwer zu haben sind, zugesagt erhalten, als die Schreckenskunde eintraf: in Versailles sei kein Zucker mehr zu haben! Wir werden somit versuchen müssen, unsern Kaffee mit Honig zu versüßen!

Heute früh habe ich der Marquise Duprat, geborenen Gramont, den mir anvertrauten Brief ihrer Schwägerin, der Frau des in München kriegsgefangenen Grafen Gramont überreicht. Die Marquise ist eine liebenswürdige Frau, die ihr Leben in ihrem Wohlthätigkeitsverein zur Pflege von Kranken und mit Arbeiten für dieselben zubringt. Morgen sollen wir alle beim liebenswürdigen Kronprinzen speisen. Graf Bismarck hatte uns zu einem Diner in St. Germain im Pavillon Henri IV. eingeladen" . . . .

*

Versailles, den 26. Oktober 1870.

„Ich nehme nach zweitägiger Unterbrechung meine Berichterstattung wieder auf. Fahrten und Besuche ohne Ende hatten mir das Schreiben unmöglich gemacht; habe ich Dir gesagt, daß wir zum 24. zu König Wilhelm zur Tafel geladen waren? Württemberg und Baden waren ebenfalls vertreten, und ehe man sich zu Tische setzte, richtete Seine Majestät an uns eine schöne kleine Ansprache, worin die wunderbaren Fügungen und Ereignisse des Krieges, die glorreiche Beteiligung unserer Truppen er an demselben, der sichtbare göttliche Schutz über unserer Kriegsführung hervorgehoben waren. Ich erwiderte in kurzer Rede durch Ausdruck des Dankes, welchen das Vaterland dem Heere und dessen durchlauchtigstem obersten Führer, dem Könige, schuldet und durch den Ausdruck der Hoffnung neuer Erfolge. Diese Hoffnung ging kürzlich in Erfüllung durch die erfolgreiche Unternehmung gegen Besançon. Die Übergabe von Metz läßt leider noch auf sich warten. Aber man kündigt uns das Eintreffen des Herrn Thiers als Unterhändler an, und ein baldiger Friedensschluß wäre wohl sicher der schönste der Erfolge. Ich wäre glücklich darüber unsern braven Truppen zulieb und auch aus Rücksicht für dies arme Land, auf welchem der Druck des Krieges schwer lastet.

Es macht einen sonderbaren Eindruck, Frankreich zu durchreisen, fast ohne ein Wort französisch reden zu hören. Versailles bildet hierin eine Ausnahme. Viele seiner Einwohner, der aristokratische Teil derselben, sind fortgezogen. Aber es blieben deren genug zurück, so zwar, daß, die Besatzung mitgerechnet, die Bewohnerzahl kaum verringert erscheint.

Gestern, 25. Oktober, um 1 Uhr Mittagstafel beim Kronprinzen, der mich bei Tisch an seine Seite nahm und liebenswürdiger war als je zuvor. Er sprach mir viel von Dir, von Eurem frohen Lachen im großen Salon Radziwill, welches bewirkte, daß alle andern mitlachten, ohne recht zu wissen warum. Eulenburg versieht vortrefflich sein Amt als Hofmarschall. Eben jetzt hat er die Nachricht der Geburt seines dritten Kindes erhalten. Heute endlich bin ich dazu gelangt, mit Hugo L. nach Châtenay zu fahren, um Ernst Rechberg zu besuchen, den wir mit dem ganzen Generalstab unsers II. Armeekorps bei Tisch fanden. General Hartmann emfing uns aufs freundlichste. Wir sprachen von der schwierigen und gefahrvollen, aber eben deshalb ruhmvollen Position seiner Truppen, welche Paris am nächsten stehen, stets im Bereich des Feuers der Forts sind. Während wir sprachen, überbrachte man mir ein Schreiben. Dasselbe kam von Seiner Majestät dem Könige und kündigte die Verleihung des Großkreuzes unsers Militärordens an General Hartmann in Anerkennung der von ihm und seinem ganzen Armeekorps geleisteten rühmlichen Dienste. Du kannst Dir denken, wie erfreut der General war und mit welchen Zurufen und Toasten diese ganze Versammlung tapferer Offiziere ihn begrüßte. Der König würde sich freuen, inmitten seiner Armee zu sein, wenn er Zeuge des heutigen festlichen Vorgangs gewesen wäre. Aus Châtenay bringe ich Dir ein mächtiges Stück einer Bombe mit, welche am 23. Oktober aus den Pariser Forts dahin geschleudert wurde.

Nach unserer Rückkehr nach Hause waren Hugo und ich wie gestern gegen elf Uhr abends noch im Gespräch beisammen, als man mir den Grafen Bismarck ankündigte. Du kennst seine späten Besuchsstunden. Er sprach über Interessantes aller Art.

und erst nach zwölf Uhr konnte ich in mein Schlafgemach gelangen.

Heute erschien Berchem bei uns vor Freude strahlend mit der glorreichen Nachricht der Kapitulation von Metz und der Gefangennahme des Marschalls Bazaine mit seinem ganzen, 100000 Mann übersteigenden Heere. Der Fall von Metz wurde erwartet, aber dessen ungeachtet hat dieser neue kolossale Kriegserfolg einen tiefen Eindruck hervorgebracht.

Hugo hat für unser Mittagsmahl Champagner herbeigeschafft, diesem Siege zu Ehren, durch welchen eine Armee von 180000 Mann, die bisher vor Metz zurückgehalten, verfügbar wird. Möge dadurch der für alle so wohlthätige Friedensschluß beschleunigt werden. Heute hat mir Berchem seine Pferde geliehen, und ich habe sie zu einem herrlichen Ritt durch den Versailler Park in der Richtung nach Trianon und zu den großen Teichen benutzt. Später besuchte ich Kutusow in seinem geistlichen Asyl. Max Lerchenfelds bevorstehende Ankunft beschäftigt uns lebhaft. Lagny ist so weit von hier, daß wir uns wohl nur selten besuchen können. Gestern erschien hier ein Geistlicher, der Konrad Preysing als Sekretär zugeteilt ist. Der Zweck seines Kommens war die Erkundigung nach L. Aretin, welcher krank in einem Hospital liegen soll. Bis jetzt war die Nachforschung vergeblich. Den guten geistlichen Herrn haben wir bei uns untergebracht. — Laß unsere Geldern wissen, daß, ihrem Wunsche entsprechend, der bis jetzt in Stuttgart weilende junge Geldern nach Reims berufen und Taufkirchen zugeteilt wurde."

*

Versailles, den 31. Oktober 1870.

„Meine Klara, ich will Dir gleich für Deine lieben Zeilen vom 26. danken, die mir gestern über Berlin zugekommen sind. Mama in Köfering zu wissen, ist mir um so erwünschter, als unser hiesiger Aufenthalt sich zu verlängern scheint. Es hat den Anschein, daß man beabsichtigt, die Verhandlungen mit den übrigen

deutschen Einheitskandidaten zum Abschluß zu bringen, uns aber als besten Brocken bis zuletzt aufzuheben. Dann ist Herr Thiers gestern auf dem Weg nach Paris durch Versailles gekommen, um mit den an ersterem Orte weilenden Regierungsmitgliedern zu konferieren. Er hat nur ganz kurz mit dem Grafen Bismarck, ohne die Geschäftsfragen zu berühren, gesprochen, hat ihm aber zugesagt, zum Verhandeln hierher zurückzukehren, vorausgesetzt, daß man ihn in Paris nicht festhalte. Mit seiner zugesagten Rückkehr in Aussicht, haben wir allen Grund, den Sitz der Unterhandlung nicht zu verlassen, ehe ein Ergebnis — ob günstig oder ungünstig — erreicht werde. Ihr begreift also, daß in der großen Zahl der zweifelhaften Dinge nichts unsicherer ist, als der Tag unserer Rückkehr nach München; hier leben wir aber, allen Aufregungen des Krieges zum Trotz, ziemlich ruhig und einförmig. Liegt keine Einladung vor, so speist alles, was zur fremden Besitznahme von Versailles gehört, im „Hotel des Réservoirs". Dort wohnen auch zahlreiche deutsche Fürsten, die als „Amateurs" die Armee begleiten. Es sind dies: der Herzog von Koburg, die Prinzen von Augustenburg, Meiningen, Mecklenburg, Weimar, der Prinz von Hohenzollern, der frühere spanische Kronprätendent, der allgemeine Liebling, den man den „Kriegskarnickel" genannt hat; dann auch noch andere prinzliche Lustreisende. Es wurde dort eine Art Klub gegründet mit aufliegenden Zeitungen und mit Whistpartien, welche jedem Teilnehmer Gelegenheit bieten, sein Geld in guter und vornehmer Gesellschaft angenehm zu verlieren, was mir bereits passierte.

Es regnet fast beständig, und ich konnte nur einmal Berchems Pferde benutzen. Es bleibt nichts übrig, als mit offenem Regenschirm zu gehen oder die schönen Galerien des Museums zu besuchen. Von meinen Berliner Bekannten habe ich hier viele wiedergefunden: Putbus, Schulenburg, Dönhoff, den dicken Maltzahn. Letzterer, welcher unter der Oberleitung des Fürsten Pleß an der Spitze des hiesigen Sanitätsdienstes steht, hatte die Gefälligkeit, auf meine Verwendung Konrad Preysing nach Versailles zu berufen. Dieser ist auch schon angekommen und wohnt bei uns. Es ist ihm nicht unlieb, auf einige Zeit dem traurigen,

von der Mehrzahl seiner Bewohner verlassenen Lagny zu entkommen. Es ist ihm aber dort gelungen, fast ohne fremde Hilfe ein Spital zu stande zu bringen, das für neue Kranke und Verwundete, an denen leider kein Mangel ist, verfügbar bleibt. Konrad sieht sehr wohl aus. Gottes Schutz war sichtlich mit ihm, denn er war einen ganzen Monat hindurch in Nancy mitten unter Typhus- und Ruhrkranken der Ansteckung ausgesetzt. In Lagny herrschen solche Krankheiten nicht, worüber ich für den dort weilenden Max Lerchenfeld glücklich bin.

Gestern speisten Prinz Luitpold, General Hartmann und wir alle beim Kronprinzen, wo man immer so gut aufgenommen ist. Es wurde auf das Wohl des neuen Feldmarschalls getrunken, denn tags zuvor war diese Würde vom König dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Karl verliehen worden, letzterem aus Anlaß der Einnahme von Metz.

Ich komme eben zurück von einer langen Wanderung durch die schönen Galerien des Versailler Schlosses, wohl das Beste, was man beim heutigen strömenden Regen thun konnte. Fast überall sind Kranke untergebracht, welche dort in bester Luft und ohne allen üblen Geruch sich sehr wohl befinden, fast ebenso wohl wie in Gebelkofen. Den kleineren Räumen, in welchen die schönen Gemälde und historischen Porträts enthalten sind, wurde ihre ursprüngliche Bestimmung gewahrt, und ebenso den Sälen, worin die Schlachtenbilder von Horace Vernet sich befinden. Letztere sind dem Publikum geöffnet, welches gegenwärtig aus Tausenden von preußischen Soldaten besteht, die jene Darstellungen französischer Krieger der Gloire de la France, wie die Aufschrift lautet, zu bewundern kommen.

In einem der den Kranken vorbehaltenen Säle fand ich einen Irlbacher, Baumann, Sohn der berühmten Jäger-Marie, welchem ich, wie Du wohl glaubst, einigen Trost brachte. Seine Wunde ist übrigens keine besonders glorreiche. Bei dem großen Ausfall der Pariser Besatzung ist er gefallen und hat sich schwer am Knie verletzt. Ich fürchte sehr, daß dies bei eiligem Rückzug sich zugetragen hat, und wenn dem so ist, wird er singen können:

„Auf der großen Retirade, wo ich dieses Bein verlor!“ — Seinem Bein geht es übrigens schon besser.

Konrad Preysing hat gestern beim Kronprinzen gefrühstückt und wurde also aller Ehren teilhaftig. Eben hat er einen Wagen bestiegen, um nach Lagny zurückzukehren, wo Max Lerchenfeld ihn erwartet.

Herr Thiers ist gestern aus Paris zurückgekehrt. Er ist sehr gealtert und sah gebeugt aus.

Prinz Otto reist heute nach München zurück, vom König wegen wichtiger Geschäfte berufen. Was mag er ihm zu eröffnen haben? — Der Prinz sieht ziemlich wohl aus, aber der Krieg scheint nicht gerade seine Sache zu sein.“

*

Versailles, den 4. November 1870.

„Mein letzter Brief hat Euch Nachrichten von mir und von Hugo bis zum Schlusse der vorigen Woche erteilt. Seitdem war ich so vielfach und verschiedenartig beschäftigt, daß ich mich nicht erinnere, ob ich von einer frohen Mahlzeit Erwähnung gethan habe, zu welcher alle unsere Freunde sich in jenem Pavillon Henri IV. zu St. Germain vereinigt hatten, an welchen so schöne Erinnerungen sich für mich knüpfen. Auf unserer Rückfahrt nach Versailles gelang es uns nur mit Hilfe unserer militärischen Begleiter und nicht ohne Mühe, an den zahlreichen Wachtposten unserer Avantgarde vorüberzukommen, so verdächtig erscheint hier ein Zivilrock inmitten der zahlreichen militärischen Uniformen.

Das Eintreffen von Thiers im Hauptquartier war das große Ereignis der ganzen Woche. Aber ähnlich der Taube aus der Arche Noah scheint sein erstes Erscheinen den ersehnten Frieden noch nicht herbeiführen zu sollen. Die Pariser zeigen sich mehr als je unversöhnlich, während die in Tours tagende Regierung einem zu treffenden Abkommen zugängiger erscheint. Die Franzosen verlangen zur Vornahme von Wahlen für die Nationalversammlung einen Waffenstillstand von fünfundzwanzig Tagen mit Gestattung der Verproviantierung von Paris, ohne irgend-

welche Sicherheit oder Garantie zu gewähren. Nach Ablauf der Waffenruhe könnte also der Krieg wieder beginnen unter viel schlimmeren Umständen für den Belagerer. Herr Thiers scheint selbst sehr entmutigt. Er ist gealtert und stärker geworden. Aber die Lebhaftigkeit seines Geistes und seiner Thatkraft sind ihm eigen geblieben. Ich habe ihn besucht und ihm auch Max Arco empfohlen, der durch Franctireurs gefangen genommen wurde. Sein Bruder Louis ist hierher gekommen und fürchtete ihn tot oder verwundet zu finden. Er ist jetzt ziemlich beruhigt, seit er ihn in Tours der Sorge des Bischofs Dupanloup anvertraut weiß. Und jetzt ist ihm der mächtige Schutz von Thiers gleichfalls gesichert. Louis Arco wohnt bei uns, und so bin ich im Besitz meiner beiden diplomatischen Adjutanten. Da heute prachtvolles Wetter ist, habe ich mich mit Hugo Lerchenfeld aufgemacht, um die erste Division unseres II. Armeekorps und deren Befehlshaber, meinen alten Studiengenossen Fritz Bothmer, zu besuchen. Bei ihm und seinen Offizieren fanden wir den herzlichsten Empfang. Sie sind der langen und ermüdenden Belagerung gründlich überdrüssig, welche gerade unserm zweiten Korps, welches Paris am nächsten steht, durch das Feuer der Forts zahlreiche Verluste bereitet. Letztere feuern mehr als je, seit Unterhandlungen eröffnet sind, und auch gerade jetzt läßt der Mont Valérien den tiefen Baß seiner Riesengeschosse ertönen. Zwei Luftballons sind gleichfalls in Paris aufgestiegen und über uns majestätisch dahingefahren, den schönen und windstillen Tag benutzend, der uns endlich beschieden ist. Die Luftreisenden werden somit wohl eine ungestörte Fahrt gehabt haben.

Die deutschen Verhandlungen werden uns, wie ich glaube, hier nicht mehr lange zurückhalten. Sobald uns die preußischen Anträge, sei es in einem oder in anderm Sinne, übergeben sein werden, stimme ich für die Abreise, da die Endbeschlüsse doch in München zu fassen sind. Nächste Woche werden wir also mit Gottes Hilfe nach dem Promenadeplatz [1]) zurückkehren können.

---

1) Münchener Dienstwohnung des Ministers.

Sobald eine Entscheidung getroffen sein wird, telegraphiere ich. Ernst Rechberg hat mich besucht, und ich habe ihm zu seinem Orden, dem Eisernen Kreuze, gratuliert. Er ist mit Recht hocherfreut darüber. Es ist dies eine Ausnahmsauszeichnung, die mit dem Schlusse dieses Krieges niemand mehr erteilt wird. Berchem und Taxis ist das Eiserne Kreuz gleichfalls erteilt worden. Lebe wohl. Ich gehe zu Graf Bismarck, um das Endergebnis der Unterhandlung mit Thiers zu erfahren."

*

Versailles, den 9. November 1870.

„Unser Briefwechsel verlängert sich und ebenso meine Abwesenheit, ohne daß es mir möglich wäre, die Dauer der letzteren genau zu bemessen. Ich habe nach München telegraphiert, daß wir kaum vor dem 16. dort eintreffen könnten. Aber auch letzteres Datum hat nur Wahrscheinlichkeitsgründe für sich. Da wir aber heute eine Konferenz haben und ich darauf beim König speise, wird es mir vielleicht möglich sein, diesem erst morgen abzusendenden Briefe Bestimmteres beizufügen. Ein Grund, dem zuliebe ich gern länger hier geblieben wäre, besteht nicht mehr infolge des Abbruchs der Unterhandlung mit Herrn Thiers. Die Forderungen der Pariser, welche fünfundzwanzig Tage Waffenstillstand und vollständige Approvisionierung der belagerten Stadt verlangten, waren unannehmbar, denn sie hatten keinen andern Zweck, als Verlängerung des Widerstandes und also des Krieges. Sie mußten abgelehnt werden, im eignen Interesse des Friedens. Thiers selbst, mit welchem ich wiederholt gesprochen habe, zeigte sich wohlgesinnt und zum Friedensschlusse entschieden. In Frankreich ist aber jeder durch seine eigne Leidenschaft beherrscht oder durch Furcht vor den Terroristen, welche keine Wahlen zur Bildung einer Nationalversammlung wollen, die allein zur Gründung einer loyalen Regierung befähigt ist. So geschieht es, daß der Krieg fortdauert, ungeachtet des Friedenswunsches aller vernünftigen Leute.

Inzwischen rücken unsere Armeen vor, und die Beschießung der Forts von Paris, nicht der Stadt selbst, wird unverzüglich beginnen. Weniger Fortschritte als die Kriegsführung machen unsere Verhandlungen mit Preußen, welche heute endlich nach längerer Unterbrechung wieder aufgenommen werden sollen.

Eben kehre ich vom Hofdiner beim König zurück, das recht gut, und, wie ein militärisches Mahl es gestattet, zwanglos und ohne Etikette war. Mein Tischnachbar war der alte Obersthofmarschall Graf Pückler, und nach Tisch gesellte sich Prinz Karl zu mir und Kutusow, um von alten Zeiten und frohen Späßen zu sprechen. Der König war sehr gnädig, von Geschäften war aber wenig die Rede. Neue kriegerische Unternehmungen stehen bevor: Das Vorrücken des Prinzen Friedrich Karl nach Troyes und dem Zentrum Frankreichs, das des Großherzogs von Mecklenburg im Verein mit unserm von der Tannschen Korps, welches vielleicht genötigt sein wird, Orleans zu räumen gegen die französische Loire-Armee. Von beiden Seiten besteht die Absicht, noch durch einen zu erringenden Erfolg zu einer mehr ausgesprochenen gegenseitigen Stellung zu gelangen. Von diesem Standpunkt aus können die zu gewärtigenden neuen Kämpfe zur Beschleunigung des Friedens beitragen. Bis zum heutigen Tage wird das Feuer der französischen Festungen weder von unseren Batterien noch von den Vorposten erwidert, was die Franzosen so sicher macht, daß von Paris aus wirkliche Lustpartien nach den Forts unternommen werden. Unsere Vorposten sehen die französischen Soldaten mit Damen am Arm einhergehen, und mit Ferngläsern unterscheidet man Pariser Herren und Damen, die in zahlreicher Gesellschaft ankommen und von Offizieren empfangen werden, welche zu deren Unterhaltung — oft durch die Damen selbst — Geschütze auf unsere Vorposten abfeuern lassen. Solche nette Späße verdienen wohl die zu gewärtigende gute Lehre, die ihnen durch die bevorstehende Beschießung erteilt werden wird.

Fritz Bothmer und seine Offiziere haben uns heute unsern neulichen Besuch erwidert, und wir haben sie mit einem bescheidenen Frühstück empfangen können, worauf ein gemeinsamer Besuch der

beiden „Trianon“ unternommen wurde. Durch die lange Dauer der Belagerung gestaltet sich das hiesige Leben ziemlich einförmig. Man erwartet aber einen größeren Ausfall der Besatzung, der sich vielleicht bis Versailles ausdehnen, aber zurückgeworfen werden wird.

Wir leben hier wie in einer Garnisonstadt, ohne andere Gesellschaft als die Offiziere. Es ist aber doch eine Dame inmitten so vieler Männer. Ihr Name ist angeblich der einer Gräfin La Torre. Sie ist eine mit einem Italiener verheiratete Engländerin oder auch Witwe, noch ziemlich jung und hübsch und dem Anschein nach wohlhabend. Sie besucht die Spitäler und speist mit Offizieren. Hugo hat ihre Bekanntschaft gemacht — das versteht sich —, und seitdem beehrt sie auch mich mit einem gnädigen Gruß, wenn ich ihr begegne. Der berühmte Home, der Spiritist, ist gleichfalls hier und soll nächstens eine Vorstellung veranstalten. Unsere hiesige Lage ist durch das neuerliche Projekt einer Berufung deutscher Landesherren zum Versailler Friedensschlusse, eines Fürstenkongresses, erschwert und verwickelter geworden. Es ist davon die Rede, den Prinzen Adalbert von Preußen nach München zu senden zur Übergabe eines Schreibens des Königs Wilhelm an seinen Neffen, den König Ludwig. Bei dem bekannten Widerwillen Seiner Majestät für Reisen dieser Art bereitet obiges Vorhaben neue Anstände.“

*

Versailles, den 12. November 1870.

„Wir sind nicht ohne ernste Sorge für unser I. Armeekorps unter dem Befehle von der Tanns. Es ist demselben der Befehl zugegangen, Orleans zu räumen und die neue französische Loire-Armee nach sich zu ziehen. Das Gefecht, welches dieses Korps vor drei Tagen bei Ormes gegen die genannte Armee bestanden hat, ist eines der rühmlichsten, besonders aber der verdienstlichsten des ganzen Feldzuges, denn es hat einen ganzen Tag hindurch alle Angriffe des mehr als doppelt stärkeren Feindes, freilich bei

großen Verlusten, aber ohne zu weichen, zurückgewiesen. Selbst die französischen Zeitungen in Tours erkennen dies an — aber noch mehr — die preußische Armee thut desgleichen.

Auf diese Armee der Loire gründen sich die Entsatzhoffnungen der Pariser. Aber von der Tann, nunmehr vereinigt mit dem Großherzog von Mecklenburg, ist stark genug, um ihr Widerstand zu leisten, und auch der Prinz Friedrich Karl ist im Anmarsch. Von dieser Seite haben wir mithin einen Überfall nicht zu besorgen, während das in Paris eingeschlossene französische Heer zweifellos einen großen Ausfall, einen „effort suprême“, nach Ausdruck der republikanischen Journale, zu versuchen entschlossen ist. Unter allen unsern kriegerischen Unternehmungen ist in der That die Belagerung von Paris die bis jetzt am wenigsten erfolgreiche, und wenn in Paris nicht Mangel an Lebensmitteln eintritt, ist ein Ende noch nicht abzusehen.

Wie ich es vermutet, wird es uns nicht möglich sein, am 16. November in München einzutreffen. Nächsten Montag aber werden Württemberg, Baden, Hessen zum Abschluß ihrer Geschäfte gelangen, und dann werden wir wohl auch vorwärts gelangen, so daß ich hoffen kann, mich diesmal nicht zu irren, wenn ich den Schluß der nächsten Woche oder den Beginn der darauffolgenden als den Zeitpunkt des Abschlusses unserer Arbeit und meiner Heimkehr bezeichne. Es erscheint hier eine im allgemeinen sehr wenig interessante amtliche Zeitung. Ich sende Euch eine Nummer derselben, welche anziehender ist als sonst, weil sie Artikel von Pariser Blättern bringt, worin die Lage sich abspiegelt. — Hugo und ich sind wohl, was wir wohl unsern täglich unternommenen Ritten zu danken haben. Von Louis Arco, der nach Orleans gefahren war, um als Vorstand der Spitäler Deroy zu ersetzen, haben wir keine Nachricht. Er langte dort an, als eben die Franzosen in der von uns geräumten Stadt einrückten, und wahrscheinlich ist er in Erfüllung seiner Aufgabe daselbst verblieben.“

*

Versailles, den 17. November 1870.

„Wir haben versucht, wie Moses auf das gelobte Land, einen Blick auf Paris zu werfen. Unter der Leitung einiger unserer Offiziere ist uns dies gelungen, vielleicht nicht ganz ohne Überschreitung der gestatteten Grenzen. Der gewählte Punkt liegt in der Nähe des Dorfes Vancresson, und wir gelangten in ein an den Park von St.-Cloud stoßendes Gehölz. Wir verfolgten einen Weg, der den Namen „Kaiserstraße“ führt und am Carrefour (Kreuzweg der Kaiserin) endet. Plötzlich hatten wir den vollen Ausblick auf Paris vor uns. Von der Sonne beschienen, glänzte der Dom der Invaliden, auf der entgegengesetzten Seite sahen wir den Triumphbogen, Arc de l'Etoile genannt, gerade vor uns, den Palast der Tuilerien, die Neue Oper, die Magdalenen-Kirche. Von Zeit zu Zeit ertönen Kanonenschüsse aus den schweren Geschützen der Forts und näher von uns Gewehrschüsse, welche die Vorposten wechseln. Unmittelbar bei unserm Standpunkt hatte eine Granate ein tiefes Loch in den Erdboden geschlagen. Wir fanden dann noch ein Fragment des Riesengeschosses, welches — wie wir hoffen — niemand verletzt hat, gleich der großen Mehrzahl der uns bestimmten Wurfgeschosse. Das tiefe Schweigen und die Verlassenheit dieser früher so belebten Orte war von düsterer Traurigkeit, und wir alle waren davon tief ergriffen.

Um sechs Uhr speisten wir abermals bei König Wilhelm, diesmal aber in Uniform, zur Feier des Geburtstages der Königin-Witwe, auf deren Gesundheit der König sein Glas erhob.

Sonst nichts Neues, es sei denn ein neuer Zuwachs von regierenden Herren, durch das Eintreffen der Großherzoge von Baden und Oldenburg.

Heute stattete ich dem Fürsten Johann Gagarin[1]) einen Besuch ab, der mich lebhaft interessierte. Derselbe ist gegenwärtig

1) Der im Jahre 1843 nach Frankreich übergesiedelte und daselbst konvertierte P. Peter (nicht Johann) Gagarin war ein Sohn des einstmaligen russischen Gesandten in München, Fürsten Grigory Iwanowitsch. Der angeblich an den Schmähschriften gegen den Dichter Puschkin († 1837) beteiligt gewesene, P. G. machte sich durch mehrere Schriften, namentlich durch die Broschüre „La Russie sera-t-elle catholique?“ als Schriftsteller bekannt.

als Jesuitenpater im hiesigen Hause dieses Ordens. Vor Zeiten hatte ich ihn in Rußland als jungen Lebemann und Bewunderer schöner Damen gekannt. Hier fand ich ihn in einem häßlichen, schlecht gehaltenen Zimmer, dick und alt geworden. Aber er spricht mit Heiterkeit von seiner Vergangenheit und scheint den gefaßten Entschluß durchaus nicht zu bereuen. Nur sind ihm, wie allen Jesuiten, die Angelegenheiten seines Ordens wichtiger als alles übrige. Mit vielem Dank sprach er von einem Besuche der Gräfin Mama Lerchenfeld und von einer Besprechung mit dieser liebenswürdigen Frau.

Unsere Unterhandlung stockt noch immer. Der preußische Kriegsminister General v. Roon ist unwohl, Graf Bismarck auch leidend. Delbrück spricht davon, nach Berlin abzureisen. Wir sind nach dem Abgang der Vertreter der übrigen deutschen Regierungen allein noch hier und müssen also trachten, an einem der nächsten Tage auf unsere Bedingungen ein Ja oder Nein zu erlangen. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, so wird nicht die Frage der äußeren Vertretung und der Diplomatie das Hindernis bilden, denn darüber sind wir so gut wie im reinen, wohl aber wird dies die militärische Frage, und wenn ich nicht sehr irre, kommt hier der Widerspruch nicht vom Grafen Bismarck. Er war gestern bei mir, wir haben uns aber leider verfehlt.

Ich komme eben aus dem Versailler Schloß, in welches Hugo und ich oft gern zurückkehren. Heute galt unser Besuch dem Privatgemach der Könige und Königinnen von Frankreich. Wie reich ist der Ort an Erinnerungen, an begangenen Fehlern, und welche Buße! Ganz nahe am berühmten Oeil de beouf, dem Versammlungsort der Höflinge, ist ein enger Gang, durch welchen Marie Antoinette, aus ihren Gemächern durch das Pariser Volk vertrieben, sich im Oktober 1789 in das Zimmer Ludwigs XVI. flüchtete. Diese ganze verblichene Pracht von Versailles ist tiefernst und traurig, und stimmt auch uns so in diesem Augenblicke, wo die schönste Frucht unserer Siege, der Friede, den wir gesichert glaubten, in neue Ferne rückt."

*

Versailles, den 21. November 1870.

„Ich hoffe Euch alle in München vereinigt zu finden, wenn es mir gegönnt sein wird, dahin zurückzukehren. Es liegt darin für mich ein großer Trost, denn in Eurem liebevollen Kreise kann ich auf freudigen Empfang rechnen, während ich sonst ganz darauf gefaßt bin, getadelt, angeklagt, bekrittelt zu werden für alles, was wir hier gethan oder zu thun unterlassen haben.

Mama Lerchenfeld hatte wohl recht, in ihrem musterhaften Briefe an Hugo zu sagen: „Recht werdet Ihr es niemand machen, und heulen werden sie alle!“ Was mich betrifft, so nehme ich das feste Bewußtsein von hier mit, daß in dem von uns vorbereiteten Abkommen die günstigsten Bedingungen enthalten sind, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erlangen irgend möglich war.

Übrigens ist ja nichts endgültig abgemacht. Der König und die Kammern werden zu beschließen haben. Wenn die letzteren vorziehen sollten, jede Verständigung zurückzuweisen, so wäre ich doch jeder eignen Verantwortung, die immer schwer zu tragen ist, enthoben. Unsere Pflicht und Aufgabe war es, den vaterländischen maßgebenden Gewalten die Möglichkeit zu erwirken, ihre Wahl zu treffen.

Hier haben wir uns über die wichtigsten Punkte geeinigt. Die Redaktion der Verträge wird wohl zwei Tage in Anspruch nehmen. Ein weiterer Tag oder zwei werden zur Abhaltung der Schlußkonferenzen und ein Tag für die Abschiedsbesuche erforderlich sein. — Wir könnten also vielleicht Sonnabend, wenn nicht gar schon Donnerstag abreisen. Aber die Erfahrung hat uns gelehrt, daß der entferntere Zeitpunkt der Wirklichkeit stets mehr entspricht als der nähere. Ein Telegramm wird uns jedenfalls vorauseilen.

Wir sind voll Bewunderung für die schönen Parks und Gärten, welche Paris umgeben, und welche von unseren Truppen gewissenhaft geschont worden sind. Sie sind das Ziel unserer täglichen Ritte. Ein Husarenoffizier, Herr v. Hanken, hatte seine schönen englischen Pferde zu unserer Verfügung gestellt, und mit

ihm besuchten wir unsern gewaltigen Artilleriepark, mit welchem die Pariser Forts beschossen werden sollten, bis jetzt aber nur bedroht wurden. Auch die Redouten, welche bestimmt sind, unsere prachtvollen Geschütze gegen feindliche Angriffe zu sichern, wurden von uns besichtigt. Am 25. November soll die Beschießung beginnen. Die französischen Befestigungen sind aber seit Anfang der Belagerung so sehr ausgedehnt und verstärkt worden, daß mehr Aussicht vorhanden ist, Paris durch Hunger als durch Gewalt zu nehmen, was freilich viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

An kriegerischen Vorgängen nichts Neues. Man hoffte, nach dem schönen Gefecht, welches von der Tann mit 17000 Mann gegen das feindliche Heer von 50000 Mann bestanden hatte, die Loire-Armee als Gegner zu haben. Letztere scheint aber durch eiligen Rückzug dem rasch heranrückenden Prinzen Friedrich Karl entgangen zu sein."

*

Versailles, den 25. November 1870.

„Dies ist wohl die letzte Nummer meiner an Dich gerichteten Berichterstattung. Gestern um zehn Uhr haben wir alle einzelnen Dokumente unseres mit Graf Bismarck getroffenen Abkommens unterzeichnet. Dies ist der Anfang des neuen Deutschlands und, wenn unsere Entwürfe genehmigt werden, das Ende Altbayerns! Es wäre nutzlos, sich darüber täuschen zu wollen. In München wird man zu wählen haben. Alles dieses hat mehr als einmal meine Nachtruhe gestört. Aber mein Gewissen ist ruhig. Was wir thun konnten, ist schon geschehen; und ich habe das Bewußtsein, die feste Überzeugung, daß wir alles erlangt haben, was an staatlicher Selbständigkeit, vorbedungenem Sonderrechte und gesicherter Einflußnahme in jenem Staatenbunde zu erreichen möglich war, welcher jetzt noch der Deutsche Bund genannt wird, in naher Zukunft aber das Deutsche Reich heißen wird. Was mich beruhigt und zu meiner Entschlußnahme mächtig beigetragen hat, ist die hier herrschende Geneigtheit, sich Österreich zu nähern und zu diesem Reiche die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten. Da dies dem wohlverstandenen Interesse beider Länder

entspricht, hoffe ich, daß es gelingen wird, dieses gute Verständnis auf der sicheren Grundlage eines Staatsvertrages zu befestigen.

Jetzt handelt es sich darum, diesen zerstörenden Krieg zu Ende zu führen, und obwohl seit Thiers' Abreise keine neuen Verständigungsversuche gemacht wurden, habe ich doch das Gefühl, daß auf beiden Seiten Friedenswünsche bestehen. Paris ist die lange Belagerung müde. Die längst angekündigten Ausfälle der Pariser lassen auf sich warten, und die Loire-Armee kommt nicht. Alles dies mindert den kriegerischen Eifer unserer Gegner. Gleichwohl sagte mir Ernst Rechberg, daß nach Aussagen französischer Gefangener und Deserteurs der große Ausfall der Pariser innerhalb fünf bis sechs Tagen stattfinden soll. Erfolgt derselbe wirklich, und mißlingt er, so hat die belagerte Stadt der Ehrenschuld kräftiger Verteidigung genügt, und wenn die Leute nicht toll sind, kann die Unterhandlung beginnen."

*

Versailles, den 25. November 1870.

„Wir waren gestern zum Speisen beim Kronprinzen geladen, dessen Nachbar zu sein ich die Ehre hatte. Du weißt, wie wohlwollend und freundlich er ist. Gleich beim Empfang kündigte er mir die glänzende Waffenthat einiger Jägerbataillone vom von der Tannschen Korps an, welche eine französische Abteilung vollständig geschlagen und ihr viele Gefangene abgenommen haben. Dieses Korps genießt im ganzen Heer einen glänzenden Ruf seit der letzten Schlacht nach der Räumung von Orleans, in welcher dasselbe den dreifach stärkeren Feind einen ganzen Tag hindurch aufhielt und zurückwies. Der Kronprinz sprach mit mir lange und teilnahmsvoll vom König von Neapel, von welchem er eine hohe Meinung hat, nachdem bei ihm mangelhafte Erziehung durch mutig ertragenes Mißgeschick ergänzt wurde. Nach Tisch wird geraucht und musiziert und geplaudert, wie in der zwanglosesten Junggesellenwirtschaft. Nur unsere schwarzen Fracks stechen häßlich ab von den vielen uns umgebenden Uniformen. Unser Abend war zwischen dem Grafen Bismarck und dem Prinzen Luitpold

geteilt, welcher in gütiger Weise darauf bestanden hat, uns zum Abschied mit Thee und Punsch zu bewirten.

Heute Hoftafel beim König und morgen früh um 8 Uhr Abfahrt nach Lagny, wo wir die Eisenbahn fahrbar zu finden hoffen."

Graf Bray hatte keine sentimentale Ader. Die melancholischen Betrachtungen über die Beurteilung, die er in Bayern erwartete, werden zum großen Teil verursacht worden sein durch die Unberechenbarkeit des Königs, der die Einheit wollte, die Opfer dafür aber verweigerte. Welche Schwierigkeiten in diesen Stimmungen lagen, wissen wir seit den Veröffentlichungen der Frau Louise v. Kobell. Die nachstehenden Blätter aus der amtlichen Korrespondenz des Grafen Bray bestätigen und erweitern das bisher Bekannte:

Graf Bray an seinen Münchner Stellvertreter.

Versailles, den 24. Oktober 1870.

„Aus Graf Bismarcks Äußerungen geht deutlich hervor, daß die Absicht, dem neuen Bunde den Namen Reich, dessen Präsidenten den Titel Kaiser zu geben, hier mit entschiedener Vorliebe behandelt wird. Der Kanzler sagte mir, er habe im Jahre 1866 diesen Bezeichnungen keinen Wert beigelegt. Jetzt sei er zur Überzeugung gelangt, daß man mit diesen Worten viel Thatsächliches der öffentlichen Meinung und dem Reichstage annehmbar machen könne, was es sonst nicht wäre. Damit ist gesagt, daß auch Preußen vieles konzedieren würde, wenn ihm in diesem Punkte entsprochen werde.

Graf Bismarck fügte bei, von den Fürsten — und an deren Spitze vom Könige von Bayern — sei die Verleihung des Titels wünschenswert, weniger vom Reichstage, welcher sonst wohl die den Fürsten zugedachte Rolle zu der seinigen machen würde. Hier also liegt der Schwerpunkt der Situation, und damit ist der Preis bezeichnet, um welchen Konzessionen reellerer Art erlangt werden können."

*

Graf Bray an den König.

Versailles, den 28. Oktober 1870.

„Die in meinem ehrerbietigsten Berichte vom 24. l. Mts. angekündigten Vorbesprechungen der Staatsminister v. Pranckh und v. Lutz haben seitdem stattgefunden, ohne daß es bis jetzt zu einer formulierten Fassung des Textes gekommen wäre. Durch den preußischen Kriegsminister v. Roon ist indessen eine Aufzeichnung übergeben worden, welche die hauptsächlichsten das Militärwesen betreffenden Punkte in sich faßt, und deren Vorlage wohl direkt durch den königlichen Kriegsminister erfolgen wird. Wie derselbe mir mitteilte, wird die Annahme des im Nordbunde bestehenden Ansatzes von 225 Thaler per Mann kaum zu umgehen sein, wogegen die selbständige Verwaltung des Militärwesens, wie es scheint, nicht beanstandet wird. Im allgemeinen äußert sich der königliche Kriegsminister nicht unbefriedigt über das Ergebnis dieser ersten Konferenz.

Ebenso ist Staatsminister v. Lutz zur Verständigung über eine Anzahl von Punkten gelangt; es sind aber bezüglich der Kompetenz des Parlaments und des Bundesrats von seiten des Ministers Delbrück, insbesondere in betreff der Gesetzgebung und speziell auch des Strafrechts weitergehende Ansprüche erhoben worden. Auch bezüglich der Schlußartikel 75, 76 und 77 ist die Einigung noch nicht erzielt, wogegen hinsichtlich des eignen Betriebes der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen ein Anstand nicht besteht.

Die den Abmachungen zu gebende Form soll nach den Anträgen, welche von preußischer Seite hier gestellt wurden, eine von der zu München in Vorschlag gebrachten wesentlich verschiedene werden, indem nun der Antrag besteht, daß von der Kreierung eines weiteren Bundes Abstand genommen werde und für alle Staaten die norddeutsche Bundesverfassung mit Einschaltung der für die neu hinzutretenden vereinbarten Ausnahmen und Änderungen maßgebend werde. — Nachdem die Stellung der bayrischen Armee wesentlich verschieden wird von jener der übrigen deutschen

Heeresteile, so wird vorgeschlagen, den desfallsigen Bestimmungen die Form einer Konvention oder etwa einer Verfassungsbeilage zu geben. Was zu dieser neuen Anschauung geführt haben mag, ist außer der Bereitwilligkeit Badens, Hessens und schließlich auch Württembergs, in den Norddeutschen Bund mit ganz geringen Vorbehalten einzutreten, wohl auch der Wunsch, durch größere Vereinfachung des Verfassungsmechanismus den Wünschen der verschiedenen im Norddeutschen Reichstage vertretenen Parteien gerecht zu werden. Als Vertreter dieser Parteien befinden sich gegenwärtig hier v. Bennigsen für die Nationalliberalen, Blankenburg für die Konservativen und Friedenthal für die sogenannten Freikonservativen. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die einfachere Form einer Bundesverfassung der komplizierteren vorzuziehen ist, so kann ich mich der Bedenken doch nicht erwehren, welche das Verlassen des in München durch den Vorschlag eines engeren und weiteren Bundes eingeschlagenen Weges für die künftige Stellung Bayerns in Deutschland in mir hervorruft. Vor einer bestimmteren Äußerung von seiten des Bundeskanzleramtes und vor Einsichtnahme des uns angekündigten Entwurfes enthalte ich mich einer jeden, weil notwendig voreiligen Beurteilung des neuen Projektes. Es wird mir aber schwer, mir klar zu machen, wie namentlich eine Bevorzugung Bayerns bezüglich der Vertretung nach außen in einer einheitlichen Bundesakte Platz finden könnte, während dies bei der Annahme des weiteren Bundes neben dem engeren leichter durchführbar wäre.

Für die Vertretung Hessens sind vorgestern Minister Dalwigk und Geheimer Legationsrat Hofmann hier eingetroffen, auch Freiherr v. Friesen für Sachsen wird erwartet.

Die schon gestern bekannt gewordene Kapitulation von Metz mit der Armee des Marschalls Bazaine hat erst heute früh die formelle Bestätigung durch Meldung der gestern abend erfolgten Unterzeichnung der Kapitulation erhalten. Die Bedingungen sind jene der Übergabe von Sedan. Es werden gemäß denselben nebst Übergabe des gesamten Materials 173000 Mann, nach andern Angaben 151000 Mann inklusive 20000 Kranker mit 3 Marschällen

von Frankreich kriegsgefangen, mit Ausnahme der Kranken nach Deutschland transportiert und von 40000 Mann dorthin geleitet. Die Verlegenheit der Unterbringung dieses neuen Heeres von Kriegsgefangenen wird in ganz Deutschland keine geringe sein. Für die Kriegführung und wenn Frankreich eine Regierung hätte, auch für den baldigen Friedensschluß muß dies Ereignis entscheidend werden."

Ich verharre 2c. 2c.

*

Kabinetssekretär Eisenhart an Graf Bray.

München, den 31. Oktober 1870.

Eure Excellenz!

„— Ferner bin ich von meinem allergnädigsten Herrn angewiesen, Eurer Excellenz wiederholt die Frage einer mäßigen Territorialvergrößerung im Allerhöchsten Namen recht nachdrücklich ans Herz zu legen, und möchten Sie diese Angelegenheit recht bald mit Grafen Bismarck zur Besprechung bringen. So weit die Aufträge Seiner Majestät.

In der andern bewußten Angelegenheit habe ich auf Allerhöchsten Befehl vor einer Stunde ein Telegramm an Eure Excellenz gerichtet, und hoffe ich dessen baldiges Eintreffen in Versailles. In München ist alles beim alten. Am 4., nachmittags, erfolgt die definitive Übersiedlung nach Hohenschwangau.

Bitte um möglichst beschleunigte Antwort, da sie mit äußerster Ungeduld erwartet wird!"

*

Graf Bray an Eisenhart.

Versailles, den 31. Oktober 1870.

„— Verhandlungen bis jetzt über Vorbesprechungen nicht hinaus, da man vorher mit Baden, Hessen, Württemberg abschließen will. Letzteres hat sich von uns ganz getrennt, und wir behaupten allein unsern Standpunkt."

Thiers gestern hier durch nach Paris.

*

Eisenhart an Graf Bray.

München, den 1. November 1870.

Euer Excellenz!

„Die Reise des Grafen Holnstein ins Hauptquartier bietet mir die erfreuliche Gelegenheit, Eurer Excellenz einige vertrauliche Zeilen zuzusenden; gestatten mir Hochdieselben, von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. —

Ein Thema, das Seine Majestät sehr häufig berühren, ist die Gebietsvergrößerung. Und ich glaube in der That, daß hierdurch sehr viele die politische Einbuße (die wir denn doch erleiden) leichter verschmerzen würden. Damit, daß nur Opfer gebracht werden und nichts in Austausch kommt, damit sind — mit Ausnahme der Nationalliberalen — wohl wenige zufrieden; und mit dem Gebietszuwachs kommt unzertrennlich ein gewisser Machtzuwachs, der unserer Stellung im Bunde nur nützen kann. Verzeihen Euer Excellenz, wenn ich es versucht habe, hiermit zugleich meiner ganz unmaßgeblichen Anschauung Ausdruck zu verleihen.

Gestern kam an Seine Majestät ein acht Quartseiten langer Brief des Großherzogs von Baden — eine Verherrlichung der Kaiseridee enthaltend! „Ein unvergänglicher Ruhm — heißt es unter anderm — würde sich an den Namen König Ludwigs II. knüpfen, wenn der große Wendepunkt, an dem die Geschicke Deutschlands sich gegenwärtig befinden, durch seine kühne Initiative dahin führte, daß die schweren Opfer der Nation zuletzt mit Anerbietung der Kaiserwürde an den greisen Heldenkönig belohnt und gekrönt würden . . .“ An späterer Stelle wird ein baldiges Handeln nahegelegt, „ehe der Zeitpunkt eintritt, wo das Handeln nur noch als Folge eines übermächtigen Druckes von unten erscheint. Solch erzwungene Schritte sind von bleibendem nachteiligen Einflusse“ u. s. w. Also wohl deshalb der beabsichtigte Besuch![1])

Die Presse, namentlich die österreichische, berichtet seit einigen Tagen die bevorstehende Reise des Königs ins Hauptquartier. In München glaubt man sie in weiteren Kreisen allgemein, auch

---

1) Der Besuch kam nicht zu stande.

die Patrioten (Bambergerhofpartei) sind dafür, weil sie glauben, daß es für Bayern und dessen Ansehen vorteilhaft. Der König verhält sich entschieden verneinend; fragt aber täglich, ob die Einladung noch nicht gekommen. Nach Mitteilung aus Darmstadt geht auch der Großherzog im Einladungsfalle nach Versailles. Die Reise Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Otto ist ohne eigentliche politische Bedeutung; dessen Erzählungen möchten jedoch auf den Entschluß Seiner Majestät in gegenwärtiger Angelegenheit nicht ohne jeden Einfluß sein.

Es beruhigt mich unendlich, daß Eure Excellenz an Ort und Stelle, und daher über die Anschauungen des preußischen Hofes in jener Besuchsangelegenheit wohl unterrichtet sind, denn hierdurch befinden sich Eure Excellenz in der Lage, gegebenen Falles an Seine Majestät die geeigneten Mitteilungen zu machen.

Die Übersiedlung nach Hohenschwangau bis Ende Dezember ist beschlossene Sache und erfolgt in den allernächsten Tagen, mutmaßlich morgen.

Daß die Verhandlungen mit Bayern die letzten sind, erschwert unsern Standpunkt etwas, zumal uns — more solito — die Württemberger im Stiche ließen."

Indem ich, —

*

Graf Bray an den König.

Versailles, den 3. November 1870.

„In meinem ehrerbietigen Berichte vom 28. vorigen Monats habe ich mich beehrt, meine Bedenken gegen den Eintritt Bayerns in den in Vorschlag gebrachten einheitlichen deutschen Bund darzulegen. Ich bin deshalb bemüht gewesen, nachdem der Eintritt sämtlicher deutschen Staaten, Bayern ausgenommen, immer wahrscheinlicher erschien, mir selbst klar zu machen, welche Stellung letzteres dem übrigen Deutschland gegenüber, mit welchem verbunden zu bleiben es unter allen Umständen bemüht sein muß, einnehmen könnte. Zu diesem Behufe habe ich über die Form

einer solchen, den Eintritt in den engeren Bund ausschließenden Verbindung zwei von einander verschiedene Entwürfe aufgestellt, deren einer die Verbindung Bayerns mit dem übrigen Deutschland durch einen selbständigen Verfassungsvertrag darstellt und in positiver Formulierung das künftige Verhältnis beider darstellt, während der zweite Entwurf die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu Grunde legt und lediglich negativ gehalten, die Abweichungen, welche in betreff Bayerns an dieser Verfassung stattfinden, als einen Anhang derselben erscheinen läßt. Um zu einem erwünschten Resultate zu gelangen und für die in Aussicht genommene Verbindung Bayerns mit einem alle übrigen Staaten bereits in sich fassenden Bunde die rechte Form zu finden, schien es mir unerläßlich, die Idee von Kaiser und Reich, auf welche hier Gewicht gelegt wird, in solcher Weise zu benützen, daß jene Gesamtverbindung mit dem Namen „das Deutsche Reich" belegt würde. Durch die Annahme dieses oder eines ähnlichen Vorschlages allein würde es sich rechtfertigen, für Bayern eine Reihe wichtiger Zugeständnisse in Anspruch zu nehmen, und neben dem deutschen Kaiser, den König von Bayern als Repräsentanten des Deutschen Reiches erscheinen zu lassen, nachdem jeder dieser Souveräne einen Teil Deutschlands selbständig, beide gemeinsam dagegen das Ganze repräsentieren würden. Hieraus würde sich in natürlicher Folgerung die Teilnahme Bayerns an der Vertretung des Reiches nach außen nebst Beibehaltung der eignen Repräsentanz ableiten lassen, wie dies im Artikel 5 des ersten Entwurfes versuchsweise dargestellt ist. Ich habe mich hierüber mit dem Herrn Grafen v. Bismarck und Minister Delbrück ganz vertraulich besprochen und beiden ausdrücklich erklärt, daß diese Entwürfe keinen andern Zweck hätten als den: schon früher besprochenen Ideen eine bestimmtere Form zu leihen; daß insbesondere bezüglich des Kaisertitels und der Bezeichnung Gesamtdeutschlands als „Deutsches Reich" ich mich ohne alle und jede Vollmacht oder Ermächtigung befände, und daß hierin also ein Vorschlag der bayrischen Regierung noch keineswegs liege, viel weniger aber noch ein Anerbieten Eurer Königlichen Majestät. — Bei dem Herrn Bundeskanzler,

der übrigens auf die näheren Modalitäten bis jetzt nicht eingegangen ist, hat insbesondere die Bestimmung über gemeinschaftliche Instruktionserteilung, worin derselbe eine Beschränkung der eignen freien politischen Beschlußnahmen erblickt, Anstoß erregt. Es würde hierfür also noch eine andre Form zu suchen sein. Eine Vertretung der Reichsgesandten durch die bayrischen würde dagegen, wie es scheint, einem Anstande nicht unterliegen, und eine weitere Handhabe für die Beteiligung Bayerns an der politischen Leitung Gesamtdeutschlands glaubt der Herr Bundeskanzler dadurch bieten zu können, daß ein diplomatischer Ausschuß des Bundesrates konstituiert würde, worin Bayern den ständigen Vorsitz zu führen hätte.

Nachdem mit der hierüber gepflogenen Besprechung noch keinerlei bestimmte Anhaltspunkte gewonnen waren, vielmehr der Wunsch, es möge sich Bayern zum Eintritt in den einheitlichen Bund unter angemessener Bevorzugung bereit finden lassen, deutlich hervortrat, während andrerseits die Besprechungen der beiden Kriegsminister auf einen internationalen Vertrag hinzudeuten schienen, habe ich mich veranlaßt gefunden, das beifolgende Privatschreiben an den Herrn Grafen v. Bismarck [1]) zu richten, dessen Inhalt ich heute bereits telegraphisch zu melden mich beehrt habe. Es wird nunmehr abzuwarten sein, welche Vorschläge preußischerseits an uns gelangen, und es wird von der Natur derselben abhängen, ob es sich als thunlich herausstellt, daß wir hier salva ratificatione denselben beitreten, oder ob es vielmehr ratsam erscheint, ohne jeden Abschluß nach München zurückzukehren, um vor allem Eurer Königlichen Majestät unterthänigsten Bericht zu erstatten und Allerhöchsten Beschlußnahmen zu beantragen.

Die große Tragweite der Angelegenheit legt den von Eurer Königlichen Majestät Bevollmächtigten doppelte Vorsicht auf, damit alle Momente reiflich erwogen werden und jede Übereilung ferngehalten bleibe. Die Waffenstillstandsunterhandlung des Herrn Thiers, den ich gestern zu sprechen Gelegenheit hatte, scheint leider,

1) Siehe unten.

beim Mangel jeden Zugeständnisses der Pariser Regierungsfraktion, zu keinem Resultate zu führen."

Ich verharre u. s. w.

*

Graf Bray an Bismarck.

Versailles, den 2. November 1870.

„Euer Excellenz

erlaube ich mir im Nachgange unser gestrigen Besprechung und als Ergänzung mündlicher Äußerung noch einige Bemerkungen und Ansuchen zu unterbreiten.

Es liegt wohl im allgemeinen Interesse, daß die über die deutschen Verhältnisse eingeleiteten Verhandlungen so bald als möglich zum Abschluß gelangen, und ich wünsche vor allem Bayern vor dem Vorwurfe zu sichern, an einer Verzögerung schuld zu sein. Infolge der Münchner Besprechungen, wo die Bildung eines weiteren Bundes in Aussicht genommen war, erachten wir uns aber nur zum Eintritt in einen solchen von Seiner Majestät dem Könige ermächtigt, und hierauf haben bisher meine an Eure Excellenz gebrachten Anträge abgezielt. Hochdero gestrige Äußerungen scheinen — neben der Alternative eines nur internationalen, wenn auch enger als früher geschlossenen Bündnisses, welches auch von Seiner Excellenz v. Roon dem General v. Pranckh vorgeschlagen wurde, — unsern Eintritt in den bestehenden einheitlichen Bund zu bezwecken. Hierzu nun bedürfen wir erweiterter Vollmacht, worüber wir wohl am besten, nach Empfangnahme der bezüglichen Entwürfe in München selbst, eine Beschlußnahme unsers Allerhöchsten Souveräns zu erholen haben werden.

Ich glaube deshalb, daß es sich empfehlen würde, die dem Abschluß nahen Verhandlungen mit den übrigen Bevollmächtigten, etwa mit Vorbehalt der Bayern betreffenden Punkte, zu vollenden, uns aber zu obigem Zwecke die baldige Reise nach München durch Mitgabe der fraglichen alternativen Vorschläge zu ermöglichen.

Für mich freilich wäre, wenn die Besprechungen mit Herrn Thiers zu Friedensunterhandlungen führen sollten, ein Grund zum Zurückbleiben gegeben.

Nachdem der zu Mißverständnissen führende Satz über diplomatische Instruktionserteilung Anstoß erregt hat, lasse ich denselben fallen und hoffe, daß es gelingen wird, eine den gestrigen Äußerungen Eurer Excellenz besser anpassende Formulierung zu finden.

Genehmigen Eure Excellenz u. s. w."

*

Bismarck an Graf Bray.

Versailles, den 4. November 1870.

„Euer Excellenz

gefälliges Schreiben vom 2. dieses Monats, welches ich gestern zu erhalten die Ehre hatte, benachrichtigt mich, daß die den königlich bayrischen Herren Bevollmächtigten erteilte Allerhöchste Ermächtigung auf die Bildung eines weiteren Bundes gerichtet ist, und daß Eure Excellenz und Ihre Herren Kollegen, in dem Wunsche, die einen engeren Bund bezweckenden Verhandlungen mit Württemberg, Baden und Hessen nicht zu verzögern, es für geraten halten, daß diese Verhandlungen, etwa mit Vorbehalt der Bayern betreffenden Punkte vollendet werden, während Sie selbst zur Einholung anderweiter Allerhöchster Entschließung nach München zurückkehren.

So lebhaft ich gewünscht haben würde, daß ein gleichzeitiger Abschluß mit sämtlichen süddeutschen Staaten möglich gewesen wäre, so kann ich doch, in Betracht der obwaltenden Sachlage und der durch die Verhältnisse im Norddeutschen Bunde gebotenen Dringlichkeit einer baldigen Beendigung der hiesigen Verhandlungen, Eurer Excellenz Ansicht nur teilen, daß es sich empfiehlt, die Verhandlungen mit Bayern nach dem Abschluß mit Württemberg, Baden und Hessen fortzusetzen.

Als Basis dieser Verhandlungen würde ich die Herstellung eines engeren Bundes jeder andern vorziehen. Diese Basis ist

nach meiner Ansicht die einzige, welche den Wünschen der deutschen Nation entspricht, und welche daher zur Gründung dauernder Institutionen geeignet ist, während sie zugleich breit genug ist, um der Stellung Raum zu gewähren, auf welche Bayern, vermöge seiner Bedeutung, in einem deutschen Bunde Anspruch hat. Die besondere Regelung der militärischen Verhältnisse durch einen neben der Verfassung abzuschließenden völkerrechtlichen Akt würde hierzu in einer vorzugsweise wichtigen Beziehung den Weg darbieten, während in anderen Beziehungen die Verfassung selbst die nötigen Maßgaben zu enthalten hätte. Welche Form zu diesem Zwecke bei den Verhandlungen mit Württemberg, Baden und Hessen gewählt ist, wollen Eure Excellenz aus dem ganz ergebenst beigefügten Entwurfe der bei diesen Verhandlungen besprochenen Zusätze und Abänderungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes gefälligst ersehen. Sie werden in diesem Entwurfe eine Reihe von Vorschlägen erledigt finden, welche bei den Münchner Besprechungen von Bayern gemacht worden waren.

Die von Eurer Excellenz erwähnte zweite Alternative, der Fortdauer internationaler Verträge, würde ich mir nicht anders als eine Vervielfältigung der vertragsmäßigen Beziehungen denken können, welche gegenwärtig zwischen dem Norddeutschen Bunde und Bayern bestehen. Die kurze, seit Gründung des Bundes verflossene Zeit hat bereits so zahlreiche einzelne Verständigungen zwischen beiden Teilen gebracht, und die Gründung eines neuen, die übrigen süddeutschen Staaten umfassenden Bundes wird die gegenseitigen Beziehungen nach so vielen Seiten ausdehnen, daß es nicht schwer fallen wird, zahlreiche Verhältnisse des öffentlichen Rechts in gegenseitig befriedigender Weise zu regeln."

Genehmigen —

*

Graf Bray an den König.

Versailles, den 5. November 1870.

„Durch das ehrerbietig angefügte Billet des Staatsministers Delbrück vom heutigen wurde ich nebst den Ministern v. Lutz und

v. Pranckh eingeladen, zum Zwecke einer Mitteilung über die Besprechungen mit Herrn Thiers um halb ein Uhr beim Bundeskanzler Grafen Bismarck zu erscheinen. Zu genannter Stunde trafen wir dort die sämtlichen hier anwesenden Repräsentanten deutscher Staaten und zwar die Minister Mittnacht und Suckow für Württemberg, Baron Friesen für Sachsen, v. Dalwigk für Hessen, v. Freydorf für Baden, dann von preußischer Seite Minister Delbrück und den Bundeskanzler Grafen Bismarck.

Letzterer ergriff das Wort, um in längerem Vortrag den Hergang der von ihm gepflogenen wiederholten Verhandlungen mit Herrn Thiers zu schildern. Der französische Staatsmann war durch Rußland hier eingeführt worden, um einen die Wahlen einer französischen Nationalversammlung und dadurch die Vorbereitung zum Frieden ermöglichenden Waffenstillstand zu negociieren. Seine Vollmachten hatte er sowohl aus Tours als aus Paris erhalten. Dabei waren ihm aber Bedingungen vorgeschrieben worden, welche zu erlangen sowohl politisch als militärisch unmöglich war. Es wurde von Frankreich ein fünfundzwanzigtägiger Waffenstillstand verlangt und während desselben für die auf 2 700 000 Seelen berechnete Bevölkerung von Paris eine vollständige Verproviantierung nach dem Verhältnis von 1 Pfund Brot und 1/2 Pfund Fleisch auf den Kopf, außerdem Gemüse, Salz, Brennholz und die für die Ernährung des einzuführenden Viehes nötige Fourage. An Vieh wurden nicht weniger als 30 000 Ochsen und 100 000 Schafe verlangt. Diese an sich militärisch schon unzulässigen Forderungen wurden durch das Verlangen völliger Freiheit für die Bewegung der zum Militärdienste Einberufenen, und somit für die Bildung neuer Armeen, noch unannehmbarer gemacht und vom Grafen Bismarck nach Besprechung mit den Notabilitäten des Generalstabs als solche bezeichnet.

Infolgedessen ist Herr Thiers nach langem Sträuben zu dem Zugeständnisse gelangt, den direkten Versuch machen zu wollen, die Regierungsmänner in Frankreich zum Friedensabschlusse zu vermögen. Die Gebietsabtretung ist von ihm im Prinzip zwar noch nicht förmlich anerkannt, aber doch nicht mehr so absolut

bestritten wie früher. Er hat sich heute an die Vorposten begeben, wo auch die Mitglieder der Pariser Regierung sich einfinden sollen. Letztere und der mit ihnen verbundene General Trochu waren am 1. dieses Monats durch die Revolutionäre Flourence, Blanquis und Pyat infolge einer Volksbewegung ihrer Stellen enthoben und gefangen gesetzt worden, während die Revolutionsmänner die Gewalt an sich rissen und dieselbe vierundzwanzig Stunden lang behaupteten. In der darauffolgenden Nacht aber wurde das Pariser Stadthaus von einer der moderierten Partei angehörenden Abteilung der Nationalgarde überfallen, das neue Regierungskomitee verhaftet und Jules Favre nebst seinen Anhängern als Regenten wieder eingesetzt. Mit diesen letzteren findet die heutige Besprechung Thiers' statt, und von deren Ausgang wird es abhängen, ob Verhandlungen über den Frieden eröffnet werden können, oder ob man bis auf weiteres darauf zu verzichten hat.

An diesen letzteren Punkt anknüpfend ging Graf Bismarck auf eine andre Frage über. Er erwähnte, wie es schon längst der Wunsch des Königs von Preußen gewesen sei, in dem wichtigen Momente des Friedensabschlusses nach einem Kriege, der in siegreichen Kämpfen die deutschen Heere bis vor Paris geführt habe, nicht allein zu stehen. Der König wünsche vielmehr, daß ein so ruhmreicher Friede in Gegenwart und mit Zuthun aller deutschen Fürsten, deren Heere ihn erfochten, geschlossen werden möge, und Seine Majestät beabsichtige deshalb, eine Einladung zu diesem Zwecke an alle seine deutschen Mitfürsten gelangen zu lassen. Graf Bismarck richtete deshalb an die Versammlung die Frage, ob man den Moment für den erwähnten Fürstenkongreß schon jetzt gekommen glaube oder dafür einen späteren Zeitpunkt als passend erachte. Zuerst zur Erwiderung aufgefordert, äußerte ich meine Meinung dahin, daß, wenn eine solche Einladung überhaupt erlassen werde, sie wohl nur, nach den vorstehenden Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers selbst, für den Zeitpunkt Geltung haben könne, an welchem der Friede im Prinzip von beiden Teile[illegible] beschlossen sein werde, indem sonst die

Möglichkeit naheliege, daß auf Friedenshoffnungen ein verlängerter Kriegsstand nachfolge, was dem Zweck der Einladung und des Hierseins der deutschen Souveräne zuwiderlaufen würde.

Graf Bismarck erklärte sich hiermit einverstanden, bemerkte aber, daß, wenn der Zeitpunkt für das Eintreffen der fürstlichen Gäste nach vorstehendem jetzt noch nicht angegeben werden könne, es doch wohl als schicklich erscheine, die Einladung selbst schon früher zu erlassen, da bei der Möglichkeit des plötzlichen Eintretens einer dem Friedensschlusse günstigen Wendung, ein Zeitverlust nachteilig, die Absendung telegraphischer Einladungen aber bei der erhabenen Stellung der zu Ladenden als unpassend erscheinen müßte. Sich an den Königlich Sächsischen Minister v. Friesen wendend, erwähnte der Bundeskanzler hierauf dankend, daß auch König Johann, der bejahrteste der deutschen Fürsten nach dem König Wilhelm, in einem Schreiben an seinen Sohn, den Kronprinzen, sich zu einem Besuche im deutschen Lager entschlossen gezeigt habe.

Von den Friedensbedingungen war nur im allgemeinen die Rede, doch wünschte Graf Bismarck die Ansicht der Anwesenden über das Maß der Forderungen zu kennen, welche namentlich bezüglich der Territorialabtretung zu stellen sein würden. Im allgemeinen schien die Mehrheit der Versammlung dafür zu stimmen, daß zur Vereinigung mit Deutschland nur vom deutschen Stamme bewohnte Landesteile Frankreichs in Anspruch genommen werden sollten.

Als Geldentschädigung sollte nach des Bundeskanzlers Ansicht etwa eine doppelte Jahreseinnahme Frankreichs, also circa 3000 Millionen verlangt werden, und es wurde bemerkt, daß die Summe billigerweise niedriger oder höher zu bemessen sei, je nach dem Maße der zu erreichenden Gebietsabtretung. Der raschere oder verzögerte Friedensabschluß wird auf die Bedingungen des Friedens gerechterweise auch nicht ohne Einfluß bleiben."

Ich verharre 2c. 2c.

*

Graf Bray an Eisenhart.

Versailles, den 6. November 1870.

„Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich, mit Bezugnahme auf Ihre schätzbare Zuschrift vom 24. vorigen Monats und auf mein Telegramm vom 4. dieses Monats zu bemerken, daß die in meinem gestrigen Berichte an Seine Majestät den König besprochene Anregung der Idee des Fürstenkongresses eine vollständige Überraschung war. Nach dem beigebogenen Einladungsbillet waren wir alle nur auf Mitteilungen über die Unterhandlung mit Frankreich gefaßt, und niemand dachte an die früher recht vielfach besprochene, in jüngster Zeit aber scheinbar in den Hintergrund getretene und bei der noch herrschenden Unklarheit über die Bedingungen und den Zeitpunkt des Friedens noch nicht zeitgemäße Versammlung deutscher Fürsten in Frankreich. Letzteres erkannte auch Graf Bismarck an, mit dem ich ganz offen über die Sache sprach, und von einer sehr baldigen Reise ist wohl jetzt noch für keinen der in Deutschland weilenden Souveräne die Rede. Dagegen bemerkte mir der Bundeskanzler, daß der Erlaß der Einladungen nicht wohl verschoben werden könne, und daß bei einer Ladung sämtlicher deutschen Fürsten am allerwenigsten der König von Bayern übergangen werden könne. — Ich bitte, Vorstehendes einstweilen Seiner Majestät zu melden. Eingehender wird die Frage wohl nur nach unserer hoffentlich bald zu ermöglichenden Rückkehr nach München besprochen werden können."

Genehmigen ꝛc. ꝛc.

*

Graf Bray an seinen Münchner Stellvertreter.

Versailles, den 7. November 1870.

„Zusammenkunft wäre auch mir äußerst erwünscht, aber vor dem 16. können wir kaum in München sein, was ich zu telegraphieren bitte. Prinz Adalbert von Preußen überbringt Einladung für König, hierher zu kommen. Verhandlungen mit Thiers erfolglos bis jetzt."

*

Graf Bray an den König.

Versailles, den 8. November 1870.

„Wie ich bereits gestern nach München gemeldet, besteht die Absicht, Seine Königliche Hoheit den Prinzen Adalbert von Preußen mit einem die Einladung für Eure Königliche Majestät zum Kongreß deutscher Fürsten enthaltenden Schreiben seiner Majestät des Königs von Preußen, nach München zu senden.

Es wurde mir dies durch den Bundeskanzler Grafen Bismarck selbst als feststehende Absicht Seiner Königlichen Majestät mitgeteilt, jedoch ohne daß ein bestimmter Zeitpunkt für die Abreise des Prinzen angegeben worden wäre. Auf eine heute desfalls beim Adjutanten Seiner Königlichen Hoheit eingezogene Erkundigung erfolgte die Antwort, daß bezüglich der Reise überhaupt noch keine Befehle ergangen seien.

Die geringe Aussicht, welche in diesem Augenblicke für den Friedensabschluß vorhanden ist, läßt als wahrscheinlich erscheinen, daß auch die Abreise des Prinzen noch einigen Aufschub erleiden wird. Inzwischen ist das königliche Handschreiben bereits aufgesetzt und von Seiner Majestät dem Könige genehmigt.

Die Waffenstillstandsunterhandlungen sind angesichts der unannehmbaren Forderungen der Franzosen, welche nach der Rückkehr Thiers' von seiner letzten Besprechung mit Jules Favre nur insofern modifiziert worden waren, als statt fünfundzwanzig Tagen zwölf Tage Waffenstillstand verlangt wurden, als gescheitert zu betrachten.

Thiers ist nach Tours zurückgekehrt, und es wird von dem Einfluß abhängen, welchen seine gemäßigten Ansichten dort zu üben vermögend sein werden, ob eine Wiederaufnahme der Unterhandlung demnächst eintreten wird oder nicht. Im gegenwärtigen Augenblick wäre jeder Waffenstillstand — auch ohne Verproviantierung von Paris — ein von deutscher Seite gebrachtes Opfer gewesen, indem die Armee des Prinzen Friedrich Karl und andre Abteilungen im Vorrücken begriffen sind und auch die Beschießung der Forts von Paris in nächster Zeit beginnen soll. Es wäre

nicht unmöglich, daß diese kriegerischen Operationen durch ihren Eindruck auf die französische Nation wirksamer sein werden für die Herbeiführung des Friedens, als der von den Franzosen doch vorzugsweise zu Zwecken neuer Rüstungen gewünschte Waffenstillstand."

Ich verharre ꝛc. ꝛc.

*

Staatsrat Daxenberger an Graf Bray.

Grafen Bray, Königlich bayrischer Staatsminister, Versailles.

München, den 8. November 1870.

„Ihre gestrige Depesche heute nach Hohenschwangau befördert. — Baron Soden sagt: König von Württemberg wolle nur gemeinsam mit Bayern handeln und ist derartige Weisung an Mittnacht neuerdings gegangen. Württemberg setzt dabei voraus, daß Bayern mit ihm möglichst Hand in Hand geht."

(gez.) Staatsrat Daxenberger.

*

Eisenhart an Graf Bray.

Hohenschwangau, den 9. November 1870.

„König will nicht nach Versailles gehen, weshalb Euer Excellenz die Abordnung des Prinzen Adalbert hierher verhindern sollen. Im Hinblick auf Euer Excellenz Telegramm vom 3., vormittags, erwartet Sie der König baldigst."

*

Graf Bray an den König.

Versailles, den 11. November 1870.

„Mit Bezugnahme auf meinen alleruntertħänigsten Bericht Nr. 4 vom 3. laufenden Monats, mit welchem ich die Ehre hatte, die Abschrift eines von mir am 2. laufenden Monats an den Grafen Bismarck gerichteten Privatschreibens in Vorlage zu bringen, glaube ich zur Vervollständigung meiner Berichterstattung in der Anlage auch die Abschrift der von dem Herrn Bundes-

kanzler am 4. dieses Monats darauf erteilten Rückäußerung Euer Königlichen Majestät unterbreiten zu sollen.

Es ist darin der Wunsch ausdrücklich ausgesprochen, daß Bayern sich entschließen wolle, auf der Basis des engeren Bundes zu verhandeln, somit statt eines doppelten nur einen einigen Bund herstellen zu helfen. Die Bayern besonders zu machenden Zugeständnisse würden sodann die Form von besonderen Konventionen und gleichsam von Beilagen oder Zusätzen zur Bundesverfassung erhalten.

Nachdem hiermit eine Änderung mehr der Form als dem Wesen nach stattfindet, glaubten meine beiden Kollegen und ich, diese Grundlage der Verhandlungen nicht unbedingt zurückweisen zu sollen und zwar um so weniger, als die Allerhöchste Genehmigung Eurer Königlichen Majestät und die Zustimmung des Landtags selbstverständlich vorbehalten bleibt, und im Falle der Nichtgenehmigung auch die andre Form bloß internationaler Verträge in dem Schreiben des Grafen Bismarck als zulässig bezeichnet ist. Freilich würde auf letzterem Wege eine Einigung Deutschlands nicht erreicht und etwas Dauerndes und Definitives also nicht geschaffen werden, vielmehr ein Vorwand zu fortwährender Agitation unbeseitigt bleiben.

Im Laufe zweier weiterer Besprechungen mit dem Staatsminister Delbrück und mit dem Bundeskanzler selbst haben sich die Ansichten einigermaßen geklärt, und es ist beschlossen worden, daß sowohl über die militärischen Verhältnisse, als über die sonst zu behandelnden Punkte, ausgearbeitete Entwürfe dem Bundeskanzler übergeben werden sollen, wonach die Schlußerklärungen der königlich preußischen Regierung erfolgen werden.

Die Übergabe des Entwurfes der Militärkonvention ist infolge der Erkrankung des Kriegsministers v. Roon an den Bundeskanzler bereits erfolgt, und ein Gleiches wird morgen bezüglich der übrigen Punktationen geschehen.

Dem Abschluß Preußens mit den übrigen süddeutschen Staaten steht dem Vernehmen nach nichts mehr entgegen, und die Verhandlungen mit denselben sind als beendigt zu betrachten.

Um so mehr sind wir zur Erwartung berechtigt, daß es uns nun auch gelingen wird, zum Abschluß unserer hiesigen Unterhandlungen in kurzer Zeit zu gelangen."

Ich verharre . . . Bray.

*

pr. Versailles, den 14. November 1870,
$7^1/_2$ Uhr vormittags.

Dechiffriertes Telegramm.

Excellenz Herrn Staatsminister Grafen Bray, Versailles.

Hohenschwangau, den 13. November 1870,
8 Uhr 10 Minuten nachmittags.

„Beehre mich, im Auftrage Seiner Majestät, Euer Excellenz mitzuteilen, daß Allerhöchstdieselben wegen Sehnenverdehnung keinenfalls nach Versailles kommen können. Briefe aus München melden erregte Stimmung.

Verehrungsvoll Eisenhart.

Blättert man die Zeitungen jener Tage durch, so ergiebt sich in der That, daß die Spannung in München, je länger die Abwesenheit des Ministers dauerte, zunahm. Mehrere Bezirksvereine der Stadt richteten nach einem Vortrage über die deutsche Frage eine Adresse an den König, in der es hieß: „Hierbei können die ehrfurchtvollst Unterzeichneten nicht unerwähnt lassen, wie peinlich die Bevölkerung berührt wird dadurch, daß nicht auch die bayrische Regierung gleich den übrigen Süddeutschen ihren Standpunkt in der deutschen Frage offen kundgegeben hat. Dieses Schweigen giebt Veranlassung zu den unheilvollsten Gerüchten, als ob Bayern in verderblicher Isolierung von dem werdenden deutschen Bundesstaate ferngehalten werden solle. Wir vertrauen der Weisheit Eurer Königlichen Majestät! Die Bevölkerung erwartet mit Zuversicht, daß auch Bayern als kräftiges Glied an dem zukünftigen gemeinsamen deutschen Staatswesen Anteil nehme. Nur hierdurch kann eine die Interessen seiner Bewohner wahrende Existenz Bayerns er-

halten bleiben.“ Inzwischen gab es für die bayrische Diplomatie ein kurzes Intermezzo durch die römische Frage:

Staatsrat Daxenberger an Graf Bray.

„Heute beehre ich mich, Hochdieselben zu benachrichtigen, daß Herr v. Dönniges meldet, es wolle König Viktor Emanuel am 1. Dezember in Rom feierlichen Einzug halten, und sehr wahrscheinlich werde das diplomatische Korps in Florenz die Einladung erhalten, Seine Majestät dahin zu begleiten. Ich habe dem Könige, unserm allergnädigsten Herrn, darüber sofort a. u. Vortrag erstattet und die von Herrn v. Dönniges geäußerte Ansicht gleichfalls vertreten, daß — da der Regierungssitz noch nicht definitiv nach Rom verlegt sei, so wenig als das königliche Hoflager — es angemessen erschiene, einer Einladung höflich auszuweichen. Wie, darüber habe ich an Dönniges telegraphiert, daß er sich mit seinen Kollegen in Florenz berate und weiter berichte.

Sollte Vorstehendes nicht die Billigung Eurer Excellenz erhalten, so bäte ich — aber nur in diesem Falle — um telegraphische Weisung. Kardinal Antonelli hat wegen Besitznahme des Palazzo Quirinale Protest erhoben, und wohl mit Recht. Der Quirinal ist Eigentum der Päpste, nicht des päpstlichen Staates gewesen; dort wurden die Konklaves gehalten rc. — —

— — — Hier tobt heftiger Kampf in der Presse. Ich lege für heute nur einen Ausschnitt aus dem „Süddeutschen Telegraphen“ bei. Quelle des Artikels leicht zu erraten. Man kennt den Vogel am Gesang. Le style c'est l'homme. Aber einen ebenso kräftigen Chorus stimmt die konservativ-ultramontane Presse zu Gunsten der Minister in Versailles an. Ne nimis! sagt einer der sieben griechischen Weltweisen, und an Ihrer Stelle, verehrtester Graf, würde ich das täglich Preußen zurufen. Seit der traurigen Affäre von Orleans macht bei uns der gemeine Mann Glossen, und — die Stimmung für Preußen könnte leicht umschlagen.“

München, den 31. Oktober 1870.

*

Graf Bray an Ministerialrat Eisenhart.

Versailles, den 16. November 1870.

„Feierliche Überbringung des Einladungsschreibens wird laut Ankündigung Delbrücks unterbleiben.“ Bray.

*

Eisenhart an Graf Bray.

Excellenz Herrn Staatsminister Grafen Bray, Versailles.

Hohenschwangau, den 16. November 1870,
10 Uhr 30 Minuten nachmittags.

„Seine Majestät, erfreut über heutiges Telegramm, wünscht, daß Euer Excellenz unsere Gebietsvergrößerung[1]) wirksam vertreten.“ Eisenhart.

*

Graf Bray an den Münchner Stellvertreter.

Versailles, den 17. November 1870.

„Abschluß bis jetzt noch nicht erzielt. Verhandlungen im Gange.“ Bray.

*

Eisenhart an Graf Bray.

Hohenschwangau, den 17. November 1870,
10 Uhr 30 Minuten vormittags.

„Allerhöchst beauftragt, beehre mitzuteilen, daß Seine Majestät wünschen, noch vorhandene Differenzpunkte genau zu erfahren.“
Eisenhart.

*

1) Bekanntlich ist eine Gebietsvergrößerung Bayerns nicht zu stande gekommen. Graf Bray spricht in einer persönlichen Aufzeichnung von dem Mißlingen dieser Versuche mit um so größerer Bitterkeit, als er aus Bemerkungen Bismarcks den Eindruck gewinnen zu können geglaubt, daß der bayrische Wunsch sich leicht werde erfüllen lassen.

Daxenberger an Graf Bray.

München, den 18. November 1870,
5 Uhr mittags.

„Fortschrittspartei bereitet allenthalben Adressen an den König vor. Gemeindebevollmächtigte haben in öffentlicher Sitzung beschlossen, den Kredit für Siegesfeier zurückzuziehen, wenn Bayern nicht dem auf Grund der norddeutschen Bundesverfassung zu gründenden Bundesstaat beitrete. Auf Bericht vom 7. hat Ministerrat die Hoffmannsche Korrespondenz zu erklären veranlaßt, daß der Stand der Verhandlungen zu Versailles ein befriedigendes Resultat bald in Aussicht stellt."

*

Graf Bray an Ministerialrat Eisenhart.

Versailles, den 18. November 1870.

„Bestimmte Äußerung Preußens liegt noch nicht vor, doch scheinen Differenzen lediglich bezüglich der Militärfrage zu bestehen." Bray.

*

Minister Schlör an Graf Bray.

München, den 19. November 1870.

„Wir haben den Bericht vom 12. heute mit meinem allerunterthänigsten Antrag nach Hohenschwangau geschickt. Die Dinge haben einen Punkt erreicht, daß wir nicht mehr rückwärts, sondern nur vorwärts können. Jeder Tag macht unsere Position schwieriger.

Möge recht bald ein Abschluß erfolgen. Denn eine Isolierung Bayerns würde ich als das Ende selbst, nicht bloß als den Anfang vom Ende betrachten."

Schlör.

*

Graf Bray an seinen Münchner Stellvertreter.

Versailles, den 20. November 1870.

„Nach wiederholten Besprechungen wurden Verständnisse in der Hauptsache erzielt und ist Schluß bevorstehend.

Bitte Vorstehendes Seiner Majestät zu melden namens sämtlicher Bevollmächtigter." Bray.

*

Der König an Graf Bray.

Hohenschwangau, den 21. November 1870,
5 Uhr 10 Minuten nachmittags.

„Ich sehe schleunigster Vorlage eines bereits wiederholt befohlenen, besonders diplomatische und militärische Frage umfassenden Spezialberichts entgegen." Ludwig.

*

Graf Bray an den König.

Versailles, den 22. November 1870.

„In Beantwortung des heute eingetroffenen Telegrammes, in betreff der Vorlage eines Spezialberichtes über die militärische und diplomatische Frage, beehre ich mich submissest zu bemerken, daß eine solche Vorlage während des Ganges der Verhandlungen sich als unthunlich darstellte, weil wir außer stande waren, die Grundlagen zu bezeichnen, über welche man sich schließlich einigen würde, und weil die Vorlage bloßer Entwürfe, welchen die Annahme von seiten Preußens nicht zu teil geworden, den Intentionen Eurer Königlichen Majestät nicht entsprochen haben würde. Erst jetzt, nachdem vorbehaltlich Allerhöchster Genehmigung über die Hauptpunkte eine Einigung erfolgte, ist das Material für eine Berichterstattung gegeben. Dasselbe wird sich aber übersichtlicher aus dem Gesamtentwurfe, welchen wir vor Ende dieser Woche selbst nach Bayern zu überbringen hoffen, entnehmen lassen.

Bezüglich der äußeren Verhältnisse, welche, wie Eurer Königlichen Majestät bekannt ist, gleich anfangs, als zu den schwierigsten Punkten unserer Verhandlungen gehörig, erkannt wurden, ist die unbedingte Erhaltung des bayrischen Gesandtschaftsrechtes, insofern nur bayrische Interessen in Betracht kommen, angestrebt und erreicht worden. Damit allein wäre aber wenig gewonnen, da es in der Natur eines Bundes liegt, daß viele wichtige Staatszwecke auf die Gemeinschaft übergehen. Diese für uns allein zu vertreten, ließ sich nicht beanspruchen; es blieb somit nichts übrig, als für Bayern Einfluß auf die Bundespolitik zu vindizieren und diesen Einfluß durch eine feste, vertragsmäßig zu konzedierende Stellung zu garantieren.

Was sich in dieser Richtung erzielen ließ, ist im wesentlichen folgendes: Ständige Vertretung der Bundesgesandten, in Verhinderungsfällen durch die bayrischen und Beteiligung der letzteren an äußeren gemeinsamen Angelegenheiten überhaupt; Einsetzung eines ständigen diplomatischen Ausschusses im Bundesrate durch die Vertreter der drei Königreiche: Bayern, Sachsen und Württemberg, unter bayrischem Vorsitz, welchem sämtliche auswärtigen Angelegenheiten des Bundes zuzuweisen sind.[1]) Wahrung des Rechtes, über rein bayrische Verhältnisse Staatsverträge abzuschließen, soweit sie dem Zwecke des Bundes nicht widerstreiten.

Die vertragsmäßige Zusage, daß zu Friedensverhandlungen nach einem Bundeskriege stets auch ein bayrischer Bevollmächtigter zugezogen werden wird;

endlich finanzielle Abmachungen mit dem Bunde zu Gunsten des bayrischen Gesandtschaftswesens.

Die große Mehrzahl dieser Zugeständnisse sind Bayern allein mit Ausschluß aller übrigen dem Bunde beigetretenen Staaten bewilligt worden. Sie sind also wirkliche Privilegien, mittels welcher der Krone Bayern eine mittelbare Einflußnahme auch auf europäische Verhältnisse gesichert ist, und Eure Königliche

1) Dieser Ausschuß wurde bekanntlich im Hochsommer des Jahres 1900 zur Besprechung der chinesischen Frage einberufen, nachdem man jahrzehntelang von ihm nichts gehört hatte. Anm. d. Her.

Majestät wollen Allerhöchst Sich versichert halten, daß deren Einräumung nicht ohne Mühe und ohne Kampf erlangt worden ist.

Über die militärischen Verhältnisse erstattet Freiherr v. Pranckh, welchem das Telegramm Eurer Königlichen Majestät mitgeteilt worden ist, gesonderten Bericht, welcher gleichzeitig mit dem gegenwärtigen an Allerhöchstdieselben gelangen wird."

In allert. Ehrfurcht ꝛc.

*

Staatsrat Daxenberger an Graf Bray.

Hochzuverehrendster Herr Staatsminister!

„Ich habe gestern an Eure Excellenz ein Telegramm gerichtet, die hier obwaltende erregte Stimmung betreffend, — aber nicht motu proprio, sondern auf besonderen Wunsch Seiner Excellenz des Herrn Finanzministers v. Pfretzschner.

Die Wogen gehen hin und her, die hiesige patriotische Partei — leider mit unsauberen Elementen vermischt — hat der Staatsregierung ein Vertrauensvotum erteilt. Alles wünscht, daß die bayrischen Staatsminister aus Versailles mit einem Resultate zurückkommen, und daß endlich Frieden mit Frankreich werde.

Von Versailles ist heute ein Packet de dto. 15. d. eingetroffen; es enthielt aber nur den Moniteur officiel du Dép. de Seine et Oise in mehreren Nummern. Ich habe die Blätter dreimal entfaltet und hoffte immer noch einen darin verborgenen Brief zu entdecken: vergeblich.

Die Angriffe der preußischen Blätter haben sich zuletzt gegen die Allerhöchste Person unseres Königs gewendet. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat energisch gegen dieses Verfahren protestiert und Herr v. Thile dem Freiherrn v. Perglas seinen Unwillen und sein Bedauern ausgesprochen.

Ministerialrat Eisenhart hatte gestern eine Unterredung mit einem großherzoglich badischen Geheimen Rat Gelzer gehabt, welcher im Auftrag des Großherzogs von Baden K. H. bei Seiner Majestät dem Könige eine Audienz zu erhalten wünscht.

Der König wollte Herrn Gelzer nicht nach Hohenschwangau bemühen, und darum kam Eisenhart hierher. Die Unterredung bezog sich, inter alia, auf das Kaiserprojekt. Eisenhart hatte sich ausweichend und ablehnend zu verhalten, wie ich ex post von ihm hörte.[1])

Während ich dieses schreibe, kommt ein Bericht Gassers aus Stuttgart an. Er will von guter Hand haben, daß ein „allseitiges" befriedigendes Ergebnis demnächst sich herausstellen werde. Gott gebe es. Je länger die Verhandlungen dauern, desto stärker die Unruhe und begreiflicher die Ungeduld."

Genehmigen Eure Excellenz . . .

*

Graf Bray an seinen Münchner Stellvertreter.

Versailles, den 22. November 1870.

„Euer Hochwohlgeboren bescheinige ich dankbarst das richtige Eintreffen Ihrer schätzbaren Zuschriften vom 15. und 19. laufenden Monats. Was zunächst den Inhalt ersterer betrifft, so bin ich mit der von Herrn v. Dönniges geäußerten und von Eurer Hochwohlgeboren gebilligten Absicht, einer etwaigen Einladung, dem königlichen italienischen Hoflager nach Rom zu folgen, höflich auszuweichen, vollkommen einverstanden. Die Besitznahme des päpstlichen Palazzo Quirinale ist ein Akt brutaler Gewalt, der sich um so weniger rechtfertigt, als er selbst für die Zwecke der italienischen Regierung unnütz war und auch mit früheren Äußerungen der italienischen Minister im Widerspruche steht. Auf den Papst scheint diese Maßregel, sowie die beabsichtigte, wenn auch nur temporäre Übersiedlung des Königs von Italien nach Rom einen so übeln Eindruck hervorgebracht zu haben, daß, wie Graf Bismarck mir sagte, der heilige Vater entschlossen schien, beim Eintritt letzterer Eventualität Rom zu verlassen. Der seitdem hier eingetroffene englische Spezialabgesandte Mr. Russell scheint die

1) Vergleiche den Bericht von L. v. Kobell, „Deutsche Revue", Januar 1899, auf welchen wir, um Wiederholungen auszuschließen, durchweg verweisen.

Ansicht nicht zu teilen, was auf noch andauernde Schwankungen in den Entschlüssen des Vatikans hindeutet. Für die Frage unserer Vertretung in Italien würde die Eventualität einer Verlegung der Hauptstadt nach Rom gleichfalls von Belang sein.

Der von mir eben erwähnte Herr Odo Russell ist im Auftrag seiner Regierung nach Versailles gekommen, um über die russische Kündigung des Pariser Vertrags, insoweit er die Neutralisierung des Schwarzen Meeres betrifft, mit Graf Bismarck zu konferieren. Letzterer ist durch das plötzliche Erscheinen der russischen Note, insbesondere durch ihre Form, selbst überrascht worden und hätte deren Zurücknahme oder Modifikation gerne erwirkt. Nachdem aber im jetzigen Stadium hierfür keine Aussicht mehr vorhanden ist, beabsichtigt der Bundeskanzler eine dilatorische und begütigende Verhandlung dieser Angelegenheit. Es ist deshalb seine Absicht, eine Konferenz in Konstantinopel in Vorschlag zu bringen, welche über die geeigneten Maßregeln zur Begleichung der entstandenen Streitfrage zu beraten haben wird.

Die in Ihrem geehrten Schreiben vom 19. enthaltenen Fragen werden Eure Excellenz in dem an Seine Majestät den König gerichteten heutigen Berichte wenigstens teilweise beantwortet finden, während über den vorgerückten Stand unserer Verhandlungen mein Telegramm vom 20. dieses Monats Beruhigung gebracht haben wird. Den Bericht bitte ich, Seiner Majestät ungesäumt in Vorlage zu bringen.

Von welchen Schritten des Freiherrn v. Gasser in den Briefen Eurer Excellenz die Rede ist, ist mir nicht klar. Mir sind dieselben unbekannt, und als er mir vor einiger Zeit in betreff der preußisch-württembergischen Verhandlungen schrieb, und den Wunsch des Königs Karl eines Zusammengehens mit Bayern ausdrückte, mußte ich ihm schon am 10. laufenden Monats erwidern, daß die württembergischen Verhandlungen bereits zu weit vorgerückt und seinerseits alle weiteren Schritte zu unterlassen seien. Seitdem ist mir von ihm keinerlei Meldung mehr zugegangen.

Noch im Laufe dieser Woche hoffen wir unsere hiesigen Geschäfte zu beendigen, und ich sehe mit Freude und Ungeduld dem Tage entgegen, wo es mir gegeben sein wird, Eure Excellenz in München wieder zu begrüßen. Ich werde es nicht unterlassen, den Tag unserer Abreise telegraphisch bekannt zu geben."

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung

Bray.

*

Graf Bray an den König.

Versailles, den 25. November 1870.

„Eurer Königlichen Majestät beehre ich mich, die bereits telegraphisch erstattete Anzeige zu bestätigen, daß die Unterzeichnung des Verfassungsbündnisses und seiner Beilagen am 23. abends stattgefunden hat. Nachdem von den umfassenden Aktenstücken erst eine Abschrift vorhanden war, wurde im Laufe des gestrigen Tages das zweite Exemplar angefertigt und letzteres nach geschehener Kollationierung gestern abends von den beiderseitigen[1]) [Bevollmächtigten unterzeichnet]."

In die Tage, die diesem Abschlusse folgten, fiel nun die bekannte direkte Verhandlung zwischen Bismarck und dem König durch den Grafen Holnstein, die bekanntlich damit endete, daß am 3. Dezember Prinz Luitpold dem König den „Kaiserbrief" überreichen konnte. In Bezug auf die einzelnen Vorgänge jener Tage verweisen wir nochmals auf die Berichte, die im Januar 1899 Louise v. Kobell in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat.

Ende November kehrten Graf Bray und seine Begleiter mit den Verträgen nach München zurück, wo dieselben vom König und nach heftigen Kämpfen schließlich auch von der Kammer der Abgeordneten angenommen wurden. Die Verhandlungen über den Frieden mit Frankreich führten den Grafen Bray im Februar nochmals ins Hauptquartier nach Versailles. Über diesen kurzen Aufenthalt wird in folgenden Briefen an Gräfin Bray berichtet:

1) Das Konzept des Grafen Bray bricht hier ab.

Versailles, den 24. Februar 1871.

„So sind wir denn wieder in Versailles, und meine Korrespondenz beginnt von neuem! Diesmal sollen aber, so hoffe ich, meine Briefe weniger zahlreich und meine Abwesenheit kürzer sein. Die Beschaffenheit unserer Unterhandlung leidet weder Aufschub noch langes Hinziehen. Der Waffenstillstand wurde nur bis Sonntag verlängert, und bis dahin müssen die wesentlichen Punkte angenommen oder verworfen sein. Alles läßt uns hoffen, daß die Annahme erfolgen und den Frieden zum Resultat haben wird, denn es ist kaum denkbar, daß die Nationalversammlung von Bordeaux der Übereinkunft, welche ihre Abgesandten mit Thiers an ihrer Spitze geschlossen haben werden, die Genehmigung versagen sollte. Diese große und wichtige Frage beherrscht in hohem Grade meine Gedanken und Empfindungen, daß ich Mühe habe, Dir auch etwas von unserer Reise zu sagen. Dieselbe ging, obwohl in Feindeslande, ganz günstig von statten. — In Straßburg fanden wir ein uns durch ... vorbehaltenes Eisenbahncoupé. — In Stuttgart hatte der neue Minister uns mit einem sehr willkommenen Frühstück freundlich empfangen, und von dort an begleitete uns Graf Linden, Sohn unsers früheren Berliner Kollegen, bis hierher. Er geht als neuernannter Präfekt nach Alençon. In Lagny war kein Wagen zu haben, da unser Münchner Telegramm Berchem nicht zugekommen war. Wir entschlossen uns deshalb, in Lagny zu übernachten, und ich lag in tiefem Schlummer, als ich mit der Meldung geweckt wurde, daß um zwölf Uhr nachts ein bayrischer Sanitätszug nach Pantin abgehen werde, um dann durch das Weichbild von Paris nach Versailles zu gelangen. So sind wir gestern, durch die feindliche Hauptstadt hindurch, aber selbstverständlich ohne unsern Bahnzug zu verlassen, hier eingetroffen. — Kaum angelangt, hatte ich Zusammenkünfte mit Berchem, dem Prinzen Luitpold, dem Grafen Bismarck. Man hatte für mich eine schöne Wohnung in einem der berühmten Schauspielerin Mlle. Brohan gehörigen Hause in Bereitschaft gesetzt. Ich zog aber vor, in mein altes Quartier

beim Tänzer Petipas zurückzukehren, wo die alte Hausmeisterin uns freudigst aufnahm."

*

Versailles, den 26. Februar 1871.

„Heute habe ich neun Stunden in der Staatskanzlei zugebracht — davon acht in Besprechung mit den Herren Thiers und Favre. Für uns erfuhren dieselben eine Unterbrechung durch unser Mittagessen bei Graf Bismarck, während die französischen Bevollmächtigten ihre Beratungen unermüdlich fortsetzten. Die Opfer, welche ihnen auferlegt werden, sind schwer, und ihr Zaudern, sich denselben zu fügen, erklärlich. Aber heute muß die Frage entschieden sein, denn um zwölf Uhr nachts endet der Waffenstillstand. Ich kehre um Mittag zu Graf Bismarck zurück, wo diese schwerwiegende Besprechung, deren Ergebnis über Frieden oder Krieg entscheiden wird, wieder aufgenommen wird. Meine Erregung ist groß! Welch ein Glück, wenn ich heute abend telegraphieren könnte: „Der Friede ist unterzeichnet." — Ganz Württemberg ist hier: Der König und drei Minister! Gleich am Ankunftstage speiste ich mit Herrn v. Rudhardt beim König."

*

Versailles, den 28. Februar 1871.

„Seit Abgang meines letzten Briefes haben unsere Angelegenheiten einen großen Schritt gethan. Die Friedenspräliminarien wurden gestern unterzeichnet. Wolle Gott, daß ihnen ein fester Friede folge! Erst heute morgen ist Herr Thiers in Bordeaux eingetroffen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Ratifikation des Vertrags durch die Nationalversammlung, selbst bei bestem Willen der letzteren, schon morgen hier anlange. Geschieht dies nicht, so wird ein Teil von Paris, der, in welchem die Champs Elysées begriffen sind, von der deutschen Armee besetzt werden. Denn nur unter dieser Bedingung, um diesen Preis — wurde der Waffenstillstand bis zum 12. März verlängert. Sobald aber die Ratifikation der Nationalversammlung anlangt, werden unsere

Truppen Paris räumen und den Rückmarsch nach Deutschland beginnen. Wird aber diese Ratifikation erfolgen? Herr Thiers glaubt es, und alle Vernünftigen müssen es wünschen, denn alles ist vorzuziehen der Fortdauer dieses verderblichen Krieges. Wir waren gestern Zeugen seiner Verwüstungen beim Besuche der Forts und des schönen Meudon, dessen zur Ruine gewordenes Schloß, gleich dem von St. Cloud, ein trauriges Schauspiel bieten.

Heute hat Graf Bismarck ein schon im Winter beschlossenes Diner in St. Germain für uns veranstaltet, das vorzüglich gelungen ist. Vorzügliche Küche, Austern und gewisse Saucen, welche unser Eberlein studieren sollte. Nach Versailles zurückgekehrt, finden wir eine Einladung Seiner Majestät zu einem um sieben Uhr stattfindenden zweiten Diner zu Ehren des Königs von Württemberg, der, hier vielfach geehrt — heute abend abreist. Wie Du wohl glaubst, war ich nach meinem Festmahl in St. Germain nur Zuschauer des Versailler Diner. Morgen findet auch auf dem Rennplatz von Longchamp eine große Parade statt. Nachdem Kaiser Wilhelm die Güte hatte, mir ein Pferd anbieten zu lassen, werde ich diesem Schauspiel beiwohnen hoch zu Roß! Der Kronprinz sagte mir lachend, auf meines Sohnes Hippolyt Ernennung für Konstantinopel bezugnehmend: „Nun haben wir ja einen neuen Türken!“ —

*

Versailles, den 1. März 1871.

„Mein Brief ist erst heute früh abgegangen. Aloys, der ihn auf die Post bringen sollte, hatte mich dringend gebeten, ihm zu gestatten, auf den Bock meines Wagens zu steigen, um Zeuge der großen Parade zu sein. Er ist sehr stolz und voll Interesse für seine Reise. Bei der Brücke von Surenne fand ich das mir bestimmte Pferd, ein ideales Tier, das ich wohl länger als einen Tag mein eigen nennen möchte. Ich schloß mich, meiner Zivilkleidung ungeachtet, dem glänzenden kaiserlichen Gefolge an zur Besichtigung der Truppen und dann zum Vorbeimarsch der drei Divisionen

zweier preußischer und einer bayrischen vom zweiten Armeekorps, in der Gesamtstärke von etwa 30000 Mann.

Später gesellte ich mich zu einigen Offizieren, und mit ihnen durchschritten wir das Boulogner Gehölz, welches weniger gelitten hat, als man befürchtete. Gerade beim Eingang von Paris begegnete ich dem Prinzen Otto, der zur Parade zu spät gekommen war, aber nun dem Einzug unserer Truppen in Paris beiwohnte. Auch ich war Zeuge desselben, mußte dann aber zurückreiten, um mein Pferd nicht zu sehr zu ermüden und meinen unglücklichen „Legationsrat" nicht allzulang warten zu lassen. Der Tag war prachtvoll. —

Wir wohnen Ereignissen bei, welche der Geschichte angehören, und an die zu glauben wir Mühe haben, — obwohl selbst dabei thätig und beteiligt!

Die Pariser Bevölkerung, die ich gesehen habe, verhält sich sehr ruhig. In den Champs Elysées war, wie ich höre, eine Menge Volks, aber alles ging ruhig vor sich. Unter den Truppen soll strengste Ordnung aufrecht erhalten werden. — Aus Bordeaux liegen entscheidende Nachrichten noch nicht vor. Durch eine beschleunigte Annahme der gestellten Bedingungen wäre den Parisern der Einmarsch der deutschen Truppen erspart worden.

Eben meldet man mir die Ratifikation der Friedenspräliminarien durch die Nationalversammlung und die Absendung einer Deputation zum Zwecke der Mitteilung dieses wichtigen Ereignisses. Gelobt sei Gott!

Ich gehe zum Grafen Bismarck, um mit ihm noch unsere eignen Angelegenheiten zu besprechen und den Zeitpunkt meiner Abreise festzusetzen, den der Telegraph Dir ankündigen wird!"

*

Graf Bray kehrte nun nach München zurück, wo er noch bis zum September an der Spitze des Ministeriums blieb, um so dann, was von jeher sein Wunsch gewesen war, auf seinen Wiener Gesandtschaftsposten zurückzukehren. Hatte sein Ministerium auch nicht einmal zwei Jahre gedauert, so hatte es doch einen Inhalt gehabt,

wie ihn sonst Jahrzehnte nicht geben. Graf Bray konnte sich sagen, die Aufgaben der neuen Zeit behutsam aber klar erfaßt und ihre Lösung mit den Ansprüchen des Königs wie des bayrischen Volkes, so gut es ging, in Übereinstimmung gebracht zu haben. „Durch den Anschluß Bayerns war," so beendet Graf Bray die kurzen Aufzeichnungen, die er später über diese Ereignisse gemacht hat, „die Einigung Deutschlands erreicht, das neue Deutsche Reich gegründet. Beide erscheinen als das Ergebnis glorreich errungener Siege, und thatsächlich hat also Frankreich — durch die verhängnisvollen Fehler seiner Staatsmänner, durch die Kriegserklärung an Preußen — den Anstoß zur Herstellung der deutschen Einheit gegeben. Möge mein teures Bayern in der Größe und in der Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes reichen Ersatz finden für die gebrachten nötigen Opfer, welche zu erleichtern mein eifrigstes Bestreben war, und die im Falle einer Beitrittsverweigerung Bayerns noch weit drückender geworden wären, weil sie dann aufgehört hätten, freiwillig gebracht zu sein."

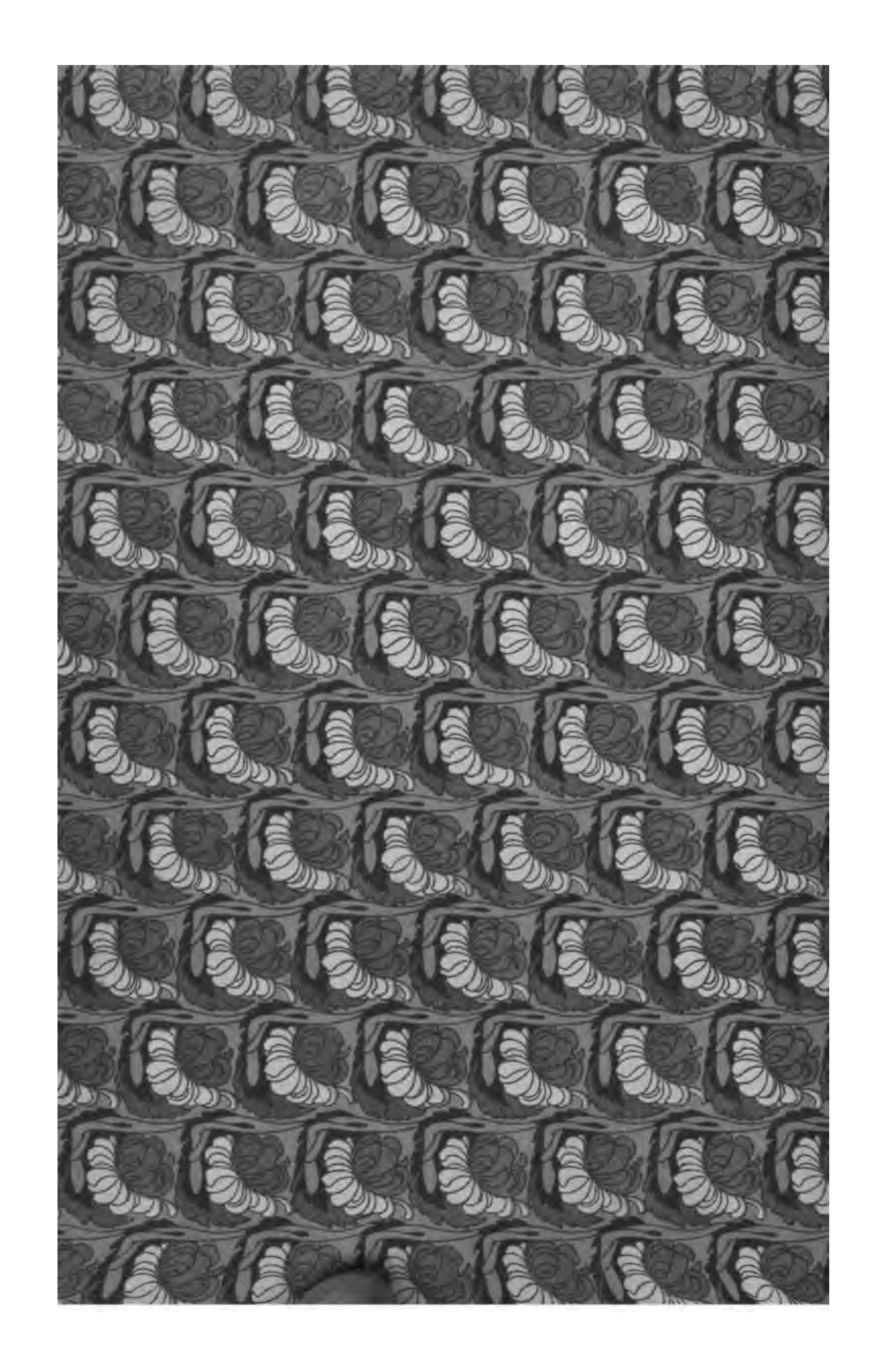
Schluß.



Seine Wiener diplomatische Thätigkeit vermochte der inzwischen in das höhere Greisenalter getretene Herr länger als drei Lustren fortzusetzen. Ihm war das Glück beschieden, bis zum Ende des Lebens im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und eines Maßes körperlicher Frische zu bleiben, das ihm ungehemmte Beweglichkeit und Teilnahme an den Entwickelungen der Zeit ermöglichte. Am Schreibtisch, im Salon und in der freien Natur konnte er sich mit der rüstigen Kraft eines Mannes bewegen, der den Höhepunkt des Lebens zwar überschritten hatte, sich aber gleichwohl als Genossen eines rüstig fortschreitenden Zeitalters fühlen durfte. Der einzige Tribut, den er den alles besiegenden „gewaltigen Stunden" zahlen mußte, bestand in einer Abnahme des Gehörs, die ihn zu Anfang des Jahres 1897 bestimmte in das Privatleben zurückzutreten, das er seit Beendigung seiner Studienzeit verlassen hatte.

Nach seiner Quieszierung ließ Graf Bray sich in München nieder, wo seine Tochter die Gräfin Lerchenfeld (Gemahlin des Präsidenten der bayrischen Reichsratskammer) und andere Angehörige lebten, während der einzige Sohn Graf Hippolyt als kaiserlicher Gesandter in Stockholm und später in Bukarest auf demselben Gebiete thätig war, dem Großvater und Vater die besten Kräfte ihres Lebens erfolgreich gewidmet hatten. Daß diejenigen des Grafen Otto auch jenseit der Grenze vorhielten, die nach dem Worte des Psalmisten nur „wenn es hoch kommt" von Sterblichen erreicht wird, bezeugte eine Reise nach Stockholm, St. Petersburg und Livland, die der angehende Neunziger im Sommer 1896 unternahm, um Kinder und Enkel an dem neuen nordischen Wohnort aufzusuchen und die Stätten seiner Jugend noch einmal wiederzusehen. Auch die Folgen eines

Sturzes, den der Graf sich nach der Rückkehr in die Heimat zuzog, wurden glücklich überwunden. Sein letztes Glück und seinen letzten Tag erlebte der im Jahre des Friedens von Tilsit geborene treue Diener des bayrischen Staats, dem er unter fünf Landesherren gedient hatte, erst im Jahre 1899, wo er nach kurzer Krankheit sanft zu München entschlief. Des Dichters „Justum et tenacem propositi virum" hat im vollen Sinne des Wortes auf ihn angewendet werden können.





DATE DUE			

